

27. Sitzung

Potsdam, Freitag, 17. Dezember 2010

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen des Präsidenten	2128	Frage 421 (Finanzsituation Brandenburger Krankenhäuser)	
1. Ernennung und Vereidigung eines Richters des Verfassungsgerichtes des Landes Brandenburg	2128	Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack	2134
2. Fragestunde		Frage 422 (Hochschulausbildung von Erzieherinnen und Erziehern)	
Drucksache 5/2389.	2128	Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Dr. Münch	2134
Frage 414 (Kyritz-Ruppiner Heide als Nationales Naturerbe)		Frage 423 (Mautflüchtlinge auf Landesstraßen)	
Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack	2128	Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger	2135
Frage 415 (Anhebung des Arbeitnehmerpauschbetrages)		Frage 424 (Streckenverlängerung Velten)	
Minister der Finanzen Dr. Markov	2129	Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger	2135
Frage 416 (Steigende Arbeitslosenzahlen)		Frage 425 (Zukunft von Schulverweigererprojekten)	
Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie Baaske	2130	Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht	2137
Frage 417 („Museum in der Natur“ in Kummersdorf)		Frage 426 (Radwege an Bundesstraßen)	
Minister der Finanzen Dr. Markov	2131	Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger	2138
Frage 418 (Novellierung des Abfallrechts)		3. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011 - HG 2011)	
Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack	2131	Gesetzentwurf der Landesregierung	
Frage 419 (Ergebnisse des 2. Spitzengesprächs zur gesundheitlichen Versorgung in Brandenburg)		Drucksache 5/2000	
Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack	2132	<u>3. Lesung</u>	
Frage 420 (Unterstützung privater Geschädigter im Oderbruch)			
Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack	2133		

	Seite		Seite
Beschlussempfehlungen und Berichte des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zur 2. Lesung		Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres	
Drucksachen 5/2400 bis 5/2408		Drucksache 5/2409.	2167
Drucksachen 5/2410 bis 5/2414		Frau Hartge (Landesbeauftragte für den Daten- schutz und für das Recht auf Akteneinsicht)	2167
Drucksache 5/2420		Lakenmacher (CDU)	2168
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen		Frau Stark (SPD)	2169
Drucksache 5/2422.	2138	Goetz (FDP)	2170
Burkardt (Vorsitzender des Ausschusses für Haushalt und Finanzen)	2138	Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)	2171
Holzschuher (SPD)	2139	Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90)	2172
Frau Dr. Ludwig (CDU)	2142	Kurzintervention	
Frau Kaiser (DIE LINKE)	2148	des Abgeordneten Goetz (FDP)	2172
Kurzintervention		Minister des Innern Dr. Woidke	2173
des Abgeordneten Petke (CDU)	2153		
Frau Kaiser (DIE LINKE)	2153	6. Ausschreibung des S-Bahn-Netzes in Berlin und Brandenburg zügig vorbereiten	
Büttner (FDP)	2154	Antrag	
Kurzintervention		der Fraktion der FDP	
des Ministers der Finanzen Dr. Markov	2158	Drucksache 5/2066	
Kurzintervention		Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Infrastruktur und Landwirtschaft	
des Abgeordneten Büttner (FDP)	2158	Drucksache 5/2392.	2173
Minister Dr. Markov	2159		
Vogel (GRÜNE/B90)	2159	7. Erfolgsmodell Städtebauförderung absichern!	
Ministerpräsident Platzeck	2164	Antrag	
4. Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Ausbildungsförderungsgesetzes		der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Gesetzentwurf		Drucksache 5/2225	
der Fraktion der SPD		Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Infrastruktur und Landwirtschaft	
der Fraktion DIE LINKE		Drucksache 5/2393	
Drucksache 5/2384		Entschließungsantrag	
(Neudruck)		der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
<u>2. Lesung</u>	2167	Drucksache 5/2544.	2174
5. Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht zum 31. Dezember 2009		Genilke (CDU)	2174
Drucksache 5/714		Frau Alter (SPD)	2174
<u>in Verbindung damit:</u>		Beyer (FDP)	2175
Stellungnahme der Landesregierung zum Tä- tigkeitsbericht für die Jahre 2008 und 2009 der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht		Henschke (DIE LINKE)	2176
Drucksache 5/1804		Jungclaus (GRÜNE/B90)	2176
und		Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft	
15. Bericht der Landesregierung über die Tä- tigkeit der für den Datenschutz im nicht-öf- fentlichen Bereich zuständigen Aufsichtsbehör- de an den Landtag des Landes Brandenburg		Vogelsänger	2177
Drucksache 5/1803		8. Schutz der menschlichen Gesundheit: Umfas- sendes Nachtflugverbot am BBI von 22 Uhr bis 6 Uhr sichern	
		Antrag	
		der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
		des Abgeordneten Goetz (FDP)	
		des Abgeordneten Schulze (SPD)	
		Drucksache 5/2394	
		(Neudruck)	2178

	Seite		Seite
Jungclaus (GRÜNE/B90)	2178	Goetz (FDP)	2187
Frau Gregor-Ness (SPD)	2179	Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)	2187
Genilke (CDU)	2180	Frau von Halem (GRÜNE/B90)	2188
Frau Wehlan (DIE LINKE)	2181	Minister des Innern Dr. Woidke	2189
Beyer (FDP)	2182	Petke (CDU)	2189
Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft			
Vogelsänger	2183		
Jungclaus (GRÜNE/B90)	2184	Anlagen	
Persönliche Erklärung des Abgeordneten Goetz			
(FDP) zu seinem Abstimmungsverhalten	2185	Gefasste Beschlüsse	2192
9. Demonstrationsrecht friedlich ausüben			
Antrag		Schriftliche Antworten der Landesregierung auf münd-	
der Fraktion der CDU		liche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am	
		17. Dezember 2010	2192
Drucksache 5/2437		Anwesenheitsliste vormittags	2196
(Neudruck)	2185	Anwesenheitsliste nachmittags	2196
Petke (CDU)	2185		
Ness (SPD)	2186	Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom	
		Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	

Beginn der Sitzung: 9 Uhr**Präsident Fritsch:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 27. Plenarsitzung des Landtages Brandenburg.

Vor Eintritt in die Tagesordnung habe ich Ihnen mitzuteilen, dass der Antrag „Arbeitsmarktförderung stärken - Finanzierungs-basis langfristig sichern“, Drucksache 5/2438, vom Antragsteller zurückgezogen worden ist.

Gibt es zur Tagesordnung, wie sie jetzt vorliegt, Bemerkungen? - Da das nicht der Fall ist, bitte ich um zustimmendes Handzeichen, dass wir nach ihr verfahren können. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Beides ist nicht der Fall. Damit ist die Tagesordnung beschlossen.

An Abwesenheiten habe ich Ihnen heute mitzuteilen, dass Minister Dr. Schöneburg bis 13 Uhr abwesend sein und von Ministerin Tack vertreten wird. Minister Christoffers wird uns ab 13 Uhr verlassen und von Minister Dr. Markov vertreten.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Ernennung und Vereidigung eines Richters des Verfassungsgerichtes des Landes Brandenburg

Meine Damen und Herren! In der 26. Sitzung des Landtages Brandenburg am 15. Dezember 2010 ist Herr Dr. Dirk Lammer zum Richter des Verfassungsgerichtes des Landes Brandenburg gewählt worden.

Herr Dr. Lammer, bevor ich Sie ernenne und vereidige, darf ich Sie noch einmal fragen: Nehmen Sie die Wahl an?

(Herr Dr. Lammer: Ja, ich nehme die Wahl an!)

- Herzlichen Dank. Dann kommen wir zur Ernennung:

(Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen.)

„Land Brandenburg

Der Präsident des Landtages Brandenburg ernennt Herrn Dr. Dirk Lammer für die Dauer von zehn Jahren zum Richter des Verfassungsgerichtes des Landes Brandenburg.

Potsdam, den 17. Dezember 2010

Gunter Fritsch“

Ich darf Sie bitten, den Eid auf Ihr Amt abzulegen.

Herr Dr. Lammer:

Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, getreu der Verfassung des Landes Brandenburg und getreu dem Gesetz auszuüben, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen.

Präsident Fritsch:

Ich darf Ihnen die Urkunde überreichen. Herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg bei Ihrer Arbeit!

(Allgemeiner Beifall - Herrn Dr. Lammer werden Glückwünsche ausgesprochen und Blumen überreicht.)

Ich schließe Tagesordnungspunkt 1 und rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Fragestunde

Drucksache 5/2389

Die Abgeordnete Hackenschmidt wird die **Frage 414** (Kyritz-Ruppiner Heide als Nationales Naturerbe) stellen.

Frau Hackenschmidt (SPD):

Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat sich kürzlich dafür ausgesprochen, die Kyritz-Ruppiner Heide als Nationales Naturerbe auszuweisen. Aus diesem Grund frage ich die Landesregierung: Welche Konsequenzen hätte der Status als Nationales Naturerbe für die Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide als Standort erneuerbarer Energien?

Präsident Fritsch:

Frau Ministerin Tack wird die Antwort geben.

Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren, einen schönen guten Morgen! Frau Hackenschmidt, das ist ohne Zweifel eine spannende Frage. Ich will eingangs noch einmal sagen, was zum Nationalen Naturerbe in Deutschland gehört: zum Beispiel herausragende und einmalige Ökosysteme wie das Wattenmeer, die großen Stromtäler an Elbe und Oder sowie Lebensräume im Mittel- und Hochgebirge, woran Brandenburg ja nicht unmittelbar partizipiert.

Neben den Flächen, die wir vom Grünen Band, das in Brandenburg vertreten ist, übertragen bekommen haben, auf denen sich ein zusammenhängendes System wertvoller Biotope entwickelt hat, werden auch weitere militärische Sperrgebiete und aufgelassene Bergbaugelände einbezogen. Gemäß Entscheidung der Bundesregierung sollen in dieser Kulisse rund 125 000 ha hochwertige Naturschutzflächen aus dem Eigentum des Bundes langfristig für den Naturschutz gesichert werden.

Die zu übertragenden Flächen sind mit den Ländern abgestimmt; das will ich deutlich unterstreichen. So hatte sich der Bundesumweltminister noch im November dieses Jahres mit einer - auch mit Brandenburg - abgestimmten Liste zu den Nationalen-Naturerbe-Flächen an die Länder gewandt und eine Endabstimmung durchgeführt. Sie hat aber nicht lange Bestand gehabt, da - Sie haben darauf verwiesen - der Haushaltsausschuss und dann der Bundestag beschlossen haben, die Fläche Kyritz-Ruppiner Heide insgesamt in Nationale-Naturerbe-Flächen zu übertragen.

Ich will noch einmal auf die Liste zurückkommen: In dieser Liste, die mit Brandenburg abgestimmt ist, befinden sich unter anderem fünf Teilflächen mit einer Gesamtgröße von 5 400 ha, bei denen uns besonders am Herzen liegt, sie übertragen zu bekommen. Dazu gehört zum Beispiel ein großes Waldgebiet im Naturpark Dahme-Heideseen, gehören Flächen in der Döberitzer Heide. Sie werden verstehen, dass wir an der Unterschutzstellung dieser Flächen ein großes Interesse haben - bevor sie privatisiert werden, was ja die Alternative wäre.

Der Bund hat darauf aufmerksam gemacht, dass diese Liste durch eine Aufnahme der Kyritz-Ruppiner Heide schon zur Hälfte belegt und damit schon ein Großteil sozusagen abgearbeitet sei. In der Konsequenz bedeutet dies, dass die anderen für das Land Brandenburg angemeldeten Flächen nicht übertragen werden dürfen.

Die Flächen des Nationalen Naturerbes sollen als Wildnisgebiete, Heiden und andere Offenbereiche auch durch Pflege in ihrer naturschutzfachlichen Bedeutung erhalten und entwickelt werden. Eine wirtschaftlich orientierte Nutzung der Flächen ist dabei auszuschließen; das ist ja das, was Sie und uns in erster Linie interessiert.

Für die Kyritz-Ruppiner Heide hat der Deutsche Bundestag mit seinem Beschluss entschieden, eine eigentumsrechtliche Widmung als Fläche des Nationalen Naturerbes vorzunehmen. In einem Brief, den ich daraufhin an meinen Kollegen Bundesumweltminister Röttgen geschrieben habe, habe ich ihn gebeten, diese Entscheidung noch einmal überprüfen zu lassen. Denn es ging ja noch um die endabgestimmte Liste im November.

Kollege Röttgen hat uns noch nicht geantwortet. Ich weiß aber aus der Bundestagssitzung, dass er immerhin zur Kenntnis genommen hat, dass Brandenburg andere Vorstellungen hat. Er wird sicherlich noch antworten. Die Landesregierung hat eine Protokollerklärung zum Haushaltsbeschluss des Bundestages im Zusammenhang mit der Entscheidung im Bundesrat angehängt, weil auch dieser Beschluss widerspricht. Im Februar des nächsten Jahres soll es ein Gutachten zur Altlastenproblematik der Kyritz-Ruppiner Heide geben. Ich denke, das sollte zumindest abgewartet werden, um eine Entscheidung treffen zu können.

Um noch einmal deutlich auf Ihre Frage zu antworten: Eine wirtschaftliche bzw. eine energiewirtschaftliche Nutzung wäre in dem Fall ausgeschlossen. Wenn es dazu kommt, dass die Heide endgültig in Nationales Naturerbe übertragen wird, wäre es aus unserer Sicht denkbar, die ohnehin versiegelten Standorte wie Kasernen oder Versorgungsflächen übergangsweise für Solarenergie zu nutzen. Aber das, was gemeinsam angedacht war, nämlich eine Nutzungsvielfalt, auch mit Windenergie und anderen Energieformen, eine touristische Entwicklung sowie viele andere Entwicklungsfragen, ist im Augenblick ausgeschlossen.

Präsident Fritsch:

Es gibt Nachfragen. Der Kollege Beyer hat eine Frage.

Beyer (FDP):

Frau Ministerin, vielen Dank für diese ausführliche Darlegung. Sie wissen sicherlich, dass nach der Haushaltsgesetzgebung

der Bundesrepublik Deutschland der Bund nur Eigentum an Flächen halten darf, die für originäre Hoheitsaufgaben erforderlich sind. Die militärische Nutzung wird aufgegeben. Naturschutz ist originäre Hoheitsaufgabe der Länder, nicht des Bundes.

Damit stellt sich zwangsläufig die Frage nach dem Eigentum. Man redet ja von rund 400 Millionen Euro Altlastenentsorgung für die Kyritz-Ruppiner Heide, daher ist das ja eine interessante Frage für das Land. Ich frage Sie daher: Wie steht die Landesregierung zu der Frage des künftigen Eigentums oder sozusagen zu der künftigen Verwaltung dieser Fläche?

Ministerin Tack:

Ich denke, wir sollten erst einmal die Entscheidungsfindung abwarten; die ist ja noch nicht abgeschlossen. Ansonsten haben wir ein großes Interesse daran - ich verwies gerade auf das Gutachten zur Einschätzung der Altlastenproblematik -, dass wir nicht allein für die Altlastenentsorgung verantwortlich gemacht werden. Deshalb würde ich gern die Verantwortung da lassen, wo sie hingehört, was die Altlastensanierung betrifft.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Wir kommen zur **Frage 415** (Anhebung des Arbeitnehmerpauschbetrages), die der Abgeordnete Görke stellt.

Görke (DIE LINKE):*

Das Thema Steuervereinfachung war letzte Woche in den Medien diskutiert worden. Deshalb möchte ich heute folgende Frage stellen:

Medienberichten zufolge hat sich die schwarz-gelbe Koalition auf Bundesebene zur Anhebung des Arbeitnehmerpauschbetrages von derzeit 920 Euro auf 1 000 Euro verständigt. Die Anhebung der pauschalen Werbungskosten soll mit Steuerminder-einnahmen in einer Größenordnung von 330 Millionen Euro verbunden sein.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie den Vorschlag auf Bundesebene, den Arbeitnehmerpauschbetrag zu erhöhen?

Präsident Fritsch:

Diese Frage beantwortet unser Finanzminister Dr. Markov.

Minister der Finanzen Dr. Markov:

Herr Präsident! Recht schönen guten Morgen, meine Damen und Herren! Als Erstes möchte ich in Erinnerung rufen, dass der Arbeitnehmerpauschbetrag im Jahr 2004 von 1 044 Euro auf 920 Euro minimiert worden ist. Das war damals die sogenannte Koch-Steinbrück-Connection, falls Sie sich noch daran erinnern.

Bei Pauschbeträgen besteht immer die Gefahr, dass man, wenn die Pauschalbeträge zu hoch sind, eine Subventionierung betreibt, und wenn sie zu niedrig sind, eine Unterförderung leistet. Deswegen ist es ganz schwierig, sozusagen den exakten Punkt zu finden, an dem sich der Pauschbetrag zwischen diesen beiden Poolen in der Waage befindet. Außerdem muss man bei Pauschbeträgen immer abwägen, welcher Aufwand damit

für die Verwaltung verbunden ist und welche Einsparungen es für den Steuerpflichtigen gibt.

In diesem Fall ist meines Erachtens die Erhöhung um 80 Euro zu gering. Ich will Ihnen das an einem ganz einfachen Beispiel erklären. Die Erhöhung des Pauschbetrages auf 1 000 Euro bedeutet, dass die 80 Euro weg sind - das sind natürlich Durchschnittszahlen; das ist vollkommen klar -, wenn der Arbeitnehmer in Brandenburg einen Arbeitsweg von 16 Kilometern hat.

Wenn man sich die Verhältnisse in den entfernten Regionen Brandenburgs anschaut, die Pendler, dann weiß man genau, dass die Erhöhung des Pauschbetrages auf 1 000 Euro die Mehrausgaben der Betroffenen nicht entscheidend deckt. Alles, was über die 1 000 Euro geht, muss nach wie vor im Einzelnachweis getätigt werden.

Insofern hätte es, glaube ich, Sinn gemacht, diesen Pauschbetrag zumindest wieder auf die Höhe anzuheben, wie Sie vor der Absenkung bestanden hat. - Danke schön.

Präsident Fritsch:

Herr Görke hat Nachfragebedarf.

Görke (DIE LINKE):*

Herr Dr. Markov, welche Maßnahmen schlägt die Landesregierung zur grundsätzlichen Steuervereinfachung vor? Zur Höhe hatten Sie sich ja schon geäußert. Wie ist die Auffassung der Landesregierung zum Beispiel zur Vereinfachung der Absetzung der Kinderbetreuungskosten oder zur Behindertenpauschale?

Minister Dr. Markov:

Sie haben gerade schon zwei ganz wichtige Elemente genannt. Es gab den Vorschlag der Finanzminister der Länder insbesondere zu der Pauschale für die Behinderten. Dem ist leider nicht gefolgt worden. Bei der Pauschale für die Kinderbetreuungskosten, bei der Gewährung von Kindergeld für volljährige Kinder sind Dinge übernommen worden.

Es ist immer sehr kompliziert - das habe ich vorhin auszudrücken versucht -, mit solchen Veränderungen tatsächlich eine Vereinfachung hinzubekommen. Dass man sich in der Bundesregierung auf den Weg gemacht hat, ist erst einmal positiv. Man hat allerdings ganz wichtige Änderungen nicht vorgenommen, zum Beispiel die Rücknahme der Absenkung der Mehrwertsteuer für die Hotellerie, weil das auch ein unheimlich kompliziertes Verfahren ist: Frühstück rein, Frühstück raus, ist das dienstlich oder nicht? usw.

Ich glaube, es gibt noch sehr, sehr viel Spielraum. Eine weitere pauschale Steuerentlastung für Arbeitnehmer halte ich für dringend geboten.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Wir kommen damit zur **Frage 416** (Steigende Arbeitslosenzahlen), die die Abgeordnete Schier stellt.

Frau Schier (CDU):

Laut Arbeitsmarktstatistik für November ist die Zahl der Arbeitslosen in Brandenburg entgegen dem Bundestrend ange-

stiegen. Als Begründung verweist die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit auf die saisonalen Einflüsse. Da auch andere Bundesländer - ich denke dabei an Mecklenburg-Vorpommern - saisonalen Einflüssen unterliegen, stellt sich schon die Frage, weshalb Brandenburg stärker betroffen ist als andere Bundesländer. Gerade in Brandenburg hatten wir in den letzten Jahren eine äußerst positive Entwicklung zu verzeichnen.

Ich frage die Landesregierung: Worin sieht sie die Ursachen für den Anstieg der Arbeitslosigkeit?

Präsident Fritsch:

Minister Baaske antwortet darauf.

Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie Baaske:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Schönen guten Morgen. Es ist in der Tat so, dass im Vormonat die Arbeitslosigkeit in Brandenburg um 0,8 % gestiegen ist. Ich habe mir einmal die Statistik gezogen. Das betrifft aber auch die Länder Schleswig-Holstein, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen. Sie haben gerade das Beispiel Mecklenburg-Vorpommern genannt.

In Brandenburg gibt es übrigens ein Plus von 0,8 %. In Schleswig-Holstein gibt es ein Plus von 1,4 % und in Mecklenburg-Vorpommern sogar von 6 %. Das liegt in Schleswig-Holstein und in Mecklenburg-Vorpommern nicht daran, dass dort die CDU regiert. Es liegt viel mehr daran, dass es, ähnlich wie in Brandenburg, eine sehr landwirtschaftliche, aber auch touristisch geprägte Region ist und insbesondere in den Wintermonaten gerade an der Ostsee nicht so viel läuft.

Man kann sich vorstellen, dass es auch bei uns an den Seen im Tourismus zu Entlassungen kommt und wir registrieren müssen, dass es eine saisontypische Erscheinung ist. Wir haben allerdings - ich habe gestern die Zahlen genannt - im letzten Quartal wesentlich mehr Beschäftigung gehabt. Dass das jetzt über den Winter ein bisschen abnimmt, ist eine Erscheinung, die wir jedes Jahr haben. Wir müssen das beobachten. Ich nehme aber nicht an, dass das dramatisch wird.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Damit sind wir bei der **Frage 417** („Museum in der Natur“ in Kummersdorf), die die Abgeordnete von Halem stellt.

Frau von Halem (GRÜNE/B90):

In Kummersdorf soll auf der ehemaligen militärischen Liegenschaft der Heeresversuchsstelle ein „Museum in der Natur“ entstehen. Die Liegenschaft ist noch im Besitz des Bundes (BImA), soll aber an das Land übertragen werden.

Zum Stand der Verhandlungen gibt es unterschiedliche Aussagen. Nach Aussage von Staatssekretärin Daniela Trochowski sind die Verhandlungen zwischen Bund und Land Ende 2009 ins Stocken geraten. Nach Auskunft der Bundesregierung ist das Land im Rahmen des WGT-Abkommens zur Übernahme der Liegenschaft ohne weitere Bedingungen verpflichtet. Aufgrund der Altlastenproblematik sei das Land aber derzeit zur Übernahme nicht bereit.

Deshalb frage ich die Landesregierung: Wann und mit welcher konkreten Zielstellung wurden die Gespräche zwischen der Bundesregierung und dem Land Brandenburg bezüglich der Übertragung von der BImA auf das Land Brandenburg wieder aufgenommen?

Präsident Fritsch:

Darauf wird Finanzminister Dr. Markov antworten.

Minister der Finanzen Dr. Markov:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrte Frau von Halem, die Frage kann ich Ihnen nicht beantworten. Die Gespräche wurden insofern nicht wieder aufgenommen, als sie nie abgebrochen wurden. Dies ist ein kontinuierlicher Prozess. Es gibt direkte Verhandlungen und einen Briefverkehr. Richtig ist, dass diese Liegenschaft im Rahmen des WGT-Verwaltungsabkommens zu behandeln ist. Richtig ist aber auch, dass in diesem Verwaltungsabkommen steht, dass sich der Bund kooperativ bei einer qualitativen Entwicklung des Standortes im Hinblick auf verbleibende Altlasten zu beteiligen und mitzuwirken hat.

In den Debatten, die geführt werden, geht es darum, wie sich Mitwirkung in Euro-Beträgen bemessen lässt. Wir haben zuerst - das ist statthaft gemäß der Verwaltungsvereinbarung - 0,8 % der Flächen herausgenommen. Diese hochkontaminierte Fläche ist bestimmt. Die werden wir vom Bund nicht übernehmen. Da gibt es Einvernehmen. Diese Fläche ist festgelegt. Für den Rest hat das Land eigene Berechnungen durchgeführt. Wir kommen auf einen Wert von 36 Millionen Euro. Das würden wir für die Beseitigung der Altlasten in Bezug auf die Restflächen benötigen. Darüber verhandeln wir.

Mittlerweile hat die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben überlegt, ob sie diese WGT-Liegenschaft faktisch in ihrem Bestand behält. Das soll dann für das nationale Kulturerbe gesichert werden. Das Land würde diesen Weg prinzipiell unterstützen. Wir würden uns also dagegen in keiner Art und Weise verwehren.

Das sind aber komplizierte Prozesse. Andere Länder haben ähnliche Liegenschaften. Deshalb musste man in diesem Fall auch die Voten von Sachsen und Thüringen einholen. Es ging darum, dass diese Länder hinterher nicht klagen, und zwar im Falle einer solchen Übertragung.

Die Verhandlungen mit der BImA werden weitergeführt. Wir haben - das will ich unbedingt sagen, weil das auch in Ihrer Frage eine Rolle spielt - die Liegenschaft auch besucht. Wir haben uns dort mit Vertretern der unterschiedlichsten Interessenverbände getroffen. Wir hatten auch zugesagt, dass wir uns vorstellen können, einen Teil davon dem „Museum in der Natur“ in Kummersdorf zu vermachen. Dazu gab es die Vereinbarung, dass ein konkretes Wirtschaftskonzept ausgearbeitet und uns vorgelegt werden soll. So weit ist es noch nicht. Deswegen warten wir noch auf dieses ausstehende Papier.

Wir haben uns aber mit Schreiben vom 29. Oktober 2010 gegenüber der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben dafür ausgesprochen, dass ein Nutzungsvertrag mit dem Förderverein „Historisch-technisches Museum - Versuchsstelle Kummersdorf“ mit einjähriger Laufzeit und einer entsprechenden Möglichkeit

der Vertragsverlängerung abgeschlossen werden könnte. - Danke.

Präsident Fritsch:

Das Wort erhält die Abgeordnete Muhß, die Gelegenheit hat, die **Frage 418** (Novellierung des Abfallrechts) zu formulieren.

Frau Muhß (SPD):

Der Referentenentwurf des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) zum Kreislaufwirtschaftsgesetz weckt bei den Kommunen die Befürchtung, es werde zwischen ihnen und gewerblichen Entsorgern zukünftig zu einem ruinösen Wettbewerb um die Entsorgung und Verwertung von Abfällen kommen.

Die Kommunen sehen durch den Gesetzentwurf unter anderem die Planungssicherheit für die kommunalen Entsorgungsstrukturen, die Gebührenstabilität, die Entsorgungssicherheit sowie die bürgerfreundliche und haushaltsnahe Ausgestaltung der Wertstoffsammlung in Gefahr. Sie fordern, Abfälle aus privaten Haushalten auch weiterhin den Kommunen zu überlassen. Gewerbliche Sammlungen müssten demgemäß unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Kommunen stehen.

Ich frage die Landesregierung: Wie positioniert sie sich zu den Forderungen der kommunalen Spitzenverbände, die darauf zielen, Wertstofferrassungen in kommunaler Verantwortung zu belassen?

Präsident Fritsch:

Frau Ministerin Tack, wie positionieren Sie sich?

Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Muhß, die Landesregierung teilt die Befürchtung, die die kommunalen Spitzenverbände haben. Ich war zur Anhörung im Rahmen der Umweltministerkonferenz. Da haben die Spitzenverbände ihre Position noch einmal deutlich gemacht. Wir teilen diese Befürchtung.

Folgendes will ich dazu sagen: Es gibt Streit um die Abfälle. Da geht es um viel Geld. Es gibt eine Zahl, die vom Bundesumweltministerium dazu veröffentlicht worden ist. Dabei geht es um die Abfallwirtschaft im Jahr 2007. Das ist schon ein paar Tage alt. Da wird vermittelt, dass der Jahresumsatz 50 Milliarden Euro in der Abfallwirtschaft betrug. Das betrifft zudem 250 000 Beschäftigte. Das ist also ein großes Arbeitsmarktpotenzial. Deshalb ist das auch so heiß umkämpft.

Sie haben richtig beschrieben, dass die neue Europäische Abfallrichtlinie umzusetzen ist. Es gibt dazu jetzt einen Referentenentwurf des Bundes. Deshalb wird jetzt bereits darauf aufmerksam gemacht, dass aus unserer Sicht hier etwas schief läuft. Frühestens im Frühjahr 2011 ist mit der Befassung im Bundesrat zu rechnen.

Mit der Novelle sollen auch die Regelungen für die Kommunen als öffentliche Entsorgungsträger verändert werden. Nach dem geltenden Recht müssen Abfälle aus privaten Haushalten, die

nicht selbst verwertet werden, zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern überlassen werden. Für diese Abfälle haben die Entsorgungsträger auch für die Entsorgungssicherheit zu garantieren.

Von der Überlassungspflicht gibt es bestimmte Ausnahmen. Das betrifft zum Beispiel gewerbliche Sammlungen. Diesbezüglich wird seit Jahren ein juristischer Streit geführt. Den vorläufigen Endpunkt bildet das sogenannte Altpapierurteil. Dort ist eindeutig gesagt worden, dass die Überlassungspflichten sehr weit zu fassen sind. Das ist dann kommunalfreundlich gemeint. Das stört wiederum die Gegenseite. Einige - auch Regierungsmehrheiten in Berlin - sind deshalb der Meinung, dass das geändert werden muss.

Wir teilen diese große Sorge. Wir bringen uns deshalb ein. Wir unterstützen folglich die kommunalen Spitzenverbände in ihrer Auffassung, dass hier die kommunalen Überlassungspflichten beibehalten bleiben. Es sollte hier zu einem fairen Wettbewerb kommen, der sich nicht zulasten der kommunalen Entsorgungsbetriebe auswirkt. - Vielen Dank.

Präsident Fritsch:

Das Wort erhält die Abgeordnete Wöllert, die Gelegenheit hat, die **Frage 419** (Ergebnisse des 2. Spitzengesprächs zur gesundheitlichen Versorgung in Brandenburg) zu formulieren.

Frau Wöllert (DIE LINKE):

Am 8. Dezember hat unter Leitung der Gesundheitsministerin ein Spitzengespräch zur gesundheitlichen Versorgung in Brandenburg stattgefunden. Ich frage die Landesregierung: Welche Ergebnisse für die Zukunft der gesundheitlichen Versorgung hat dieses Spitzengespräch gebracht?

Präsident Fritsch:

Wiederum antwortet Frau Ministerin Tack.

Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass Frau Wöllert die Frage gestellt hat. Wir haben darüber auch gestern im Zusammenhang mit der Haushaltsdebatte schon diskutiert. Ich schlage vor - so ist das mit den Akteuren im Rahmen des Spitzengesprächs vom 8. Dezember 2010 verabredet worden -, dass wir die Vorschläge, die wir diskutiert haben und die auf einen guten Weg gebracht worden sind, am 26. Januar 2011 im Gesundheitsausschuss vorstellen. Dazu werden die Akteure ebenfalls eingeladen. Dann können wir detailliert darüber reden.

Wir haben uns hier im Parlament dazu verständigt, dass die Beschlüsse des Bundes - auch das haben wir gestern wieder unterstrichen -, unsere Probleme zu lösen, nämlich insbesondere die gesundheitliche Versorgung im ländlichen Raum zukunftsfähig zu machen, in der Sache nicht dienlich sind. In vielen Fällen werden uns sogar Knüppel zwischen die Beine geworfen. Sie wissen das. Sie sehen das aber anders. Aber wir spüren es. Im nächsten Jahr werden es im Übrigen alle ganz deutlich spüren.

Bei dem Spitzengespräch saßen die Krankenkassen, die Kassenärztliche Vereinigung, die Landeskrankenhausgesellschaft,

die Landesärztekammer, der Städte- und Gemeindebund, der Landkreistag und die Bundesagentur für Arbeit mit am Tisch. Wir haben unsere Verabredung aus dem April dort konkretisiert. Wir haben die konkreten Projekte beraten. Grundlagen, Handlungsfelder und Maßnahmen wurden diskutiert. Sie wissen das. Es gab in der Vorbereitung auch ein Positionspapier. Das wird jetzt qualifiziert und mit den Modellen angereichert, die wir gerne wollen. Wir wissen, dass die gesundheitliche Versorgung im ländlichen Raum und im Land Brandenburg - aber insbesondere im ländlichen Raum - ein wesentlicher Standortfaktor ist. Das ist vor allem auch eine Aufgabe der Daseinsvorsorge. Deshalb haben wir hier diesen Herausforderungen Rechnung zu tragen.

Wir haben uns zu acht Handlungsfeldern verabredet. Ich schlage Ihnen vor, die detaillierte Umsetzung im Ausschuss deutlich zu machen. Das ist zum einen die Fachkräftesicherung für die gesundheitliche Versorgung. Das ist unstrittig. Vor allen Dingen ist maßgeblich darauf hinzuwirken, was wir im Bundesrat bereits getan haben, dass in Bezug auf die tarifliche Finanzierung die Lohn- und Gehaltsangleichung an den Verdienst der Kollegen im Westen stattfindet, damit die Abwanderung gestoppt werden kann.

Wir engagieren uns für die ärztliche Nachwuchsgewinnung. Ein großes Feld ist die Tele-Medizin. Wir haben mittlerweile drei Tele-Medizinzentren in Brandenburg, eines mit dem Klinikum in Cottbus, eingerichtet. Wir sind für arztentlastende Fachkräfte, darauf komme ich gleich noch zu sprechen, für das Projekt AGnES II, das wir flächendeckend in Brandenburg einführen wollen.

Wir sind für integrierte und fachübergreifende Versorgungskonzepte, die - das haben wir gestern angesprochen - ambulante und stationäre Versorgung miteinander verknüpfen. Insbesondere sollen die kleinen Krankenhäuser im ländlichen Raum mit der ambulanten Versorgung besser verknüpft und die Patientenbetreuung sicherer gemacht werden.

Ein weiterer Punkt ist die Bedarfsplanung. Sie wissen, dass uns der Bund bei den Beschlüssen, die wir gefasst haben und die alle dem Bundesgesundheitsminister vorliegen, leider im Regen stehen lässt. Er rührt sich dennoch nicht. Wir wollen die Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung und eine Attraktivitätssteigerung der Arbeits- und Lebensbedingungen für die Beschäftigten im Gesundheitswesen, wir wollen Anreize schaffen und vor allem die Berufe attraktiver machen.

Das ist ein Maßnahmenbündel. Ich möchte die Zeit hier nicht überstrapazieren.

(Frau Lehmann [SPD]: Darüber könnten wir Wochen reden!)

- Darüber könnten wir Wochen reden, aber ein Kollege meint immer: Wir machen nichts, wir können nichts und wir wollen nichts. Wir machen also eine ganze Menge.

Ich möchte deutlich sagen: Im April haben wir verabredet, weil uns der Kollege Rösler im Regen stehen lässt, ein landesweites Projekt AGnES II durchzuführen, lieber Kollege.

(Frau Dr. Ludwig [CDU]: Na klar! - Weitere Zurufe von CDU und FDP - Frau Lehmann [SPD]: So ist es, Frau Ministerin! - Minister Dr. Markov: Mach' einfach weiter!)

Die AOK, die ab 01.01. nächsten Jahres eine große AOK Nordost sein wird - das haben wir besiegelt - wird mit der Barmer Ersatzkasse und der Kassenärztlichen Vereinigung das sogenannte Projekt AGnES II durchführen. Es beinhaltet arztunterstützende Leistungen, bei denen wir vor allen Dingen haus- und fachärztlich ambulante und stationäre Bereiche sozusagen als „Übergangsmanagement“, also arztunterstützend, einführen wollen. Das soll schrittweise landesweit und damit nicht nur für unterversorgte Regionen eingeführt werden. Da sind wir auf einem guten Weg.

(Unruhe)

Weiß einer etwas Besseres? Es ist so laut hier im Saal, Herr Präsident. - Ich verweise auf den 26. Januar. Es ist völlig richtig. Ich möchte deutlich machen, dass wir in guten Gesprächen mit der Charité sind. Ich habe mit dem Chef der Charité gesprochen. Wir waren mit unseren elf Lehrkrankenhäusern zu Semesterbeginn in der Charité, haben sie und das Land Brandenburg den Studenten vorgestellt und geworben. Das werden wir zu jedem Semesterbeginn wieder machen, um zu verdeutlichen: In Brandenburg kann man eine gute Arztausbildung erfahren und gut Arzt im ländlichen Raum sein.

Als Letztes will ich darauf hinweisen, dass unser www.arzt-in-brandenburg.de überarbeitet ist. Da gibt es eine Menge Tipps zu Praxiseröffnung, Unterstützungsleistungen, Ansprechpartnern in der Region und vieles mehr. Frau Kollegin, so viel als Antwort auf Ihre Frage.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Wir kommen zur **Frage 420** (Unterstützung privater Geschädigter im Oderbruch), gestellt von der Abgeordneten Blechinger.

Frau Blechinger (CDU):

Der Presse der vergangenen Tage war zu entnehmen, dass das Land Brandenburg und der Landkreis Märkisch-Oderland beabsichtigen, die vom Binnenhochwasser im Oderbruch Betroffenen zu unterstützen, sofern der Schadenausgleich nicht durch die private Versicherung erfolgt. Nur einen Tag später teilte das Umweltministerium mit, dass für den Ausgleich privater Schäden die rechtliche Grundlage und ein entsprechendes Programm für eine finanzielle Unterstützung seitens des Landes fehlen würden und vor diesem Hintergrund eine öffentliche Entschädigung nicht möglich sei.

Ich frage die Landesregierung: Welche Hilfen sieht die Landesregierung vor, um die vom Binnenhochwasser im Oderbruch Geschädigten konkret zu unterstützen?

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Frau Ministerin Tack, Sie sind jetzt das vorletzte Mal dran.

Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Blechinger, wir haben uns kürzlich - Freitag letzter Woche - in

Seelow getroffen, um die Bedingungen im Oderbruch zum wiederholten Mal zu beraten. Das ist auch notwendig. Wir haben mehrere Vorgespräche mit dem Landrat, mit dem Bauernverband, mit dem Gewässer- und Deichverband geführt, mit allen, die da Verantwortung tragen, natürlich mit meinem Landesamt und mit meiner Abteilung Wasser- und Bodenschutz.

Sie waren dabei. Sie haben mit beraten. Ich will an dieser Stelle deutlich sagen: Ihre Fragestellung bezieht sich auf die privat Geschädigten. Das Wort „privat“ haben Sie in der mündlichen Fragestellung weggelassen. Ich denke aber, darauf richtet sich Ihr besonderes Interesse.

Ich kann in meiner Antwort nur wiederholen, was Sie im Wesentlichen schon gesagt haben. Es gibt für Privatpersonen keine konkrete gesetzlich geregelte Unterstützung, die man in Anspruch nehmen kann. Eine Hilfeleistung ist deshalb für die an ihren Grundstücken durch Hochwasserereignisse privaten Geschädigten sehr schwierig. Wir haben keine Handhabe. Ich weiß aber - ich bin mit dem Landrat da in einer guten Verabredung -, dass für Extremfälle, wenn zum Beispiel Wasser im Keller steht und die Heizung ausgefallen ist, vorübergehend Ersatzwohnungen angeboten werden. Ich weiß, dass der Landrat sehr wohl in sozialer Verantwortung steht, und wir haben verabredet, dass er Unterstützung gibt. Es gibt keinen gesetzlichen Anspruch. Jeder ist verpflichtet, sich privat versicherungsrechtlich abzusichern.

Privat heißt auch, dass möglicherweise der eine oder andere landwirtschaftliche Betrieb Schaden genommen hat. Wir haben bereits im Sommer im Oderbruch mit dem Landwirtschaftsminister verabredet, was ich wiederhole, zu sagen: Diejenigen, die vom Binnenhochwasser und vom lang anhaltenden Hochwasser im Oderbruch geschädigt sind, sollen ihre Schäden darstellen. In dem Fall, dass sie existenzgefährdet sind, soll es auf Antrag zu einer Schadensregelung über das Landwirtschaftsministerium kommen. Das steht.

Drittens kann man sagen, Frau Blechinger, dass für hochwassergeschädigte private Unternehmen der zinssubventionierte „Brandenburg-Kredit“ der Landesinvestitionsbank für die Mittelstandsförderung zur Verfügung steht. Dieser Kredit kann zur Finanzierung von Schäden durch Hochwasser eingesetzt werden. Das ist eine gute Regelung.

Präsident Fritsch:

Frau Abgeordnete Blechinger hat Nachfragen.

Frau Blechinger (CDU):

Frau Ministerin, die Arbeitsgruppe Wassermanagement im Oderbruch, die Sie angesprochen haben, hat festgestellt, dass es in der Vergangenheit Defizite bei der Unterhaltung von Gewässern I. Ordnung gegeben hat. Sollte sich das durch ein Gutachten bestätigen, will das Land die Betroffenen dann auf den Privatklageweg verweisen, damit sie gegebenenfalls privat eine Entschädigung vom Land einklagen müssen?

Ministerin Tack:

Frau Blechinger, das Sonderprogramm läuft zum Beispiel seit 2008. Auch das Projekt zur Ausbaggerung der Wriezener Alten Oder läuft schon seit einem Jahr. Wir gehen davon aus, dass der Gewässerverband in unserem Auftrag die Arbeiten auftragsge-

mäß geleistet hat. Wenn es möglicherweise irgendwelche Aussagen in einem Gutachten gibt, wonach es nicht so war, werden wir neu beraten. Aber ich gehe davon aus, dass das ordnungsgemäß stattgefunden hat.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Die Abgeordnete Lehmann stellt die **Frage 421** (Finanzsituation Brandenburger Krankenhäuser).

Frau Lehmann (SPD):

Laut Aussagen der Deutschen Krankenhausgesellschaft schreibt derzeit jedes fünfte Krankenhaus in Deutschland rote Zahlen. Aufgrund der Kürzungen durch die Gesundheitsreform und neue Tarifabschlüsse, die mit höheren Sozialversicherungsbeiträgen einhergehen, wird zudem in 2011 mit einer Verschlechterung der Haushaltslage der Kliniken gerechnet.

Ich frage die Landesregierung: Gibt es Krankenhäuser in Brandenburg, die von einer finanziellen Notlage betroffen oder bedroht sind?

Präsident Fritsch:

Darauf antwortet uns Frau Ministerin Tack.

Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Lehmann, das ist eine spannende Frage, denn das wäre eine bedrohliche Situation. Ich verweise darauf, dass die Krankenhäuser eigenverantwortlich wirtschaftende Unternehmen sind. Die aktuelle wirtschaftliche Situation eines jeden Krankenhauses, die sich aus Personalkosten, Sachkosten, Erlösen und Rücklagen und weiterem ergibt, ist dem Ministerium nicht offenzulegen. Wir werden nicht automatisch pflichtgemäß informiert. Vorzulegen und zu genehmigen sind die jährlich zwischen Krankenhaus und Krankenkassen zu verhandelnden Budgetvereinbarungen. Darüber haben wir vorgestern gesprochen.

Insoweit verschärfen jüngste bundesrechtliche Vorgaben die Finanzsituation; Sie haben darüber gesprochen. Personalkostensteigerungen werden nicht ausfinanziert, und gegenüber den prognostizierten und vereinbarten Leistungen tatsächlich erbrachte Mehrleistungen führen zu Erlösabzügen; auch das haben wir hier schon thematisiert. Das ist aber eine Entscheidung des Bundes, der die Krankenhäuser in diese Situation bringt. Von daher kann die Landesregierung nicht ausschließen, dass das eine oder andere Krankenhaus in den nächsten Jahren in eine finanzielle Schieflage gerät. Aktuell liegen uns aber keine konkreten Informationen vor, dass in Brandenburg ein Krankenhaus in eine finanzielle Notlage zu geraten droht.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Die **Frage 422** (Hochschulausbildung von Erzieherinnen und Erziehern) stellt der Abgeordnete Jürgens.

Jürgens (DIE LINKE):

Seit mehreren Semestern werden an der Fachhochschule Potsdam im Studiengang „Bildung und Erziehung in der Kindheit“ Erzieherinnen und Erzieher unter anderem für den Kita-Be-

reich ausgebildet. Zudem soll damit auch die Chance zur akademischen Weiterbildung bestehen.

Ich frage die Landesregierung: Inwieweit plant sie, dieses Angebot auszubauen?

Präsident Fritsch:

Ministerin Dr. Münch antwortet.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Dr. Münch:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Jürgens, der Bachelorstudiengang „Bildung und Erziehung in der Kindheit“ wurde zum Wintersemester 2005/06 an der Fachhochschule Potsdam eingerichtet. Die Absolventinnen und Absolventen gehören als staatlich anerkannte Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen nach § 9 Kitapersonalverordnung zu den geeigneten pädagogischen Fachkräften in der Kindertagesbetreuung.

Daneben gibt es an der Fachhochschule Potsdam eine berufsbegleitende Weiterbildung „Kitamanagement“, die mit einem Hochschulzertifikat abschließt. In dieser Weiterbildung werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Qualifikation, eine Einrichtung unter den sich verändernden Rahmenbedingungen professionell zu leiten und nachhaltig zu profilieren, erwerben.

Die Koalitionsparteien haben vereinbart, dieses Studienangebot auszubauen. Wir prüfen derzeit in meinem Geschäftsbereich verschiedene Modellvorschläge der Fachhochschule Potsdam für unterschiedliche Studienangebote. Es geht darum, entweder den bestehenden Studiengang „Bildung und Erziehung in der Kindheit“ auszubauen und/oder einen berufsbegleitenden Bachelor aufzulegen oder eben die Weiterbildungsangebote auf Zertifikatsebene zu verstärken.

In diesem Zusammenhang müssen wir mit dem MBS natürlich auch die Frage der Anrechnung der in Fortbildungsmaßnahmen des Sozialpädagogischen Fortbildungsinstituts Berlin-Brandenburg erworbenen Qualifikation für ein Hochschulstudium klären. Wir sind mitten in den Gesprächen und haben jetzt noch kein abschließendes Konzept, aber diese drei Möglichkeiten kommen prinzipiell infrage.

Es wäre natürlich auch wichtig zu wissen, inwieweit diese Angebote angenommen werden und inwieweit die Absolventen tatsächlich Beschäftigungsmöglichkeiten finden. Ich denke, das sind wichtige Voraussetzungen, um zu klären, in welche Richtung wir uns da weiterentwickeln werden. - Danke.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Die **Frage 423** (Mautflüchtlinge auf Landesstraßen) stellt die Abgeordnete Kircheis.

Frau Kircheis (SPD):

Der „Lausitzer Rundschau“ vom 23.11.2010 war zu entnehmen, dass die Bewohner des Cottbuser Ortsteils Kahren, speziell die Anwohner der Karlsdorfer Straße, also der L 50, die Straße für die Durchfahrt von Lkw für mindestens zwei Stunden am 22.11.2010 blockiert haben. Ursache ist die vermehrte Nutzung der Landstraße als Ausweichoption zur Autobahn A 15.

Deshalb frage ich die Landesregierung: Welche Strategie verfolgt sie bei Mautflüchtlingen auf Landstraßen?

Präsident Fritsch:

Herr Minister Vogelsänger, sagen Sie es uns.

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Abgeordnete Kirchheis, ich will darauf hinweisen, dass ich am 11.11. in Antwort auf eine diesbezügliche Anfrage von Herrn Jürgens die Situation sehr umfänglich dargestellt habe. Ich habe mir für meinen heutigen Redebeitrag von den Juristen meines Hauses einiges aufschreiben lassen und werde das so vortragen. Es ist eine Rechtsfrage, und ich werde Ihnen danach noch ein Angebot machen.

Verkehrsbeschränkungen oder Verkehrsverbote gegenüber Lkw-Verkehren ergeben sich ausschließlich aus der bundesweit geltenden Straßenverkehrsordnung und der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts; darin erfolgen Präzisierungen. Die dort festgelegten Rechtsgrundsätze gelten für Straßen aller Kategorien, also auch für Landesstraßen in Brandenburg und allen anderen Bundesländern. Die gesetzlichen Voraussetzungen lassen sich wie folgt kurz umschreiben - jetzt wird man merken, wie kompliziert die Angelegenheit ist -:

Der Verkehr schwerer Lkws, der durch Erhebung der Maut auf Straßen zu veränderten Verkehrsverhältnissen geführt hat, muss zu erheblichen Auswirkungen auf die Immissionsbelastung oder die Verkehrssicherheit geführt haben. Für den Lärm bedeutet dies eine Erhöhung des Beurteilungspegels durch den Maut-Ausweichverkehr um mindestens 3 db oder einen Beurteilungspegel am Tage von mindestens 70 db bzw. 60 db in der Nacht, der erstmals erreicht wird oder, falls diese Lärmbelastung bereits bestand, weiter erhöht wird. Für die Erheblichkeit der Auswirkungen auf die Sicherheit des Verkehrs muss ein Ansteigen der Unfallhäufigkeit durch beteiligte schwere Lkw festgestellt werden. Die Feststellung der Mautbetroffenheit, also des Verkehrs, der durch Erhebung der Maut hervorgehoben wird, setzt voraus, dass vor der Anordnung verkehrsrechtlicher Maßnahmen der Anteil des überregionalen Verkehrs aufgrund einer fundierten Schätzung ermittelt wird. Zuständig für die Anordnung verkehrsbeschränkender oder verkehrsverbotender Maßnahmen sind ausschließlich die unteren Verkehrsbehörden.

Es ist sonst nicht meine Art, so etwas hier Wort für Wort vorzulesen. Aber in diesem Fall ist es gut und richtig. Es gibt immer Gespräche zwischen den unteren Verkehrsbehörden und dem Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft. Es geht ja um die Frage der Rechtsprechung, die sich ändert bzw. die präzisiert wird.

Ich würde den Abgeordneten folgendes Angebot unterbreiten - es ist auch schon in Vorbereitung -: Im Februar wollen wir eine ähnliche Schulung durchführen wie mit den unteren Verkehrsbehörden, wo dies dann noch einmal präzisiert wird, und ich lade alle 88 Abgeordneten des Brandenburger Landtags in mein Ministerium ein, um sich die Rechtsprechung erläutern zu lassen.

(Jürgens [DIE LINKE]: Alle Abgeordneten zu demselben Termin?)

- Selbstverständlich werden alle 88 Abgeordneten eingeladen; ich habe in meinem Ministerium durchaus eine Räumlichkeit, wo 88 Personen Platz finden.

Wir werden versuchen, für entsprechende Aufklärung zu sorgen. Darauf haben die Abgeordneten ein Recht. Ich wollte es darstellen; es ist sehr kompliziert. Wir nehmen die Betroffenheit der Menschen sehr ernst.

Ich muss noch eines sagen: Bundesstraßen - dazu gab es auch schon Anfragen, denn diese betrifft es auch - und Landesstraßen sind für den überörtlichen Verkehr da. Selbstverständlich sorgt das im Zusammenhang mit dem Lkw-Verkehr für Konflikte.

Präsident Fritsch:

Herr Minister, trotz Ihrer Androhung hat die Abgeordnete Kirchheis Nachfragen.

Frau Kirchheis (SPD):

Wenn ich es recht verstanden habe, bleibt den Leuten wirklich nur die Hilfe zur Selbsthilfe. Solche Blockaden machen dann Schule in Brandenburg, oder wie sehen Sie das?

Minister Vogelsänger:

Frau Abgeordnete, ich werde nicht zu solchen Blockaden aufrufen. Ich habe die Rechtslage dargestellt und gehe davon aus, dass Sie im Februar mein Angebot annehmen und dass auch die Stadt Cottbus, die für das Thema zuständig ist, das Angebot des Ministeriums genutzt hat. Wir müssen uns leider die Mühe machen, die schwierige Rechtslage darzustellen und nach Möglichkeiten zu suchen. Es wird aber nicht so sein, dass jeder mit dem Ergebnis zufrieden ist.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Wir kommen zur **Frage 424** (Streckenverlängerung Velten), die die Abgeordnete Wehlan stellt.

Frau Wehlan (DIE LINKE):

Seit geraumer Zeit fordern der Landkreis Oberhavel, die Stadt Velten und die Deutsche Bahn eine Streckenverlängerung der S-Bahnlinie von Henningsdorf nach Velten. Bislang gibt es keine Anzeichen für eine Realisierung in absehbarer Perspektive.

Ich frage die Landesregierung: Welche Gründe sieht sie, dieses Projekt der Weiterführung der S-Bahnlinie von fünf Kilometern nach Velten bisher nicht zu realisieren, obwohl es Pläne zur Finanzierung der Strecke gäbe?

Präsident Fritsch:

Wiederum antwortet Minister Vogelsänger.

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich will auf meine gestrige Haushaltsrede verweisen. Darin habe ich deutlich gemacht, dass wir wahrscheinlich erst im Jahr

2013/14 wissen, wie viel Regionalisierungsmittel wir für die Bahnbestellung ab dem 01.01.2015 zur Verfügung haben.

Es ehrt die S-Bahn, dass sich Kommunalpolitiker um einen S-Bahn-Anschluss bemühen. Das gibt auch Hoffnung, dass sich das S-Bahn-System wieder verbessert.

Bezüglich der S-Bahn-Verbindung nach Velten gibt es durchaus auch Abstimmungsbedarf mit den Betreibern des Prignitz-express. Da sind entsprechende Untersuchungen notwendig. Diese Untersuchungen werden noch durchgeführt.

Zur Frage der Finanzierung: Ich schaue zu meinem Finanzminister. Es ehrt uns sehr, dass der Landrat von Oberhavel mir einen Kredit geben will. Er will das, was die Investition der S-Bahn nach Velten betrifft, vorfinanzieren. Ich muss das dann aber zurückzahlen und woanders herausnehmen.

(Minister Dr. Markov: Ich bin aber für die S-Bahn nach Velten!)

Das weiß ich. Dazu komme ich noch, wer alles wofür ist. Das machen wir noch. Das ist eine gute Idee.

(Zurufe von der CDU)

Es muss also zurückgezahlt werden. Die erste Aufgabe des Verkehrsministers wird sein, dass wir ab 01.01.2015 weiterhin das gute Regionalbahn-, Regionalexpress- und S-Bahn-System aufrechterhalten, also keine Abbestellungen vornehmen.

Es wird einen Vorschlag des Ministers geben müssen - das ist meine Aufgabe -, wie wir das gestalten, und wir müssen den Landesnahverkehrsplan diskutieren. Ich werde auf jeden Fall - das haben wir auch jetzt mit dem Haushalt gemacht - zu jeder Regionalen Planungsgemeinschaft gehen und das dort entsprechend diskutieren. Ich sage eines voraus: Fraktionen sind starke Gemeinschaften. Es wird in den Fraktionen aber unterschiedliche Auffassungen zu Verkehrsprojekten geben, vielleicht sogar partiell in der Landesregierung, was die Umsetzung einzelner Verkehrsprojekte betrifft. Das ist jetzt keine Kritik an der eigenen Arbeit.

Ich bin der Ministerin Frau Tack sehr dankbar, dass sie den ersten Teil der Fragestunde fast vollständig übernommen hat, und habe mir einmal Notizen gemacht. Für die Heidekrautbahn als Anbindung Richtung Gesundbrunnen, Richtung Lichtenberg setzten sich die Abgeordneten Frau Stark, Dellmann, Beyer und Frau Wehlan ein. Sie haben heute noch eine Anfrage dazu. Wenn ich jetzt jemanden vergessen habe ...

(Frau Lehmann [SPD]: Frau Kircheis!)

Frau Kircheis auch, gut. Dann haben wir den RE 6 nach Gesundbrunnen. Nach dieser Anbindung fragt immer wieder der Abgeordnete Richter, und Frau Muß fragt auch danach.

(Zuruf des Abgeordneten Genilke [CDU])

Dann haben wir die Anbindung an das Elbe-Elster-Netz. Gut, dass Herr Genilke sich meldet. Da haben wir Herrn Genilke, gerade was den Süden betrifft.

(Genilke [CDU]: Denkt an die Fläche!)

Wir müssen selbstverständlich an die Fläche denken. Dann haben wir Frau Hackenschmidt. Frau Kircheis fragt immer danach, wie es mit der Lausitz-Anbindung weitergeht.

Dann sind wir bei der S-Bahn-Anbindung nach Velten. Dafür sind Herr Günther, Herr Ziel und sogar der Finanzminister.

(Zuruf des Abgeordneten Genilke [CDU])

S-Bahn nach Kleinmachnow/Dreilinden: Da gab es ein Gespräch mit den Abgeordneten Burkardt und Kosanke, und es war sogar, ich glaube, eine Bundestagsabgeordnete,

(Burkardt [CDU]: Ja!)

nämlich Frau Wicklein, dabei.

(Genilke [CDU]: Jetzt sind Sie bald bei 88 Abgeordneten! - Heiterkeit)

Wir sind bei der S-Bahn nach Rangsdorf. Dafür waren hauptsächlich Kommunalpolitiker. Jetzt sage ich aber eines: Auch wenn es Kommunalpolitiker sind, die sich dafür eingesetzt haben, habe ich das genauso zu prüfen.

Ich will den Präsidenten nicht vergessen, ansonsten bekomme ich richtig Ärger. Die Ostbahn, die Anbindung Richtung Ostkreuz und der Halt Hoppegarten: Herr Homeyer, Frau Lieske und auch unser Präsident haben mich darauf angesprochen, ob wir da nicht Verbesserungen erreichen könnten.

Wir sind jetzt bei Investitionen auf jeden Fall im dreistelligen Bereich. Bei der Bestellung sind wir im zweistelligen Bereich. Ich will das gar nicht präzisieren. Ich denke, es ist gut, dass sich Abgeordnete und Menschen dafür einsetzen,

(Allgemeine Heiterkeit)

also Bürgerinnen und Bürger dafür einsetzen, dass das entsprechende System im schienengebundenen Personennahverkehr verbessert wird, und wir werden 2012/2013 eine spannende Diskussion zu den Vorschlägen des Verkehrsministers und natürlich dann auch zu den Dingen, die die Abgeordneten entsprechend einbringen, haben. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, DIE LINKE und CDU)

Präsident Fritsch:

Herr Minister, vielen Dank für die Darstellung. Es war schon immer eine Eigenart des Brandenburger Weges, auch parteiübergreifend zu arbeiten. Dennoch gibt es Nachfragen von Herrn Günther.

Günther (SPD):

Vielen Dank, Herr Minister, für diese eindrucksvolle Zusammenfassung der Interessen der Kolleginnen und Kollegen. Ich würde Sie aber doch gerne noch einmal zurückführen zur Frage der Abgeordneten Wehlan zum Projekt S-Bahn Velten. Das ist ja eine ziemlich lange Geschichte. Ich frage Sie deshalb gar nicht nach Geld, sondern ich frage Sie nach Zeit. Wie lange müssen sich die Veltener noch Hoffnung auf dieses Projekt machen, oder wann ist Hoffnungsmachen überflüssig, also herrscht Klarheit?

Minister Vogelsänger:

Die Klarheit werden wir herstellen, wenn wir die Finanzen kennen. Ich spreche die Finanzen jetzt doch an. Es geht dabei um einen Eigenanteil zwischen 5 und 6 Millionen Euro, der eigentlich vom Land aufzubringen ist und den der Landkreis mir vorstrecken will. Aber das nützt mir nichts, das Geld müsste ich dann irgendwo anders wegnehmen. Über Abbestellungen will ich nicht nachdenken. Es steht im Koalitionsvertrag, dass wir das nicht machen. Also müssen wir sehen, ob wir das in dem Finanzrahmen schaffen.

Ich sage jetzt auch noch etwas zu Ihrer Nachfrage, damit müssen Sie jetzt leben: Es spricht auch etwas Entscheidendes gegen die S-Bahn nach Velten. Das ist die aktuelle S-Bahn-Krise. Es ist ein großer Vorteil des Nahverkehrssystems in Berlin, dass es ein separates U-Bahn-Netz, ein separates S-Bahn-Netz und ein separates Netz von RE- und RB-Linien gibt; denn bei Störungen eines Systems würde das andere System durcheinandergebracht. Jetzt werden ganz Findige sagen: „Herr Minister Vogelsänger, es gab doch mal Parallelverkehr!“ Es gab an zwei Stellen Parallelverkehr. Die eine Stelle war das Gleis 4 in Erkner, meiner Heimatstadt. Da kam immer, Frau Abgeordnete Alter, der schwarze Zug aus Frankfurt und Fürstenwalde an. Der schwarze Zug hat nichts mit der CDU zu tun. Der hieß im Volksmund so, weil er ein gewisses Aussehen hatte, um das einmal ganz vorsichtig auszudrücken. Es gab auf dem Gleis 4 einen Gemeinschaftsbetrieb zwischen S-Bahn und Regionalbahn. Die S-Bahn wurde dort teilweise abgestellt, als Endbahnhof. Dann gab es einen Parallelverkehr in Birkenwerder. Das ist aber mauerbedingt gewesen, weil die Regionalbahn um Westberlin herumfahren musste. Da gab es einen Gemeinschaftsbetrieb auf einem Gleis von Regionalbahn und S-Bahn. Ich strebe solch einen Gemeinschaftsbetrieb grundsätzlich nicht an. Ich schließe es nicht aus; aber auch darüber müssen wir uns unterhalten. Es ist aber ein entscheidender Nachteil, was die Frage der Verlängerung der S-Bahn nach Velten betrifft. Auch das muss in unsere Überlegungen einfließen.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Damit sind wir bei der **Frage 425** (Zukunft von Schulverweigererprojekten), die der Abgeordnete Günther stellt. Bitte sehr.

Günther (SPD):

Das Land Brandenburg unterstützt alleine in diesem Schuljahr mit 4,2 Millionen Euro unter anderem 28 Projekte an Oberschulen, in denen Schülerinnen und Schüler, die gefährdet sind, keinen Schulabschluss zu erlangen, gezielt gefördert werden. 75 % der Fördermittel für diese Projekte kommen aus dem Europäischen Sozialfonds. Der Brandenburgische Pädagogenverband befürchtet nun nach dem Ende der gegenwärtigen EU-Förderperiode, dass diese Projekte nicht fortgeführt werden.

Daher frage ich die Landesregierung: Wie beabsichtigt sie, den Fortbestand dieser Schulverweigererprojekte auch nach 2013 zu sichern?

Präsident Fritsch:

Herr Minister Rupprecht, können Sie Trost spenden?

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht:

Mal sehen. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter - und Mensch - Günther,

(Heiterkeit)

zunächst möchte ich anmerken, dass das angesprochene Landesprogramm und damit die benannten Projekte bereits seit dem Schuljahr 2003/2004 gefördert werden, also jetzt bereits in der zweiten ESF-Förderperiode. Das Ende der Förderperiode 2013 bedeutet für die Projekte, dass sie bis einschließlich Schuljahr 2013/2014 weiter gefördert werden. Neben EU-Mitteln fließen auch Landesmittel in Form von Lehrerstellen in dieses Projekt ein.

Ihre Frage, in welchem Umfang dann auch in der nächsten Förderperiode ESF-Mittel für die Projekte zur Verfügung stehen, kann ich zum derzeitigen Zeitpunkt nicht beantworten. Ich kann sie erst dann beantworten, wenn geklärt ist, in welcher Höhe Brandenburg in der nächsten Förderperiode ESF-Mittel zur Verfügung stehen. Dann wird es eine Abstimmung mit dem Förderressort, dem MASF, geben. Ich bin der Hoffnung und der Überzeugung, dass dann wieder europäische Mittel in diese Projekte fließen.

Ich will ausdrücklich sagen: Die Projekte sind notwendig, und sie laufen hervorragend. Das werde ich im Folgenden mit Zahlen belegen. Sie sind für Schülerinnen und Schüler eine Chance, die - wie wir so schön sagen - vom geraden Weg abgekommen sind, wieder auf den rechten Weg zu finden, einen Schulabschluss zu schaffen und sich damit berufliche Chancen für die Zukunft zu erarbeiten.

Dass die Projekte erfolgreich sind, belegen die Zahlen aus dem vergangenen Schuljahr 2009/10. Die Quote derer, die aus diesen Projekten heraus einen Schulabschluss - die Berufsbildungsreife oder - herkömmlich - den Hauptschulabschluss - geschafft haben, lag bei über 60 %. Das ist insofern sehr überraschend und erfreulich, als bei den meisten von ihnen eine ausgesprochen negative Prognose vorlag, man ihnen den Erfolg also nicht zutraute.

Ich denke, diese Quote und die übrigens erfolgreich verlaufende Evaluation dieser Programme im Jahr 2005 sind Gründe dafür, dass wir uns - und ich mich persönlich - einsetzen wollen. Das werde ich tun, damit die Projekte auch nach 2013/14 weiterlaufen können. Wie das vonstatten gehen soll, kann ich zum heutigen Zeitpunkt leider noch nicht konkret beantworten.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Herr Minister. - Ich nutze die Gelegenheit, um unsere Gäste zu begrüßen - Schülerinnen und Schüler aus dem Gymnasium „Villa Elisabeth“ in Eichwalde. Herzlich willkommen und einen spannenden Vormittag!

(Allgemeiner Beifall)

Nun erhält der Abgeordnete Peer Jürgens die Gelegenheit, **Frage 426** (Radwege an Bundesstraßen) zu stellen.

Jürgens (DIE LINKE):

Die Landesregierung hat für den Bauzeitraum 2007 bis 2011 einen Radwegebedarfsplan für Radwege, die außerorts an Bundesstraßen liegen, erarbeitet.

Ich frage die Landesregierung: Welche dieser Maßnahmen wurden bereits umgesetzt bzw. befinden sich in Bau oder Planung?

Präsident Fritsch:

Herr Minister Vogelsänger, bitte.

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Jürgens, für den Bauzeitraum 2007 bis 2011 gibt es eine Radwegebedarfsliste für Radwege, die sich im Land Brandenburg außerorts an Bundesstraßen befinden. Sie enthält 175 Maßnahmen. 47 Maßnahmen davon wurden bereits fertiggestellt, drei Maßnahmen befinden sich derzeit im Bau und 80 in Planung. Wir sind gut vorangekommen.

Deshalb gibt es auch die Festlegung, dass wir die im Haushalt vorgesehenen Planungsmittel, die 28 Millionen Euro, beibehalten. Diese 28 Millionen Euro Planungsmittel brauchen wir, um die Projekte vorzubereiten. Um das in eine Größenordnung einzufügen: Seit 2006 wurden ca. 200 km straßenbegleitende Radwege an Bundesstraßen gebaut. Trotzdem gibt es sehr viele Initiativen, die zusätzliche Maßnahmen betreffen. Das habe ich in der Haushaltsberatung dargestellt. Bei unserer letzten Einweihung bei Frankfurt (Oder) war es ähnlich.

Wir haben in den letzten Jahren ca. 9 Millionen Euro pro Jahr eingesetzt. Darüber müssen wir noch diskutieren. Derzeit gibt es die Abstimmung mit dem Bund, dass 6 Millionen Euro eingesetzt werden. Dort gibt es Möglichkeiten der Umschichtung. Diese Mittel müsste ich dann aber aus anderen Bereichen herausnehmen. Ich halte es durchaus für wert, darüber nachzudenken. Aber wir müssen prüfen, wie weit die Projekte planungsseitig vorbereitet sind. Ich will mich bei allen bedanken, die solche Projekte unterstützen, denn ein Radwegbau ist mitunter schwieriger als ein Straßenbau. Man muss in Eigentumsverhältnisse eingreifen - das sorgt entsprechend für Konflikte. Ob der eine oder andere sein Grundstück verkauft oder vielleicht noch Gewinn daraus schlagen will, entscheidet mitunter darüber, ob solch ein Projekt realisiert werden kann.

Präsident Fritsch:

Herr Jürgens hat eine Nachfrage. Bitte sehr.

Jürgens (DIE LINKE):

Herr Minister, danke für die Informationen, die aus meiner Sicht durchaus eine Erfolgsmeldung darstellen. Gehen Sie davon aus, wenn wir als Land konstant bleiben, was die Ausgaben angeht, dass wir für den Bauzeitraum 2012 bis 2016 in einem ähnlich hohem Maße weiterhin Radwege an Bundesstraßen errichten können?

Minister Vogelsänger:

Herr Abgeordneter, wir sind sehr bemüht, die Projekte umzusetzen. Wir befinden uns in den Haushaltsberatungen 2011,

und ich habe noch nicht einmal die Eckzahlen für 2012 vom Finanzminister erhalten. Ich habe jedoch den Schwerpunkt genannt: Wir haben die Planungsmittel konstant bei 28 Millionen Euro gehalten. Wenn genug Projekte vorbereitet sind, werden wir mit dem Bund Gespräche führen, ob die 6 Millionen Euro nicht doch erhöht werden können. Das heißt Umschichtung - ich bekomme dann nicht mehr Geld vom Bund, sondern muss es aus anderen Programmen herausnehmen.

Präsident Fritsch:

Da wir dieses Thema nicht vertiefen, kann sich der Finanzminister beruhigt zurücklehnen.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Der kann sich nicht zurücklehnen!)

Ich schließe die Fragestunde und damit Tagesordnungspunkt 2 und rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011 - HG 2011)

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 5/2000

3. Lesung

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Ausschusses für Haushalt und
Finanzen zur 2. Lesung

Drucksachen 5/2400 bis 5/2408
Drucksachen 5/2410 bis 5/2414
Drucksache 5/2420

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt
und Finanzen

Drucksache 5/2422

Der Vorsitzende des Ausschusses für Haushalt und Finanzen, der Abgeordnete Burkardt von der CDU-Fraktion, eröffnet die Debatte.

Burkardt (Vorsitzender des Ausschusses für Haushalt und Finanzen):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestern hat der Landtag nach intensiver zweitägiger Beratung, an der wir alle teilgenommen haben, den gesamten Haushaltsentwurf nach 2. Lesung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen rücküberwiesen. Dorthin kam er. Der Ausschuss hat gestern am späten Nachmittag oder am frühen Abend - je nachdem, wie man es nennen will - im Anschluss an die Haushaltsberatungen hier getagt und die heutige 3. Lesung vorbereitet. Er hatte - was wohl nicht alltäglich ist - nochmals über mehrere Änderungsanträge zu diskutieren und zu befinden. Dabei ging es um den Einzelplan 20 und in der Folge davon um den Text des Haushaltsgesetzes. Die Gegenstände waren nicht unbedeutend. Wir haben gestern schon darüber gesprochen. Es ging um die Ver-

anschlagung und Festlegung der Verwendung der prognostizierten Steuermehreinnahmen und in der Folge davon um die Erhöhung der Schlüsselzuweisungen an Gemeinden, kreisfreie Städte und Landkreise, die Senkung der Nettokreditaufnahme, die Senkung der Entnahme aus der Rücklage und die Förderung freiwilliger Zusammenschlüsse auf kommunaler Ebene.

Diese Änderungsanträge wurden sämtlich - teilweise einstimmig, teilweise mehrheitlich - angenommen und werden dem Landtag hiermit zur Annahme empfohlen. Die im Ausschuss für Haushalt und Finanzen gefassten Beschlüsse, die Ihnen in der Drucksache 5/2422 als Empfehlung vorliegen, wirken sich auf das Haushaltsgesetz 2011 wie folgt aus:

In § 1: Der Haushaltsplan des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2011 wird in Einnahmen und Ausgaben auf 10 139 987 100 Euro festgestellt. Im Entwurf der Landesregierung waren es noch 10 064 857 300 Euro. Die zusätzlich beschlossene Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 10 Millionen Euro - im Übrigen die einzige Änderung bei den Verpflichtungsermächtigungen - führt dazu, dass der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf 1 693 313 300 Euro festgestellt wird.

In § 2 Abs. 1 erfolgt eine Senkung der Nettokreditaufnahme in Höhe von 500 Millionen Euro auf 440 Millionen Euro. Als Ausschussvorsitzender kann ich konstatieren, dass die Befassung ebenso wie die vorausgegangenen Beratungen zwar sachlich kontrovers - wenn auch nicht verbalisiert -, aber doch in einer guten Atmosphäre vonstatten ging.

Meine Damen und Herren, uns allen ist die Steuerschätzung vom November 2010 erinnerlich, die die Erwartungen von Steuermehreinnahmen für 2011 manifest gemacht hat. Diese Steuermehreinnahmen sind - da Einnahmen und Ausgaben so genau wie möglich im Haushalt abzubilden sind - im Haushalt 2011 zu veranschlagen. Das ist gleichzeitig die politische Entscheidung über ihre Verwendung. So war es nur folgerichtig, in Vorbereitung der 2. Lesung am 1. Dezember 2010 schon über ihre Veranschlagung und damit ihre Verwendung zu diskutieren und so den Versuch zu machen, eine Empfehlung an den Landtag zu beschließen. Das ist im ersten Anlauf nicht gelungen, weil zwar Vorschläge der Opposition, aber noch nicht der Regierungsfractionen, vorlagen. Gestern - zwischen der 2. und der heutigen 3. Lesung - war es so weit: Der Ausschuss hatte Gelegenheit, die erst am Tag zuvor eingebrachten Änderungsanträge der Koalitionsfractionen zur Veranschlagung und Verwendung der prognostizierten Steuermehreinnahmen zu diskutieren und darüber zu befinden.

Im Einzelnen gab es folgende Veränderungen: Im Kapitel 20 010 in der Hauptgruppe 0 werden in Umsetzung dieser Steuerschätzung Steuermehr- und -mindereinnahmen in Höhe von 188,8 Millionen Euro eingestellt.

Im Kapitel 20 020, Titel 211 10, werden die Fehlbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen um 3,8 Millionen Euro gekürzt. Im Kapitel 20 020, Titel 212 10, werden beim horizontalen Länderfinanzausgleich 13,9 Millionen Euro gekürzt.

Im Kapitel 20 020, Titel 351 10, wird die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage um 51,96 Millionen Euro gekürzt. Dafür erfährt die im Kapitel 20 030, Titel 613 11, genannte Erhöhung der Schlüsselzuweisung an die Gemeinden und kreisfreien

Städte einen - wie es im Haushaltsdeutsch so schön heißt - Aufwuchs oder besser gesagt eine Aufstockung um 42 293 000 Euro. Das Gleiche erfolgt bei dem Ansatz für die Landkreise um 16 447 000 Euro.

Gleichzeitig wurde auch der Familienlastenausgleich erhöht. Der Nachfrage des Kollegen Vogel im Ausschuss haben wir zu verdanken, dass wir darüber aufgeklärt worden sind, was dieser Familienlastenausgleich denn mit den Steuereinnahmen insgesamt zu tun hat. Ich habe mir gestern die Bemerkung erlaubt, dass dies auch eine Aufklärung für diejenigen gewesen ist, die sich nicht getraut haben, nachzufragen. Jedenfalls bekenne ich das für mich; es muss sich ja nicht jeder diesen Schuh anziehen.

Im Kapitel 20 030, Titel 633 13, ist die Ausbringung eines Haushaltsvermerks und einer Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2012 in Höhe von 10 Millionen Euro für freiwillige Zusammenschlüsse von Kommunen erfolgt. Bei der Nettokreditaufnahme im Titel 325 10 wird eine Senkung um 60 Millionen Euro empfohlen.

Meine Damen und Herren, es lag uns noch ein Vorschlag für die Einrichtung eines neuen Kapitels zu der vom Landtag noch zu beschließenden Polizeistrukturenreform und des - damit verbunden - zu schaffenden Polizeipräsidiums vor. Das konnte der Ausschuss zwar zur Kenntnis nehmen, sich aber nicht damit befassen, da der inhaltliche Beschluss des Landtages gestern noch nicht vorlag, zumindest nicht zu dem Zeitpunkt, als wir darüber beraten haben. Deswegen wird - das ist gewissermaßen auch ein Novum - dieser Antrag hier und heute in der 3. Lesung gesondert zu beschließen sein.

Meine Damen und Herren, das ist das wesentliche Ergebnis der Beratungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen. Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, den Haushalt 2011 sowie das Haushaltsgesetz mit den vorgelegten und eingearbeiteten Änderungen zu verabschieden und den Finanzplan 2010 bis 2014 zur Kenntnis zu nehmen. Zum Thema Polizeipräsidium und dem entsprechenden Titel habe ich bereits alles ausgeführt. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und nochmals für die gute Zusammenarbeit und wünsche Ihnen alles Gute. - Schönen Dank.

(Beifall CDU, FDP und GRÜNE/B90 sowie vereinzelt SPD)

Präsident Fritsch:

Herzlichen Dank, Herr Burkardt, für diese Zusammenfassung. - Wir setzen mit dem Beitrag der Fractionen fort. Der Abgeordnete Holzschuher spricht für die SPD-Fraktion.

Holzschuher (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Jahr 2010 ist wirklich ein gutes, ein sehr gutes Jahr für das Land Brandenburg.

(Lachen bei der Fraktion GRÜNE/B90 sowie vereinzelt bei der CDU)

Ich bin froh, dass meine Fraktion, die Regierungsfractionen, und die Regierung insgesamt dieses Jahr über intensiv daran

gearbeitet haben, dieses Land voranzubringen und dieses Jahr 2010 zu einem sehr guten Jahr für dieses Land zu machen.

(Zuruf von der Fraktion GRÜNE/B90)

Wir haben gemeinsam angepackt und viele Probleme gelöst, zugegebenermaßen auch solche, an deren Entstehung wir selbst mitgewirkt haben.

(Zuruf von der CDU: Was, Sie auch?)

Aber wir haben sie gelöst! Im Mittelpunkt unserer Arbeit stand immer das, was wir vereinbart haben, das, was wir vor der Wahl den Wählerinnen und Wählern im Land versprochen haben. Wir sind dabei gut vorangekommen. Ich glaube, die Bürgerinnen und Bürger im Land sehen das ganz genauso: Dieses Land ist im Jahr 2010 vorangekommen.

(Zurufe von der CDU)

In den vergangenen drei Tagen haben wir intensiv debattiert, insbesondere über den Haushalt, aber wir haben auch eine Zahl anderer Beschlüsse gefasst, die wichtig sind für dieses Land. Wir haben beispielsweise die Grundlage dafür gelegt, dass es auch im Jahre 2020 noch eine gute und funktionierende Polizei geben wird, auch wenn wir erhebliche Einsparungen vornehmen müssen. Die Polizeistrukturreform - gestern mit großer Mehrheit in diesem Haus beschlossen - ist ein Signal dafür, dass wir in der Lage und bereit sind, auch unangenehme Dinge anzupacken und konsequent umzusetzen. Die weitere Phase der Umsetzung werden wir hier, wie gestern schon gesagt, intensiv begleiten.

Wir haben vorgestern und gestern über das Schüler-BAföG gesprochen und haben es auch heute wieder auf der Tagesordnung. Auch das ist ein Signal, wo wir Akzente setzen, Prioritäten setzen - trotz einer schwierigen Haushaltslage. Auch hier wissen die Bürgerinnen und Bürger im Land, dass wir zu dem stehen, was wir gesagt haben, dass wir das umsetzen und konsequent weiterführen werden, auch im nächsten Jahr.

Wir haben ebenfalls gestern das Finanzausgleichsgesetz beschlossen. Das stärkt - davon bin ich überzeugt - die Kommunen. Es verbessert die Lage. Es mag nicht alle Probleme lösen, ganz gewiss nicht. Aber wir haben die Tür ein wenig dafür geöffnet, dass es effizientere Strukturen im Land geben wird. Die Große Koalition hat gezeigt: Sie ist handlungsfähig, sie kann und will dieses Land zum Nutzen aller Bürger regieren.

Unsere Bilanz kann sich - wie eingangs gesagt - sehen lassen: Dies war ein außerordentlich erfolgreiches Jahr 2010.

(Genilke [CDU]: Wenn Sie das schon zweimal sagen müssen! - Zuruf von der SPD: Die Wiederholung ist die Mutter allen Wissens!)

Zum ersten Mal seit der Wende ist die Arbeitslosigkeit unter 10 % gesunken. Davon haben wir, wie Sie wissen, in den 90er Jahren nur geträumt; nun ist es Realität geworden. Weil Brandenburg insgesamt, wenn auch mit kleineren statistischen Schwankungen, eine deutlich positivere Entwicklung bei der Arbeitslosen-zahl genommen hat, reicht es nicht, dies auf den Bundestrend zurückzuführen, nein, das ist das Ergebnis guter Politik für das

Land, die wir hier vor Ort machen und in diesem Jahr gemacht haben.

(Vereinzelt Beifall SPD und DIE LINKE)

Brandenburg ist Wachstumsmeister. Es kommt voran. Bei der Schaffung neuer Jobs stehen wir an der Spitze. Brandenburg ist auch Spitze bei den erneuerbaren Energien. Hierfür haben wir einen Preis bekommen: Die Europäische Union hat uns als eine der drei dynamischsten Regionen in Europa ausgezeichnet.

Die Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ zitiere ich zwar sonst nicht gerne, weil sie eigentlich eine sehr konservative, arbeitgebernahe Organisation ist, aber in diesem Zusammenhang kann man sie zitieren. Die Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ und die „Wirtschaftswoche“ haben Brandenburg zum wirtschaftlich dynamischsten Land in Deutschland erklärt. Bei der Präsentation dieses Preises durch die „Wirtschaftswoche“ und die Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ - hier muss man noch einmal betonen, dass dies keine sozialistischen Kampfgruppen sind, sondern durchaus sehr staatstragende und eher konservative Einrichtungen - ist gesagt worden, dass Matthias Platzeck der Ministerpräsident des Jahres 2010 ist.

(Vereinzelt Lachen bei der CDU - Beifall SPD und DIE LINKE - Zuruf des Ministerpräsidenten: Nur kein Neid, meine Lieben!)

Ich weiß, dass die Opposition das anders sieht. Das mag das gute Recht der Opposition sein.

(Unruhe bei CDU, FDP und GRÜNE/B90)

Das mag ihr gutes Recht sein, wenn sie sich denn so verhalten würde, wie man es von einer guten und seriösen Opposition erwarten würde.

(Beifall SPD und DIE LINKE - Bischoff [SPD]: Sie hat mal wieder weit gefehlt!)

Was wir von der Opposition bekommen, ist zumindest Vergesslichkeit. Wir haben hierfür wieder so ein neues, wunderschönes Beispiel, nämlich den Landtagsneubau - Oder sollte ich es lieber, Frau Dr. Ludwig, mit Ihren Worten „das Stadtschloss“ nennen, aus dem Sie sich jetzt zurückziehen wollen, nachdem wir uns gemeinsam - CDU und SPD - in der letzten Legislaturperiode nach langem Ringen dazu entschlossen haben, den Landtag in die Mitte Potsdams zu bringen, in die Kubatur des Schlosses, und so viel wie möglich von dem alten Schloss dort wiederherzustellen?

Es gab viele Diskussionen bei uns. Wir alle waren nicht glücklich damit, dass es so kommt, wie es so kommt.

(Zurufe des Abgeordneten Bischoff [SPD] und von der Fraktion DIE LINKE)

Es gab sehr wohl andere Auffassungen, und auch wir waren nicht immer davon überzeugt, dass nun eine öffentlich-private Partnerschaft das Richtige ist. Aber die CDU als Vorkämpferin für die Wirtschaft hat immer dafür argumentiert: Freiheit für die Wirtschaft, die Unternehmer,

(Zuruf des Abgeordneten Görke [DIE LINKE])

gemeinsam mit den Privaten geht das doch alles besser. - Jetzt haben Sie das alles vergessen. Jetzt soll das Schloss plötzlich kleiner werden - man müsste sich mal überlegen, wie es dann aussieht, da kann man Hasso Plattner mal fragen,

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Ob er die Spende zurücknimmt!)

ob er denn damit einverstanden ist, dass wir ein etwas anderes Schloss bauen, aber irgendwie schon noch ein Schloss -, weil Sie die Berliner dort nicht mehr drinhaben wollen, die so schnell sicherlich nicht kommen werden, aber wir haben uns entschieden, dafür zu planen. Damit geben Sie gleich noch die Überlegung auf, mit Berlin zusammen ein gemeinsames Land zu bilden. Oder wollen Sie lieber den gemeinsamen Landtag

(Görke [DIE LINKE]: Nach Berlin!)

nach Berlin setzen?

All das sind Fragen, die die Opposition aufwirft. Das, meine Damen und Herren, Frau Dr. Ludwig, ist nun wirklich kein seriöses Vorgehen für eine Opposition.

Aber keine Sorge, auch die Grünen sind nicht wesentlich besser, Herr Vogel.

(Zuruf der Abgeordneten Stark [SPD])

Wir bekommen den Preis - das habe ich gerade gesagt - für erneuerbare Energien, weil kein anderes Bundesland für dieses Thema so viel tut wie Brandenburg. Sie sollten doch eigentlich glücklich und zufrieden sein. Nein, es reicht nicht, es gibt ja noch Kohle in diesem Land, und es ist dunkel und schmutzig, und dann freuen Sie sich nicht mit. Das ist auch nicht seriös. Wenn Sie dann sagen, dass die Verbeamtung von Lehrern unserem Land finanziell schadet - ich gebe zu, auch wir hatten lange Jahre Diskussionen darüber, dass das vielleicht auch anders geht -, aber gleichzeitig Ihre Spitzenkandidatin in Berlin, Frau Kühnast, sagt, in Berlin sollen die Lehrer verbeamtet werden, dann ist das widersprüchlich und unredlich.

Weil wir eine gemeinsame Region sind,

(Demonstrativer Beifall SPD und DIE LINKE)

können wir uns nicht davon fernhalten, was man in Berlin macht.

Zur FDP, lieber Kollege Büttner, fällt mir jetzt nichts ein,

(Lachen bei SPD und DIE LINKE)

aber das ist vielleicht auch symptomatisch für Ihre Partei.

(Lachen bei SPD und DIE LINKE)

Wir verabschieden heute in 3. Lesung den Landeshaushalt für das Jahr 2011, er steht für uns unter dem Motto „Gerechtigkeit und Konsolidierung“. Das sind zwei Dinge, die man im Zusammenhang sehen muss, denn nur Haushaltskonsolidierung, Einsparungen, ohne die soziale Bilanz im Auge zu behalten, ohne zu wissen, wofür wir Prioritäten setzen, das wäre fatal und würde die Grundlagen unseres Zusammenlebens zerstö-

ren. Wir konsolidieren den Haushalt, aber mit sozialem Augenmaß, mit dem Ziel, einen gerechten Haushalt und ein gerechtes Land aufrechtzuerhalten. Deswegen investieren wir auch in die Zukunft, investieren wir in Bildung, in Wissenschaft; in diesem Bereich haben wir in diesem Jahr einen Aufwuchs von 17 %. Ich denke, das kann sich sehen lassen.

Gleichzeitig wissen wir auch, dass der Landeshaushalt konsolidiert werden muss. Wir müssen das tun, weil wir bis 2019 - das wissen Sie alle - weit weniger Mittel aus dem Solidarpakt, weniger EU-Mittel, weniger Gelder aus dem Länderfinanzausgleich zur Verfügung haben - das wissen Sie. Deswegen müssen wir uns dieser Aufgabe stellen und tun das auch.

Wir machen das in drei Schritten: Wir fahren die Ausgaben zurück - allein in diesem Jahr um 450 Millionen Euro. Es gibt keine zusätzlichen neuen Ausgaben, auch wenn das manche bei steigenden Steuereinnahmen vielleicht gern gehabt hätten. Wir bekennen uns zu diesem Konsolidierungskurs.

Wir müssen auch die Investitionen Schritt für Schritt zurückfahren. Das ist kein einfacher Weg und auch kein schöner Weg, aber es ist ein Weg in die Normalität. Mit einer Investitionsquote von immer noch 17 % liegen wir weiterhin bundesweit ganz, ganz weit oben, weit vor Sachsen und ganz, ganz weit vor Bayern, Hessen oder Nordrhein-Westfalen. Wir werden dahin kommen, wo andere Länder schon lange sind, mit einer Investitionsquote von 10 oder 12 %. Viel mehr wird nicht drin sein im Jahre 2020, aber so ist das eben in Deutschland in vielen Regionen, und die Menschen dort leben auch gut.

(Ha! bei der CDU)

Wir fahren die Neuverschuldung zurück, das Ziel ist, bleibt und wird erreicht werden - davon bin ich überzeugt -, 2014 ohne Neuverschuldung auszukommen. Das ist auch deshalb erforderlich, weil - das wissen wir - Zinszahlungen selbstverständlich die Zukunft unserer Bürgerinnen und Bürger belasten und jeder Euro für die Banken ein an der falschen Stelle eingesetzter Euro ist. Das wissen wir von den Regierungsfractionen allemal.

Präsident Fritsch:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie Zwischenfragen?

Holzschuher (SPD):

Im Augenblick nicht.

(Zuruf von der CDU: Unglaublich!)

Wir wollen aber im nächsten Jahr und in den Folgejahren die Weichen für die Zukunft unseres Landes stellen. Da gibt es eine ganze Menge spannender Aufgaben. Wir werden über Fachkräftemangel reden, und das werden wir auch mit den Gewerkschaften und den Betriebsräten tun, denn nur starke Gewerkschaften und Betriebsräte werden dafür sorgen, dass es in diesem Land starke Unternehmen gibt. Das ist eine Selbstverständlichkeit, jedenfalls für Sozialdemokraten. Das mögen manche hier anders sehen, aber nur dort, wo starke Gewerkschaften und starke Betriebsräte existieren, prosperiert die Wirtschaft dauerhaft und nachhaltig,

(Beifall SPD und DIE LINKE)

und nur wenn es gelingt, die Löhne in diesem Land dauerhaft auf westdeutsches Niveau anzuheben, werden wir konkurrenzfähig bleiben und im Ringen um Fachkräfte eine Chance haben.

(Beifall SPD und LINKE)

Wir werden auch über andere Dinge reden: über die Struktur unserer Hochschulen. Wir werden auch über einiges in der Verwaltung reden, vielleicht über die Aufgaben der Schulämter und den Strafvollzug. Unser Land verändert sich, und auf dem Weg, auf dem wir dorthin gehen, müssen wir auch einige schmerzliche Einschnitte anstreben.

Ein ganz, ganz wesentliches Thema werden wir im nächsten Jahr ebenfalls angehen: die kommunalen Strukturen im Land. Die kommunalen Strukturen im Land müssen wir zukunftsfähig machen, zukunftsfähig für das Jahr 2030, und auch, wenn wir in keiner Weise festgelegt sind, wie diese Strukturen dann aussehen werden, ist doch eines klar: Die jetzigen Strukturen werden 2030 nicht mehr so bestehen können, wie sie derzeit existieren.

(Beifall SPD)

Wir werden mit den Bürgerinnen und Bürgern im Land gemeinsam in den nächsten Monaten und vielleicht auch Jahren einen Weg suchen, wie wir zunächst einmal mit freiwilligen Lösungen weiterkommen; denn es muss darum gehen, die Gemeindestrukturen, die Kreisgebietsstrukturen, die Ämter neu zu diskutieren, auch die Funktionen, die diese Einheiten ausüben. Es geht um Kooperationen, und es geht natürlich auch um Zusammenschlüsse.

Das ist ein so wesentliches Zukunftsthema, weil es überhaupt erst die Grundlage dafür schafft, dass unterhalb der Ebene des Landes in diesem Land auch 2030, und gerade auch in den ländlichen, berlinfernen Regionen noch existierende, funktionierende bürger-nahe Strukturen bestehen. Wenn wir jetzt nicht handeln, dann wird es 2020 und erst recht 2030 ganz, ganz schwer und in vielen Bereichen dieses Landes dunkel. Das werden wir verhindern, gemeinsam mit Ihnen, und ich sage es ganz bewusst: Das würde ich gern auch gemeinsam mit der Opposition machen.

(Aber? bei der CDU)

Das würden wir gern machen. Ja, aber - ich sagte ja, Opposition macht vergesslich, das ist ja vielleicht auch mal was Positives - da sollten Sie auch mal etwas vergessen. Vergessen Sie doch einfach mal diese rückwärtsgewandte Debatte, die Sie das ganze Jahr über geführt haben!

(Zuruf von der CDU: Na was denn nun?)

Vergessen Sie, was Sie da jenseits von berechtigter Kritik an wilden Spekulationen in die Welt gesetzt haben, an Unterstellungen, vergessen Sie das doch einfach und fangen Sie doch mal an, gemeinsam mit uns dieses Land zu gestalten, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern!

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir werden es tun, so wie wir es das ganze Jahr 2010 über getan haben. Wir werden es mit Ihnen, wenn Sie wollen, aber auch ohne Sie, wenn nötig,

(Zuruf von der CDU)

jedenfalls aber mit allen Menschen in diesem Land gemeinsam tun. 2011 wird wieder ein spannendes und - ich bin sicher - ein noch erfolgreicherer Jahr für dieses Land.

(Zuruf von der CDU)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Ludwig setzt für die CDU-Fraktion fort.

Frau Dr. Ludwig (CDU):

Sehr verehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Ich freue mich, dass Sie bei der 3. Lesung anwesend sind.

(Och! bei der SPD)

Hochmut kommt vor dem Fall.

(Allgemeiner Beifall)

Noch nie war das Vertrauen in die Politik in Brandenburg so gering wie in diesem Jahr. Wenn Sie das nicht mitbekommen haben sollten, dann schwant mir wirklich Schlimmes für die nächsten Jahre.

„Eine Regierung muss sparsam sein, weil das Geld, das sie erhält, aus dem Blut und Schweiß ihres Volkes stammt.“

(Lachen bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

„Es ist gerecht, dass jeder Einzelne dazu beiträgt, die Ausgaben des Staates tragen zu helfen.“

(Holzschuher [SPD]: Das habe ich seit 100 Jahren nicht mehr gehört!)

„Aber es ist nicht gerecht, dass er die Hälfte seines jährlichen Einkommens mit dem Staate teilen muss.“

Ich finde, das gilt heute noch genauso wie damals, und es ist sogar älter als 100 Jahre. Es ist nämlich von Friedrich dem Großen, König von Preußen.

(Beifall CDU)

Er hat weiß Gott für unser Land hier erstens nicht alles falsch gemacht, zweitens viele gute Grundlagen gelegt und uns vor allem unter diesem Grundsatz wirklich zu einem prosperierenden Land verholfen. Ich denke, dass auch wir mit den Steuergeldern unseres Volkes sehr verantwortungsvoll umzugehen haben.

Die zentrale Frage für die Zukunft Brandenburgs wird sein: Wie können wir die Wettbewerbsfähigkeit Brandenburgs in Deutschland, in Europa und in der Welt sichern, Wirtschaftsansiedlungen stimulieren und damit Arbeitsplätze sichern und neue generieren? Ich denke, damit müssen wir uns beschäftigen, gerade mit den Perspektiven, die wir vor uns haben.

Unsere Lösung als CDU ist, dass wir die Potenziale, die wir haben, qualitativ und innovativ weiterentwickeln und unsere

Wirtschaft stabilisieren. Unser Lösungsansatz als CDU für Brandenburg ist die konsequente Nutzung der Ressourcen von Brandenburg. Unter diesem Aspekt haben wir für uns als CDU folgende Prioritäten gesetzt: eine solide Finanzpolitik zu betreiben und dafür zu sorgen, dass unsere Wirtschaftsentwicklung positiv verläuft. Dazu gehören die Deckung des Arbeitskräftebedarfs, eine leistungsorientierte Bildung, natürlich die Wissenschaft und der ländliche Raum. Das sind nach unserer Meinung die Grundlagen für ein selbstbewusstes und selbstständiges Brandenburg 2020.

(Beifall CDU)

Ein Haushalt ist immer ein Beleg dafür, wie die Zielrichtung, wie der Kurs der Landesregierung aussieht. Unter diesem Aspekt betrachten wir einmal diese Punkte. Ich beginne mit Finanzen. Schauen wir uns den Haushalt der Platzeck-Landesregierung an: Wir haben hier 440 Millionen Euro neue Schulden, wir haben deutlich gestiegene Verwaltungskosten, wir haben demgegenüber wesentlich geringere Investitionen nicht nur beim Straßenbau, bei der Wirtschaftsförderung, sondern auch bei der Landwirtschaft.

Wir haben es jetzt mit Wirtschaftswachstum zu tun, wir haben eine niedrige Arbeitslosigkeit, und wir haben Steuermehreinnahmen. Normalerweise müsste man in so einer Situation antizyklisch handeln, um für schwierige Jahre gerüstet zu sein, die wieder kommen werden, definitiv.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Genau das passiert eben nicht. Schon anhand dieser Fakten steht fest: Das ist wirklich ein ganz linker Haushalt.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf von der Regierungsbank: Jawohl!)

Dabei stehen im Koalitionsvertrag der Platzeck-Koalition so tolle Sätze wie:

„Was verteilt werden soll, muss zuvor erarbeitet und erwirtschaftet werden.“

Das ist richtig. Da steht weiter:

„Ziel der Wirtschaftspolitik bleibt es, günstige Rahmenbedingungen für zukunftsfähige und ökologisch verträgliche Arbeitsplätze zu schaffen und alles dafür zu tun, bestehende Arbeitsplätze zu sichern.“

Aber bei dem, was Sie den Brandenburgern mit diesem Haushalt zumuten, klingt das wie Hohn. Um dem Mittelstand zu „helfen“, erhöhen Sie die Grunderwerbsteuer, kürzen Sie Investitionen, erweitern Sie die Betätigung der Staatswirtschaft und bekommen Private bei bestimmten Programmen überhaupt keine Unterstützung mehr. Sie finanzieren den öffentlichen Beschäftigungssektor als eines Ihrer Prestigeprojekte. Ideologie siegt hier über Vernunft.

(Beifall CDU und FDP)

Dazu kommt weiter Ihre Verweigerung bei der Schuldenbremse. Sie haben kein Konzept für die schwierige Haushaltslage, die wir doch jetzt schon sehen. Wir wissen, dass wir im Jahr

2020 ca. 2 Milliarden Euro weniger Geld zur Verfügung haben werden. Wo ist das Konzept, genau damit umzugehen?

(Minister Dr. Markov: Dass wir jährlich die Nettokreditaufnahme absenken!)

- Ja, Herr Finanzminister, Ihre fiktive 52-Millionen-Rücklage kommt dann, wozu ich sagen muss: Absolut dilettantisch! Jeder schlägt die Hände über dem Kopf zusammen und sagt: Na ja, wenn die fiktiv ist, warum denn dann nicht 100 Millionen? Sie sprechen von einer Sparbüchse, auf die Sie zugreifen wollen. Herr Ministerpräsident Platzeck, vielleicht können Sie nachher einmal erläutern, wie das mit dieser Sparbüchse aussieht.

(Ministerpräsident Platzeck: Davon können Sie ausgehen, Frau Ludwig!)

Da passt der Satz des ehemaligen Bundeskanzlers und eines Genossen von Ihnen, nämlich Helmut Schmidt:

„Die Dummheit von Regierungen sollte niemals unterschätzt werden.“

(Beifall CDU und FDP)

Die CDU-Fraktion hat entsprechende Änderungsanträge mit den Schwerpunkten Haushaltskonsolidierung und Zukunftsinvestitionen eingebracht. Wir haben die Senkung der Neuverschuldung um 100 Millionen Euro vorgeschlagen. Wir haben gesagt: Die Steuermehreinnahmen müssen komplett genutzt werden, um die Neuverschuldung abzusenken. Steuermehreinnahmen zur Schuldensenkung ohne Deckung? - Tut mir leid. So viel zu dem Satz von Helmut Schmidt.

(Beifall CDU und FDP)

Wir wollen den Konsum senken und dafür die Investitionssummen für Straßenbau und Technologieförderung heraufsetzen. Ich sage es noch einmal, Herr Ministerpräsident Platzeck, weil Sie es bei der Lesung selber leider nicht wirklich mitbekommen konnten: Alle Anträge wurden abgelehnt.

Nun komme ich zum zweiten Baustein, den wir für sehr wichtig halten, nämlich die Wirtschaftsentwicklung. Ich wiederhole hier nochmals Ihren Satz aus dem Koalitionsvertrag:

„Was verteilt werden soll, muss zuvor erarbeitet und erwirtschaftet werden.“

Aber von diesem Vorsatz ist überhaupt nichts übrig geblieben. Statt der staatsgläubigen Politik dieser Landesregierung brauchen wir endlich konsequente Lösungsansätze für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung in Brandenburg. Nur wenn die Wirtschaft läuft und auch wirklich erwirtschaftet, was sie braucht, dann funktioniert auch das Sozialsystem, dann werden die Bedürftigen, die wirklich Hilfe brauchen, auch in Zukunft noch Hilfe bekommen können.

Welche Lösungsansätze sehen wir als CDU? Brandenburgs Lage in der Mitte Europas ist eine große Chance. Wir müssen uns endlich dazu bekennen, dass Brandenburg das Logistikdrehkreuz im Herzen Europas sein kann, und zwar mit allen möglichen Verkehrsmitteln.

(Zurufe von der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Wir in Brandenburg können die Umschlagszentrale für Transportströme sein. Dazu gehören Logistikzentren. Wir haben viele aufgegebene Flächen, die man dafür nutzen kann.

Thema Flughafen BBI: Wo bleibt denn Ihre Position gerade beim Thema Nachtflugverbot? Ich will ja gar nicht über die Flugrouten reden, weil sie das an dieser Stelle nicht direkt beeinflussen. Wo bleibt Ihre Position beim Nachtflugverbot? Da wird sich entscheiden, ob Sie tatsächlich den BBI als das betrachten, was er nämlich sein soll: Wirtschaftskraft und Wirtschaftsmotor für dieses Land.

(Beifall CDU und FDP)

Der Ausbau der Wasserstraßen gehört genauso dazu, Herr Vogelsänger. Deswegen unterstützen wir diese Forderung ausdrücklich, obwohl der Kompromiss mit 115 Metern auch nicht das Wahre ist. Wir brauchen es größer; darüber sind wir uns an dieser Stelle einig.

Zum Thema Bahn höre ich überhaupt nichts. Aber auch die Bahn ist eines der wichtigen Transportmittel der Zukunft, was den Umschlag von Gütern hier im Land Brandenburg betrifft.

Eine weitere Ressource Brandenburgs ist das weite Land mit seinen freien Räumen, und genau die müssen wir auch nutzen. Wir müssen Ansiedlungen und die Umsetzung von guten Ideen unterstützen, und zwar deutlich mehr als bisher.

Ich finde es interessant, dass es gerade beim Thema Windkraftanlagen plötzlich möglich ist, die Standards zu senken, dass man hier die Möglichkeit gibt, die Verfahren zu beschleunigen. Das würde ich mir auch bei anderen Wirtschaftsansiedlungen wünschen. Wir brauchen es im Land Brandenburg.

(Beifall CDU und FDP)

Es muss überprüft werden, ob tatsächlich die Gesetze noch zeitgemäß sind, und wir dürfen nicht nur bestrebt sein, hier Unternehmen anzusiedeln, die ausschließlich auf Fördergelder spekulieren und schielen, sondern diejenigen bevorzugen, die herkommen, weil sie willkommen geheißen werden, weil wir mit Entbürokratisierung locken und die Unternehmensansiedlungen beschleunigen können. Das ist das Entsprechende und auch Entscheidende. Stärken stärken ist richtig, und zwar müssen wir das auch aus Sicht der Unternehmen für die Zukunft tun.

Damit komme ich zu dem dritten Baustein, wo wir als Politik sehr viel tun können, nämlich zur Arbeitskräftesicherung. Der prognostizierte Fachkräftebedarf im Jahre 2020 beträgt 362 000 Menschen. Was machen Sie? Sie reden über einen öffentlichen Beschäftigungssektor, finanzieren einen öffentlichen Beschäftigungssektor unter genau diesem Eindruck. Da sage ich Ihnen: Das ist Politik von gestern. Es fehlen Arbeitskräfte, und zwar nicht nur Fachkräfte. Das Land gibt 28 Millionen Euro für den Arbeitsmarkt aus, die wirklich auf den Prüfstand gehören.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Alte Konzepte unter dem Eindruck, dass das Angebot an Arbeitskräften größer sei als die Nachfragen, funktionieren nicht mehr, weil: Genau die Situation haben wir nicht mehr. Wir müssen dieses Geld sinnvoller einsetzen, um tatsächlich dafür zu

sorgen, dass Unternehmen hierbleiben, hierbleiben können, arbeiten können. Dafür brauchen sie Arbeitskräfte. Ich sehe aber, diese Landesregierung hat dazu gar keinen Plan.

Wir als CDU stehen für ein Fachkräfteaktivierungsprogramm. Wir fordern ein Fachkräfteaktivierungsprogramm, was Brandenburg dringend braucht. Ich nenne Ihnen dazu auch mögliche Ansatzpunkte und würde mich freuen, wenn Sie sie übernehmen; damit haben wir, erst recht nicht als Opposition, überhaupt kein Problem.

Gucken wir uns die an, die damals, zu Zeiten von Herrn Ziel, Abwanderungsprämien bekommen haben.

(Zuruf von der SPD: Das ist lange her!)

Lassen Sie uns die mit entsprechenden Angeboten zurückholen!

(Görke [DIE LINKE]: Das habt ihr in der letzten Legislaturperiode abgelehnt!)

Wir sollten uns stärker um die bemühen, die in Brandenburg studieren. Da geht es nicht nur um Brandenburger, sondern auch um die, die von außen kommen. Warum unterbreiten wir denen nicht konkrete Förderangebote? Warum verknüpfen wir das nicht mit der Wirtschaft und sagen: Kommt, da können wir wirklich etwas tun, um die Leute mit verschiedenen Angeboten hier zu halten? Wir haben Potenziale hier in Brandenburg.

(Frau Hackenschmidt [SPD]: Lassen Sie das die Wirtschaft machen!)

Es geht darum, Personen aus Nachbarländern, die gut qualifiziert sind - da denke ich nicht nur an Polen und Tschechien, sondern da müssen wir auch ein bisschen weiter gucken in Europa -, die in Ausbildung oder einer Qualifikation sind, Weiterqualifizierungsangebote zu unterbreiten.

(Zuruf von der SPD: Indien!)

Wir denken auch an Deutsche, die in den letzten Jahren hier angekommen sind, gut qualifiziert sind, deren Abschlüsse aber nicht anerkannt werden. Falls Sie nicht wissen, wen ich meine: Das sind zum Beispiel Russlanddeutsche, und das betrifft ganz speziell Brandenburg. Da gibt es mehr als ein Beispiel dafür, dass sie hochqualifiziert sind - auch als Kinderärzte -, aber putzen gehen müssen, weil wir uns darum nicht kümmern.

(Beifall CDU und FDP)

Für diese Menschen muss Brandenburg die erste Anlaufstelle sein. Brandenburg muss genau für diese Leute im Kopf sein, dann schaffen wir das auch.

Da bin ich schon beim nächsten Thema: Bildung und Wissenschaft. Die Ausgaben für Bildung und Wissenschaft sind im Haushalt gestiegen, das ist richtig: im Bereich Bildung von 1,36 Milliarden auf 1,43 Milliarden Euro. Gucken wir uns doch einmal an, wofür das ist: Verbesserung des KITASchlüssels - 44 Millionen Euro; ja, das ist vernünftig, das unterstützen wir. Schüler-BAföG - 3 Millionen Euro; das ist wirklich neu; darüber haben wir genug diskutiert. Die anderen Steigerungen aber gehen ausschließlich für Personalkosten und Tarifierungen drauf.

Jetzt wird immer erzählt: Neue Lehrerstellen! - Ja, die stehen nur in der Pressemitteilung, Herr Bildungsminister. Der Mythos „neue Lehrer“ sieht folgendermaßen aus: Im letzten Schuljahr - 2009/10 - sind 889 Lehrer ausgeschieden. Eingestellt wurden 450. Das ist eine Differenz von 439 Lehrern, sind Lehrer, die wir weniger haben.

(Görke [DIE LINKE]: Bitte die Schülerzahl nennen!)

Da diskutieren wir zum Thema Unterrichtsausfall! Der Unterrichtsausfall ist nach wie vor deutlich zu hoch. Fast 9 % des Unterrichts kommen nicht in der geplanten Form zustande. Wir haben über 100 000 Stunden an Ausfall. Das ist ein klarer Wettbewerbsnachteil für unsere Kinder.

(Beifall CDU, FDP und GRÜNE/B90)

Es wird ja immer gern mit anderen Bundesländern verglichen. Ich tue es an der Stelle mit Sachsen; es kam vor kurzem etwas intensiver in der Presse.

(Görke [DIE LINKE]: Der einzige Wettbewerbsnachteil, den wir haben, ist, dass wir eine so schwache Opposition haben!)

Wenn man sich die absoluten Zahlen je Einwohner anguckt, was Bildung betrifft: Brandenburg 473 Euro, Sachsen 521 Euro.

Bei den Hochschulen geben wir pro Einwohner 137 Euro aus, in Sachsen sind es 261 Euro.

(Jürgens [DIE LINKE]: Die Hochschulmedizin! Das haben wir nicht, Frau Ludwig!)

Das zeigt, wie die Priorität hier tatsächlich aussieht.

Ihr Ansatz hingegen ist das Schüler-BAföG, sind alte Konzepte, die in den 70er Jahren schon gescheitert sind.

Sie lassen die Förderschulen ausbluten

(Unmut bei der SPD)

- genauso wie die Leistungs- und Begabungsklassen.

(Bischoff [SPD]: Ich lade Sie mal ein, damit Sie sich das vor Ort angucken!)

Gehen Sie in die Förderschulen! Reden Sie mit den Leuten vor Ort! Gucken Sie sich an, welche Lehrer umgesetzt werden, welche nicht zugewiesen werden, dann wissen Sie genau, was dort passiert. Das ist eine Schande für die Kinder, die genau diesen Förderbedarf haben.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

Man antwortet nach wie vor mit einer Verflachung des Bildungsniveaus. Das ist keine gute Mitgift für unsere Kinder. Genau so kann die Kürzung des Budgets für die freien Schulen jedes Jahr um 2 % nicht der richtige Ansatz sein, wenn man mehr Geld ins staatliche Schulsystem hinein haben will.

(Jürgens [DIE LINKE]: Was ist denn das für ein Schwachsinn?)

Herr Minister, Sie müssen sich die Frage stellen lassen, warum denn immer mehr Eltern gerade die freien Schulen anwählen. Der Grund besteht bestimmt nicht darin, dass sie gern freiwillig dafür bezahlen, weiß Gott nicht!

Wir wollen, dass das staatliche Schulsystem wettbewerbsfähig ist, und das schaffen wir durch individuelle Förderung, vor allen Dingen durch Leistungsorientierung und mehr Selbstständigkeit. Dazu gehören ein Personalkostenbudget für die Schulen zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls, eine bedarfsgerechte Ausgestaltung der Leistungs- und Begabungsklassen, ein Deutschlandabitur - was wir fordern - mit gleichen Abschlüssen und Standards an der Stelle genauso wie die Erhöhung der Stundentafel an den Grundschulen.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Bildung, meine Damen und Herren, ist die beste Mitgift für unsere Kinder, und zwar für jeden nach seinen individuellen Fähigkeiten.

(Beifall CDU - Bischoff [SPD]: Das machen wir!)

Lassen Sie uns einmal den Schwerpunkt Wissenschaft betrachten: In Zeiten knapper Kassen muss man Entscheidungen treffen, und zwar rechtzeitig. Welche Potenziale wollen Sie denn nun entwickeln? Wir sind uns ja einig, dass Wissenschaft prioritär ist, aber wenn genau das bedeutet, dass Sie, obwohl Sie es als prioritär bezeichnen, den Hochschulen in die Rücklagen greifen, kann ich nur sagen: Das kann natürlich nicht funktionieren. Dann sollte sich jeder hüten, hier als prioritär eingestuft zu werden.

(Frau Melior [SPD]: Da wären wir schon ein Stück weiter!)

Damit nicht genug! Was ist mit dem Hochschulentwicklungsplan?

(Jürgens [DIE LINKE]: Er heißt Hochschulpakt!)

Was ist mit dem Hochschulentwicklungsplan, der jetzt ausläuft? Wie sieht es in Zukunft aus? Worauf sollen sich die Hochschulen denn, bitte schön, einstellen?

(Zuruf von Ministerin Dr. Münch)

Wo, sagen Sie, liegen die Prioritäten - erst recht unter dem finanziellen Eindruck, den wir haben - und wo nicht? Wie soll sich die Wissenschaftslandschaft insgesamt gestalten?

(Ministerin Dr. Münch: Wir wissen das schon, machen Sie sich keine Sorgen!)

- Na, dann lassen Sie uns das doch einmal wissen! Sagen Sie doch einmal, wie Sie sich das vorstellen, oder sind das alles Geheimpläne?

(Beifall CDU und FDP - Bischoff [SPD]: Hören Sie einfach einmal zu!)

Aber kommen wir zur fünften Grundlage, die wir für ein starkes Brandenburg sehen, das ist der ländliche Raum: Wir, meine Damen und Herren, haben den ländlichen Raum nicht - wie die SPD - abgeschrieben,

(Zuruf von der SPD: Nein?)

sondern sehen die Zukunft unseres Bundeslandes gerade in der Ressource ländlicher Raum. Sie, meine Damen und Herren, sprechen von „kontrollierter Verwilderung“, und genau das setzen Sie mit diesem Haushalt ...

(Unruhe bei der SPD - Zurufe: Was? Wie bitte? - Gelächter)

- Können Sie sich nicht daran erinnern?

(Holzschuher [SPD]: Nein!)

- Nein? - Ich werde mich jetzt der Worte meines Vorredners nicht bedienen, was Amnesie und Wegschieben von Tatsachen betrifft.

(Holzschuher [SPD]: Amnesie haben Sie gesagt!)

Sie reden von kontrollierter Verwilderung und setzen die mit diesem Haushalt nämlich fort.

(Beifall CDU)

Wir haben eine Investitionskürzung im Straßenbau, die sich gerade im ländlichen Raum bemerkbar macht, was die Mobilität betrifft.

Regionalverkehr Bahn - da ist interessant: Wie wird es dort in Zukunft aussehen? Wird das Netz noch weiter ausgedünnt?

Sie legen eine Polizeireform vor, wo Wachen gerade im ländlichen Raum geschlossen werden sollen.

(Bischoff [SPD]: Aber sparen sollen wir natürlich! - Jürgens [DIE LINKE]: Tut so viel Unwahrheit eigentlich weh?)

Das Thema Versorgung des ländlichen Raumes mit Breitband ist komischerweise gar kein Thema mehr; darauf komme ich aber noch zurück.

Sie reduzieren die Kofinanzierung für EU-Programme an private Unternehmen um 30 Millionen Euro. Gelder zur Marktstrukturverbesserung gerade im Bereich der integrierten ländlichen Entwicklung werden für private Investoren komplett gestrichen.

(Beifall CDU - Bischoff [SPD]: Wer will denn immer Privatwirtschaft haben?)

- Sie wahrscheinlich nicht! Dann sagen Sie aber bitte auch so deutlich, dass Sie sich von der Privatwirtschaft verabschieden.

Zudem lehnen Sie auch noch das von uns vorgeschlagene Stipendiensystem ab, das wir für notwendig halten, um dem Ärztemangel im ländlichen Raum zu begegnen.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf von Ministerin Dr. Münch)

- Ja, wir durften gestern hören, dass Sie sich lieber mit dem Patientenrechtsgesetz beschäftigen als tatsächlich mit Ärzten vor Ort, die da gebraucht werden. Das haben wir verstanden. Wir setzen andere Prioritäten.

Ein besonderes Beispiel ist das Oderbruch. Das Dauerhochwasser dort kommt nicht von ungefähr. Es sollte eigentlich Grund-

anliegen einer jeden Landesregierung sein, ihr Land, Grund und Boden zu schützen, zu bewahren und nicht weniger werden zu lassen.

Den Bürgern vor Ort kommt es so vor, als wenn sie aus ihrer Heimat vertrieben würden. Damit komme ich wieder zu Friedrich dem Großen,

(Frau Melior [SPD]: Der wusste aber schon, dass es Probleme mit Wasser gibt!)

der nämlich 1747 bis 1753 das Oderbruch mit Hilfe von Fachleuten erfolgreich trockengelegt und fruchtbares Ackerland daraus geschaffen hat. Es hat bis vor kurzem funktioniert, Frau Melior. Ich frage mich, wie das mit diesen einfachen Mitteln damals ging, es aber heute nicht funktioniert.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe von der SPD)

Beim Anblick dieses fruchtbaren Teils des Landes soll Friedrich der Große geäußert haben: Hier habe ich in Frieden eine Provinz erobert. - Diese Landesregierung sieht in Frieden zu, wie die Natur es sich zurückerobert.

(Zurufe von der SPD)

Sie sprechen von kontrollierter Verwilderung.

(Holzschuher [SPD]: Wer sagt denn so etwas?)

Wir sprechen von unserer Heimat, die Zukunft hat: in Brandenburg, Bernau, Ludwigsfelde genau so wie in Guben, Prenzlau und Wittenberge.

(Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Meine Damen und Herren! Anders als diese Landesregierung glauben wir, die CDU, an unser Heimatland Brandenburg, an seine Stärken und den Fleiß unserer Bürger. Brandenburg kann die Zukunft Deutschlands werden. Im Vergleich zu anderen Bundesländern war es schon immer ein kahles Land, aber mit Fleiß, mit Tradition und vor allem mit dem Antrieb unserer eigenen Bürger haben wir es immer verstanden, genau daraus etwas zu machen. Einsatz und harte Arbeit sind eben der Schlüssel zum Erfolg. Das vermisse ich bei dieser Landesregierung.

(Beifall CDU)

Damit muss ich zu dem negativen Beispiel kommen, dass das Forschungsinstitut zur nachhaltigen Sicherung und Rohstoffversorgung jetzt leider nach Freiberg geht und nicht nach Cottbus. Damit hat diese Landesregierung eine wichtige Chance verspielt. Das muss zur höchsten Priorität ...

(Zuruf des Abgeordneten Jürgens [DIE LINKE] - Zurufe von der CDU)

- Dazu komme ich gleich. - Solche Ansiedlungen müssen höchste Priorität haben. Diesbezüglich erwarte ich vom Ministerpräsidenten höchsten Einsatz. Der sächsische Ministerpräsident hat sich genauso wie der Wissenschaftsminister persönlich darum bemüht. Die haben dort Klinken geputzt.

(Zuruf von der SPD: Das war ein Versprechen im Bundestagswahlkampf! Schwarzer Filz!)

Markenzeichen dieser Regierung für eigenes Versagen sind Schuldzuweisungen.

(Beifall CDU)

Dadurch, meine Damen und Herren, werden Sie immer unglaubwürdiger. Schuld an den Problemen der Landesregierung sind entweder Europa oder die Bundesregierung - das hören wir hier natürlich am meisten -, die Schuld daran ist, dass wir hier nichts auf die Reihe kriegen.

Wir, die Opposition, hören das natürlich auch jedes Mal. Ich bin ja mittlerweile hocherfreut, dass Sie versuchen, nicht nur zu sagen, die CDU ist hier die einzige Opposition; die anderen sind ja so gut und machen mit. Nein, heute haben wir gehört - Herr Vogel und Herr Büttner, wir sind in guter Gesellschaft -: Wir sind schuld daran, dass es mit diesem Land nicht vorwärts geht. Die Bürger sind schuld daran, die die grandiose Politik dieser Landesregierung nicht verstehen. Fällt mir noch etwas ein? - Ja, das Wetter könnte auch noch schuld sein. Nur diese Landesregierung nicht.

(Beifall CDU - Zuruf von der Regierungsbank)

- Herr Ministerpräsident, die Zeiten sind vorbei, in denen Sie Ihren Gummistiefel auf dem Deich abgedrückt haben und das dann zum Wallfahrtsort erklärt wurde.

(Heiterkeit und Beifall CDU)

Sie werden immer unglaubwürdiger. Damit meine ich nicht die persönlichen Animositäten. Die Unglaubwürdigkeit zeigt sich beim Wahlkampfversprechen Breitband. Wir reden deshalb nicht mehr darüber, weil es im ländlichen Raum erledigt ist, sondern weil die Leute einfach nicht mehr glauben, dass dort etwas passiert.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt doch gar nicht! - Oh!)

- Dann fragen Sie einmal die Leute dort. - Wir reden über den Hochschulpakt, der Ihre Unterschrift getragen hat, von dem jetzt nichts mehr gilt. Unsere Brandenburger schauen mittlerweile genauer hin. Das, was Sie bei dieser neuen Landesregierung, bei dem Ministerpräsidenten, der so überzeugt von seinen „neuen Kleidern“ ist, sehen, ist: Der Landesvater ist nackt.

(Zurufe von der SPD: Oh! Nee!)

Er selbst hat es nur noch nicht gemerkt.

(Heiterkeit bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Er selbst hat es deshalb noch nicht gemerkt, weil er von lauter Leuten umgeben ist, die immer wieder bewundernd sagen: Oh! Wie toll sind deine neuen Kleider!

(Beifall CDU - Zurufe von der SPD)

Da nutzt es auch nichts, dass Sie nach jedem noch so kleinen Strohhalme greifen.

(Lachen bei der SPD)

Damit komme ich noch einmal darauf zurück, wie unglaubwürdig Sie mittlerweile geworden sind. Sie beziehen sich auf

alte Umfragen und auf Preise, die man so bekommt. Ja, in der Not macht man schnell einmal fremde Erfolge zu seinen eigenen.

Unglaublich ist das, Herr Holzschuher. Sie haben vorhin hier ausgebreitet: „Europäische Unternehmerregion“, wiederholter Spitzenplatz „Leitstern 2010“, Platz 1 als Dynamiksieger im Bundesländerranking 2010. Die Auszeichnungen stehen zu Recht. Aber dass Sie sich die Auszeichnungen anheften, zeigt, wie verzweifelt Sie sind.

(Beifall CDU - Zuruf des Abgeordneten Holzschuher [SPD])

Diese Auszeichnungen haben weiß Gott nichts mit dem Jahr 2010 zu tun - weiß Gott nichts. Wenn Sie behaupten, dass sich solche Auszeichnungen auf ein Jahr beziehen, das noch nicht einmal abgeschlossen ist und zu dem man noch nicht einmal alle Daten ausgewertet hat ...

(Ministerpräsident Platzeck: Das hat mit 20 Jahren sozialdemokratischer Landesregierung zu tun! - Unruhe)

- Herr Ministerpräsident, Sie bekommen nachher die Möglichkeit, die Wahrheit hier am Mikrofon zu sagen, ob es diese Landesregierung war oder ob Sie eine andere Ansicht dazu haben. Ich freue mich ja, wenn Sie es genauso bewerten, dass nicht die Zahlen von 2010 Einzug gehalten haben. Es ist ja in Ordnung.

(Beifall CDU - Zuruf des Abgeordneten Holzschuher [SPD])

Aber genau diese Auszeichnungen und Spitzenplätze werden der Maßstab für die nächsten Jahre sein, an dem Sie sich werden messen lassen müssen.

Meine Damen und Herren! Dieser Haushalt ist weder ein Befreiungsschlag noch eine Zukunftsperspektive für unser Land. Sie verschärfen damit vorhandene Probleme und verschieben sie in die Zukunft. Das ist gegenüber den Brandenburgern unfair, unsozial und feige.

(Beifall CDU - Oh! bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Jürgens [DIE LINKE])

Wir wollen Brandenburg zu dem Zukunftsland Deutschlands machen. Dazu könnten Sie, wenn Sie es vorhätten, wenigstens klatschen. Aber Sie haben es sicherlich nicht vor.

(Zuruf von der SPD: Das haben wir schon gemacht! - Weitere Zurufe)

Unsere Prioritäten dabei sind eine solide Finanzpolitik, die Stimulierung der positiven Wirtschaftspolitik, die Deckung des Arbeitskräftebedarfs, leistungsorientiertes Bildungssystem, die Wissenschaft und der ländliche Raum.

Dieser Haushalt setzt völlig andere Prioritäten. Wir erleben hier: Staat vor privat, eine Abkehr von den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft. Wir haben hier mehr Bürokratie, mehr Schulden, mehr Konsum, mehr Umverteilung. Dem stehen weniger Investitionen, weniger Kernaufgaben des Staates, Schwächung der heimischen Wirtschaft, schlichtweg keine Zukunftsperspektiven für unser Land Brandenburg gegenüber.

So einem linken Haushalt können, wollen und dürfen wir nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall CDU - Zurufe von der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Das ist schon in Ordnung. Die Redezeit war noch nicht ganz ausgeschöpft.

(Heiterkeit bei der Fraktion DIE LINKE)

Nach dem Abflauen des Beifalls spricht die Abgeordnete Kaiser für die Linksfraktion.

(Beifall DIE LINKE)

Frau Kaiser (DIE LINKE):*

Das ist eine Menge Vertrauen. Vielen Dank. Ihr wisst ja noch gar nicht, was ich sagen werde.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Innerhalb von zwei Monaten lagen zwei Haushaltspläne auf unserem Tisch, die Landeshaushalte 2010 und 2011. Gestatten Sie mir, nach dem Redebeitrag von Frau Ludwig, die aus meiner Sicht heute auch eine Menge durcheinandergebracht hat, der Landesregierung insgesamt, dem Ministerium der Finanzen und insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die damit befasst waren - darin steckt eine immense Arbeit; so viel, wie Sie, Frau Dr. Ludwig, vermuten, ist dann doch nicht durcheinandergekommen -, meinen Respekt auszudrücken und Dank zu sagen.

Unsere Aufgabe hier im Landtag war es, im Land vor dem Jahreswechsel haushaltspolitisch zu entscheiden. Das ist heute möglich. Wir, die Fraktion DIE LINKE, hatten bei den Diskussionen um die Sicherung der sozialen Standards, für die wir stehen und für die wir gewählt worden sind, durchaus schwer zu kämpfen. Ich denke, im Großen und Ganzen haben wir es gemeinsam mit der SPD geschafft.

(Beifall DIE LINKE - Zustimmung bei der SPD)

Wir beschließen mit dem Haushalt 2011 trotz einer Reduzierung des Haushaltsvolumens in Höhe von 10,5 Milliarden Euro um 500 Millionen Euro auf 10 Milliarden Euro immerhin, Frau Ludwig, 55 Millionen mehr für Bildung, für mehr Lehrer, für bessere Bedingungen für die frühkindliche Bildung, für das Schüler-BAföG.

Ich sage Ihnen: Investitionsbegriffe sehen auf dieser Seite des Parlaments anders aus als Ihre. Ihre betriebswirtschaftliche Sicht bei Investitionen müssten Sie sich abgewöhnen. Sie ist unmodern.

(Beifall DIE LINKE)

Vor allem haben wir hier wirklich ein anderes Konzept als Sie. Wir setzen hier andere Prioritäten.

Vielleicht unterhalten Sie sich noch einmal mit Ihren Kollegen, wie die in den Regionen, in den Kreistagen, abstimmen, wenn

es um Schulen, zum Beispiel Förderschulen, geht, beispielsweise bei Ihrem Kollegen Wichmann. Vielleicht hilft das, Erkenntnisse zu gewinnen. Ihre Glaubwürdigkeit ist für uns nicht gegeben, wenn Sie so argumentieren. Wir bedauern, dass Sie nicht einmal zur Kenntnis nehmen, dass in diesen Zeiten 55 Millionen Euro mehr für Bildung ausgegeben werden.

Es gibt keine Kürzungen im sozialen Bereich und bei den Leistungsgesetzen. Trotz der schwierigen Situation und trotz einer weiteren Nettokreditaufnahme gibt es 62 Millionen Euro mehr für Städte, Gemeinden und Kreise.

Wenn wir den vorliegenden Landeshaushalt 2011 beschließen, gehen wir bei der Bewältigung von sehr ernsthaften Aufgaben einen Schritt in die richtige Richtung. Wir stehen vor ernsthaften Herausforderungen. Das sind Ergebnisse aktueller Entwicklungen. Das betrifft soziale, wirtschaftliche und ökologische Aspekte. Diese Probleme gibt es nicht erst seit dem letzten Jahr. Das sind Ergebnisse entsprechender politischer Entscheidungen der letzten Jahre.

Frau Dr. Ludwig, es geht hier aber nicht um Schuld. Das Wort „Schuld“ bemühen Sie zwar immer wieder, aber wir reden davon nicht. Wir reden vielmehr von politischer Verantwortung. Wir sprechen von Fehlern, die gemacht werden. Wenn man sie erkennt, dann sprechen wir von Konsequenzen, die gezogen werden müssen. Uns geht es auch um die Folgen der Entscheidungen der letzten Jahre.

Ich erinnere Sie an die Agenda 2010, an die Finanz- und Wirtschaftskrise, an die Föderalismusreform, an die Schuldenbremse, an die Niedriglohnpolitik, an BBI - das ist schon ein paar Jahre her - und an den Landtagsneubau. Die Folgen stehen jetzt als Realität bei uns im Land zur Entscheidung an.

Dazu gehören auch unzählige Ihrer politischen Entscheidungen, meine Damen und Herren von der CDU. Gerade für diese versuchen Sie hier immer nur, SPD und Linke alleine in die Haftung zu nehmen. Das ist unredlich.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Bereits zu Beginn linker Regierungsbeteiligung war Brandenburg ein Land mit einer hohen Sockelarbeitslosigkeit und verbreiteter Armut. Aber natürlich sind auch wir jetzt froh, dass Dynamik in die Wirtschaftsentwicklung gekommen ist. Wir haben eine kleinteilige und eigenkapitalschwache Wirtschaftsstruktur. Das wissen wir schon sehr lange. Wir haben wie auch andere Flächenländer erhebliche demografische Probleme mit starken regionalen Disparitäten.

Aber an der Stelle sage ich Ihnen: Die Grundsätze sozialer Marktwirtschaft werden in diesem Parlament nicht von der SPD und von den Linken gefährdet. Schlagen Sie diesbezüglich noch einmal bei Erhard nach, und gucken Sie nicht nur bei Friedrich dem Großen.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass die Sonderzahlungen des Bundes und die Fördermittel der EU in dieser Legislaturperiode deutlich zurückgehen werden. Der Solidaripakt wird zudem bis 2019 völlig auslaufen. Jeder müsste eigentlich wissen, dass jeder fünfte Euro, den wir 2011 noch einplanen

können, am Ende des Jahrzehnts nicht mehr zur Verfügung steht. Der Gesamtumfang des brandenburgischen Landeshaushalts wird am Ende um fast 2 Milliarden Euro unter dem heutigen Niveau liegen, wenn sich die Politik des Bundes nicht ändern lässt und wenn Länder und Kommunen dadurch weiter geknebelt werden.

Auf die zuvor genannten Entwicklungen gilt es sich einzustellen oder für eine Veränderung der Bundespolitik zu kämpfen. Das werden wir weiter tun.

(Beifall DIE LINKE)

Leider haben wir dabei in der brandenburgischen Opposition dafür derzeit keine Verbündeten.

(Widerspruch bei der CDU)

Wir alle wissen, dass es bis zum Beginn dieser Legislaturperiode 2009 eine extrem hoch angewachsene Verschuldung des Landes mit 18,1 Milliarden Euro gab. Das war auch Ihre Mitgift für diese neue Koalition. Wir haben einen Kapitaldienst von über 800 Millionen Euro pro Jahr zu verkraften. Dieser Schuldenberg ist zu bezahlen. Durch die jetzt erneut notwendige Neuverschuldung wird dieser Betrag sogar noch steigen.

Die Herausforderungen der letzten Jahre verlangen von uns allen viel Kreativität, Präzision und vor allem ein Höchstmaß an sozialem Verantwortungsbewusstsein. Mindestens fünf Jahre alt ist die Position der „kontrollierten Verwilderung“. Auch das war ein origineller Beitrag. Über den habe ich mich oft gefreut. Das wird von Ihnen immer wieder zitiert. Dabei wundere ich mich aber mehr darüber, dass die unkontrollierte Verrohung des Umgangstons zugenommen hat, Frau Ludwig.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Die rot-rote Koalition hat von Anfang an deutlich gemacht, dass wir der eigenen Gestaltungskraft vertrauen. Zudem sind wir offen für Ideen anderer. Wir erwarten sogar Kritik. Das ist doch selbstverständlich. Was sollen wir denn sonst erwarten? - Sachliche Kritik, Meinungsstreit und der Austausch von Argumenten sind okay.

Aber was sollen Ihre inszenierten Panikattacken? Wozu gibt es permanente Falschbehauptungen und Unterstellungen? - Wir haben Weihnachten. Da darf man sich etwas wünschen. Ich wünsche mir, dass wir künftig hier in diesem Parlament nicht mehr die persönliche Ebene bedienen. Das ist mein Wunsch zum Jahresende. Vielleicht denken Sie darüber einmal nach.

Im Übrigen war ich entsetzt, Herr Vogel, als ich heute in die Zeitung geguckt habe.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Ich möchte mich zwar nicht über Ihre Kinderstube äußern, aber nach diesem Interview vermute ich, dass Sie zu Hause nicht einmal eine Spielecke hatten.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Den Gesundheitszustand von Kollegen - egal, ob es stimmt oder nicht - zum Gegenstand öffentlicher Erörterungen oder hämischer Bemerkungen zu machen, ist wirklich das Letzte.

(Beifall DIE LINKE und SPD - Frau Lehmann [SPD]: Abartig!)

Meine Damen und Herren von der CDU, wir erleben Sie hier als größte Oppositionspartei als eine Art autistischen Verein,

(Heiterkeit bei der SPD - Widerspruch bei der CDU sowie Zurufe: Was? Unverschämtheit!)

der die seit einem Jahr bestehende Koalition in erster Linie am Handeln hindern will. Das geschieht mit Vorhaltungen aus der Vergangenheit, die die CDU mitzuverantworten hat. Es kann ja sein, dass man sich der jüngeren Vergangenheit nicht so gerne erinnert. Es ist auch so, dass Medien tagesaktuell berichten wollen. Aber ich versichere Ihnen, viele Brandenburger wissen noch genau, wer im Bund sehr lange und wer hier zehn Jahre regiert hat und regiert.

Apropos: Fehler im privaten Bereich machen Menschen nicht wegen ihrer Parteizugehörigkeit oder ihrer Weltanschauung. In den letzten 20 Jahren gab es dazu auch gute Beispiele in der CDU. Wichtig ist, dass die Dinge rechtzeitig auf den Tisch kommen. Wichtig ist, dass Konsequenzen gezogen werden. Im Finanzministerium hat man das bereits getan. Das dürfen Sie zur Kenntnis nehmen.

Die Rede ist hier immer von Tempo, von Aufklärungstempo und von Rücktrittstempo. Dass dem einen oder anderen alles nicht schnell genug geht, ist durchaus nachvollziehbar. Das Tempo von gestern in Bezug auf die Rede zur Polizeireform von Herrn Petke war jedoch gefährlich. Mag er auf die Bremse gehen. Wir wünschen ihm gute Besserung.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ihr Umgang mit diesen Dingen, meine Damen und Herren von der CDU, offenbart zudem noch etwas anderes: Es geht Ihnen vielleicht vordergründig um politische Integrität und nebenbei um Verantwortung, aber Rainer Speer ist Ihnen, Frau Ludwig, offenbar egal, obwohl Sie mit ihm über viele Jahre eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet haben. Für mich hatte das jedenfalls den Anschein.

Sie haben leider ein rein taktisches Verhältnis zu all diesen Dingen. Sie benutzen sie als Munition für Ihre politische und persönliche Abrechnung mit der SPD und mit Matthias Platzeck. Da springt aus allen Knopflöchern immer noch die Enttäuschung, und zwar darüber, dass sich die SPD zu einer anderen Regierungskoalition entschlossen hat.

Ich mag mir nicht vorstellen, sehr verehrte Frau Kollegin Ludwig, wie Ihre rigide Haushaltspolitik - die Ankündigungen und Ihre Positionen dazu konnte man in den letzten Jahren lesen - heute angesichts der Regelsatzerhöhung von 5 Euro für Hartz-IV-Empfänger aussehen würde. Gleiches gilt für Steuerentlastungen oder Steuervergünstigungen wie die Anhebung des Arbeitnehmerpauschbetrages auf 1 000 Euro. Das sind die Beispiele, von denen hier in der Mark bei den weiten Wegen kaum jemand etwas hat.

Das ist nun wahrlich keine Empfehlung zum Mitregieren in einer Zeit, in der es um den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft und um die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge in einem finanz- und strukturschwachen Flächenland geht. All die Dinge, die Sie aufgezählt haben, bis hin zur kommunalen Wirtschaftstätigkeit, haben damit zu tun, dass wir den sozialen Zusammenhalt in dieser Gesellschaft stärken und festigen. Das Flächenland muss erhalten bleiben. Wir brauchen die Daseinsvorsorge. Dafür steht dieser Haushalt 2011.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Aber es wird auch nicht besser, wenn Sie sich mit den drängenden Problemen der aktuellen Landespolitik befassen. Ihnen gerinnt alle Politik zu der Frage: Wie können wir die rot-rote Koalition und deren Vertreter beschädigen, ohne inhaltlich mit in den politischen Wettbewerb um Zukunftsprojekte für dieses Land zu treten?

Ich habe - es tut mir leid - Ihre Vorschläge gehört. Mit denen kommen wir so jetzt aber nicht weiter. Alles in allem ist Ihnen keine Vereinfachung zu plump und kein persönlicher Angriff zu platt.

Bitte erinnern Sie sich: Es war ein CDU-Politiker, der mit dem Anspruch, die Steuererklärung auf Bierdeckelformat zu schrumpfen, grandios scheiterte. Nun wiederholen Sie das Experiment. Sie versuchen, Landespolitik und Haushaltsrealitäten auf Postkartengröße zu schrumpfen. Es gibt ein einziges Foto, ich finde, der Ministerpräsident ist gut getroffen,

(Heiterkeit bei der SPD)

das wird landesweit durch Sie verbreitet - immerhin auf Kosten Ihrer Beitragszahler. SPD und Linke sagen Ihnen dafür vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Nun sind wir einiges von Ihnen gewöhnt. Der erste Vorwurf ist: Rückwärtsgewandte Politik der Platzeck-Regierung. Gut, den alten Friedrich hatten wir schon. Lassen wir den.

(Frau Lehmann [SPD]: Ja! - Heiterkeit bei der Fraktion DIE LINKE und SPD)

Dass Sie hier eben einmal die Enthüllungsfälle verdoppeln, auch das ist ein alter Witz. Er trägt nicht mehr. Wissen Sie: Dass Sie aber nun Ministerpräsident Platzeck und mich hier als die Nachfolger von Pieck und Grotewohl bezeichnen, das ist schon hart. Gestatten Sie mir doch die Frage: In welcher Tradition der CDU, Frau Dr. Ludwig, sehen Sie sich? In der Adenauers, unter dem die alten Nazis wieder zu Amt und Würden kamen, oder in der Kohls,

(Oh, oh! bei der CDU)

der gleich zwei SED-Blockparteien in die CDU holte, samt Mitgliederkarten und Eigentum?

(Frau Lehmann [SPD]: So ist es! - Anhaltender Beifall DIE LINKE und SPD sowie von Ministerpräsident Platzeck, Minister Dr. Markov und Minister Baaske)

Ziehen wir die Karte Infrastruktur. Der Landtagsneubau ist hier schon angesprochen worden. Nun ist er geschrumpft. Dieser Witz mit dem Schrumpfen - lassen wir das. Sie als CDU haben von dem heißen Eisen der Vereinigung von Berlin und Brandenburg die Finger gelassen. Herrn Schönbohm passte das überhaupt nicht. Jetzt kommt offenbar auch noch die Burgfrau abhanden. Frau Dr. Ludwig, das ist ganz schade. Aber man könnte wissen, dass keine überdimensionierte Ausstattung für uns alle geplant ist, sondern dass der Landesrechnungshof da auch einziehen soll, solange die Berliner nicht darin wohnen. Sie sind scharf auf das Schloss gewesen. Ich weiß nicht, was für ein Looping das jetzt ist.

Was den Flughafen betrifft, der hier auch erwähnt wurde, kann ich nur sagen: Es gibt Namen wie Kohl, Wissmann und Diepgen. Möglicherweise sind sie nicht in der CDU. Vielleicht irre ich mich ja. Legen wir die Karte hin.

(Frau Lehmann [SPD]: Jawohl! - Beifall DIE LINKE und SPD)

Die nächste Karte, die wir ziehen: Transparenz und Bürgernähe. Das ist etwas Schönes. Darin sind wir mit Ihnen absolut in Übereinstimmung. Die Politik dieses Landtages, der Regierung steht auch für Transparenz und Bürgernähe. Die Frage, die mich die ganze Zeit beschäftigt, ist: Warum haben Sie in Ihrer Regierungszeit zu den Vorgängen aus Ihrer Regierungszeit keine Untersuchungsausschüsse beantragt wie jetzt?

Ich möchte Folgendes gern wissen, weil Sie gesagt haben, jetzt endlich mit Ihnen in der Opposition gebe es öffentliche Ausschusssitzungen:

(Heiterkeit bei den Fraktionen DIE LINKE und SPD)

Ich erinnere mich an die Argumente im Hauptausschuss. Ich durfte die Geschäftsordnung auch schon einmal verhandeln. Ich frage mich: Wie haben Sie das rechnerisch hinbekommen, die Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen gegen die Mehrheit der Koalitionsfraktionen durchzusetzen? Erklären Sie uns das!

(Heiterkeit bei den Fraktionen DIE LINKE und SPD)

Nun sind wir einiges von Ihnen gewöhnt, Frau Dr. Ludwig, Herr Burkardt. Spaß muss sein. Offenbar sind Ihre Parteikollegen derzeit auch leicht zu belustigen. Aber beim Geld hört der Spaß bekanntlich auf. Deswegen nehme ich hier jetzt die letzte gezinkte Karte: zum Thema Haushalt. Ich habe fünf Punkte herausgesucht. Damit sind wir wieder bei der Haushaltsdebatte.

Da steht: 1,2 Milliarden Euro geplante Neuverschuldung für die Jahre 2010 und 2011! Fakt ist: In den Jahren 2010 und 2011 ist mit einer Neuverschuldung von rund 1 Milliarde Euro geplant worden. Sie haben 200 Millionen Euro draufgeschlagen. Das ist für einen Haushalt wie den unsrigen nicht wenig. Das hätte Ihnen als studierter Frau, glaube ich, nicht passieren dürfen. Das müsste man mit Kopfrechnen hinbekommen.

Ihr großartiger Trick hätte zunächst trotzdem funktionieren können: Immer so viele Jahre zusammenzählen, dass es gerade bis zu 1 Milliarde Euro reicht. So ist mir das hier beim Durchgucken aufgegangen. Sie haben dabei zugleich vertuscht, dass wir die Neuverschuldung in dem Haushalt, den wir heute zu

beschließen haben, gegenüber dem Vorjahr schon wieder absinken lassen können - bis 2014 übrigens auf null. Möglicherweise müssen Sie jetzt die Karten einstampfen. Das wäre schade. Aber eine Opposition Ihres Schlages nimmt so etwas gar nicht zur Kenntnis.

Sie sind noch ein zweites Mal erwischt worden. Durch die zu erwartenden Steuermehreinnahmen 2010 und 2011 wird die Neuverschuldung noch einmal geringer ausfallen, als Sie hier den Bürgerinnen und Bürgern - übrigens unseren Menschen -, also den Menschen in Brandenburg vormachen wollen. Für wie blöd halten Sie eigentlich die Bürgerinnen und Bürger? Wie seriös sind Ihre politischen Äußerungen? Ich weiß nicht. Wollen Sie damit wirklich noch ernst genommen werden?

Ein zweites Zitat von dieser gezinkten Karte: Die Gesamtverschuldung wächst immer weiter und erreicht bald 20 Milliarden Euro. Dahinter machen Sie einen Punkt. Ja, machen Sie wirklich einmal einen Punkt! Zwanzig Jahre lang ist die Neuverschuldung in diesem Land gewachsen - für gute wie schlechte Projekte. Viele politische Erfolge sind auch durch Kredite finanziert worden. Ganz klar. Die Neuverschuldung ist gewachsen, bis sie über 18 Milliarden Euro gestiegen war. Zehn Jahre davon haben Sie mitregiert. Jetzt haben Sie das alles vergessen und machen eine relativ geringe Bewegung auf hohem Sockel zum Skandal, notwendig geworden übrigens - das war hier auch nachzuvollziehen - in einer Situation der tiefsten Krise seit Jahrzehnten.

Meine Damen und Herren, in den zehn Jahren Ihrer Regierungsbeteiligung - das waren die Haushaltsjahre 2000 bis 2009 - haben Sie die Verschuldung des Landes von 12,8 Millionen Euro

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Milliarden!)

- Milliarden - um 5,48 Milliarden Euro ansteigen lassen, und das in wirtschaftlich und finanzkapitaltechnisch guten Zeiten. Stehen Sie wenigstens zu dieser Entscheidung! In der Regierungsverantwortung der Linken wird die geplante Gesamtverschuldung laut Finanzplan zum Ende der Legislaturperiode 20-Komma Milliarden Euro betragen. Es wird also in fünf Jahren eine maßvolle Neuverschuldung von 1,6 Milliarden Euro, verbunden mit ernstesten Konsolidierungsanstrengungen, geben. Sie aber wollen weniger Schulden. Zugleich sollen wir aber überall mehr ausgeben mit dem Haushalt, als wir jetzt nachrechnen und belegen können, obwohl wir im Land langfristig mit einem um 20 % geringeren Haushaltsvolumen rechnen müssen. Wie soll das gehen? Erklären Sie uns das! Die Erklärung sind Sie heute in Ihrer Rede schuldig geblieben.

(Zuruf von der CDU: Das machen wir im Bund auch!)

In den Haushaltsjahren, in denen Sie unter Ihrer Mitverantwortung neue Kredite aufgenommen haben, waren es im Durchschnitt knapp 740 Millionen Euro per anno. Jetzt, auf dem Höhepunkt der Krisenbewältigung sind es in diesem Jahr 440 Millionen Euro, wie gesagt, bei sinkender Tendenz 2014 auf null. Ihre Panikattacken sind ganz umsonst. Wie gesagt, Kopfrechnen traue ich Ihnen zu.

Drittes Zitat: 2010 zahlt Brandenburg 750 Millionen Euro allein für Zinsen. Das sind 8 % des Gesamthaushalts. Ich weiß nicht, ob wir diese Verschuldung jetzt irgendwie in diesem Jahr -

wir haben uns darüber schon verständigt - aufgenommen haben. Soweit ich weiß, zahlt man Zinsen für aufgenommene Kredite. Dass Sie die mit aufgenommen haben, haben wir belegt. Nennen Sie dann die aktuelle Steigerung. Wir wissen, dass wir trotz allem die Verschuldung nicht in die Höhe treiben wollen. Wir wissen, dass die Zinsen eine harte Last sind. Darüber haben wir hier diskutiert, und der Finanzminister hat es Ihnen erläutert.

Viertes Zitat: Die Verbeamtungswelle wird die Pensionskosten in Zukunft drastisch erhöhen. Ja, wo laufen Sie denn, fragte einmal ein Komiker. Welche Verbeamtungswelle denn? Entschuldigen Sie, wo sind diese Heerscharen von rot-roten Beamten? Wenn es eine Verbeamtungswelle gegeben hat, dann doch in Ihren Regierungszeiten!

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Richtig ist allerdings - wir kommen jetzt wieder zu unserem Haushalt -: Die prognostizierten Pensionslasten werden 2043 ihren Scheitelpunkt mit 1,3 Milliarden Euro erreicht haben. Die jetzige Regierung war es allerdings - die jetzige, die seit einem Jahr, meine ich -, die eine erste Vorsorge getroffen und, nun ja, 200 Millionen Euro in das Sondervermögen Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg, in den Pensionsfonds, abgeführt hat. Sie waren dagegen. Haben Sie das schon vergessen?

Weil wir dieser Tage so gern über Verbeamtung von bestimmten Personen reden - Rot-Rot hat, wie gesagt, keinen neuen Staatssekretär verbeamtet -, will ich nur sagen: Wer immer nur Stolpe jagen will, möchte Schönbohm gern schnell vergessen. Aber erinnern Sie sich? Gerade Herr Schönbohm fand es sehr wohl notwendig, seine Staatssekretäre in ein so besonders enges Verhältnis zum Staat einzubinden. Sie sollten sich sicherheitshalber daran erinnern, bevor Sie wieder neue Untersuchungsausschüsse beantragen.

(Frau Lehmann [SPD]: Jawohl! Sehr schön! - Beifall DIE LINKE und SPD)

Fünftes Zitat von Ihrer gezinkten Karte: Höchster Grunderwerbsteuersatz in ganz Deutschland eingeführt. Wer zur Altersvorsorge ein Haus baut, zahlt erheblich drauf. Da haben wir es wieder. Halbwahrheiten und Polemik. Ja, wir haben die Grunderwerbsteuer auf den derzeit höchsten in Deutschland üblichen Satz erhöht. Eine unglaubliche rot-rote Missetat.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Gewaltige 0,5 % liegt er über dem Satz, den das CDU-geführte Sachsen-Anhalt oder die noch CDU-geführte Metropole Hamburg bereits eingeführt haben bzw. den das CDU-geführte Niedersachsen mit dem Haushalt 2011 festsetzen will. Die Mehrbelastung für einen durchschnittlichen Immobilienerwerb in diesem Land beträgt - das ist großzügig gerechnet - um die 1 500 Euro. Gerechnet auf 30 Jahre Kreditlaufzeit kommt man auf eine Mehrbelastung von 5 000 Euro im Jahr.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: 50 Euro!)

Das ist eine Mehrbelastung. - Ja, Entschuldigung, von 50 Euro im Jahr. Das steht hier auch. Das war ich jetzt. Aber ich war schon bei den Millionen. 7,5 Millionen Euro der geplanten

Steuermehreinnahmen werden direkt den Schlüsselzuweisungen der Kommunen zugeführt und diese damit gestärkt.

Die Verbesserung der Einnahmesituation des Haushaltes sollte zudem dazu beitragen, dass notwendige soziale Infrastruktur im ganzen Land erhalten werden kann. Aus Sicht der Linksfraktion ist dies ein entscheidender Faktor dafür, ob Familien in Brandenburg Häuser bauen oder nicht. Was nützt ein Haus aus Gründen der Altersvorsorge, wenn das Umfeld nicht entsprechend ist? Aber okay.

Meine Damen und Herren! Schluss jetzt mit diesen gezinkten Karten der CDU. Gehen wir die Dinge noch einmal in Ruhe durch. Zunächst einmal müssen wir hier doch nicht so tun, als wäre es normal, dass die Opposition einem Haushaltsentwurf zustimmt. Es wäre merkwürdig, wenn die Landesregierung einen Haushalt vorlegen würde, der für sie zustimmungsfähig ist. Das ist keine Frage von Kompetenz oder Inkompetenz, von Gut oder Böse, es ist eine Frage unterschiedlicher Herangehensweisen, und zwar legitimer unterschiedlicher politischer Herangehensweisen. Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, diese politischen Herangehensweisen zu erkennen, zu beurteilen und darüber entscheiden zu können.

Ich bin mir sicher, dass die Unterschiede zwischen uns auf der Hand liegen. Wir versuchen, auch unter schwierigsten Krisenbedingungen soziale Akzente in der Politik zu setzen. Dafür stehen wir. Haushaltssanierung ist für uns kein rechnerischer Selbstzweck. Wofür stehen Sie, meine Damen und Herren? Was ist Ihr konzeptioneller Ausgangspunkt, außer die Ablehnung dieser Regierung? Sie ist aus Ihrer Sicht völlig berechtigt, aber als Leitmotiv doch ein bisschen wenig.

An der Stelle muss ich das leider auch in Richtung der Grünen sagen. Herr Vogel, Sie tun ja hier regelmäßig so, als würde zwischen CDU, FDP und Ihre Fraktion kein Blatt Papier passen. Da gehen Sie sogar fernseh-öffentlich Rindfleisch essen: Jamaika fürchtet sich nicht einmal vor dem Rinderwahn. Das sah ganz gut aus und war witzig, aber für die CDU erscheinen Sie mir dann doch ziemlich pflegeleicht. Glauben Sie allen Ernstes, Herr Kollege, dass Frau Künast in Berlin mit einer Politik, die Sie hier in Brandenburg in der Opposition anbieten, auch nur die Spur einer Chance hätte? Ich habe da schwere Zweifel.

(Beifall SPD)

Sie schimpften in den letzten beiden Tagen unisono zum Haushalt 2011, wie er zur Beschlussfassung vorliegt, es seien verpasste Chancen. Ich frage mich, warum Sie im Umweltausschuss auch noch unseren Antrag auf Beibehaltung der Zuschüsse für Natur- und Umweltverbände auf dem höheren Vorjahresniveau abgelehnt haben. Vielleicht war das ja nur ein Ausrutscher. Aber da geht Ihr Oppositionsgeist doch ein bisschen weit. Deswegen: Wer hat hier welche Chance verpasst? Vielleicht meinen Sie auch Ihre eigenen Anträge, mit denen Sie Chancen verpasst haben.

Dass Sie trotz Hartz IV und Niedriglohnpolitik die 100 Euro pro Monat für die Bildung eines Kindes, dessen Familie Hartz IV oder aufstockende Leistungen bezieht, für falsch halten, daran haben wir uns inzwischen gewöhnt, auch wenn mich diese emotionale Härte doch verwundert.

Hart in der Sache widerspreche ich Ihnen allerdings bei Ihrer unsachlichen Kritik an den eingestellten Mitteln für Arbeitsförderung. Ich war auch irritiert, Frau Kollegin Nonnemacher - das gebe ich zu; deswegen meine gestrige Reaktion -, über Inhalt und Ton Ihrer Rede. Heute beschließt der Bundesrat über das Änderungsgesetz der Bundesregierung zu Hartz IV. Wenigstens sieht es nun so aus, als würde diese Zumutung nicht widerstandslos durchgehen. Auch das Saarland stimmt nun wohl nicht zu, und es wird ein Vermittlungsverfahren geben. Ich nehme an, dass die hiesige CDU Ministerpräsidenten Müller ordentlich die Leviten lesen wird.

(Frau Nonnemacher [GRÜNE/B90]: Die bösen Grünen!)

- Ach na ja, „die bösen Grünen“ - das sage ich gar nicht. Aber ein kleiner Eiertanz ist es schon gewesen, Frau Nonnemacher. Grüner Eiertanz ist ein gutes Stichwort. Wir haben Ihnen vor einiger Zeit schon den arbeitspolitischen Antrag Ihrer Bundestagsfraktion vom März 2010 zukommen lassen. Er lautet „Teilhabe und Perspektiven für Langzeitarbeitslose mit einem verlässlichen sozialen Arbeitsmarkt schaffen“. Darin steht der Kerngedanke, dass Menschen, die ohne absehbare Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt sind, langfristige sozialversicherungs-pflichtige Beschäftigungsverhältnisse im sozialen Arbeitsmarkt angeboten werden sollen. Sie wissen sehr wohl - und Sie auch, Frau Ludwig -, dass wir in manchen Landkreisen 40 %, ja sogar 45 % Langzeitarbeitslose haben, auch zu Konjunkturzeiten, die über 50 Jahre alt sind und auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance mehr bekommen. Die wollen Sie einfach links liegen lassen. Wir lassen sie nicht links liegen, das sage ich Ihnen, sondern wir wollen auch für sie Angebote schaffen.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

In Ihrem Landtagswahlprogramm fordern Sie, auf die Nutzung von 1-Euro-Jobs zu verzichten und andere Programme zu bevorzugen. Ja, warum diskutieren Sie dann mit uns nicht über öffentlich finanzierte Beschäftigung oder über „Arbeit für Brandenburg“?

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Ich verstehe wirklich nicht, wie man sich an dieser Stelle freuen kann, dass durch die Kürzungen der Bundesregierung das Programm „Arbeit für Brandenburg“ nicht umgesetzt werden kann. Das sind tausendfach vergebliche Hoffnungen von Leuten, noch vor Erreichen des Rentenalters in Arbeit zu kommen. Der Gipfel an Kritik um der Kritik willen ist - diese Unverfrorenheit durften wir ja gestern auch von Herrn Büttner zur Kenntnis nehmen -, wenn sich CDU und FDP hinstellen und meinen, wir hätten uns nicht auf die schwarz-gelbe Bundesregierung verlassen dürfen. Wir stehen zu unserer Zusage: Für Arbeitsmarktpolitik bleibt in dieser Krisensituation das Landsgeld erhalten und eingestellt. Anstelle einmal zu sagen, dass auch das ein Beitrag zu ordentlich bezahlter Arbeit, nicht zu Zwang, sondern zu Arbeit in Würde sei, sagen Sie, wir sollen uns nicht auf Ihre Bundesregierung verlassen. Das tun wir ja nicht, aber Sie scheinen nicht einmal selbst an sie zu glauben. Dieses gedankliche Looping muss man wirklich einmal nachvollziehen. Wenn Sie hier eine neue Arbeitsmarktpolitik einfordern, Herr Büttner, dann schwant mir Herr Westerwelle, und er ist nun wirklich ein Auslaufmodell.

(Beifall DIE LINKE)

Die Kritik, die ich von der Opposition gehört habe, lautete: Die ganze Linie ist falsch. - Okay. Was wir in der Haushaltsdebatte von der Opposition zur Kenntnis nehmen durften, waren schöne bunte Anträge, aber sie waren reichlich widersprüchlich. Sie wollen weniger Schulden, Sie wollen mehr Investitionen, Sie wollen mehr Geld für Schulen und in den Kommunen mehr Wachen, mehr Polizisten. Das wollen wir im Prinzip auch - ich glaube, das wollen fast alle -, aber bitte erklären Sie mir, wie das mit Ihrem Antrag auf Aufnahme einer Schuldenbremse in die Landesverfassung oder mit Ihrem Antrag auf globale Minderausgaben, mit denen Sie sich übrigens gleich selbst entmachten, weil deren Realisierung der Kontrolle durch das Parlament entzogen wäre, zusammengeht? Herr Büttner, eigentlich können Sie uns rein intellektuell doch verstehen; das traue ich Ihnen jedenfalls zu. Dennoch sagen Sie und Ihre FDP-Kollegen hier tagelang, Sie würden nicht wissen, was wir eigentlich wollen.

Ich will das Hohe Haus nicht langweilen und verweise deswegen auf meine Rede zur 1. Lesung des Haushalts. Da haben wir ganz klar gesagt, dass man in dieser Zeit soziale Probleme in den Vordergrund stellen und einen Haushalt daran ausrichten muss. Wer das ignoriert, hat nicht begriffen, wie groß die Gefahr für ein demokratisches Gemeinwesen werden kann, wenn die soziale Balance verloren geht.

Wir haben in den Bereichen Bildung, Soziales und Wissenschaft aufgestockt. Das ist ein klares Markenzeichen von Rot-Rot. Wir streichen nicht bei Leistungsgesetzen. Ja, die Investitionsquote haben wir abgesenkt, aber sie ist vergleichsweise hoch. Kofinanzierung von Bundes- und EU-Mitteln, revolving-Fonds - das sind ebenso wie die Unterstützung der Kommunen durch die Neugestaltung des Finanzausgleichsgesetzes klar erkennbare Markenzeichen und Schritte einer neuen roten Politik.

Ich darf am Ende meiner Rede noch einmal sagen: Politik ist für uns mehr als die Verteilung finanzieller Mittel. Wo die finanziellen Mittel zurückgehen, muss sich die Politik sicher ihrer weiteren Gestaltungsräume bewusst werden. Dazu gehören Mut und Kreativität. Bitte warten Sie mit uns ab, bis in einem Jahr bestimmte Schritte erfolgt sind - übrigens auch im Bildungswesen, da kann man die Dinge nicht von einem Tag auf den anderen verändern, Frau Ludwig -, lassen Sie uns die ersten Schritte gehen und lassen Sie uns verändern.

Es gibt einen entscheidenden Unterschied zwischen der Regierung in Berlin und der in Potsdam: Sie sind für die Schuldenbremse, wir für die Millionärssteuer, wenn es um die Zukunftsfähigkeit von Haushalten geht.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Vizepräsidentin Große:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Frau Kaiser (DIE LINKE):

Ich kann Ihnen das sehr gern zukommen lassen. Die Finanzkonzepte der Linken sind nachgerechnet, durchgerechnet und nicht gezinkt. Ich bin davon überzeugt, dass wir am Ende des Haushaltsjahres 2011 miteinander diskutieren können, wer möglicherweise umsonst Panik gemacht hat und wo möglicherweise

die Herausforderungen noch größer waren als angenommen. Aber die Koalition steht zu ihrem Wort. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Vizepräsidentin Große:

Als Nächster steht Herr Büttner regulär auf der Rednerliste. Doch zuvor hat der Abgeordnete Petke Gelegenheit zu einer Kurzintervention.

Petke (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Kaiser, ich möchte eine Passage Ihrer Rede in Erinnerung rufen, in der Sie einen Teil des Hauses als autistisch bezeichnet haben. Ich habe mir die Mühe gemacht, was heutzutage ja nicht so schwierig ist, einmal nachzuschlagen, was Autismus ist. Im Internet finden wir:

„Die autistische Störung, frühkindlicher Autismus, ist eine tiefgreifende Entwicklungsstörung, die in den ersten drei Lebensjahren beginnt. In den folgenden drei Bereichen werden die Symptome deutlich ...“

Dann beschreibt man das alles. Autistische Kinder können zunächst keine Gesten, kein Lächeln, kein Wort verstehen. Sie ziehen sich zurück, kapseln sich ab,

(Frau Lehmann [SPD]: Aber es geht ja um Kinder!)

kapseln sich autistisch ab.

(Frau Lehmann [SPD]: Wir sind keine Kinder!)

Ich möchte nicht politisch werden. Ich darf es einmal so sagen: Ich bin dreifacher Vater und froh und glücklich, dass meine Kinder gesund sind. Ich möchte Sie, Kollegin Kaiser, bitten, bei all dem, was noch folgt, in der Wortwahl die notwendige Mäßigung an den Tag zu legen.

(Genau! bei der CDU)

Danke schön.

(Starker Beifall CDU)

Vizepräsidentin Große:

Damit ist die Kurzintervention beendet. Frau Kollegin Kaiser, möchten Sie reagieren?

Frau Kaiser (DIE LINKE):*

Herr Kollege Petke, ich nehme den Begriff zurück, und gerade von Ihnen nehme ich diesen Rat sehr gerne an.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Wir geben nun Herrn Büttner die Chance zu sprechen.

Büttner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Petke, ich hätte das jetzt auch aufgegriffen, aber nun haben Sie das gemacht, es ist also für mich erledigt.

(Oh! bei SPD und DIE LINKE)

Man merkt aber schon, man hat hier kaum angefangen, man steht hier ca. 10 Sekunden, und schon fängt dieser große monolithische Block vor uns an zu schimpfen und laut zu werden.

(Frau Alter [SPD]: Nein!)

Das gehört im Übrigen auch zum Umgangston, meine Damen und Herren.

Wenn wir hier nun zur 3. Lesung des Haushalts zusammenkommen, dann müssen wir uns fragen, was uns die letzten Wochen der Haushaltsberatungen eigentlich für eine Erkenntnis gebracht haben. Sie haben uns die Erkenntnis gebracht, dass alle Anträge der Opposition durchweg von den Regierungsfractionen abgelehnt worden sind

(Nein! bei der SPD)

- lassen Sie mich ausreden! -, mit einer einzigen Ausnahme: der Einstellung des Haushaltstitels für die Beseitigung von Wolfsschäden in Höhe von 5 000 Euro, eingebracht von der FDP-Fraktion.

(Zuruf des Abgeordneten Holzschuher [SPD])

- Das haben Sie vorhin in Ihrer Rede nicht in Erinnerung gehabt, Herr Holzschuher; das verwundert mich dann.

Insofern können wir uns also als FDP-Fraktion sogar freuen, dass es uns gelungen ist, zumindest einen einzigen kleinen Haushaltstitel durchzubringen.

Herr Kollege Bischoff hat vorgestern gesagt, viele Anträge der FDP-Fraktion hätten Kreistagsniveau. Das kann man natürlich nicht so stehen lassen.

(Bischoff [SPD]: Nein!)

Es ist unredlich von Ihnen, Herr Bischoff,

(Zuruf des Abgeordneten Bischoff [SPD])

einzelne Änderungsanträge der FDP herauszupicken und die größeren Anträge einfach auszublenden. Das, was Sie als Regierungsfractionen gemacht haben, die totale Blockade der Opposition, das habe ich im Kreistag allerdings noch nicht erlebt.

(Beifall FDP und CDU)

Vielleicht überdenken Sie Ihr Niveau an dieser Stelle noch einmal.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, grundlegende Änderungen haben sich in den Haushaltsberatungen also nicht erge-

ben. Deswegen bleibt es auch bei der Aussage, die ich bereits in der 1. Lesung hier vorgebracht habe: kein Konsolidierungswille, kein Wille zu Generationengerechtigkeit, und kein Wille, dieses Land zukunftsfähig und modern zu gestalten.

Die Nettokreditaufnahme zum Ausgleich des Haushaltsdefizits ist ungebrochen hoch. Wenn man die Zuführung in Höhe von 215 Millionen Euro in den Versorgungsfonds des Landes, wie 2010 geschehen, aus der Nettokreditaufnahme für 2010 herausrechnet, was man ehrlicherweise machen müsste, dann ist die Nettokreditaufnahme 2011 sogar höher als für das Jahr 2010, meine Damen und Herren.

(Minister Dr. Markov: Aus der Rücklage ist das Geld für den Pensionsfonds entnommen worden! Was erzählen Sie!)

Die Ausgaben, meine Damen und Herren, verbleiben ...

(Minister Dr. Markov: Sie erzählen wirklich Unsinn!)

- Herr Markov, Sie haben jederzeit die Möglichkeit, hier zu reden. Es bringt nur nichts, wenn man quasi gleichzeitig redet. Vielleicht machen Sie es einfach so. Sie können ja nach mir ans Rednerpult gehen, das ist überhaupt kein Problem. Machen Sie es doch.

(Minister Dr. Markov: Ja!)

Die Ausgaben, meine Damen und Herren, verbleiben auf dem hohen Niveau, und einen Einsparungswillen erkennt man in Ihrem Haushalt nicht. Nein, alles, was wir von Ihnen in den Diskussionen zur Frage der Haushaltskonsolidierung gehört, was die Regierungsfractionen zum Beispiel mit der Erhöhung der Grunderwerbsteuer auch beschlossen haben und was Frau Kaiser hier auch gerade noch mal gefordert hat, ist das Credo von SPD und Linken, dass man offensichtlich einen Haushalt nur mit Steuererhöhungen konsolidieren könne. Das, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, ist keine solide Haushaltspolitik. Es geht um Ausgabenminderungen und nicht um Mehrbelastungen für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Wer wen ist die Frage!)

Ich würde mich freuen, wenn auch die Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen dies einmal verstehen würden. Da sich dies nicht geändert hat, bleibt dieser Haushalt für die FDP-Fraktion selbstverständlich auch nicht zustimmungsfähig.

Langfristige Konzepte, um aus der Verschuldungsfalle herauszukommen, sind bei Ihrer Regierung nicht zu erkennen. Und ja, Frau Kaiser, Sie verbeamten weiter, obwohl Sie wissen, dass die Pensionslasten uns irgendwann die Luft zum Atmen abschnüren werden, und Sie sind nicht bereit, strukturelle Veränderungen in der Aufgabenstruktur des Landes vorzunehmen.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Warten Sie mal ab!)

Fazit: Die Finanzpolitik dieses Landes ist auf sandigem Grund gebaut. Deswegen wird dieser Haushalt auch nicht zu mehr Stabilität in unserem Land führen, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP)

Erneuerung, wie im Koalitionsvertrag geschrieben steht: Fehlanzeige! Die Investitionsquote senken Sie ab, obwohl Sie wissen sollten, dass gerade die Investitionsquote zu mehr Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt führt, was dieses Land dringend braucht. Das bedeutet in der Folge: Die Absenkung der Investitionsquote führt dazu, dass weniger Arbeitsplätze in einem Land mit immer noch hoher Arbeitslosigkeit geschaffen werden. Das ist der falsche Weg, meine Damen und Herren. Da hilft es auch nicht, dass Sie sich immer wieder auf andere Länder berufen. Der Ministerpräsident hat sich bereits öfter auf Bayern berufen. Ja, meine Damen und Herren, ja, Herr Ministerpräsident, auch ich hätte gerne eine Entwicklung wie in Bayern, wo diese Höhe der Investitionsquote auch nicht nötig ist. Ja, auch ich hätte gerne das wirtschaftliche Niveau Bayerns, und, ja, auch ich hätte gerne eine schwarz-gelbe Regierung wie in Bayern, denn das würde auch Brandenburg guttun, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP - Zuruf des Abgeordneten Ness [SPD])

Nur leider ist die Situation in Brandenburg eine andere. Sie können nicht allen Ernstes die Situation im Bundesland Bayern mit der im Bundesland Brandenburg vergleichen. Diese Art von Vergleich ist absurd. Es gibt völlig unterschiedliche Indikatoren in den beiden Ländern.

Meine Damen und Herren, wir haben in den Haushaltsberatungen auch am gestrigen Tag erneut mehrfach unter anderem von Ihnen, Frau Kollegin Hackenschmidt, gehört, dass Brandenburg ja so schlecht nicht sein könne, da wir das dynamischste Bundesland sind.

(Frau Hackenschmidt [SPD]: Richtig!)

Die Volkswirtschaftslehre besagt: Jene Volkswirtschaften wachsen schneller als andere, die weiter vom Gleichgewicht entfernt sind.

(Frau Hackenschmidt [SPD]: Richtig!)

Wir sind in Brandenburg als dynamischstes Land dann offensichtlich weit vom Niveau der anderen Bundesländer entfernt, und damit ist selbstverständlich auch jeder investierte Euro ein Hebel. Was Sie bei der Erwähnung des Dynamik-Rankings vergessen, ist das Niveau-Ranking, also die tatsächliche Wirtschaftskraft. Brandenburg befindet sich dort auf Platz 12. Das müssen Sie dann auch erwähnen, wenn Sie das Dynamik-Ranking erwähnen. Das gehört dann auch zur Ehrlichkeit der Debatte dazu.

(Zuruf der Abgeordneten Hackenschmidt [SPD])

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich kurz zum Thema Bildungspolitik kommen. Sie sind nicht bereit, in der Bildungspolitik umzusteuern, wo genau dies dringend notwendig wäre. Sie sind nicht bereit, die Vertretungsreserve zu erhöhen, um Stundenausfall zu minimieren. Sie sind auch nicht bereit, Ihr Schüler-BAföG auf Eis zu legen, um dieses Geld in eine verbesserte Bildungsinfrastruktur in diesem Land zu investieren. Eine sozial verantwortliche Bildungspolitik bedeutet nicht, ein staatliches Taschengeld für Kinder in diesem Land zu bezahlen, sondern es bedeutet, für die besten Kindergärten, die besten Schulen und die besten Hochschulen zu sorgen.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf der Abgeordneten Hackenschmidt [SPD])

Das funktioniert nur mit einer vernünftigen Ausstattung. Aber gerade bei den Hochschulen haben Sie gezeigt, wie verantwortungsvoll Sie mit den Finanzierungsgrundlagen der Hochschulen umgehen. 10 Millionen Euro entnehmen Sie aus den Rücklagen der Hochschulen und gefährden damit viele auch über Drittmittel finanzierte Projekte der Hochschulen. Dass Sie dabei auch in die Hochschulautonomie eingreifen, scheint Sie nicht weiter zu interessieren. Da zeigen Sie, wie wichtig Ihnen die Bildung in diesem Land ist. Priorität für Bildung bedeutet bei Rot-Rot also, den Hochschulen die Rücklagen wegzunehmen, meine Damen und Herren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine geschätzte Kollegin Frau Kaiser, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie das Thema „Arbeitsmarkt“ und „Arbeit für Brandenburg“ noch einmal angesprochen haben, denn das hilft mir, einige Sachen richtigzustellen, die Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion und auch der Arbeitsminister immer wieder behaupten. Wie wir als FDP-Fraktion Ihr Programm „Arbeit für Brandenburg“ bewerten, haben wir in der Vergangenheit deutlich genug gemacht. Was aber nun wirklich nicht geht, Herr Minister Baaske und liebe Freunde von den Regierungsfractionen, ist, dass Sie uns unentwegt erzählen, Sie hätten mit „Arbeit für Brandenburg“ dafür sorgen müssen, dass die Bürgerarbeit aufgestockt wird, weil sie nicht den von Rot-Rot geforderten Mindestlohn in Höhe von 7,50 Euro beinhaltet.

(Minister Baaske: Stimmt aber!)

Genau das haben Sie gestern getan, und diese Aussage kann man hier nicht stehen lassen.

Lassen Sie mich daher aus den Richtlinien sowohl für „Arbeit für Brandenburg“ als auch für die „Bürgerarbeit“ zitieren. Zunächst aus der Richtlinie des MASF zur „Arbeit für Brandenburg“ vom 23. Juni 2010:

„Die Förderung kann nur erfolgen, sofern das Arbeitsverhältnis mit einem Stundenlohn von mindestens 7,50 Euro (Arbeitnehmer-Brutto) vergütet wird.“

Die Arbeitszeit soll der individuellen Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmerin/des Arbeitnehmers Rechnung tragen und im Regelfall einen Umfang von 30 Stunden wöchentlich nicht unterschreiten.“

Nun aus der Richtlinie des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales - Stand 15. November 2010:

„Die Förderung erfolgt als Festbetragsfinanzierung auf Ausgabenbasis. Einnahmen der Arbeitgeber, die nicht auf zuwendungsfähigen Ausgaben (Arbeitsentgelt und Sozialversicherungsaufwand in Höhe von 1 080 Euro ...) entfallen, sind unbeachtlich.“

Das bedeutet im Klartext: Das Arbeitnehmerbrutto bei „Arbeit für Brandenburg“ liegt bei 7,50 Euro, und das bei der „Bürgerarbeit“ bei 9 Euro, meine Damen und Herren. Hören Sie also auf, unterschiedliche Dinge miteinander zu vergleichen,

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE: Das ist falsch! Es sind 7,40 Euro!)

indem Sie das Arbeitnehmernetto der „Bürgerarbeit“ und das Arbeitnehmerbrutto bei „Arbeit für Brandenburg“ nennen!

(Beifall FDP)

Das ist unredlich, meine Damen und Herren, und es zeigt im Übrigen deutlich, dass es Ihnen nicht um die Sache, sondern nur um das Durchsetzen und Rechtfertigen Ihres Prestigeprojekts geht.

Ich will in diesem Zusammenhang etwas über Ihre Argumentation über die Mittelkürzung bei der Eingliederungshilfe auf Bundesebene sagen - diese haben Sie auch angesprochen, Frau Kaiser -, weil auch hier immer Dinge zusammengeworfen werden, die so nicht stimmen.

Im Eingliederungstitel des Bundeshaushalts stehen im Jahr 2011 insgesamt 5,3 Milliarden Euro zur Verfügung. Davon werden insgesamt 680 Millionen Euro für die Bundesprogramme „Komunal-Kombi“, „Perspektive 50 plus“, „Beschäftigungspakte für Ältere in den Regionen“ und für „Bürgerarbeit“ verwendet. Für besonders schwer zu vermittelnde Arbeitslose stehen im Jahr 2011 60 % Mittel mehr zur Verfügung als noch in diesem Jahr. Für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit bleiben nach Abzug der Bundesprogramme insgesamt 4,66 Milliarden Euro. Im Vergleich - da haben Sie Recht, Herr Baaske - zum laufenden Bundeshaushalt gehen diese Mittel im kommenden Jahr um 25 % zurück. Aber was Sie dabei immer übersehen oder übersehen wollen, ist, dass die Ausstattung der Jobcenter für die Jahre 2009 und 2010 mit Eingliederungsmitteln stark erhöht wurde, um den mit der Wirtschaftskrise einhergehenden Anstieg der Arbeitslosigkeit aufzufangen. Das wird im kommenden Jahr so nicht mehr notwendig sein, da der Aufschwung bei den Arbeitslosen im SGB-II-Bereich ankommt, was Sie - Herr Baaske - gestern betont haben. Für das Jahr 2011 geht das IAB von insgesamt 200 000 weniger Arbeitslosen im SGB-II-Bereich als 2008 - vor dem Beginn der Wirtschaftskrise - aus. Trotzdem stehen mit 5,3 Milliarden Euro im Haushaltsansatz in etwa so viele Eingliederungsmittel zur Verfügung, wie im Jahr 2008 ausgegeben wurden. Die Mittel, die für jeden SGB-II-Arbeitslosen zur Verfügung stehen, wurden also nicht verringert, sie steigen sogar gegenüber dem Jahr vor der Krise. Auch das gehört zur Wahrheit und Ehrlichkeit, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen und lieber Herr Minister Baaske!

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einige Worte zum Thema Mikrokredite, das wir als FDP-Fraktion in die Haushaltsberatungen eingebracht haben, sagen: Gerade kleinere Unternehmen sind oftmals nicht in der Lage, den Banken notwendige Sicherheiten zu geben. Insbesondere nach den Finanzierungsregeln, den Eigenkapitalvorschriften, die der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht vorgeschlagen hat und die dann in Basel II umgesetzt wurden, sind mit den erhöhten Mindestkapitalvorschriften Kredithindernisse für kleine Unternehmen eingeführt worden. Das bedeutet aber - trotz der Einigung mit dem Baseler Ausschuss - für deutsche Unternehmen, dass gerade die brandenburgischen kleinen und mittelständischen Unternehmen, die oftmals zu wenig Eigenkapital haben, auf anderweitige Unterstützung angewiesen sind. Da haben sich Mikrokredite als hilfreich erwiesen. Deswegen hat die FDP-Fraktion den Antrag gestellt, diese Regelung auch in Brandenburg einzuführen. Die-

se Möglichkeit würde insbesondere den kleinen und mittelständischen Unternehmen helfen. Sie von der Regierungskoalition wollen das nicht, und wir werden das entsprechend kommunizieren.

Meine Damen und Herren, Herr Holzschuher hat es vorhin als Erfolg verkauft: Gestern haben wir - also Sie, die Regierungsfractionen - das Finanzausgleichsgesetz verabschiedet. Damit haben Sie unseren Kommunen allerdings nicht substantiell weitergeholfen, Herr Holzschuher. Ihr anachronistisches Festhalten am Vorwegabzug führt dazu, dass den Kommunen weiterhin 50 Millionen Euro weniger zur Verfügung stehen, als sie eigentlich bekommen müssten. Der Grund dafür, nämlich die Kommunen an der Haushaltssanierung zu beteiligen, ist nicht mehr akzeptabel. Brandenburg verbucht nun mehr Steuereinnahmen, vor allem aber ist die Haushaltslage der Kommunen so desolat, dass man ihnen eine Beteiligung an der Sanierung des Landeshaushalts wirklich nicht mehr zumuten kann.

(Beifall FDP, CDU und GRÜNE/B90)

Die desolote Finanzlage der Kommunen hat unterschiedliche Gründe. Eins ist dabei ganz klar: Es ist unter anderem die Schuld der Landesregierung und auch der Bundesregierung, da im Grundgesetz kein Konnexitätsprinzip - wie es die FDP im Deutschen Bundestag seit mehreren Jahren fordert - festgeschrieben ist. Was Sie jedoch nicht machen können: Sie können nicht ...

(Zuruf der Abgeordneten Hackenschmidt [SPD] sowie des Abgeordneten Görke [DIE LINKE])

- Ja, nur leider haben wir keine absolute Mehrheit, Frau Hackenschmidt. Sie können hier nicht immer die schwierige Haushaltslage der kommunalen Ebene bejammern und gleichzeitig landesrechtliche Regelungen gegen die Kommunen erlassen. Das nimmt Ihnen keiner ab, und auch das wird entsprechend zu kommunizieren sein.

Meine Damen und Herren, alles, was Sie uns dazu vorlegen, ist ein Änderungsantrag - gestern frisch auf den Tisch gekommen - zum Haushalt, in dem Sie fordern, 10 Millionen Euro für den freiwilligen Zusammenschluss von Kommunen in den Haushalt einzustellen. Wie sollen wir einem Antrag zustimmen, der auf den ersten Blick unschädlich sein mag, bei dem wir jedoch die möglichen Konsequenzen ohne substantielle Beratung nicht abschließend beurteilen können, zumal wir nicht wissen, woher die 10 Millionen Euro eigentlich kommen sollen und was passiert, wenn es keine freiwilligen Zusammenschlüsse gibt? Aber heute haben Sie uns ein Stück weit geholfen, Herr Holzschuher, denn Sie haben bereits angekündigt, dass, wenn die Zusammenschlüsse nicht freiwillig durchgeführt werden, sie auch erzwungen werden können. Das haben Sie vorhin gesagt.

(Holzschuher [SPD]: Nein, ich habe gesagt: Das ist der erste Schritt. Das ist etwas anderes!)

Das unterstützt unsere Position und motiviert uns dazu, den Antrag abzulehnen. Gehen Sie dieses Problem bitte einmal sach- und lösungsorientiert an, und handeln Sie, wenn Sie das wollen, Herr Holzschuher! Sie können es ja.

(Görke [DIE LINKE]: Erst einmal lesen!)

- Ja, ja.

Bevor wir keine Evaluation der Gemeindegebietsreform 2003 haben, können wir auch nicht abschätzen, was denn durch sie eigentlich besser geworden ist. Der erste Schritt wäre also, endlich eine vernünftige Evaluation durchzuführen. Der zweite Schritt wäre - auch wenn das gebetsmühlenartig klingt - eine echte Kommunalreform in diesem Land. Ich gestehe Ihnen gern zu, dass dies nicht einfach sein wird. Ich kann Ihnen jedoch versichern, dass die FDP-Fraktion ein solches Vorgehen gutheißen und auch unterstützen würde,

(Holzschuher [SPD]: Das ist doch schön! Lassen Sie uns das machen!)

in der Hoffnung, dass wir dann wirklich zu einer echten Neudefinition der Aufgaben von Landkreisen, Städten und Gemeinden kämen, bei der das Subsidiaritätsprinzip klar eingehalten wird. Dann erst kann man - in Kooperation mit der kommunalen Ebene - in einem dritten Schritt zu der Auffassung über eine kommunale Gebietsreform sprechen, vorher verbietet es sich. Deshalb ist auch der Versuch, dieser Diskussion aus dem Weg zu gehen und dafür lieber einen Titel in die künftigen Haushalte für freiwillige Zusammenschlüsse einzustellen, zwar der einfachere, aber eben nicht der richtige Weg.

(Holzschuher [SPD]: Herr Büttner, wir sitzen das Thema aus!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einige Worte zum Polizeistrukturentwurfgesetz sagen. Herr Kollege Goetz hat es gestern völlig richtig als Stellenabbaugesetz definiert. Es ging Ihnen nicht darum, die Struktur der Polizei neu zu ordnen, sondern lediglich darum, ein vom Innenministerium gesetztes Ziel an Stellen zu erreichen und dann eine Struktur darüberzuformen, damit das Ganze irgendwie funktioniert. Sehr deutlich kann man das aus dem Bericht der eingesetzten Kommission herauslesen, denn von einer Aufgabenreduzierung bei der Polizei wollte man dort nichts hören. Wenn Sie aber die Aufgaben der Polizei nicht neu definieren, dann können Sie auch nicht einfach die Stellen reduzieren.

Es wäre auch aus Sicht der FDP-Fraktion und im Interesse einer Haushaltskonsolidierung durchaus möglich gewesen, Einsparungen im Polizeibereich vorzunehmen, aber dazu hätte man die richtigen Schritte gehen müssen. Der erste Schritt wäre gewesen, zunächst eine wirkliche Neudefinition der Aufgaben der Brandenburger Polizei anzugehen, dann eine Struktur auf der Grundlage dieser Aufgabendefinition aufzubauen und dann zu schauen, wie viele Stellen dafür erforderlich sind. Diesem Weg hätten weder wir uns als FDP-Fraktion noch - da bin ich sicher - die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in diesem Land verschlossen. Das haben Sie nicht gemacht.

(Beifall FDP)

Stattdessen vergleichen Sie kontinuierlich Brandenburg mit Schleswig-Holstein - unter völliger Ausblendung der Tatsache, dass wir in der Mitte Brandenburgs Berlin haben, dass wir hier mehrere Autobahnen haben, die als Transitstrecken genutzt werden, und dass wir eine lange Grenze haben, die eine andere Beurteilung der Lage erfordert, als dies in Schleswig-Holstein der Fall ist, wo sich links und rechts davon nur Wasser befindet. Der damalige Innenminister Speer hat die Polizei nicht un-

ter dem Gesichtspunkt der Aufgaben im Sicherheitsbereich, sondern lediglich - ganz offensichtlich noch in seiner alten Rolle als Finanzminister - als Einsparpotenzial gesehen. Dies wird den Aufgaben unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten jedoch nicht gerecht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall FDP - Zuruf des Abgeordneten Holzschuher [SPD])

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion ist immer dafür, die Aufgaben einer Landesverwaltung neu zu definieren und vor allem nicht alles als staatliche Aufgabe zu betrachten. Wir wollen einen starken Staat. Aber wir wollen keinen Staat, der überall seine Nase hineinsteckt und auch noch das Letzte regeln will. Insofern sehen wir klare und deutliche Einsparpotenziale.

Gleichzeitig sage ich Ihnen aber auch: Diese Einsparpotenziale müssen primär aus den Bereichen kommen, die nicht Kernaufgaben des Staates sind. Innere Sicherheit ist nun einmal Kernaufgabe staatlichen Handelns. Es gibt genügend andere Felder, in denen Sie Personal einsparen können, beispielsweise beim Landesbetrieb Forst oder bei den Landesämtern, deren Aufgaben Sie überprüfen sollten, um dann Strukturen zu verändern.

(Beifall FDP)

Auch vor den Ministerien muss diese Überprüfung keinen Halt machen. Schauen wir uns einmal das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz an: Benötigt dieses recht kleine Ministerium wirklich ein eigenes Landesamt oder könnten diese Aufgaben nicht auch im Ministerium selbst erledigt werden? Das würde die Kosten zum Beispiel erheblich senken.

(Beifall FDP - Bischoff [SPD]: Aber nicht Personal reduzieren!)

Wir haben Sie in den letzten Tagen auch mehrfach darauf hingewiesen, dass der Zuschnitt der Ministerien in diesem Land fachlich unsauber ist. Die Themen Landwirtschaft und Umwelt zu trennen war ein Fehler bei der Konstituierung dieser Landesregierung; diese Themen sind viel zu eng miteinander verwoben. Insbesondere wäre durch die Zusammenlegung ein Miteinander zwischen Landnutzern und Umweltschützern deutlich einfacher als bei zwei unterschiedlichen Ministerien.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Man sieht das auch im Bereich Gesundheit und Pflege: Diese beiden Bereiche sind ebenfalls zu eng miteinander verwoben, als dass man sie in unterschiedlichen Häusern behandeln sollte. Es hat sich im ablaufenden Jahr sehr deutlich gezeigt, dass der Zuschnitt der Ministerien auf keiner fachlichen Basis geschah, sondern aus einem einzigen Grund, nämlich der Frage der Machtverteilung innerhalb der rot-roten Koalition. Dieses Handeln ist nicht dazu geeignet, dieses Land gut zu regieren, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP)

Sie, meine Damen und Herren von der Landesregierung und den Regierungsfractionen, hätten also mehr als genug Einsparmöglichkeiten in der Kernverwaltung. Diese sollten Sie auch

nutzen, bevor Sie an Einsparungen im Bereich der staatlichen Kernaufgaben gehen, meine Damen und Herren.

Lassen Sie mich noch einige Sätze zur Energiepolitik dieses Landes sagen. Wir freuen uns ja über das Weihnachtsgeschenk aus dem Hause Tack. Endlich, nach vielen Monaten, nach einem unrühmlichen Trauerspiel am 01.12. dieses Jahres, wo Staatssekretär Dr. Rühmkorf das Inkrafttreten des Windenergieerlasses zuerst für den nächsten Tag dem Wirtschaftsausschuss ankündigte, diese Aussage dann aber drei Stunden später im Umweltausschuss wieder kassierte, ist es nun doch passiert: Es gibt den Erlass! Allerdings offenbart dies auch ganz deutlich, dass die Frage der Zuständigkeit in der Energiepolitik endlich geklärt werden muss.

(Beifall FDP - Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Aus Sicht der FDP-Fraktion gibt es hierfür nur eine einzige vernünftige Lösung: Die Zuständigkeit muss komplett in das Ministerium für Wirtschaft überführt werden.

(Beifall FDP sowie Zurufe: Jawohl!)

Dieses Kompetenzgerangel muss endlich aufhören. Frau Ministerin Tack konnte bisher nicht einmal deutlich machen, wie sie den Spagat zwischen Naturschutz und Ausbau erneuerbarer Energien hinbekommen will.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Dabei ist die Energiepolitik die zentrale wirtschaftspolitische Frage dieses Landes, und wir können uns als Land diese Kompetenzstreitigkeiten einfach nicht leisten, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Deswegen ist es dringend erforderlich, eine Energiestrategie 2050 zu erarbeiten und den Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien weiterzugehen.

(Zuruf von der SPD: Ja, ja!)

Dabei sind auch andere Fragen von zentraler Bedeutung, beispielsweise die Frage der Nutzung von CCS. Sie sehen, Frau Kaiser, es passt doch ein Blatt Papier zwischen Herrn Vogel und mich.

Auch die Frage der Braunkohleverstromung oder die Frage von Biomasse als Energieträger sind von zentraler Bedeutung.

(Zuruf von der SPD: Das ist auch gut so!)

Brandenburg muss seine strategische Position als Energieexporteur und als Musterland für erneuerbare Energien festigen und ausbauen.

(Beifall FDP - Zurufe von der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Dies wird nur funktionieren, wenn wir diese zentralen Fragen - sicher auch gegen manchen Widerstand - beantworten.

(Beifall FDP sowie Zuruf: Jawohl!)

Die Unterstützung der FDP-Fraktion haben Sie dafür; nun liegt es an Ihnen, dieses Problem auch anzugehen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen. Lassen Sie mich noch Folgendes sagen: Der Haushalt einer Landesregierung spiegelt die politische Zielsetzung der an der Regierung beteiligten Parteien wider. Das ist richtig so, das ist gut so, und das gehört zum demokratischen Alltag. An einem Haushalt kann man ablesen, welche Zielsetzungen es gibt. Man kann aber auch im Ergebnis feststellen, ob diese Ziele erreicht wurden und wie sie auf die Zukunftsfähigkeit des Landes gewirkt haben. Ich wünsche mir ein Brandenburg, das modernisiert und zukunftsfähig nach vorne schauen kann, ein Brandenburg, das wir fit machen für unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder. Ich befürchte nur, dass die Politik dieser rot-roten Landesregierung den falschen Weg beschreitet, um dieses Ziel auch wirklich zu erreichen. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP, CDU sowie vereinzelt GRÜNE/B90)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Büttner. - Vonseiten der Landesregierung hat Herr Minister Markov um Rederecht gebeten.

Minister der Finanzen Dr. Markov:

Frau Vizepräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist nicht meine normale Art, zu einer Kurzintervention anzutreten. Herr Büttner hat aber gesagt, dass wir 650 Millionen Euro Nettokreditaufnahme im Jahr 2010 hatten, jetzt noch in Höhe von rund 400 Millionen Euro, und dass wir diese 200 Millionen Euro dafür aufgewendet hätten, um die Vorsorge für die Beamten zu bezahlen. Herr Büttner, diskreditieren Sie nicht die fleißigen Beamten in diesem Land!

(Vereinzelt Beifall SPD und DIE LINKE)

Es ist nicht deswegen die Nettokreditaufnahme erhöht worden, sondern - die Beamten haben ein Recht auf die Vorsorge und die Renten- bzw. Pensionszahlung - wir haben diese Gelder für die einmalige Bereitstellung aus den Rücklagen entnommen. Das hat nichts mit der Nettokreditaufnahme zu tun. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Herr Abgeordneter Büttner hat um eine Kurzintervention gebeten.

(Holzschuher [SPD]: Will er jetzt zu seiner eigenen Rede eine Kurzintervention machen?)

Büttner (FDP):

Herr Minister Markov, vielleicht haben Sie mir nicht richtig zugehört.

(Minister Dr. Markov: Das habe ich!)

- Ganz offensichtlich nicht.

Das, was Sie hier eben gesagt haben, stimmt nicht, und das habe ich so auch nicht gesagt. Ich habe nicht kritisiert, dass Sie die 215 Millionen Euro in den Pensionsfonds des Landes überführt haben, und ich habe vor allem nicht die Beamtinnen und Beamten in diesem Land Brandenburg damit diskreditiert, sondern ich habe Ihnen gesagt: Wenn Sie die Nettokreditaufnahme hier mit 450 bzw. 500 Millionen Euro angeben, dann müssen Sie das herausrechnen, was Sie vorher in den Pensionslastenfonds des Landes gelegt haben. Das gehört zur Ehrlichkeit dazu.

Unterstellen Sie mir hier nicht, ich würde die Beamtinnen und Beamten in diesem Land diskreditieren, wenn Sie mir nicht zuhören, Herr Minister Markov!

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Große:

Herr Minister, Sie dürfen auf diese Kurzintervention reagieren.

Minister Dr. Markov:

Sie haben eben wieder genau denselben Fehler gemacht wie vorhin schon.

Die Vorsorgeleistungen für die Pensionen sind nicht aus der Nettokreditaufnahme bezahlt worden; das hat nichts mit der Nettokreditaufnahme zu tun. Sie hätten die Nettokreditaufnahme weder erhöht noch verringert, weil es damit nichts zu tun hat. Das haben Sie jetzt eben wieder behauptet.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE und SPD - Büttner [FDP]; Herr Markov, Ihnen ist ein Rechenfehler unterlaufen!)

Vizepräsidentin Große:

Wir setzen jetzt die Aussprache mit dem Redebeitrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fort. Herr Abgeordneter Vogel wird zu uns sprechen.

(Frau Alter [SPD]: Oh nein, ihn will ich nicht hören!)

Vogel (GRÜNE/B90):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch Minister Markov kennt das Nonaffektationsprinzip. Es besagt, dass es eine Gesamtabdeckung des Haushalts gibt: Alle Ausgaben decken alle Einnahmen. Insofern deckt natürlich auch die Nettokreditaufnahme die 200 Millionen Euro, die in den Pensionsfonds eingestellt wurden.

(Beifall GRÜNE/B90, FDP und vereinzelt CDU)

Kommen wir nun aber zum Grundsätzlichen: Am 21. August dieses Jahres war Earth Overshoot Day, also der Tag, an dem die Menschen das ökologische Budget für das Jahr 2010 verbraucht hatten. An diesem Tag hatte die Menschheit alle Ökosystemleistungen des laufenden Jahres, von der Aufnahmekapazität der CO₂-Senken wie Moore und Wälder bis hin zum natürlichen Nahrungs- und Rohstoffangebot, bereits bezogen.

Seitdem leben wir auf Kosten zukünftiger Generationen. Am Ende dieses Jahres wird die Menschheit eineinhalbmal so viel

Ressourcen verbraucht haben, wie unser Planet in diesem Jahr hervorgebracht hat. Wenn sich nichts Wesentliches ändert, wird die Menschheit im Jahr 2030 pro Jahr bereits die natürlichen Ressourcen und CO₂-Speicherkapazitäten von zwei Erden benötigen. Da wir aber nur diesen einen Planeten Erde haben und bekanntlich keinen zweiten im Kofferraum, kann dies auf Dauer nicht gutgehen.

Die Auswirkungen dieses überschießenden Verbrauchs werden jeden Tag augenscheinlicher: Der Klimawandel - CO₂ und andere Treibhausgase reichern sich schneller in der Atmosphäre an, als Wälder und Meere sie absorbieren können - ist die offensichtlichste und unbestrittenste auch gravierendste Auswirkung, aber es gibt auch noch andere, an denen auch unser Konsumstil hier in Brandenburg seinen Anteil hat: weltweit schrumpfende Waldbestände, Verlust an biologischer Vielfalt oder die Überfischung der Meere, um nur einige zu nennen.

Als Deutsche und Brandenburger tragen wir nicht nur ein Scherflein, sondern einen Riesenbatzen zu dieser Situation bei. Jeder von uns verbraucht die biologische Leistung von 5,1 ha pro Jahr, tatsächlich stehen uns nach den Berechnungen des Global Footprint Network aber nur rund 1,9 ha pro Person an Biokapazität zur Verfügung. Das heißt, wir verbrauchen als Deutsche mehr als das Zweieinhalbfache der auf uns entfallenden natürlichen Ressourcen und Pufferkapazitäten.

Der wissenschaftliche Beirat für globale Umweltveränderungen hatte im vergangenen Jahr errechnet, dass insgesamt noch ein Budget von 750 Milliarden t CO₂ bis zum Jahre 2050 zur Verfügung steht, um die Zwei-Grad-Celsius-Schranke einzuhalten.

(Zuruf des Abgeordneten Krause [DIE LINKE])

Das bedeutet, dass für jeden Brandenburger bis zum Jahr 2050 noch eine Pufferkapazität von 100 t CO₂ zur Verfügung steht. Aufgrund der exzessiven Braunkohleverstromung und der dadurch verheerenden Pro-Kopf-Bilanz in Brandenburg würden wir mit dem uns zur Verfügung stehenden Budget gerade einmal bis zum Jahre 2014 kommen. Für die verbleibenden Jahre bis 2050 würden uns dann noch genau null Tonnen zustehen, wenn wir Gerechtigkeit auf dieser Erde walten ließen - Zeit also, dass wir uns ernsthaft Gedanken machen.

(Beifall GRÜNE/B90)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir von Ökologie sprechen, sprechen wir zugleich immer von Ökonomie. Beide Worte haben den gleichen griechischen Wortstamm: Oikos - das Haus. In beiden Fällen geht es um Haushalte, einmal um Naturhaushalt, zum anderen um Menschenhaushalt, wobei sich beide Haushalte vielfältig überschneiden. Die Tatsache, dass wir unser natürliches Kapital schneller verbrauchen, als es sich erneuert, dass wir mit unserem überhöhten Verbrauch die Zukunftschancen zukünftiger Menschengenerationen gefährden, wenn nicht sogar vernichten, ist mit der Situation kontinuierlich überhöhter Ausgaben bei zu niedrigen Einnahmen in unseren privaten Haushalten und Staatshaushalten vergleichbar.

Die Aufgabe, vor der wir als Menschen und wir als Brandenburger Politikerinnen und Politiker stehen, ist jedes Mal die gleiche: Die Ideen der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit in allen Politikfeldern zum zentralen Leitmotiv un-

seres Handels zu machen und wirksam werden zu lassen. Nachhaltigkeit ist dabei mehr, als nur Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen. Das Leitmotiv der nachhaltigen Entwicklung steht für die Gewährleistung von wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Gerechtigkeit und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, den verantwortlichen Umgang mit finanziellen Ressourcen und öffentlichen Gütern. Dabei sehen wir uns nicht nur in der Verantwortung für die nachfolgenden Generationen, sondern auch für die Menschen anderswo auf dieser Welt.

Nachhaltigkeit als Grundprinzip erfordert dabei eine völlige Abkehr vom bisherigen Wachstumsdenken bei allen Parteien, bei allen Menschen, und leider, muss ich sagen, habe ich da heute auch bei der CDU noch einen hohen Weiterbildungsbedarf festgestellt.

(Frau Stark [SPD]: Na so was!)

Wir benötigen aber auch eine radikale Umstellung im bisherigen Regierungshandeln. Lassen Sie mich dies am Beispiel des Großflughafens BBI verdeutlichen: Die aktuelle Fluglärmdiskussion verweist auf das grundsätzliche Problem der Belastung von Mensch, Natur und Umwelt durch den Flugverkehr. Nachhaltige Politik wäre es, all diese Belastungen so gering wie möglich zu halten. So wenig Flugverkehr wie möglich - das wäre ein Grundanliegen nachhaltiger Politik gewesen. Da Berlin als Hauptstadt einer Industrienation unzweifelhaft einen Flughafen benötigt, wäre es unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten angesagt gewesen, die Dimensionen des Flughafens nicht auf maximales Wachstum auszulegen, sondern auf das notwendige Maß zu beschränken:

(Zuruf des Abgeordneten Schippel [SPD])

Anpassung des Betriebskonzeptes für den Flughafen an die Lage inmitten des Speckgürtels, rigoroses Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr, keine parallel geführten Starts und Landungen, Absprache mit den bereits bestehenden ostdeutschen Flughäfen in Leipzig und Dresden zur Arbeitsteilung bei Charter- und Luftfrachtverkehr. Stattdessen: Unverdrossen Festhalten an der Illusion eines internationalen Luftdrehkreuzes BBI, weitreichende Genehmigung von Tagesrandverbindungen, Ablehnung der Luftticketabgabe im Bundesrat, die hoffentlich zu einer Verringerung des innerdeutschen Flugverkehrs führt, demnächst vermutlich Kampf gegen Kerosinbesteuerung. Mit vorsorgender nachhaltiger Politik hat das alles nichts zu tun.

(Beifall GRÜNE/B90)

Stattdessen werden wir in den nächsten Jahren mit horrenden dreistelligen jährlichen Millionenverlusten des überdimensionierten BBI und dem Ruf nach deren Deckung aus der Landeskasse konfrontiert sein, von den irgendwann fälligen Landesbürgschaften in Höhe von 888 Millionen Euro einmal ganz zu schweigen, oder, wie ein aktueller Buchtitel es beschreibt: BBI entspricht in seiner Dimension einem Berlin-Brandenburger Bankenskandal,

(Zuruf des Abgeordneten Görke [DIE LINKE])

der mit den Milliardenverlusten der nord- und süddeutschen Landesbanken vergleichbar sein wird.

Von all diesen Risiken und drohenden Verlusten lesen wir in diesem Haushalt natürlich noch nichts. Das ist auch kein Wunder, da die Technik der Haushaltsaufstellung sich hierzulande in den letzten 20 Jahren kaum verändert hat. Während andere Bundesländer wie Bremen, Hamburg und Hessen bereits die doppelte Buchführung eingeführt haben und wie Unternehmen bilanzieren, hinkt Brandenburg noch weit hinterher. Die kameralistischen Haushaltspläne sind immer Momentaufnahmen, blind für Vergangenheit und Zukunft. Im kameralen Haushalt 2011 spielen Bürgschaftsverpflichtungen und künftige Pensionslasten keine große Rolle. In den Eröffnungsbilanzen der drei genannten Bundesländer spielen sie dagegen eine wichtige Rolle. „Die doppische Betrachtung hilft politische Entscheidungen in ihrer gesamten Tragweite zu beurteilen. Die betriebswirtschaftliche Betrachtung des Haushalts schärft den Blick für den Ressourcenverbrauch und die Belastung künftiger Generationen, sie ist Baustein einer nachhaltigen und transparenten Finanzpolitik“ - so die grüne Finanzsenatorin Karoline Linnert bei der Vorlage des Geschäftsberichts des Bundeslandes Bremen.

Das Ergebnis der Eröffnungsbilanzen dieser drei Länder verdeutlicht aber auch die brisante finanzielle Lage dieser Länder. Land und Stadtgemeinde Bremen weisen zum Stichtag 01.01.2010 ein negatives Eigenkapital in Höhe von rund 12,7 Milliarden Euro aus. Selbst vermeintlich reiche Länder wie Hamburg mit minus 1,2 Milliarden Euro und Hessen mit minus 64,8 Milliarden Euro ziehen eine negative Bilanz. In Brandenburg drückt man sich bisher vor diesem Kassensturz. Diesen Zustand sollten wir aber über alle Fraktionen hinweg so schnell wie möglich beenden. Messen wir diesen Haushalt an den vorliegenden Zahlen und damit zugleich die Regierungspolitik am Leitbild der Nachhaltigkeit: Die 440 Millionen Euro Nettokreditaufnahme bei 10 Milliarden Euro Haushaltsvolumen sehen zunächst einmal harmlos aus. Berücksichtigt man aber, dass die SPD-geführten Vorgängerregierungen, egal in welcher Farbkombination,

(Zuruf des Abgeordneten Schippel [SPD])

in den letzten 20 Jahren über 18 Milliarden Euro Schulden aufgehäuft hatten und die jährlichen Zinsausgaben für mehr als 700 Millionen Euro die Nettokreditaufnahme bei weitem übersteigen, zeigt sich hier schon, dass dieses Land allein neue Schulden machen muss, um seine Zinsen auf die bisher schon aufgenommenen Schulden zu bezahlen. So weit, dass wir unsere Schulden tilgen könnten, sind wir noch lange nicht. Dabei drohen die veranschlagten 742 Millionen Euro durch die Zinsentwicklung auf den Geldmärkten drastisch überschritten zu werden. So hat sich die Umlaufrendite in den letzten drei Monaten um rund 25 % erhöht, sind die Zinsen für 10-jährige Bundesanleihen von 2,2 auf über 3 % geklettert.

Bei den Haushaltsberatungen im Mai war gerade das Beispiel Griechenland aktuell, zur Zeit ist es Irland, nächstes Mal sind es vielleicht Portugal oder Spanien. Griechenland und Irland zeigen, dass man dem internationalen Finanzkapital ganz schnell hilflos ausgeliefert ist, wenn Rating-Agenturen erst einmal auf die Idee kommen, da könnte vielleicht jemand theoretisch seine Schulden nicht zurückzahlen. Diese Theorie zeitigt dann ganz schnell praktische Wirkungen: Zinsen im zweistelligen Bereich für Umschuldungen, Sparauflagen der EU und des IWF, radikale Einschnitte in den Sozialsystemen und im öffentlichen Dienst - Erscheinungen, die wir alle nicht erleben wollen; aber

dieses Über-die-Verhältnisse-Leben ist nicht nur auf die genannten Länder begrenzt, sondern wird auch von der Landesregierung immer noch praktiziert.

Wie von mir schon in der Debatte zur 1. Lesung des Haushaltsentwurfs ausgeführt, akzeptieren wir die in der Folge der Wirtschaftskrise 2009 eingetretene Notlage und begrüßten es, dass die Landesregierung den Haushaltsentwurf zunächst auf Grundlage der niedrigen Mai-Steuerschätzung aufgestellt hatte. Inzwischen liegen aber die Zahlen der November-Steuerschätzung vor, und entgegen meiner im Oktober geäußerten Hoffnung nutzt die Regierung diese Mehreinnahmen jedoch nicht vollständig zur Haushaltskonsolidierung, sondern sie will wieder einmal einen Fonds auffüllen.

Dabei wäre die Senkung der Nettokreditaufnahme bitter nötig, da wir unseren Landeshaushalt unverändert nur zu rund 50 % aus Steuereinnahmen finanzieren und der Kostgänger des Bundes und der anderen Länder sind. Die uns von dort vorgegebenen Rahmenbedingungen sind bekannt und brauchen nicht weiter vertieft zu werden: Schuldenbremse, auslaufende Solidarpaktmittel bis 2019, Neuregelung des Länderfinanzausgleichs. Hinzu kommt bereits vorher, im Jahr 2014, das Auslaufen der bisherigen Form der EU-Förderung. Berücksichtigen wir noch den demografischen Wandel, so kommen wir nach MdF-Berechnungen im Jahr 2020 auf eigene Einnahmen des Landes von 7,5 Milliarden Euro.

Das Finanzministerium hat auf dieser Basis das sehr lesenswerte Handlungskonzept für die Brandenburger Finanzpolitik für das Jahr 2020 aufgestellt. Ergebnis: Selbst unter der Voraussetzung eines Personalabbaus auf 40 000 Beschäftigte, eines Rückgangs der Investitionen auf die Hälfte und einer unveränderten Verbundquote für den kommunalen Finanzausgleich von 20 % wird die bereits jetzt in der mittelfristigen Finanzplanung veranschlagte Deckungslücke von 380 Millionen Euro auf rund eine Milliarde Euro im Jahr 2020 pro Jahr anwachsen.

Auf Kosten der Kommunen wird sich diese Deckungslücke kaum schließen lassen. Die bekannten 50 % der Gemeinden, die unter Haushaltssicherung leiden, machen das deutlich. Mit ein bisschen Herumdoktern an den Behördenstrukturen des Landes und den Gemeindestrukturen wird es nicht getan sein. Um vor den Herausforderungen des demografischen Wandels, der auslaufenden Solidarpaktmittel und der extremen Schuldenbelastung zu bestehen, müssen alle öffentlichen Verwaltungen modernisiert und damit zukunftsfest gemacht werden. Wir müssen neu bestimmen, welche Leistungen die öffentliche Hand in Zukunft erbringen soll und kann und wie die Aufgaben zwischen Land, Kreis und Kommunen verteilt werden.

Ein Hinweis hierzu: In den Kommunen des Landes sind im Jahr 2009 40 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt gewesen. Das sind genauso viel wie im Jahr 2003. Die Rationalisierung, die im Land vorgenommen wurde, wurde von den Kommunen offenkundig nicht mitvollzogen. Das heißt, wir haben hier tatsächlich auch Abstimmungsbedarf. Hier gilt es, wirklich tragfähige Verwaltungsstrukturen zu erreichen. Hier und da ein paar Fördermittel für Gemeindezusammenschlüsse auszureichen, das reicht wohl nicht als Konzept. Es macht eben keinen Sinn, überlebte Strukturen dauerhaft mit viel Geld am Leben zu erhalten. Unabhängig von der grundlegenden Funktional- und Verwaltungsreform, die auch Herr Holzschuher an-

gemahnt hat, halten wir es für sinnvoll, dass die kreisfreien Städte bald mit ihren Umlandkreisen fusionieren. Wir brauchen eine Verwaltungsreform 2020. Da bin ich zehn Jahre früher als Sie, Herr Holzschuher. Aber wir nehmen Ihr Angebot zur Zusammenarbeit gern an. Sie erhalten hier ausdrücklich unsere Unterstützung.

Aber die Ausgabensituation des Landes erfordert mehr als nur einzelne Aufgabenreduzierungen und Verwaltungsstrukturreformen. Wir benötigen eine ausschließliche Ausrichtung der Haushaltspolitik an Nachhaltigkeitskriterien. Aber wie soll das funktionieren? Auch wenn es anders als im amerikanischen im deutschen Haushaltsrecht keine Unterscheidung zwischen gebundenen und disponiblen Ausgaben gibt, weiß doch jeder, was gemeint ist. Ein immer größerer Anteil der Ausgaben ist aufgrund früherer Entscheidungen auf Jahre, wenn nicht Jahrzehnte hinaus festgelegt und steht für politische Entscheidungen nicht mehr oder nur noch sehr eingeschränkt zur Verfügung. Im Bundeshaushalt gelten inzwischen rund 93 % der Ausgaben als indisponibel. Musterbeispiel für die von uns zu tragenden Folgen früherer politischer Entscheidungen sind die Zinsbelastungen als Ergebnis früherer Verschuldungspolitik, sind aber auch die Ausgaben für das gegenwärtig beschäftigte Personal oder die künftigen Pensionszahlungen.

Heißt das aber nun, dass wir Haushaltspolitik im Parlament nur noch als „symbolische Inszenierung von Nichtigkeiten auf der Oberfläche unantastbarer Sachzwänge betreiben“, wie es ein aktuelles Papier beschreibt? Ist die Demokratie im Haushaltsbereich am Ende, und geht es nur noch darum, in der Vergangenheit aufgelaufene Ansprüche irgendwie zu befriedigen? Früher gab es dafür einen einfachen Lösungsansatz. Verteilungskonflikte sollten durch Rückgriffe auf erst noch zu schaffende zukünftige Ressourcen bewältigt, also durch eine optimistische Verschuldungspolitik, gelöst werden.

Wie in den letzten Monaten schon mehrfach gezeigt, ist uns dieser Weg durch die Schuldenbremse versperrt. Das heißt aber im Gegenzug, wir müssen uns in die Verteilungskonflikte hineinbegeben, nicht unbedingt lustvoll; aber es bleibt uns nicht erspart, wenn wir die Handlungsfähigkeit in der Haushaltspolitik zurückgewinnen wollen.

(Beifall GRÜNE/B90)

Im Prinzip hat das ja auch die Regierung erkannt, oder sagen wir, zumindest die Linke scheint das Problem erkannt zu haben. Im Gegensatz zur SPD traute sich die Linke immerhin zum ersten Jahrestag von Rot-Rot, eine Bilanz - ich vermeide den Begriff Erfolgsbilanz - vorzulegen, in der sie die Haushaltspolitik ein Stück weit in den Mittelpunkt ihrer Politik rückt. In ihrer Analyse ist die Linke dabei schonungsloser oder, sollen wir sagen, ein ganzes Stück weit realistischer, als es nach den Schönfärbereien des Ministerpräsidenten bei seiner ersten Regierungserklärung zu erwarten war. Hier heißt es:

„Brandenburg ist ein Land mit einer hohen Sockelarbeitslosigkeit, verbreiteter Armut, einer kleinteiligen, eigenkapitalschwachen Wirtschaftsstruktur, erheblichen demografischen Problemen und starken regionalen Disparitäten. Eine selbsttragende Entwicklung ist bislang nicht erreicht worden. Der Landeshaushalt wird nur rund zur Hälfte aus dem eigenen Steueraufkommen gedeckt.“

Das ist mir, ehrlich gesagt, schon fast zu viel Schwarzmalerei. Man könnte die kleinteilige Wirtschaftsstruktur ja auch als Chance werten. Aber die Herausforderungen sind immerhin erkennbar.

Dann folgen in dieser Bilanz die üblichen kleinen und frommen Selbsttäuschungen, wie der Hinweis auf die neuen Lehrer, die in Wirklichkeit keine zusätzlichen Lehrer sind, sondern mit denen eben nur ein Teil der frei gewordenen Lehrerstellen nachbesetzt wird, oder der Hinweis auf den öffentlichen Beschäftigungssektor. Aber dann wird es interessant:

„Bei der Kofinanzierung von Bundes- und Europamitteln haben jene Programme Priorität, die die höchste Hebelwirkung und Effizienz haben. Je mehr Mittel wir mit einem Euro Landesmitteln mobilisieren können, desto sinnvoller ist es, daran festzuhalten.“

Prinzipiell ein richtiger Ansatz, auch wenn wir Bündnisgrünen zunächst einmal all die Programme aus der Förderung nehmen würden, die mehr ökologischen Schaden als Nutzen anrichten, auch wenn sie viel Eigenmittel mobilisieren.

(Beifall GRÜNE/B90)

Aber wie sieht es denn in der Realität aus? Welche Programme sollen denn beispielsweise in der zweiten Säule der Agrarförderung zukünftig nicht mehr oder nur noch verkürzt bedient werden? Genau diejenigen, die den höchsten Nutzen für das Land bringen, zum Beispiel das vom Nachhaltigkeitsbeirat hochgelobte LEADER-Programm, die Beihilfe für die Umstellung auf biologische Landwirtschaft, die Dorferneuerungsprogramme oder Komponenten des KULAP. Stattdessen wird mit der ganz dicken Gießkanne weiterhin eine pauschale Flächenprämie in Höhe von rund 30 Euro pro Hektar an die Landwirtschaftsbetriebe auf 70 % der Landfläche, sogenannte benachteiligte Gebiete, ausgeschüttet. Dass die Landwirte bereits 300 Euro Flächenprämie von der EU am Landeshaushalt vorbei erhalten, wird dabei geflissentlich ignoriert.

(Frau Alter [SPD]: Keine Ahnung!)

Ein klarer Kniefall vor dem Brandenburger Bauernverband! Stattdessen reist der Agrarminister im Land herum und versucht, den klammen Gemeinden einen erhöhten Eigenanteil für die Dorferneuerung aus dem Rücken zu leiern.

Unverändert besteht in dieser Landesregierung die Illusion, dass dem ländlichen Raum am besten damit gedient sei, wenn rund 350 landwirtschaftliche Großbetriebe maximale Förderung genießen. Wir halten diese Ausrichtung der Politik für den ländlichen Raum an den Interessen einer kleinen Minderheit für fatal und eine Verschwendung von Ressourcen.

Zur Ehrenrettung der Linken gebe ich zu, dass es sich hier um die Fortsetzung klassisch brandenburgischer SPD-Agrarpolitik in Zuständigkeit eines SPD-Ministers mit einem vom Ministerpräsidenten zum Landwirtschaftsunterstaatssekretär geadelten Abteilungsleiter handelt.

(Beifall GRÜNE/B90)

In die Zuständigkeit der linken Verbraucherschutzministerin fällt dagegen die Abschaffung des Zuschusses für die Tierkör-

perbeseitigung. Auch wenn wir uns hier einen gleitenden Übergang insbesondere für die Kleinbetriebe gewünscht hätten, Respekt! Ja, es ist wirklich nicht einzusehen, warum jemand extra bezahlt werden soll, wenn er sich rechtskonform verhält.

Respekt, Frau Ministerin Tack, übrigens auch für Ihre beharrliche Weigerung, für vollgelaufene Keller im Oderbruch die Landeskasse zu öffnen. Wie bereits Landrat Schmidt im RBB zu Recht ausführte, baut seit Alters her kein vernünftiger Mensch auf überschwemmungsgefährdeten und grundwassernahen Flächen Häuser mit Kellern. Wer dies dennoch getan hat, soll sich bei seiner Versicherung, der Baubehörde oder seinem Architekten das Geld wiederholen. Hierbei sollte die Landesregierung die Bürger konkret unterstützen. Sie sollte aber auch durch entsprechende Bauvorschriften dafür Sorge tragen, dass in diesen gefährdeten Gebieten künftig weder Keller noch Ölheizungen genehmigungsfähig sind.

Richtig war es auch, Frau Tack, dem ständigen Drängen des dortigen Gewässerunterhaltungsverbandes nach Kostenerstattung für den Schöpfwerksbetrieb und für die Erhaltung von Gewässern II. Ordnung, die allein in dessen Zuständigkeit fallen, zu widerstehen. Nachdem der GEDO über Jahre hinweg mit den niedrigsten Umlagekosten von 7,50 Euro pro Hektar das Grabennetz hat verfallen lassen, sah er sich jetzt endlich veranlasst, seine Umlage dem Landesdurchschnitt anzupassen.

Man sollte sich auf keinen Fall von dem ständigen Ruf nach der finanziellen Verantwortung des Landes für alles und jedes ins Bockshorn jagen lassen.

Allerdings muss das Land seinen Pflichten für die Unterhaltung der Gewässer I. Ordnung gerecht werden. Hierzu haben die Gewässerunterhaltungsverbände auch Anrecht auf eine verstetigte Ausstattung mit den erforderlichen Mitteln. Ihre Praxis, den Ansatz im Haushalt niedrig zu veranschlagen, um ihn dann mit nicht eingeplanten Mehreinnahmen im Jahresverlauf aufzufüllen, trägt nicht und stößt zu Recht auf Widerstand. Dabei, Frau Tack, stünde die Finanzierungsquelle Bergbau ja bereit. Leider ist es Ihnen aber bis heute nicht gelungen, sich gegen die professionell organisierten Lobbyinteressen von Vattenfall durchzusetzen und endlich alle bei der Kohleförderung anfallenden Sumpfungswässer dem Wassernutzungsentgelt zu unterwerfen. Hier zeigen sich die Grenzen einer einzelnen Ministerin.

Kommen wir daher zu einem anderen Minister mit einem größeren Förderetat, dem Wirtschaftsminister: Wie ich bereits gestern ausführte, ist die wirtschaftsfachliche Diskussion in diesem Lande weiter, als es die Fortführung des Operationellen Programms 2007 bis 2013 im Haushalt anzeigt. Die zusammen mit Berlin geführte Diskussion über gemeinsame Zukunftsfelder und Clusterbildung zeitigt in der Realität erste Erfolge. Sie eröffnet die Möglichkeit, endlich Zukunftsfelder im gesamten Land in den Blickwinkel zu nehmen und sich von der Orientierung auf einzelne Standorte, die sogenannten Regionalen Wachstumskerne, zu lösen. Vom Konzept der räumlich definierten Branchenschwerpunktorte als Grundlage der Förderpolitik hatte sich der Wirtschaftsminister ja bereits Anfang des Jahres zu Recht verabschiedet.

Das Prinzip Stärken stärken - so neu definiert und richtig verstanden - findet auch unsere Unterstützung, nur muss man dann als Wirtschaftsminister auch die Traute haben, die Förder-

politik konsequent an den Ansprüchen der Clusterpolitik auszurichten und Mitnahmeeffekten wie der Umsiedlung von Luftfahrtunternehmen von Tegel nach Schönefeld oder Förderbegehren der Zigarettenindustrie entgegenzutreten. Zur Notwendigkeit der konsequenten Umstellung auf Darlehensförderung und Bürgschaftsgewährung haben wir gestern schon ausführlich debattiert.

Was wir uns als Grüne von einem Linken-Wirtschaftsminister wünschen und gewünscht hätten, ist bekannt: klare Absage an Niedriglöhne, keine Werbung für ein Niedrigsteuerparadies Schönefeld, keine Förderung der ILA aus Steuermitteln und vor allem keine Fortsetzung der Braunkohlepolitik Ihres Vorgängers. Mit dem Entwurf des Vergabegesetzes ist Bewegung in die Mindestlohndebatte gekommen. Das war es aber schon an Fortschritten.

Ich kann mich noch sehr genau an Ihre Wahlplakate im Oderbruch gegen die CO₂-Versenkung erinnern, das ist gar nicht so lange her. Heute heißt es in der Linken-Bilanz, dass der Wirtschaftsminister keine Diskussion mit den CCS-Gegnern scheut. Na toll! Der von Ihnen berufene Regionale Erkundungsbeirat ist vor diesem Hintergrund auch nicht als Instrument zur Bürgerbeteiligung, sondern zur Sedierung der Region zu werten.

(Jürgens [DIE LINKE]: Das stimmt nicht!)

Wir können der Regierung nur dringend abraten, Brandenburg als einziges Bundesland für die CO₂-Endlagerung zu öffnen, um damit der Sackgassentechnologie Braunkohleverstromung eine Verlängerungsrunde einzuräumen.

(Jürgens [DIE LINKE]: Das stimmt gar nicht, Herr Vogel!)

Ich bedauere es sehr, dass die sich jährlich wiederholenden Platzierungen der Lausitzer Braunkohle-Landkreise auf den hinteren Plätzen des Zukunftsatlasses Deutschland immer noch keine ausreichende Wirkung im Wirtschaftsministerium hinterlassen haben. Ich sagte es gestern bereits: Die Lausitz ist nicht wegen der Grenzlage zu Polen, sondern wegen des jahrzehntelangen Fixierens auf die Braunkohle von der Wirtschaftsentwicklung abgehängt worden.

(Frau Gregor-Ness [SPD]: Quatsch!)

Wie bereits gestern ebenfalls ausgeführt, ist die Lausitz mit ihrer Forderung nach einem alternativen Entwicklungskonzept hier schon weiter als die Landesregierung. Ergreifen Sie die ausgestreckten Hände aus der Region! Nutzen Sie diese Chance zur Abkehr von einem Irrweg!

Herr Holzschuher, zum Leitstern 2010: Ich begrüße es, dass das Land Brandenburg ihn verliehen bekommen hat.

(Ness [SPD]: Das stimmt nicht, Herr Vogel!)

Ich sage aber auch sehr deutlich: Er zeigt auch die Defizite auf. Solarpaneele werden in Brandenburg zwar gebaut, aber sie werden nur unzureichend eingebaut. Wir sind zum Beispiel bei der Solarthermie absolut rückständig.

(Holzschuher [SPD]: Können Sie nicht erst einmal das Positive herausstellen! Das überwiegt doch!)

- Ich kann es positiv werten, dass wir diesen Leitstern bekommen haben.

(Ness [SPD]: Geben Sie zu, dass Sie das stört!)

Ich sage es ausdrücklich: Ich freue mich, dass dieses Land Brandenburg diesen Leitstern bekommen hat. Lassen Sie uns das auch als Ansporn nehmen, die dort festgestellten Defizite zu korrigieren.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor Sie aus meinen bisherigen Darlegungen falsche Schlüsse über die Zusammensetzung der Landesregierung ziehen:

(Zuruf von der SPD: Aber nein!)

Ja, es gibt nicht nur linke Minister. Und neben Herrn Vogelsänger gibt es noch weitere SPD-Minister in der Landesregierung. Sie haben manchmal sogar Erfolge.

(Görke [DIE LINKE]: So etwas soll es geben!)

Ohne dass ich jetzt das Bild vom blinden Huhn überstrapazieren will:

(Beifall CDU - Zurufe von der SPD - Bischoff [SPD]: Beachten Sie den Tierschutz bitte!)

Ein Körnchen Erfolg hat sogar Herr Rupprecht zu verzeichnen. Die Erhöhung des Betreuungsschlüssels in der Kita ist ein solcher Erfolg. Allerdings sind wir mit dieser Kraftanstrengung erst auf den drittletzten Platz im Bundesländer-Vergleich vorgerückt. In der frühkindlichen Förderung, wo die entscheidenden Weichen gestellt werden, fehlt unverändert das Geld. 20 % der Kinder haben Sprachförderbedarf. Erkannte Verbesserungsmöglichkeiten können aber nicht finanziert werden.

(Görke [DIE LINKE]: Deshalb senken wir die Nettokreditaufnahme!)

Ähnliches gilt für den Englischunterricht und die Förderung der Lesekompetenz in den Schulen.

Die Probleme sind zwar meist erkannt, nur Lösungen sind nicht in Sicht.

(Zuruf von der SPD: Ach Quatsch!)

Ein Grund ist, dass im Bereich unseres Bildungsministers die knappen Haushaltsmittel in das Prestigeprojekt Schüler-BAföG fehlgeleitet wurden.

(Widerspruch bei der SPD sowie Zuruf: Das ist nur Neid!)

Nein, wir neiden den Kindern aus armen Familien diese Gelder nicht. Ja, wir begrüßen es, dass diese Mittel Kindern aus Hartz-IV-Familien aufgrund der Gesetzesänderung nicht entzogen werden.

(Zuruf von der SPD: Donnerwetter!)

Aber wir stellen fest, dass die Mittel an anderer Stelle zur Verbesserung der Bildungsqualität wesentlich dringender benötigt worden wären.

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus aktuellem Anlass: Ich bin definitiv nicht der Auffassung, dass es Aufgabe der Opposition ist, sich Gedanken zu machen, welches Mitglied der größeren Regierungspartei möglicherweise ein besseres Bild als Ministerpräsident dieses Landes abgeben könnte.

(Empörte Zurufe von der SPD)

Das bleibt bis auf Weiteres allein der SPD überlassen. Matthias Platzeck ist der gewählte Ministerpräsident dieses Landes, und ich sehe aktuell - sage ich auch ganz deutlich - keine Alternative zu ihm.

(Frau Alter [SPD]: Peinlich, peinlich!)

Das heißt aber nicht, dass er von Kritik bezüglich seines Umgangs mit Medien oder innerhalb seiner Partei verschont bleiben kann.

(Beifall GRÜNE/B90 - Holzschuher [SPD]: Das war keine Kritik! - Ness [SPD]: Das war ein Bulletin!)

Worüber wir uns aber alle gemeinsam Gedanken machen müssen, ist Folgendes: Unser demokratisches System ist als Parteienstaat ausgeformt. Die direkten Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger durch Volksinitiative und Volksbegehren sind beschränkt. Auch auf die Zusammensetzung des Landtages haben die Brandenburgerinnen und Brandenburger aufgrund der Ausformung unseres Wahlrechts kaum Einflussmöglichkeiten. Aber auch verbesserte direktdemokratische Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger ändern nichts Grundsätzliches an der Ausgestaltung unseres politischen Systems als repräsentative Demokratie.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: So, so!)

Gerade wegen der Ausgestaltung unserer Demokratie als Parteiendemokratie steht und fällt die Akzeptanz für unser demokratisches System mit dem öffentlich wahrgenommenen Zustand unserer Parteien und der Vorbildwirkung der Politiker. Insofern fällt das Verhalten des früheren Innenministers im Umgang mit der Aufdeckung nicht gezahlter Unterhaltsleistungen auf uns alle zurück. Häufig wird dann eben nicht mehr fein unterschieden, sondern es heißt sehr schnell „die in Potsdam“. Es gibt das französische Sprichwort: Besser spät als niemals. Das finde ich übrigens besser als das russische,

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Im Russischen lautet das genauso!)

und es ist gut, dass der Ministerpräsident hier die Notbremse gezogen hat, eine Notbremse, deren Auslösegriff in der SPD-Fraktion bis dahin niemand finden konnte.

(Frau Lehmann [SPD]: Kümmern Sie sich um Ihre Partei!)

Aber auch, wenn in diesem Fall eine einsame Entscheidung des Ministerpräsidenten die richtige Entscheidung war, halte ich dies für kein angemessenes Entscheidungsverfahren in einer demokratisch verfassten Partei.

Ich will übrigens auch deutlich sagen: Ich will keine Monarchie - nirgendwo, und ich habe von daher auch die Lobeshymnen auf Friedrich II. vorhin nicht verstanden.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Bernig [DIE LINKE])

Ich bedaure es auch sehr, dass die Ereignisse um Rainer Speer in den letzten Wochen die Berichterstattung in den Medien zur inhaltlichen Auseinandersetzung in den Hintergrund gerückt haben.

(Unmut bei der SPD - Zurufe: So ein Quatsch!)

Mit Ihnen will ich hoffen, dass diese Phase mit dem Ende dieses Jahres auch zu Ende geht.

(Frau Stark [SPD]: Eine Heuchelei!)

Ich komme zum Schluss: Sehr geehrte Damen und Herren! Dieser Etat entspricht unseren Erwartungen an einen sich auf der Höhe der Zeit befindenden Haushalt noch lange nicht. Er ist in seiner althergebrachten Form altbacken und unmodern.

(Frau Alter [SPD]: So viel Schwindel wie in Ihrem Beitrag!)

Er erwähnt wichtige Kennzahlen für die zukünftigen Pensions- und Bürgschaftsverpflichtungen oder die Finanzrisiken des BBI für die Landeskasse nur am Rande oder überhaupt nicht. Er lässt nicht erkennen, ob sich das Gesamtvermögen des Landes Brandenburg im Soll oder im Haben befindet.

Bei der Senkung der Nettoneuverschuldung bleiben Sie deutlich unter Ihren Möglichkeiten. Noch immer verschwindet viel zu viel Geld in überflüssigen Vorhaben.

(Zuruf des Abgeordneten Schippel [SPD])

Den Konflikt mit den straff organisierten Lobbygruppen - vom Bauernverband bis Vattenfall - scheuen Sie weitestgehend, und so sieht der Haushalt denn auch aus.

(Unruhe bei der SPD)

Nachhaltigkeit ist bei dieser Regierung nur ein Begriff für das Wort zum Sonntag. Als roter Faden taucht er in diesem Haushalt nicht auf.

(Beifall GRÜNE/B90 sowie des Abgeordneten Burkardt [CDU])

Vizepräsidentin Große:

Herr Abgeordneter Vogel, kommen Sie bitte zum Schluss! Ihre Redezeit ist zu Ende.

Vogel (GRÜNE/B90):

Okay. - Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt!, möchte ich Ihnen zurufen. Machen Sie es beim nächsten Mal besser! Mit diesem Haushalt ist jedenfalls kein zukunftsfähiger Staat zu machen.

(Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Vogel. - Für die Landesregierung wird Ministerpräsident Platzeck zu uns sprechen.

Ministerpräsident Platzeck:

Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt ganz

spannende Dinge hier gehört. Da ja mehrfach von diesem Interview des Kollegen Vogel die Rede war, das in Teilen etwas kulturfrei war, sage ich nur: Ich freue mich über jeden, der sich Sorgen über meinen Gesundheitszustand macht und meine Sensibilität lobt, die ich mir 20 Jahre lang in der Exekutive erhalten habe. Das muss man erst einmal hinkriegen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Lieber Kollege Vogel, ich biete Ihnen an: Wir laufen einmal 5 000 m, messen den Puls und stellen dann fest, wer sich einen Nachfolger überlegen muss.

(Juhuh! und starker Beifall SPD und DIE LINKE - Beifall GRÜNE/B90)

Wir haben Frau Dr. Ludwig hier lange reden gehört.

(Zuruf von der CDU)

Nach jeder Minute, die verstrich, hat man sich gefragt, worüber die Frau eigentlich redet.

(Heiterkeit bei der SPD - Zuruf der Abgeordneten Melior [SPD])

Eines war am Ende klar: Über Brandenburg und die Menschen in diesem Land haben Sie, Frau Dr. Ludwig, nicht geredet.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ihre Rede hat den Zustand Ihrer Partei noch einmal ganz deutlich gemacht: Sie sind hilflos, ratlos und haltlos. Das hat Ihre Rede sehr klar zum Ausdruck gebracht.

(Beifall SPD und DIE LINKE sowie von Minister Dr. Markov)

Sie haben über Helmut Schmidt und seine Vermutung bezüglich der möglichen Dummheiten von Regierungen gesprochen. Bei der Betrachtung der Regierung Merkel-Westerwelle ist ihm in dieser Hinsicht wahrscheinlich einiges eingefallen. Aber was Helmut Schmidt noch nicht wusste, weil er wahrscheinlich den Blick dafür noch nicht hatte: Wenn er Ihre Oppositionsarbeit sehen würde, fiel ihm ein noch viel steilerer Satz ein, da bin ich mir ganz sicher, verehrte Frau Dr. Ludwig -, die ist nämlich wirklich unterirdisch.

(Beifall SPD und DIE LINKE sowie von Minister Dr. Markov)

Das einzige, was gut war - das haben wir alle so empfunden -: Wir haben - einmal aus Parteisicht gesprochen - gedacht: Je länger Sie reden, umso besser für uns. Sie sollten oft so reden. Das nutzt uns. Wir sparen Kraft und Zeit. Vielen Dank dafür.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Aus menschlicher Sicht verstehe ich Sie ja ein bisschen. Ich kann Frust verstehen; wir alle sind Menschen. Nach dem, was Sie hier aufgelistet haben, kann ich mir den Abend vorstellen. Sie haben versucht, dazu beizutragen, möglichst alles runter- und kleinzureden.

Da geht Infratest dimap im Herbst ins Land und macht bei den Menschen eine Umfrage. Bei der Umfrage kommt heraus, dass die Zufriedenheit mit der Landesregierung um 10 % gestiegen ist. Ich glaube, seitdem sind Sie so verbiestert, Frau Dr. Ludwig. Das kann ich verstehen. Ich wünsche Ihnen, dass Weihnachten hilft, wieder etwas lockerer zu werden.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Meine Damen und Herren! Unser Kurs - das ist hier in der Haushaltsverhandlung ganz klar zum Ausdruck gekommen - ist ein Kurs des Sparens, aber mit Augenmaß und Vernunft. Das heißt, dass wir unsere wichtigen Themen wie die Bildung nicht aus den Augen verlieren, dass wir die gute wirtschaftliche Situation Brandenburgs nicht gefährden, sondern auch einen Notgroschen für schwierige Zeiten zurücklegen, das heißt, dass wir unseren Haushalt nicht nur nach Statistiken und Prognosen ausrichten - diese waren ja in den letzten Jahren immer schwierig -, sondern die Lebenswirklichkeit zum Maßstab unseres Handelns machen.

Damit komme ich noch einmal zu dem hier vielfach zitierten Schüler-BAföG. Erstens: Die jungen Leute und die Familien nehmen es an. Zweitens bestätigt sogar der Bund - wahrlich nicht Rot-Rot -, dass wir mit diesem Fördergeld eine wichtige Lücke schließen können. Abitur trotz knapper Kassen: So ein Ziel als Prestigeobjekt zu bezeichnen ist nicht nur unsachlich, meine Damen und Herren von der CDU, sondern zeugt von einem Menschenbild und einer Überheblichkeit, mit der Sie sich selbst ein Zeugnis ausstellen, nämlich ein unmoralisches. Das sage ich klipp und klar.

(Beifall SPD, DIE LINKE und GRÜNE/B90 sowie von der Regierungsbank)

Wenn Sie sagen, das Geld wäre an anderer Stelle besser zu gebrauchen, dann sage ich nur: Ja. Wir brauchen Geld an anderen Stellen. Deshalb fangen wir beim ersten Lebensjahr an. Deshalb nehmen wir 36 Millionen Euro mehr in die Hand, um die Betreuungsrelationen zu verbessern, um die Qualität zu verbessern. Deshalb stellen wir junge Lehrer ein - 450 an der Zahl. Deshalb machen wir mehr für Ganztagschulen. Wollen Sie das alles als Prestigeobjekte bezeichnen? - Ich glaube, damit sind Sie wirklich auf dem falschen Dampfer.

Ein anderes Beispiel ist die Wirtschaftspolitik. Wir haben im Jahr 2010 die besten Kennzahlen seit der deutschen Einheit. Noch nie waren die Arbeitslosenzahlen so niedrig wie jetzt. Noch nie konnten so viele Jugendliche einen Ausbildungsplatz bekommen. Noch nie hatten wir so viele Spitzenplätze in den verschiedenen heute hier erwähnten Rankings. - Das alles kurz nach einer großen Krise.

Warum? - Weil es den Kammern, den Gewerkschaften, den Kommunen und den Unternehmen im Lande gelungen ist, mit vereinten Kräften und mit viel Mut und Weitsicht dieses Land, unser Land durch diese Krise zu bringen. Es war klug, das Geld von Bund und Land in gefährdete Bereiche zu investieren. Das hat bei uns auch regionale Finanz- und Wirtschaftskreisläufe gerettet. Nicht nur, aber auch deshalb stehen wir heute so gut da.

Meine Damen und Herren! Bezüglich der Debatte, die Frau Dr. Ludwig aufgemacht hat, nämlich wessen Verdienst das ist, sage

ich noch einmal - ich habe es eben schon genannt -: Kammern, Gewerkschaften, Kommunen, Unternehmen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben diese Leistung erbracht. Die Regierung hat dabei den richtigen Rahmen gesetzt. Dass diese gute Entwicklung möglich ist, hat auch etwas mit einer 20 Jahre lang geführten sozialdemokratischen Regierung in diesem Land Brandenburg zu tun.

(Beifall SPD, DIE LINKE und GRÜNE/B90 sowie von der Regierungsbank)

Auch in dieser Hinsicht kann ich Ihren Frust verstehen. Es ist eine Regierung, die immer eine rote Färbung hatte. Das war immer gut für das Land. Gott möge verhüten, dass es jemals eine schwarze Regierung wird. Aber Sie tun eigentlich schon alles dafür. Da müssen wir Gott nicht einmal bemühen. Diese Regierung wird auch im Jahr 2014 keine schwarze sein, meine Damen und Herren. Davon gehe ich fest aus.

(Lebhafter Beifall SPD - Beifall DIE LINKE und GRÜNE/B90 sowie von der Regierungsbank)

Wie schnell und unerwartet eine Krise kommen kann, haben wir alle erlebt. Da stellt die Opposition infrage, dass es Sinn macht, einen Notgroschen für solche Fälle beiseite zu legen. Ich frage mich manchmal, in welcher Welt Sie eigentlich leben. Jeder Mensch versucht, sich gegen unvorhersehbare Situationen abzusichern. Dieses vernünftige Prinzip lassen wir auch in Brandenburg gelten. Darin sage ich dem Finanzminister meine ganze Unterstützung zu. Alles andere hieße, am Leben vorbeizuarargumentieren. Wir werden uns in Brandenburg am realen Leben orientieren. Deshalb ist auch so ein Puffer, eine gewisse Sicherheit etwas sehr Vernünftiges.

Wir wollen einen realistischen Kurs in Brandenburg, meine Damen und Herren. Wir werden deshalb keine dramatischen Haushaltsentwicklungen ankündigen. Zweifellos: Einschnitte und Belastungen werden nicht ausbleiben. Aber: Die Entwicklung ist absehbar, sie ist planbar und deshalb auch zu bewältigen. Wir werden sie in den nächsten Jahren auch Schritt für Schritt bewältigen. Wir haben zwei schwierige Aufbaujahrzehnte absolviert. Wir haben sie am Ende erfolgreich absolviert. Wir werden auch das dritte Jahrzehnt bewältigen, und zwar trotz knapper Kassen, weil unser Fundament stimmt.

Der Haushalt 2011 ist der erste Schritt des Sparens. Weitere Schritte werden folgen. Die Mittel werden knapper, aber die politischen Schwerpunkte werden bestehen bleiben. Was die Koalition beschlossen hat, wird auch künftig Bestand haben.

Wir bleiben, meine Damen und Herren, auf dem Pfad: Ein Brandenburg für alle, ein Brandenburg, in dem Solidarität und Zusammenhalt etwas zählen, Erneuerung durch Gemeinsinn, Lebens-, Bildungs- und Aufstiegschancen für alle. Das heißt: Vorsorgender Sozialstaat für diejenigen, die nach den nackten Gesetzen des Marktes chancenlos werden. Wir lassen - das wurde vorhin schon von Kollegin Kaiser gesagt - niemanden zurück. Uns geht niemand am Rücken vorbei. Wir machen den Versuch, in dieser Gesellschaft, in diesem Land alle mitzunehmen. Minister Baaske hat zu Recht von einem Haushalt der sozialen Gerechtigkeit gesprochen. Genau um diesen Anspruch geht es und wird es uns auch in den nächsten Jahren gehen, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Politik ist immer mehr als die Verteilung finanzieller Mittel. Für 2011 und danach gilt: Kreativität und neue Wege sind gefragt. Wir müssen die Diskussion um die Ausweitung unserer Stärken weiterführen. Das hat sich in der Wirtschaftsförderung bewährt. Wir werden es auch auf andere Bereiche ausdehnen müssen. Wir können uns das leisten, weil wir seit 1990 nicht nur bei der Wirtschaftsförderung sehr viel dazugelernt haben.

Unser Land ist am Ende des Jahres 2010 gut aufgestellt. Die Unternehmen, Kammern, Verbände und Vereine arbeiten professionell und effizient. Wir haben nicht mehr die Reibungsverluste und das Prinzip „Versuch und Irrtum“, das natürlich Anfang der 90er Jahre unvermeidbar war. Dieses Land Brandenburg hat heute klare Strukturen, sinnvolle Abläufe, tragfähige Netzwerke und ein produktives Miteinander.

Deshalb wird uns die nötige Transformationsleistung im dritten Jahrzehnt gleichfalls gelingen. Diese Transformation stellt uns vor neue Herausforderungen. Aber die Stärke dafür, den Mut können wir mit Sicherheit aus den vergangenen Jahren schöpfen. Wir werden diese Situation bewältigen. Wir werden manche Dinge anders und besser tun als bisher.

Wir werden kluge Lösungen finden, und wir werden an unseren sozialen Prinzipien festhalten und trotzdem Mut zum Streichen haben; denn wenn der Haushalt zurückgeht, muss man diesen Mut besitzen.

Meine Damen und Herren, dabei wird unser Kompass immer in Richtung soziale Verantwortung zeigen. Aber für Veränderungen werden wir offenbleiben. Das Leitmotiv muss sein: nicht gegeneinander sparen, sondern miteinander.

Deshalb werden wir uns - es war hier schon mehrfach die Rede davon - den Gemeindestrukturen widmen. Ich glaube, es war Herr Holzschuher, der gesagt hat: Ja, die Struktur des Landes Brandenburg wird 2030 nicht mehr die von heute sein. Das kann sie dann auch gar nicht mehr sein. Wir werden das aber mit den Bürgern gemeinsam tun. Wir werden es über Anreize machen, und wir werden auch hier Vernunft walten lassen.

Aus Nachbarschaftshilfe zwischen Gemeinden kann dann zum Beispiel auch eine gemeinsame Verwaltung nebeneinander liegender Gemeinden entstehen. Es sind viele Wege denkbar. Aber ich sage noch einmal: Der Kompass wird immer in Richtung soziale Verantwortung zeigen.

Miteinander gilt in vielfacher Hinsicht. Der öffentliche Sektor wird auf noch engere Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft setzen. Konkret heißt das auch, Stiftungen sowie unternehmerisches und bürgerschaftliches Engagement weiter auszubauen.

Verehrte Abgeordnete der Opposition, gerade zu solchen Zielen sollten auch Sie in Ihren Wahlkreisen, aber auch hier im Parlament, beitragen. Es wird die Kraftanstrengung aller verlangen, wenn wir 2020 nicht nur auf eigenen Beinen stehen wollen, sondern auch richtig gut gehen möchten.

Auch wenn Sie von der Opposition die Position der Landesregierung für ein Sparen mit Augenmaß und Vernunft nicht teilen, so müssen Sie doch das gleiche Ziel im Blick haben, für das wir, alle 88 Parlamentarier und alle Parteien, hier angetreten sind, nämlich das Wohl der Bürgerinnen und Bürger zu mehren. Die Menschen in diesem Lande interessieren sich im

Zweifel wenig für Zuständigkeiten auf föderalen Ebenen und für Parteienstreit. Die Menschen betrifft das, was die Lebensrealität ausmacht. Die Menschen betrifft das, was sie tagtäglich erleben und was sie umgibt. Es geht darum, ob sie das Gespür entwickeln können, Zukunft und Perspektive in diesem Land zu haben.

Diesem Ziel sollten wir uns bei allem Streit, der übrigens in einer parlamentarischen Demokratie unerlässlich ist, verpflichtet fühlen. Er sollte sich allerdings über der Gürtellinie bewegen, und dabei sollte man den Gürtel nicht um die Knie herum tragen. Wir sollten uns diesen Zielen immer wieder gemeinsam widmen, damit wir es schaffen, Vertrauen in diese parlamentarisch verfasste Demokratie, die die einzig sinnvolle Form des Miteinanders von Menschen ist, zu erhalten und vielleicht wieder zu mehr. - Ich wünsche Ihnen ein schönes Weihnachten.

(Anhaltender Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Es ist mir kein weiterer Wunsch nach Nutzung von Redezeit angezeigt worden. Wir kommen demzufolge zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, es liegt Ihnen der Änderungsantrag in Drucksache 5/2576 - eingebracht durch die Fraktionen von SPD und DIE LINKE - vor. Das betrifft das Kapitel 03 110 (neu). Es geht um die Einstellung eines neuen Kapitels des Polizeipräsidiums mit Haushaltsvermerken und Erläuterungen.

Wer diesem Änderungsantrag Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Enthaltungen ist diesem Änderungsantrag Folge geleistet worden.

Wir kommen nun zur Beschlussempfehlung in Drucksache 5/2422. Es geht um die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen bezüglich des Haushaltsgesetzes 2011.

Wer dieser Beschlussempfehlung Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Mit deutlicher Mehrheit ist dieser Empfehlung gefolgt worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 3 - die 3. Lesung über die Feststellung des Haushaltsplanes - und rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Ausbildungsförderungsgesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 5/2384
(Neudruck)

2. Lesung

Es wurde vereinbart, keine weitere Debatte zu führen. Wir kommen zur Abstimmung. Zur Abstimmung liegt der Gesetzentwurf

in Drucksache 5/2384, Neudruck, eingebracht durch die Fraktionen von SPD und DIE LINKE, vor. Wer diesem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Enthaltungen ist dieses Gesetz in 2. Lesung verabschiedet.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 4 und rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht zum 31. Dezember 2009

Drucksache 5/714

in Verbindung damit:

Stellungnahme der Landesregierung zum Tätigkeitsbericht für die Jahre 2008 und 2009 der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht

Drucksache 5/1804

und

15. Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der für den Datenschutz im nicht-öffentlichen Bereich zuständigen Aufsichtsbehörde an den Landtag des Landes Brandenburg

Drucksache 5/1803

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Inneres

Drucksache 5/2409

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der Landesbeauftragten für den Datenschutz. Frau Hartge, Sie haben das Wort.

Frau Hartge (Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ihnen liegt heute zur Beschlussfassung der Beschluss des Innenausschusses zu meinem 15. Tätigkeitsbericht für die Jahre 2008/2009 vor. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen und dem Innenausschuss für seine Arbeit für die Grundrechte, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und das Akteneinsichtsrecht in der Bundesrepublik Deutschland - in Brandenburg einmalig - ganz herzlich danken.

Lassen Sie mich nun zu den Beschlussvorlagen des Innenausschusses kommen. Das wohl wichtigste Thema im Datenschutz ist das Thema Datensicherheit. Das Internet bestimmt mit seinen Möglichkeiten inzwischen für die Bürger nicht nur im privaten Bereich das Leben, sondern es wird auch für die Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung immer wichtiger. E-Government ist hier nur einer der vielen Bausteine.

Das Brandenburgische Datenschutzgesetz hat seit dem Jahre 2007 wirklich unmissverständlich klargestellt, welche Maßnahmen vor Inbetriebnahme von neuen IT-Verfahren abgeschlos-

sen sein müssen. Risikoanalyse und Sicherheitskonzept sind hierbei ganz wichtige Bausteine. Aus ihnen ergibt sich, ob und - hoffentlich - dass alle erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen tatsächlich umgesetzt sind, bevor ein neues Verfahren in den sogenannten Echtbetrieb geht.

Eine Umfrage meiner Dienststelle in den Kommunen unseres Bundeslandes hat gezeigt, dass die gesetzlichen Vorgaben des Datenschutzgesetzes gerade in diesem Bereich in über 60 % der Fälle nicht umgesetzt worden sind. Auf die Frage - auch von mir -, warum das so ist, haben die Kommunen unter anderem darauf hingewiesen, dass es ihnen an dem nötigen qualifizierten Personal mangelt, um diese Vorgaben umzusetzen.

Angesichts der Bedeutung von IT-Sicherheit für das Grundrecht der Bürgerinnen und Bürger sowie der Gewährleistungspflicht des Staates ist dies für mich sehr erschreckend. Das Ergebnis darf jedoch nicht den Blick dafür verstellen, dass wir in den Kommunen einen solchen Mangel festgestellt haben und dass auch im Bereich der Landesregierung immer noch viele Sicherheitskonzepte fehlen.

Es gibt viele Konzepte, die in Arbeit sind bzw. sein sollen. Die sind uns nie als fertiggestellt gemeldet worden. Bei anderen wissen wir definitiv, dass sie nicht fertiggestellt sind. Es gibt in Brandenburg IT-Verfahren der Landesregierung, die seit nunmehr über fünf Jahren ohne ein abgeschlossenes Sicherheitskonzept laufen.

Auch hier - auf meine Nachfrage - wird dann gesagt: Ja, es sind auch Personalmängel, die dazu führen, dass die Sicherheitskonzepte nicht erstellt werden. Verantwortlich sind die entsprechenden Verwaltungen. Das heißt: Nicht nur die Kommunen brauchen die Unterstützung, hier auf den richtigen Weg zu kommen. Ich denke, die Kommunen haben auch ein Interesse daran. Es ist zudem für die Landesregierung wichtig, festzustellen, dass sie sich immer noch auf dem Weg befindet und ihren Weg zielgerichtet dahin gehen muss, dass wir irgendwann das Problem hinter uns haben.

Die vom Innenausschuss hier vorgelegte Beschlussvorlage setzt sich auch im Bereich des Akteneinsichtsrechts für ein Recht der Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg auf Kopien bei der Wahrnehmung ihres verfassungsrechtlich verankerten Rechtes ein. Ich freue mich, dass das Innenministerium in Gesprächen bereits zugesagt hat, dass bei einer angekündigten Novellierung dieses Akteneinsichtsrecht, mit Kopien verbunden, gesetzlich verankert werden soll. Eines sollten wir hier nicht vergessen. Das Recht auf Kopien ist nur ein kleiner Baustein von dem erheblichen Novellierungsbedarf, den wir im BbgDSG haben.

Wir sollten bedenken: Brandenburg hat als erstes Bundesland in Deutschland den Mut gehabt, dieses Gesetz vor immerhin 12 Jahren zu verabschieden und hat jetzt im Vergleich zu den anderen Ländern ein erheblich überholungsbedürftiges Gesetz mit großen Baustellen. Die größte Baustelle in meinen Augen sind hier die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die wir nicht einmal explizit geregelt haben. Bei uns ist es so, dass Unternehmen einfach Nein sagen können. Dann können die Verträge zwischen Staat und Unternehmen nicht veröffentlicht werden. Das ist eine Baustelle, die wir in Brandenburg angehen sollten. Angesichts der politischen Situation in ganz Deutschland und weltweit kann man sagen: Unsere Gesellschaft braucht mehr Transparenz, auch in der Verwaltung.

Lassen Sie mich zum Schluss etwas zu den Möglichkeiten der Aufsichtsbehörde sagen, nachdem Sie hier in diesem Haus im Mai beschlossen haben, die beiden Aufsichtsbereiche - private Aufsicht und öffentliche Aufsicht - zusammenzuführen. Die Entscheidung, in Brandenburg einen einheitlichen Ansprechpartner für dieses Gebiet zu schaffen, ist eine gute Entscheidung gewesen. Die Anzahl der Eingaben der Bürgerinnen und Bürger steigt stetig und, was ich sehr gut finde, Unternehmen nehmen mich in Fragen der Beratung im Vorfeld von neuen Verfahren in Anspruch. Brandenburg zeigt hier, dass Innovation auch mit datenschutzgerechter Technik verbunden sein kann, was ich sehr schön finde und was ich nur unterstützen kann.

Leider steht mir bei diesen stetig wachsenden Aufgaben - ich denke, wir sind uns darin einig, dass sie weiter wachsen werden, weil immer mehr IT eingesetzt wird - nicht mehr in ausreichendem Maße das Personal zur Verfügung, um das zu tun, was eine Aufsichtsbehörde tun sollte, nämlich anlassfrei prüfen zu gehen. Keine anlassfreien Prüfungen durchzuführen wird auf Kosten der Beratung gerade im öffentlichen Bereich gehen. Diese Beratung ist mir ein ganz wichtiges Anliegen für die Verwaltung gewesen. Ich werde ab dem kommenden Jahr überlegen, wo ich sie einschränken kann, ohne dass es allzu große Folgen hat.

Dieses Problem, das ich habe, kann nur mithilfe Ihres Hauses gelöst werden. Ich hoffe auf Ihre Unterstützung und kann nur sagen - Weihnachten steht vor der Tür -: Wenn wir uns alle hier Personal backen könnten, würden wir es gern tun. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Landesbeauftragte Hartge. - Ich finde, es war wirklich sehr wenig Redezeit für eine solch umfangreiche Berichtslage. Sie haben sie nur so wenig nutzen können. - Wir kommen jetzt zum Redebeitrag der CDU-Fraktion. Der Abgeordnete Lakenmacher erhält das Wort.

Lakenmacher (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Hartge, zunächst einmal vielen Dank, auch im Namen meiner Fraktion, für Ihren Bericht. Vielen Dank auch an Ihre Mitarbeiter. Dieser Bericht hat uns heute hier wieder deutlich gemacht, wie wichtig der Datenschutz im Land Brandenburg ist und wie wichtig das Recht auf Akteneinsicht ist.

Es hat sich ausweislich Ihres Berichts gezeigt, dass sowohl in Unternehmen, wie Sie ansprachen, als auch an öffentlichen Stellen der Datenschutz leider nicht immer so betrieben wird, wie es erforderlich wäre und geregelt ist, und dass hier weiterer Handlungsbedarf besteht.

Wenn im Grundsicherungsamt einer Kommune offene Posteingänge, ausgefüllte Überweisungsträger und komplette Leistungsakten ungesichert auf dem Flur stehen, sodass jedermann Einsicht nehmen kann, wenn insgesamt im Land Brandenburg die Mehrheit der Kommunen gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen verstößt und lediglich in 12 % der Kommunen ein IT-Sicherheitsbeauftragter existiert - Sie sprachen es an -, zeigt dies Handlungsbedarf.

Zwar verfügen inzwischen 80 % der brandenburgischen Kommunen über einen behördlichen Datenschutzbeauftragten, aber die Probleme sind folgende: Einerseits fehlt oft die fachlich fundierte Ausbildung für diese Datenschutzbeauftragten, andererseits fehlt es einfach an eingeräumter und zugestandener Arbeitszeit, um diesen Aufgaben gerecht zu werden. Hier muss man in Zukunft ansetzen, um dem Datenschutz zu besserer Wirkung zu verhelfen.

In Anbetracht der Probleme ist für die CDU-Fraktion jedenfalls eines unumstößlich: Die Schlussfolgerung aus diesem Problem kann und darf nicht sein, dass die gesetzlich festgelegten Datenschutzbestimmungen aufgeweicht und Maßstäbe gesenkt werden.

(Beifall CDU und FDP)

Wir müssen heute aber auch über den Schutz der Bürger vor den Gefahren einer unkontrollierten Datensammlung und einer unkontrollierten Datenweitergabe durch Mobilfunkanbieter und durch Internetdienstleister reden, also über den Missbrauch bei der Weitergabe und Nutzung personenbezogener Daten durch Dritte. Besonders gefahrgeneigt und geradezu einladend zum Datenmissbrauch sind die sozialen Netzwerkportale wie Facebook oder StudieVZ. Hier sind vor allem die jungen Benutzer gefährdet. Laut neuesten Studien nutzen die Jugendlichen zwischen 12 und 19 Jahren täglich das Internet. Die deutschen Datenschützer schlagen deshalb zu Recht Alarm und haben sich deshalb zu Recht gegen die Erfassung und Weitergabe von Daten ohne Einwilligung ausgesprochen.

Auch hier möchte ich unsere Position klar darlegen: Facebook und alle Betreiber sind in der Pflicht. Sie müssen endlich sicherstellen, dass die persönlichen Daten aller Mitglieder umfassend geschützt werden. Eine Weiterleitung und Kommerzialisierung privater Daten darf nur und allein dann vorgenommen werden, wenn die ausdrückliche Zustimmung der betroffenen Personen vorliegt.

Insbesondere den jungen Nutzern ist dabei oft nicht im Bewusstsein, dass ihre persönlichen Profile, ihre persönlichen Daten kommerzialisiert und zu Werbezwecken genutzt werden. Den Anbietern kommt hier nach unserer Auffassung eine ganz besondere Verantwortung und die entscheidende Bedeutung zu.

Ich möchte in dem Zusammenhang daran erinnern, dass es die CDU-Fraktion war, die im Juni dieses Jahres einen Antrag in den Landtag eingebracht hat mit der Ziel- und Stoßrichtung, den Vorsitz in der Verbraucherschutzkommission zu nutzen, um möglichst schnell eine Klärung der Rechtslage und eine Verbesserung des Datenschutzes für die Brandenburger zu erreichen. Man hätte den Vorsitz dazu nutzen können, zu klären, inwieweit die bestehenden datenschutzrechtlichen Regelungen ausreichen oder ob es hier lediglich an der behördlichen Umsetzung liegt. Die Koalitionsfraktionen haben unseren Antrag damals leider abgelehnt. Sie haben kein Interesse daran gezeigt. Man kann sich fragen: Was ist hier auf Regierungsebene bislang passiert? Sie können es sich schon denken: Nichts ist passiert.

Zum Abschluss meiner Ausführungen möchte ich anmerken - Frau Hartge hat es angesprochen -, dass auch nach unserer Ansicht eine Datenschutzbehörde, die effektiv und effizient arbeitet, ein gut ausgestattetes Personalbudget braucht. Sie brauchen ein gutes und leistungsfähiges Team, Frau Hartge. Deswegen

bin ich der Meinung: Das, was Ihnen an Mitarbeitern zur Verfügung steht - es sind knapp über 20 -, in Berlin sind es knapp über 30 Mitarbeiter -, ist nach unserem Dafürhalten schlicht und ergreifend zu wenig. Hier sollte man die Personalplanung überdenken. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Die Abgeordnete Stark setzt für die SPD-Fraktion fort.

Frau Stark (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin ist nicht zugegen. Ich bedanke mich ausdrücklich bei Frau Hartge, die im Innenausschuss immer sehr lange und ausführlich zu den einzelnen Fragen der Datenschutzberichte Auskunft gibt. Der Innenausschuss ist auch das richtige Gremium. Ich begrüße es außerordentlich, dass sie auch in der Lage ist, sich auf Kernpunkte zu reduzieren, was Sie hier gemacht haben. Wir arbeiten sehr gern mit Ihnen zusammen, weil ich es persönlich - ich denke, ich spreche für alle Kollegen - als sehr konstruktiv empfinde.

(Beifall SPD)

- Genau, da kann ruhig einmal geklatscht werden. Danke schön. Zum letzten Mal werden wir uns hier im Plenum - und auch der Innenausschuss - mit zwei Datenschutzbehörden auseinanderzusetzen haben: Der öffentliche und der nichtöffentliche Datenschutz sind zusammengefasst worden. Das haben wir als rot-rote Koalition nach vielen Jahren erreichen können. Das war unter dem damaligen Innenminister leider nicht zu machen. Heute wird auch von Ihnen eingesehen, dass es schon viel früher hätte passieren können, denn gerade der Bereich Datenverarbeitung, Datensicherheit ist in der Politik kein Nischenbereich mehr. Er hat sehr an Bedeutung gewonnen, es ist so wichtig, effiziente Strukturen zu haben, um diesem Thema gerecht zu werden. Ich denke, mit Zusammenführung der beiden Aufsichtsbereiche haben wir einen ersten wichtigen Schritt vollzogen. Die Berichte der letzten zwei Jahre unterstreichen eindrucksvoll, dass es richtig war, die beiden Bereiche unter einer unabhängigen Kontrollfunktion speziell bei der Datenschutzbeauftragten zusammenzuführen.

Die vorliegenden Berichte zeigen zwei weitere Gründe, weshalb es so wichtig war, es zusammenzulegen. Sie haben ohne falsche Scheu, ernsthaft und klar zum Ausdruck gebracht, dass die Zahl und die Intensität von Verstößen gegen den Datenschutz sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich erfreulicherweise gering sind - das ist richtig -, nichtsdestotrotz zeigen die Vorkommnisse im Einzelnen ganz speziell, dass hier dringend Abhilfe nötig ist und dass insbesondere im kommunalen Bereich noch sehr viel mehr Sensibilität und mehr Schulungen nötig sind, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Aufgaben besser gerecht werden können.

Auch in der Landesverwaltung gibt es, wie Sie ausgeführt haben, zum Beispiel im IT-Bereich oder beim E-Government, noch große Lücken bei den Verfahren der Datenverarbeitung, und hier müssen wir - wie es das Brandenburgische Datenschutzgesetz im § 7 erfordert - noch nacharbeiten, damit eben so wenig Daten wie möglich verarbeitet werden, auch verwaltet

tungsintern nur auf die jeweils notwendigen Daten zugegriffen wird - da gibt es noch Reserven - und die Einhaltung der Datenschutzstandards jederzeit sichergestellt ist; da gibt es auch noch Reserven.

In den Kommunen ist zu verzeichnen, dass von fünf kommunalen Behörden schon vier einen hauptamtlichen Datenschutzbeauftragten haben. Allerdings erledigen sie das nur als Randaufgabe und haben häufig noch andere Aufgabengebiete in der Kommune. Das ist auch gut so; eine hauptamtliche Stelle allein für den Datenschutz wäre nicht gerechtfertigt. Auch hier ist noch mehr Sensibilität gefragt und müssen noch mehr Schulungen erfolgen. Das Innenministerium ist die oberste Aufsichtsbehörde, die auch für den Auf- und Ausbau des IT-Leistungsbereichs und des E-Governments zuständig ist. Hier müssen wir die Schulungen stärker im Blick haben. Ich appelliere an den zuständigen Innenminister, dieses im Blick zu haben, und denke, dass er das tut.

Die Koalitionsfraktionen haben im Innenausschuss gefordert, dass wir den Bericht so zur Kenntnis nehmen können. Wir haben auf Initiative der Koalitionsfraktionen noch einen Antrag zustande gebracht, der vom Grunde her noch einmal formuliert hat, dass der Datenschutz in den Schulungen der Kommunalakademien und der kommunalen Studieninstitute mehr Raum einnehmen muss und dass dafür durch die Landesregierung Sorge zu tragen ist. Dann haben wir gerade auch im Bereich der Schule eine Nachbesserung gefordert. Eine Nachbesserung beim Recht auf Akteneinsicht im schulischen Datenschutz ist unbedingt notwendig; darauf ist der Bericht noch einmal speziell eingegangen. Und wir haben die Landesregierung gebeten, im Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz die Frage des Rechtsanspruchs auf Kopien zu klären. Ich finde, es ist eine wichtige Frage, dass, wenn Leute Akteneinsicht nehmen, sie dann auch den Anspruch haben, dass die Verwaltung ihnen Kopien aushändigt, dass sie verbindlich Auszüge dessen, was zur Einsicht vorgelegt werden soll, zu machen hat.

Frau Hartge, ich habe es im Hinterkopf und sehe es genauso. Wie gesagt, es ist ein wachsender Bereich. Früher war Datenschutz ein Thema, mit dem sich niemand so richtig beschäftigen wollte, weil es immer ein bisschen langweilig war. Das hat sich verändert, nicht nur aufgrund der Skandale der letzten Jahre. Auch unsere eigene Sensibilität bezogen auf das Internet, auf unsere Bankdaten, auf die Gesundheitsdaten etc. ist hoch. Das ist ein sehr sensibles politisches Thema. Das spiegelt sich letztlich auch an der Zahl der Anfragen, die in beiden Bereichen Ihrer Behörde auflaufen, wider. Die Frage, die wir im Hinterkopf haben müssen, ist: Ist das mit dem Personal, das Sie zur Verfügung haben, machbar? Sie haben signalisiert, dass Sie erst einmal eigene Reserven aktivieren werden - das ist richtig. Dann werden wir weiterhin verantwortungsvoll schauen müssen, ob es ausreicht oder nicht.

AIG Baustelle - das sehe ich auch so. Wir haben ja noch eine Weile Zeit in dieser Legislaturperiode, sodass wir zum Beispiel den Punkt Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse usw. bearbeiten werden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Präsident Fritsch:

Wir setzen mit dem Beitrag des Abgeordneten Goetz fort. Er spricht für die FDP-Fraktion.

Goetz (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Sehr geehrte Frau Hartge! Unsere Landesdatenschutzbeauftragte ist ja nicht nur eine Landesdatenschutzbeauftragte, sondern gleichzeitig unsere Informationsfreiheitsbeauftragte. Das macht deutlich, dass wir uns in einem ständigen Spagat befinden. Wir haben zwei Seiten einer Medaille, die einander ausschließen scheinen. Wir haben einerseits das Interesse der Öffentlichkeit an freiem Zugang zu Informationen, an Informationsfreiheit, und wir haben andererseits das Interesse aller, dass die persönlichen Daten sicher und geschützt sind.

Am 13. Dezember 2010 fand in Kleinmachnow eine Konferenz der deutschen Informationsfreiheitsbeauftragten statt, die auch eine Entschließung herausgebracht hat mit dem Ergebnis, dass wir alle mehr Transparenz wagen sollten. Es wird in vielen Bereichen deutlich, wie groß das Interesse ist, dass die Informationen nicht erst auf Anfrage, sondern aus eigener Initiative gegeben werden sollen.

Es gibt viele Fortschritte, und insbesondere das Internet ist ja das probate Medium, um die Informationen, die die Öffentlichkeit haben will, verfügbar zu halten. Jüngste Beispiele dafür, dass Transparenz die Demokratie stärkt, lassen sich finden, und es gibt auch die Gegenbeispiele im Land Brandenburg; der BBI war heute schon Thema. Man darf sich eben nicht wundern, dass, wenn zehn Jahre die Wahrheit unterdrückt wird, Menschen dann aufwachen, ihr Recht auf Informationsfreiheit einfordern und einen gewissen Informationsgehalt erwarten.

Auf der anderen Seite gibt es Dinge wie Google Streetview, die dazu führen, dass Menschen sich Sorgen machen, was mit ihren persönlichen Daten geschieht, dass andere Daten erhalten, die ihnen nicht zustehen und dass diese Daten zum Nachteil des Betroffenen missbraucht werden. Das krassste und jüngste Beispiel dafür, was passieren kann, liefert, glaube ich, WikiLeaks. Jeder glaubt, dass, wenn die Amerikanische Botschaft Daten hat, wenn die amerikanischen Geheimdienste Daten haben, die Daten wenigstens dort sicher seien. Denn wenn nicht einmal in diesen Diensten Datensicherheit geschaffen werden kann - wo bitte dann? Das zeigt eben auch das Risiko, dass Daten, wenn sie gesammelt und stark vernetzt werden, auch an die Öffentlichkeit gelangen können und es eben keine absolute Sicherheit gibt, auch nicht bei Behörden, nicht einmal bei denen, wo man große Sicherheit erwartet. Daran wird deutlich, wie wichtig es ist, Daten zu schützen und damit sensibel und sorgfältig umzugehen.

Bei WikiLeaks ist die FDP übrigens gut weggekommen. Wir sind von der Amerikanischen Botschaft als die Partei festgehalten worden, die sich am stärksten widersetzen wird, wenn es darum geht, dass ausländische Dienste auf unsere Konten zugreifen wollen. Wir sind festgehalten worden als die Partei, die sich am stärksten widersetzen wird, wenn Flugdaten erhoben werden sollen. Das alles ist dabei, das gehört zur Kommunikation dazu, aber normalerweise machen wir unsere Werbung selbst und bedienen uns dazu nicht der Amerikanischen Botschaft.

(Beifall FDP)

Klar ist jedenfalls, dass unsere Datenschutzbeauftragte unzureichend personell ausgestattet ist. Das haben meine Vorredner, auch Frau Stark als Vorsitzende des Innenausschusses, deutlich

gemacht. Ich biete Ihnen von Herzen an: Machen wir es doch gemeinsam. Wir alle haben die Erkenntnis, dass es eine Lücke im Personalbestand gibt. Schließen wir die Lücke gemeinsam. Das muss ja nicht bloß von der Regierungskoalition kommen. Sie wissen uns da voll an Ihrer Seite. Greifen Sie das auf. Wir können Personalbedarf feststellen. Es werden nicht gleich alle Wünsche auf einmal erfüllt werden, aber auch, wenn es schrittweise vorangeht, wäre es ein Fortschritt, der dem Datenschutz in Brandenburg dienen würde.

Die Voraussetzungen bzw. die Herausforderungen sind vielfältig. Ich erinnere an den neuen Personalausweis, bei dem bereits die ersten Missbrauchsfälle auftreten. Ich erinnere an das Zensusgesetz 2011, in dessen Rahmen bei den kommunalen Körperschaften massenhaft Daten erhoben werden und die Sicherheit der Daten gewährleistet werden muss. Dafür brauchen wir unsere Datenschutzbeauftragte. Ich erinnere daran, dass die technischen Entwicklungen nach wie vor - und das wird auch so bleiben - schneller sind als die Entwicklung des Rechts. Wir laufen den technischen Entwicklungen immer hinterher. Wenn wir das mit einer unzureichenden Ausstattung tun, wird der Abstand zwischen technischer Entwicklung und Datensicherheit bzw. Datenschutz natürlich noch viel größer.

Beim cloud computing werden Daten ausgelagert und andernorts verwaltet, und es muss in erheblichem Umfang dazu beigetragen werden, Daten zu sichern, um letztlich die Freiheit des Einzelnen zu sichern. Missbrauchte oder geschützte Daten können das Ergebnis sein - je nachdem, wie damit umgegangen wird.

Wir haben das Scoring-Verfahren bei Banken, womit aus Wohnort und Umzügen geschlussfolgert wird, wie kreditwürdig jemand ist. Auch das sind Punkte, die anstehen. Und wir haben die Bundesverfassungsgerichtsentscheidung zur Vorratsdatenspeicherung vom März 2010. Das Bundesverfassungsgericht hat die Vorratsdatenspeicherung gekippt, übrigens auch auf Antrag der FDP-Fraktion, weil wir sensibel mit diesen Daten umgehen wollen und der Meinung sind, dass es so nicht geht.

Insofern ist dort ein guter Schritt getan worden, der sich übrigens auch im Land Brandenburg auswirkt und der auch hier dazu führt, dass der Datenschutz mit stärkerem Einsatz gewährleistet werden muss. Gut ist die Zusammenführung des öffentlichen und des privaten Datenschutzes. So weit sind wir jetzt. Die Beschlussvorlage, die hier als Antrag von Rot-Rot gekommen ist, ist inhaltlich nicht falsch, aber es sind Akzente gesetzt worden, die eigentlich die falschen sind. Wesentlich wichtiger wäre es mir gewesen, Datenschutz nicht nur dadurch zu stärken, dass man erklärt, dass er gewährleistet werden soll, sondern eben auch dadurch, dass Personal aufgestockt wird und man dann dort mit besseren Voraussetzungen Datenschutz gewährleisten kann.

Abschließend, Frau Hartge, herzlichen Dank an Sie für Ihre geleistete Arbeit, für Ihre Berichterstattung im Ausschuss. Übermitteln Sie diesen auch an Ihre Mitarbeiter, weil sie es letztlich auch sind, die sich unentwegt dafür einsetzen - ich weiß das -, Datensicherheit und persönliche Freiheit im Land Brandenburg zu gewährleisten. Vielen Dank für Ihre Arbeit! Viel Erfolg! Schöne Feiertage! - Ich danke Ihnen.

(Beifall FDP)

Präsident Fritsch:

Dr. Scharfenberg setzt für die Linksfraktion fort.

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Datenschutz gewinnt vor dem Hintergrund einer rasanten technischen Entwicklung immer mehr an Bedeutung. Die bekannten Datenschutzskandale in den vergangenen Jahren waren offenbar nur die Spitze des Eisbergs im missbräuchlichen Umgang mit persönlichen Daten. Wesentliche Rahmenbedingungen für den Datenschutz werden durch den Bund gesetzt, aber auch das Land Brandenburg muss mit den Herausforderungen bei der Gewährleistung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung Schritt halten. Notwendig sind vor allem entsprechende Schutzmaßnahmen beim Einsatz moderner Technik. Dazu nimmt die Landesdatenschutzbeauftragte in ihrem Tätigkeitsbericht grundsätzlich Stellung. Auch wenn es in diesem Bericht noch keine Rolle spielen kann, will ich hier doch erwähnen - andere haben das auch getan -, dass die Zusammenlegung der Datenschutzaufsicht über den öffentlichen und den nichtöffentlichen Bereich bei der Landesdatenschutzbeauftragten zweifellos ein wichtiger Schritt gewesen ist. Dieser Schritt stand schon lange an. Er ist allerdings vonseiten der CDU in der früheren Koalition nicht möglich gewesen.

Ich bin mir sicher, dass Frau Hartge sich dieser für sie noch neuen Aufgabe mit großem Engagement stellt. Das ist in der Berichterstattung, die wir in der letzten Sitzung des Innenausschusses entgegengenommen haben, auch deutlich geworden. Während der Datenschutz im öffentlichen Bereich ein relativ hohes Niveau hat, gibt es im privaten Bereich manche Grauzone, der nur mit einer entsprechenden Kontrolltätigkeit zu begegnen ist. Ich denke, da wird sich einiges ändern.

Wir wollen ein hohes Niveau im Datenschutz insgesamt im Land Brandenburg. Dieser Anspruch gilt auch für die Gewährleistung des Akteneinsichtsrechts. Frau Hartge hat darauf aufmerksam gemacht: Das Land Brandenburg hatte eine Vorreiterrolle im Akteneinsichtsrecht. Das ist übrigens auch ein Beispiel dafür, wie man durch zähe Tätigkeit aus der Opposition heraus eine ganze Menge erreichen kann; denn es hat damals lange gedauert, bis wir dieses Akteneinsichtsrechtsgesetz tatsächlich hatten. Deshalb hat der Innenausschuss den Tätigkeitsbericht und die Stellungnahme der Landesregierung nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern daraus auf Initiative der Koalitionsfraktionen in der vorliegenden Empfehlung inhaltliche Anforderungen an die Landesregierung formuliert. Darauf hat meine Kollegin Stark schon Bezug genommen. Ich denke, wir haben richtige und wichtige Punkte formuliert, und wir haben darin natürlich auch eine Kritik an der Landesregierung formuliert; denn die Anforderung, das Recht auf Anfertigung von Kopien zur Akteneinsicht in das Gesetz aufzunehmen, ist zum wiederholten Male formuliert worden. Wir werden das auch aufmerksam begleiten.

Zum Schluss möchte ich wie meine Vorredner Frau Hartge für ihre engagierte und couragierte Arbeit danken. Ihr Job bringt es mit sich, Frau Hartge, dass Sie sich nicht gerade beliebt machen, wenn Sie Missstände kritisieren und hartnäckig auf die Abstellung von Mängeln drängen. Aber ich kann Ihnen nur sagen: Lassen Sie sich nicht beirren! Unsere Unterstützung haben Sie dabei.

(Frau Stark [SPD]: Ja! sowie Beifall)

Danke schön.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Nonnemacher setzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fort.

Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90):*

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr verehrte Frau Landesbeauftragte! Gestatten Sie mir vorab eine kurze Bemerkung zu Herrn Goetz. Kollege Goetz, ob ich die WikiLeaks-Affäre und die FDP nun so ohne Not hier angeführt hätte, weiß ich nicht so richtig. Die Tatsache, dass der Büroleiter unseres Bundesaußenministers eine Plaudertasche ist, ist ja irgendwo auch ein Datenschutzproblem. Das fand ich als Beispiel ein bisschen merkwürdig.

(Beifall GRÜNE/B90 und der Abgeordneten Stark [SPD])

Ob Telekom-Affäre, Vorratsdatenspeicherung oder BKA-Gesetz, die Datensammelwut von Staat und Wirtschaft scheint keine Grenzen zu kennen. Menschen haben jedoch ein Recht darauf, vom Staat in Ruhe gelassen zu werden. Und sie haben ein Recht darauf, zu wissen, an wen ihre Daten weitergegeben werden, und das Recht, dieser Praxis zu widersprechen. Deshalb müssen die Datenjäger und -sammler sorgsam überwacht werden. Vor diesem Hintergrund bin ich Frau Hartge für ihre Arbeit sehr dankbar. Uns Grünen liegt der Datenschutz nämlich besonders am Herzen. Sie hat ihren Tätigkeitsbericht im März dieses Jahres vorgestellt und auf einige Punkte besonders hingewiesen, zum Beispiel auf gravierende Defizite bei der Umsetzung des Datenschutzgesetzes in den Kommunen - das hat sie auch heute hier wieder als ein schwerwiegendes Problem angeführt - und fehlende Sicherheitskonzepte für einzelne Verfahren wie das Serviceportal der Landesverwaltung, die Beantragung von Reisepässen oder das Virtuelle Bauamt. Der Landesregierung sind diese Problemfelder größtenteils bekannt, und sie versicherte, dass diese Probleme schrittweise abgestellt würden.

Im Innenausschuss machte die Landesdatenschutzbeauftragte auf weitere Punkte aufmerksam. So gebe es eine Tendenz, dass Verfahren zur Verarbeitung personenbezogener Daten produktiv eingesetzt würden, ohne dass die Anforderungen des Brandenburger Datenschutzes vollständig erfüllt seien, zum Beispiel IT-Sicherheitskonzepte nur im Entwurf vorlägen und IT-Sicherheitsmaßnahmen unzureichend seien. Diesem Vorwurf trat die Landesregierung entgegen, konnte ihn jedoch nicht gänzlich entkräften. Die Landesregierung habe bereits einzelne Maßnahmen ergriffen, hieß es. Dies kommt meiner Meinung nach recht spät; denn die Landesdatenschutzbeauftragte bemängelt ja gerade die fehlende Vorsorge und eine gewisse grundsätzliche Sorglosigkeit.

Diese Punkte habe ich im Innenausschuss angesprochen. Meine Stellungnahme ist der Beschlussempfehlung beigelegt. Des Weiteren hat meine Fraktion zu bestimmten Punkten sowohl bei der Landesregierung selbst als auch bei der Datenschutzbeauftragten nachgefragt. Einige aus den Antworten gewonnene Erkenntnisse haben dankenswerterweise Eingang in den Antrag von SPD und Linke gefunden, zum Beispiel das Recht auf Ko-

prien bei der Einsichtnahme in Akten und die Unterstützung der Kommunen. Insofern konnte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Ausschuss dem Antrag der Koalitionsfraktionen zustimmen, auch wenn ich mir in einzelnen Punkten etwas klarere Forderungen gewünscht hätte. Denn noch nie wurde so viel erfasst, gespeichert und übermittelt. Immer häufiger werden Daten zur Überwachung oder Profilerstellung missbraucht. Die Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, wer wann was und wo speichert und übermittelt. Nur sie selber, kein Arbeitgeber, kein Internetanbieter, keine Krankenkasse und auch nicht der Staat, dürfen bestimmen, wer Zugriff auf ihre Daten hat und was damit geschehen soll. Der Schutz des Kernbereichs privater Lebensführung ist durch die Vielzahl unbestimmter Datensammlungen, privat wie öffentlich, weiter stark gefährdet und muss geschützt bleiben. Datenschutz und Datensparsamkeit müssen die Leitlinien sein. Deshalb bin ich froh, dass Frau Hartge ihre Aufgabe so gewissenhaft wahrnimmt und seit diesem Jahr auch die Aufsicht über den nichtöffentlichen Bereich ausübt. Bei dieser nicht immer einfachen Aufgabe haben Sie die volle Unterstützung meiner Fraktion. Weiterhin viel Erfolg dabei!

(Beifall GRÜNE/B90 und vereinzelt SPD)

Präsident Fritsch:

Es folgt eine Kurzintervention vom Abgeordneten Goetz.

Goetz (FDP):

Sehr geehrte Frau Kollegin Nonnemacher! Das Bundesvorstandsmitglied der Grünen, Malte Spitz, erklärt:

„Deshalb finden wir es richtig und legitim, dass auch unliebsame Informationen durch eine solche Plattform ans Tageslicht kommen. Politik sollte nicht die alleinige Institution sein, die entscheidet, was im öffentlichen Interesse ist oder nicht“

Also begrüßen auch die Grünen die Veröffentlichungen von WikiLeaks. Insofern sollten Sie sich hier nicht anders verhalten. Sie könnten zumindest überlegen oder mit Ihrem Vorstandsmitglied diskutieren, was richtig wäre. Was den Büroleiter des FDP-Bundesvorsitzenden angeht, so ist es der ehemalige Büroleiter, er hat diese Funktion nicht mehr inne. Dass irgendwer irgendwo etwas erzählt, mag überall und in jedem Hause passieren. Das ist genau der Punkt des Datenschutzes, dass man sagt: Es gibt keine absolute Datensicherheit. Wo Menschen sind, da passieren auch Fehler. - Solchen Fehlern muss man sich stellen. Deswegen ist es wichtig, dass es Institutionen gibt, die auf solche Fehler achten und dafür sorgen, dass mit Daten sicher umgegangen wird. Lässt man einmal die Personalien weg, die für die Medien natürlich interessanter erscheinen, und betrachtet nur die Fakten, kommt im Ergebnis heraus, dass die FDP von amerikanischen Behörden als „die“ deutsche Datenschutzpartei

(Jungclaus [GRÜNE/B90]: Als Informationsquelle!)

schlechthin wahrgenommen wird, und dieses Moment - wenn es hier um Datenschutz geht - kann durchaus betont werden. Um mehr ging es nicht, ausschließlich darum. Insofern danke für Ihre Anregung, die Gelegenheit bot, noch etwas dazu zu sagen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall FDP)

Präsident Fritsch:

Laut Geschäftsordnung haben Sie die Chance, darauf zu reagieren. Das möchten Sie nicht. Danke sehr. - Wir gehen in der Rednerliste weiter. Unser Datenschutzminister Woidke spricht zu uns.

(Heiterkeit)

Minister des Innern Dr. Woidke:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Goetz, ich denke, es war überflüssig, dass Frau Nonnemacher auf Ihre Kurzintervention reagiert. Der ganze Saal hat verstanden, was sie meinte - außer Ihnen offensichtlich. Damit möchte ich mich nun nicht weiter befassen, sondern zum Bericht der Landesdatenschutzbeauftragten kommen.

Ich freue mich sehr, dass hier im Haus eine große Einigkeit herrscht, was die Arbeit der Landesbeauftragten und ihrer Mitarbeiter betrifft. Frau Hartge, auch von meiner Seite einen herzlichen Dank für Ihre engagierte Arbeit!

(Beifall SPD)

Ihre Tätigkeitsberichte haben auch für die Landesregierung eine wichtige Funktion. Zum einen weisen sie auf Problemfelder im Datenschutz, die im Arbeitsalltag oft nicht bewusst wahrgenommen werden, hin. Zum anderen zeigen die Berichte, ob der eingeschlagene Weg der richtige ist und wo wir gegebenenfalls nachsteuern oder korrigieren müssen. Vor diesem Hintergrund werden die Berichte in und zwischen den Dienststellen sehr intensiv diskutiert.

Der Bericht der Landesbeauftragten zeigt, dass die Landesregierung und die Landesbeauftragte bei Datenschutz und Datensicherheit innerhalb verschiedener Projekte immer besser und enger zusammenarbeiten. Ein Beispiel dafür ist die Einführung des elektronischen Vorgangsbearbeitungssystems der Landesverwaltung. Die Landesbeauftragte war von Anfang daran beteiligt, und das schlägt sich in einem guten Ergebnis nieder. Im Bericht stecken aber auch Beispiele, die von einer gelegentlich nicht ganz so reibungslosen Zusammenarbeit zeugen. Die Entwicklung und Inbetriebnahme des Serviceportals der Landesverwaltung gehört unzweifelhaft dazu.

Aber auch, wenn wir uns auch nicht in allen Fragen und Details einig werden, ist mir Folgendes wichtig: Wir als Landesverwaltung in Summe brauchen weiterhin eine enge Zusammenarbeit mit der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht. Das gilt besonders mit Blick auf die immer weiter fortschreitende Technisierung unseres täglichen Lebens und erst recht die Technisierung unserer Arbeitswelt. E-Government und eine effiziente Verwaltung können nur dann funktionieren, wenn die IT-Anwendungen sicher sind und die Grundrechte der Betroffenen und auch der Anwender gewahrt bleiben. Weiterhin konstruktiv mit der Landesbeauftragten zusammenzuarbeiten ist also ein ausdrückliches Anliegen der gesamten Landesregierung.

Im Mai hat der Landtag per Gesetz die Aufgaben der Aufsichtsbehörde für den privaten Bereich auf die Landesbeauf-

tragte übertragen. Diese Bündelung dient vor allem dazu, effizientere Strukturen zu schaffen, die der gewachsenen Bedeutung des Datenschutzes gerecht werden. Sie trägt dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur Unabhängigkeit der Datenschutzkontrollbehörden Rechnung. Ich wünsche Frau Hartge weiterhin viel Erfolg bei dieser neuen Aufgabe.

Meine Damen und Herren, die mit der Beschlussempfehlung verbundenen Aufträge wird die Landesregierung im kommenden Jahr umsetzen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SDP und die Fraktion DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Herr Woidke, die Bewertung einer Kurzintervention, die nicht an Sie gerichtet war, als Abgeordneter Woidke, kann ich gerade noch einmal durchgehen lassen. Als Minister steht sie Ihnen nicht zu.

(Minister Dr. Woidke: Ich entschuldige mich! - Zuruf des Abgeordneten Goetz [FDP])

Ich denke, Herr Goetz hat das angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung. Ihnen liegt die Beschlussempfehlung in Drucksache 5/2409 - Tätigkeitsbericht der LDA, Stellungnahme der Landesregierung, 15. Bericht der Landesregierung - vor. Wer der Beschlussempfehlung Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Beschlussempfehlung einstimmig ohne Enthaltungen gefolgt worden. - Herzlichen Dank!

(Allgemeiner Beifall)

Ich schließe Tagesordnungspunkt 5 und rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Ausschreibung des S-Bahn-Netzes in Berlin und Brandenburg zügig vorbereiten

Antrag
der Fraktion der FDP

Drucksache 5/2066

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Infrastruktur
und Landwirtschaft

Drucksache 5/2392

Hierzu wurde vereinbart, keine Debatte zu führen.

Wir kommen also zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung in Drucksache 5/2392. Wer der Beschlussempfehlung Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Beschlussempfehlung mit einigen Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Wir verlassen Tagesordnungspunkt 6, und ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Erfolgsmodell Städtebauförderung absichern!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 5/2225

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Infrastruktur
und Landwirtschaft

Drucksache 5/2393

Dazu liegt Ihnen ein Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/2544 vor.

Wir beginnen die Debatte mit dem Beitrag des Abgeordneten Genilke für die CDU-Fraktion.

Genilke (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Fraktionsübergreifend sind wir uns darüber einig, dass die Städtebauförderung ein wichtiges Instrument für die Entwicklung der Städte ist. Wir haben schon oft hier und nun noch einmal im Ausschuss darüber debattiert. Die Zielstellung aller Fraktionen ist klar, nämlich so viel Geld vom Bund wie möglich für die natürlich sinnvollen Maßnahmen im Rahmen der Städtebauförderung zu investieren.

Auf Bundesebene wurde im Zuge der Haushaltsberatungen auf die vielfältige Kritik aus den Ländern reagiert und im November eine Wiederaufstockung der Städtebaufördermittel beschlossen. Anstelle von 305 Millionen Euro sind es nunmehr 455 Millionen Euro. Natürlich ist das weniger als die ursprünglich zur Verfügung stehenden 605 Millionen Euro, und natürlich kann man sich immer noch etwas mehr wünschen, vor allem dann, wenn man nicht selbst die Verantwortung dafür trägt.

Sie wissen, dass auch auf Bundesebene schmerzhaft Konsolidierungsmaßnahmen nötig wurden. Dennoch möchte ich an dieser Stelle erwähnen, dass die Forderungen der SPD im Bund nach weniger Neuverschuldung durchaus nicht in den Zusammenhang zu bringen sind, wie er von den Ländern oftmals dargestellt wird. Gleichzeitig erinnere ich an die gestern und vorgestern ausgerufene Maxime, weniger in Beton und mehr in Köpfe zu investieren. - Das Signal, das davon an den Bund ausgesandt wird, ist: Wenn die Prioritäten so sind, dann sind sie so. - Man kann aber nicht immer so tun, als sei der Bund für den Beton und das Land nur noch für die Köpfe zuständig.

Es kommt also immer auf die Ausgewogenheit der Entscheidungen im jeweiligen Haus an. Von daher, denke ich, brauchen wir auch dahin gehend noch einmal eine Klarstellung darüber, wie das gemeint ist und ob wir uns weiterhin mit einem sinkenden Etat in gerade diesem Bereich, was den „Beton“ angeht, abfinden müssen. Außerdem - das gehört auch zur Wahrheit - war im Haushaltsansatz des Landes im Haushalt 2011 bei Weitem nicht die Summe eingestellt, die hätte eingestellt sein müssen, wenn der Bund die Mittel wie im letzten Jahr zu 100 % zur Verfügung gestellt hätte. Es waren aber nur die 75 %. Von daher - das möchte an dieser Stelle ansprechen - geht der Ent-

schließungsantrag der Grünen ins Leere, denn es ist natürlich so, dass das Geld bei Weitem nicht im Haushalt 2011 herumliegt. Der Verbleib der angesprochenen 7,5 Millionen Euro wird sich - wie ich denke - sicherlich durch die Rede des Ministers aufklären lassen.

Zumindest ist es nach meiner Nachfrage so gewesen, dass es hierbei nicht um die 7,5 Millionen Euro gehen kann, denn es sind, wie schon gesagt, nur die Mittel bereitgestellt worden, die eine nur 75%ige Förderung des Bundes erwarten lassen.

Jeder Einzelne kann sich an fünf Fingern abzählen, dass die notwendige Mittelbereitstellung auch im Landeshaushalt nur mit Biegen und Brechen erreicht werden kann. Gerade vor diesem Hintergrund ist der Antrag gegen die drei Oppositionsfraktionen durchgedrückt worden, der beschließen soll, dass der Bund in besonderer Weise investieren soll und dass der Bund sich einsetzen soll, sodass man sich seiner Verantwortung dadurch praktisch ein wenig entzieht.

Gerade das Programm „Soziale Stadt“, das in der Städtebauförderung ein nicht ganz unbedeutender Titel ist, ist gegenzufinanzieren. Hierzu muss ich allerdings auch sagen, dass dieser Titel auf jeden Fall nicht so groß ist, dass er, wenn das Land und die Regierungsfaktionen sich einig sind, nicht auch mit eigenen Mitteln hätte geschultert werden können. Auch hier sollte man etwas Rhetorik herausnehmen und darauf achten, dass man mit den Füßen auf dem Boden bleibt. Es wäre möglich gewesen, wenn es wirklich gewollt worden wäre.

Darüber hinaus ist die Wirksamkeit solcher Anträge natürlich nur dann gegeben, wenn man sie fraktionsübergreifend beschließt. Hier nutzt sich, besonders was die Forderungen an den Bund angeht, ein Stück weit die Schärfe ab. Wenn man immer nur sagt, der Bund sei es, dann ist es die Regierungskoalition usw. Sie können mir glauben, der Bund wird sich davon nicht besonders beeindrucken lassen. Wir sollten das - ganz ähnlich wie gestern bei der Altschuldenhilfe - auf ganz bestimmte Schwerpunkte anwenden, ansonsten verliert dieses Schwert seine Schärfe. Damit, so denke ich, kommen wir an dieser Stelle gegenüber dem Bund nicht viel weiter. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Alter setzt für die SPD-Fraktion fort.

Frau Alter (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachte Antrag galt einem fraktionsübergreifenden gemeinsamen Anliegen, nämlich der Sicherung der Städtebauförderung im kommenden Jahr und darüber hinaus.

Die Überweisung des Antrags hat sich als richtig erwiesen, weil bis zur abschließenden Beratung einige Antragspunkte abschließend bearbeitet werden konnten. Brandenburg kofinanziert sämtliche vom Bund angebotenen Städtebaufördermittel. Es konnte, bedingt durch den Aufschrei der Fachminister und aller Beteiligten, erreicht werden, dass die ursprünglich vorgesehene Halbierung der Bundesmittel zurückgenommen wurde. Das haben wir aber unter anderem auch dem Engagement unseres Ministers Vogelsänger zu verdanken.

Die bisher erfolgte Aufteilung der Bundesmittel zwischen den Ländern ist erhalten geblieben.

(Vereinzelt Beifall SPD und DIE LINKE)

- Dazu kann man wirklich einmal klatschen.

Das Programm zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden ist in die Verwaltungsvereinbarung mit aufgenommen worden. Einige Forderungen konnten nicht umgesetzt werden, weil aufseiten des Bundes keine Bereitschaft dazu bestand. Die Kürzung der Städtebauförderung beträgt immerhin noch 25 % bzw. 150 Millionen Euro.

Das Programm „Soziale Stadt“ wurde extrem benachteiligt. Dieses Programm wurde um 70 % gekürzt und kann künftig nicht mehr aus anderen Programmen finanziert werden. Jeder kann sich selbst ausmalen, dass damit das Aus für viele soziale Projekte in problematischen Stadtvierteln vorhersehbar ist - egal, ob es Stadtteil-Treffs oder integrative Maßnahmen sind. Diese Kürzungen werden uns auf die Füße fallen und an anderen Stellen neue Kosten verursachen. Das ist für all diejenigen, die in den vergangenen Jahren im Rahmen der „Sozialen Stadt“ in ihren Stadtteilen unterwegs waren, ein Schlag ins Gesicht.

Sehr geehrter Herr Petke, Sie hätten mit Ihrer Frau darüber reden sollen, dass sie auf Bundesebene nicht dagegenstimmt. Der Beschlussvorschlag setzt an diesen bundespolitischen Fehlentscheidungen der Städtebaupolitik an. Um einem massiven Anstieg des Leerstandes entgegenzuwirken, brauchen wir die Fortführung der Städtebauförderung und insbesondere des Stadtumbaus Ost. Die Kürzungen der Programme in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes müssen daher zurückgenommen werden. Die einseitige Benachteiligung des Programms „Soziale Stadt“ muss aufgehoben werden.

(Vereinzelt Beifall SPD)

Die Kürzung der CO₂-Gebäudesanierung, die direkt dem gerade erst veröffentlichten Energiekonzept der Bundesregierung widerspricht, muss ebenfalls zurückgenommen werden. In den Beschlussvorschlag haben wir auch das Thema Leerstand im ländlichen Raum aufgenommen. Es ist sinnvoll, den ohnehin im März 2011 anstehenden Vorschlag des MIL und auch die ersten Ergebnisse des neuen Bundesprogramms „Kleinere Städte und Gemeinden“ aufzunehmen. Vor zu viel Euphorie sei allerdings gewarnt. Das Programm ist klein und kann allenfalls punktuell wirken. Was wir brauchen, ist eine Diskussion über die Schwerpunkte der ELER-Verordnung ab 2014. Dafür wird der Vorschlag des Ministers im März sicher eine gute Grundlage liefern. - Danke schön.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Beyer spricht für die FDP-Fraktion.

Beyer (FDP):

Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Mit der vorliegenden Beschlussempfehlung wird ein für Brandenburg zentrales Thema mit besonderer Bedeutung angesprochen. Ich denke, darüber sind wir uns alle einig.

Uns ist bewusst, dass die Städtebauförderung ein wichtiges Instrument für die Kommunen, für die Stärkung unserer Städte und Gemeinden und damit für die Lebensqualität der Menschen ist. Besonders in Brandenburg und in anderen ostdeutschen Ländern war und ist die Städtebauförderung das entscheidende Instrument für die Revitalisierung und den Umbau unserer Städte.

Auch wir würden uns wünschen, dass die Städtebauförderung als gemeinschaftliche Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen auf dem bisherigen Niveau, aber flexibler fortgeführt werden könnte. Ich denke, in diesen Punkten sind sich alle Fraktionen des Hauses einig. Nun heißt die Veranstaltung in diesem Hohen Hause allerdings nicht „Wünsch dir was“. Wichtiger ist es, den Blick auf das Erreichte zu lenken.

Während im Sommer noch eine Halbierung der Mittel für die Städtebauförderung geplant war, wurde am 11.11.2010 - Sie erinnern sich, das war der Tag, als wir hier in diesem Hohen Haus über den Nutzen von Kardamom und Koriander debattiert haben - die Aufstockung des Programmvolumens um 25 % erreicht. Das war mehr als erfreulich, und die Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag haben damit ein bedeutendes Signal für investitions- und kommunalpolitische Entscheidungen gesetzt. Die Erfolgsgeschichte der Städtebauförderung als gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden wird damit auf einem hohen Niveau fortgesetzt. Für diesen Erfolg wurden viele Hebel in Bewegung gesetzt. Auch in Brandenburg haben sich viele über die Fraktionsgrenzen hinaus für diese Frage starkgemacht. Darüber sollten wir uns freuen, anstatt schon wieder in kollektives Wehklagen einzustimmen.

Nicht nur das Land Brandenburg unterliegt einem Konsolidierungszwang, sondern der Bund genauso. Trotz dieses Konsolidierungszwangs hat die schwarz-gelbe Bundesregierung Prioritäten gesetzt und sich für eine kontinuierliche und erfolgreiche Stadtentwicklung eingesetzt. Dabei muss auch der Bund die Frage beantworten, was er sich noch leisten kann und was nicht. Es ist geboten, nach den realen Möglichkeiten mit Augenmaß zu agieren; dies gilt für die Bundesregierung ebenso wie für das Land Brandenburg. Dies war heute ja schon mehrfach Thema.

Die Landesregierung ist aufgefordert, auf der Basis dessen, was sich der Bund noch leisten kann, so intelligent wie möglich zu agieren. Es müssen Lösungen gefunden werden, um die Kürzungen des Bundes zu kompensieren, indem man etwa die Effekte mehrerer Programme nutzt, um diese je nach Bedarf teilweise gemeinsam zu bedienen.

Um auf veränderte Bedingungen reagieren zu können, muss die Städtebauförderung vor dem Hintergrund des Sparzwangs so ausgestaltet sein, dass Mitteleinsatz und Nutzen noch effizienter werden. Das ist das Gebot der Stunde, Kolleginnen und Kollegen. Anträge, deren ganze Idee sich darin erschöpft, nach dem Bund zu rufen, sind ein wenig zu dünn für unsere Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Henschke spricht für die Linksfraktion.

Henschke (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach so viel Einigkeit, die wir gestern noch demonstriert haben, ist es vielleicht auch einmal an der Zeit, miteinander über Unterschiede zu reden. Ich denke, der vorliegende Antrag, den wir, wenn ich mich richtig erinnere, noch gemeinsam in den Ausschuss überwiesen haben - und das war auch gut so -, bietet jetzt die Gelegenheit zur Auseinandersetzung.

Zunächst will ich auch hier noch einmal deutlich erklären: Ich kann sehr gut nachvollziehen, dass man, wenn das Land für sich einklagt, sparen zu wollen und zu müssen, man auch auf der Bundesebene durchaus davon ausgehen kann und ausgehen soll. Nichtsdestotrotz bleibt dann immer noch die Frage offen, warum man nun ausgerechnet bei den Erfolgsmodellen der Förderprogramme so drastisch kürzen will.

Ich kann mich entsinnen, dass wir, als diese Absichten der Bundesregierung bekannt wurden - das ist heute von Ihnen auch erklärt worden -, uns einig waren, dass wir etwas dagegen unternehmen sollten. Ich möchte es beim besten Willen nicht als Wehklagen verstehen, sondern als eine Argumentation, die helfen soll, auf der Bundesebene Klarheit für diese Position zu erlangen.

Zum Zweiten will ich allerdings auch sagen, dass wir vor diesem Hintergrund gut beraten sind, wenn wir uns auf kommende Bedingungen einstellen. Wir haben für das Jahr 2011 feststellen können, dass mit der Sicherung des Haushalts und mit den Verhandlungen auf der Bundesebene eine Veränderung der Position eingetreten ist. Deswegen halte ich es auch jetzt für richtig, dass wir uns mit diesem Antrag wiederum an die Bundesebene wenden, weil das eine wichtige Position ist und bleibt. Dann werden wir zum Jahresende sehen, was bei den Haushaltsverhandlungen herauskommt; denn jetzt steht in der mittelfristigen Planung nach wie vor die Absenkung um die Hälfte, das muss man berücksichtigen. Deswegen lohnt es sich, weiter zu kämpfen. Es muss nicht das ideologische „Verkämpfen“ sein.

Zum Dritten möchte ich zur Landesebene zurückkehren: Wir haben uns im März dieses Jahres auf den Weg gemacht und gesagt: Wir müssen eine intelligente Verzahnung - ich konzentriere das jetzt mal - der Wohnungspolitik in den ländlichen Räumen mit den Städten auf die Reihe bekommen. Deshalb brauchen wir eine intelligente Verflechtung bisher noch nebeneinander existierender Förderinstrumente. Da läuft jetzt eine ganze Menge auf den Minister zu, der dazu gut ausgestattet ist, weil er nämlich Chef sowohl der Landwirtschaft als auch der Infrastruktur ist. Wir erwarten von ihm im März 2011 - so ist der Auftrag des Landtages - einen intelligenten Vorschlag, wie man damit umzugehen hat.

Vor diesem Hintergrund stellt sich mir die Frage: Müssen wir jetzt, Kollege Jungclaus, darüber zu reden anfangen, wie wir das konkret ausgestalten wollen, oder wollen wir diesen Freiraum lassen, der die Regierung bis März in die Lage bringt, unsere Intention zu tragen? Diese haben wir mit dem Antrag im März beschrieben. Sie war in Ihrem Ursprungsantrag beschrieben und ist durch den Beschluss des Ausschusses mit aufgenommen worden. Deshalb scheint mir der Entschließungsantrag, so wie er jetzt von Ihnen eingereicht worden ist, doch ein bisschen sehr mit der heißen Nadel gestrickt zu sein. Schauen Sie sich mal Ihren eigenen Begründungstext an! Dabei werden Sie sehr schnell feststellen, dass das schwierig wird.

Gestatten Sie mir bitte eine letzte Bemerkung, was die Unterscheidung angeht. Der Ursprung des Stadumbauprogramms Ost war ein wohnungswirtschaftlicher. Wir stellen jetzt fest, auch vor dem Hintergrund solch für Brandenburg wichtiger Themen wie das Thema Fachkräftesicherung, dass Wohnen für Lebensentscheidungen von Menschen immer wichtiger wird. Da rückt zumindest der wohnungspolitische Gesichtspunkt für mich stärker in den Mittelpunkt, und da kann ich nur sagen: Altschuldenentlastung war ein notwendiges Mittel, um die Wohnungsgesellschaften in die Lage zu versetzen, zu investieren und zurückzubauen.

Jetzt kommt es aber darauf an, in der Wohnraumstruktur, in der Angebotsstruktur intelligent etwas zu verändern, und das werden wir mit dem privaten Markt allein nicht richten können. Deshalb glaube ich auch, dass uns Ihre Ausführungen, die Sie gestern zum Thema Altschuldenentlastung gemacht haben, genügend Anlass bieten werden, uns auch in Zukunft in der Fachdebatte auseinanderzusetzen, ohne den Konsens im Haus zu verlieren.

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Jungclaus setzt für die Fraktion GRÜNE/B90 fort.

Jungclaus (GRÜNE/B90):*

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Es ist natürlich für jemanden, der nicht verzweifelt das Regierungshandeln - ob nun im Bund oder im Land - entschuldigen muss, schon ein wenig belustigend, dieses Spielchen Bund-Land, wer Schuld sei, anzuhören.

(Frau Alter [SPD]: Es sind Realitäten!)

Die Bemerkung des Kollegen Beyer, der die Kürzungen als Gewinn verkaufen will, setzt dem Ganzen die Krone auf.

Wie nicht anders zu erwarten, haben alle Fraktionen unsere Forderung, bei der Bundesregierung gegen die Kürzungspläne in der Städtebauförderung zu protestieren, unterstützt. Doch den durch die Beschlussempfehlung modifizierten Antrag braucht man so eigentlich gar nicht zu stellen; denn hier handelt es sich um einen klaren Fall: Die Landesregierung weigert sich selbst, mehr Verantwortung für die Entwicklung der Städte in unserem Land zu übernehmen. Um dies aber möglichst zu vertuschen und nicht viel Aufsehen darum zu machen, versteckt sie sich hinter ungefährlichen Forderungen an die Bundesregierung - auch nicht das erste Mal.

Diese Forderungen sind unglaublich, solange sich die Landesregierung weigert, selber ausreichend Mittel in die Hand zu nehmen. Auch die explizite Erwähnung des Programms „Soziale Stadt“ und des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms kann die Unglaublichkeit nicht beschönigen. Statt sich entschieden gegen die sozial verantwortungslosen und wirtschaftspolitisch kurzsichtigen Entscheidungen der Bundesregierung zu positionieren, setzt Minister Vogelsänger selber munter den Rotstift an.

In Brandenburg kostet die bisherige Politik der Landesregierung Glaubwürdigkeit und sorgt in den Kommunen für eine

noch größere Verunsicherung. Die Förderung des Stadtumbaus ist ein Paradebeispiel für eine effiziente und effektive Verwendung öffentlicher Mittel. Das haben wir in den letzten Wochen ausführlich dargelegt. Das gilt selbstverständlich nicht nur für Bundes-, sondern auch für Landesmittel. Brandenburg werden laut Entwurf der Verwaltungsvereinbarung 2011 zwischen Bund und Ländern 35 Millionen Euro der insgesamt 455 Millionen Euro für den Städteumbau zugewiesen. Gegenüber dem Brandenburger Haushaltsentwurf 2011 sinken die Bundeszuschüsse um etwa 12 Millionen. Die zur Koförderung eingeplanten Landesmittel in Höhe von ca. 43 Millionen Euro übersteigen die notwendige Landes-Koförderung um 7,5 Millionen Euro.

Da diese Mittel in den Kommunen aber dringend gebraucht werden, fordern wir in unserem Antrag die Landesregierung auf, diese Mittel in ein Landesprogramm zur Förderung der Stadtentwicklung fließen zu lassen. Mit solch einem Programm sollen die überdurchschnittlichen Einsparungen von Bundesmitteln im Programm „Soziale Stadt“ abgedeckt werden. Darüber hinaus würde ein solches Programm die Möglichkeit bieten, in Zusammenarbeit mit den Kommunen stärker auf Brandenburgs spezifische Problemstellungen einzugehen. Deshalb kann ich auch nicht den Vorwurf von Minister Vogelsänger vom gestrigen Tage verstehen, der uns vorwirft, zusätzliche Gelder zu fordern. Wir fordern lediglich, die Gelder, die Sie durch die Kürzung auf Bundesebene einsparen, im Programm zu belassen.

Die zweite Kernforderung unseres ursprünglichen Antrags, den Fördersatz im Sinne einer ganzheitlichen Landesentwicklung zu verändern, wurde von den Regierungsfractionen abgeblockt. Sie macht es sich leicht und fasst das Prinzip „Stärken stärken“ einfach immer enger. Die zusammengestrichenen Bundesmittel sollen vor allem Ober- und Mittelzentren zugute kommen. An den geplanten Kürzungen bei der Dorferneuerung im ELER-Programm für ländliche Entwicklung will Minister Vogelsänger ebenfalls festhalten. Konsequenz dieser Politik ist, dass ganze Regionen und mit ihnen die kleinen Städte im ländlichen Raum von der Entwicklung der anderen Landesteile abgehängt werden. Ländlicher und urbaner Raum dürfen aber nicht gegeneinander ausgespielt werden, und selbstverständlich muss sich dieser Ansatz dann auch in den Förderrichtlinien widerspiegeln. Das gilt besonders in einem Flächenland wie Brandenburg mit vielen kleinen Städten im ländlichen Raum. Eine nachhaltige Landesentwicklung muss urbane und ländliche Räume gemeinsam betrachten. Deshalb plädieren wir auch dafür, die Förderkriterien an Problemlagen zu orientieren und nicht an der Stadtgröße.

Wir sind gespannt, was die Evaluation im März zum Thema Beseitigung des Leerstandes im ländlichen Raum ergeben wird. Vielleicht wird sich dann noch einmal die Chance bieten, hier etwas zu verändern. Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt, und so ganz haben wir diese noch nicht aufgegeben. Wir werden auf jeden Fall weiter daran arbeiten, die Landesregierung dazu zu bringen, auf die Spur einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Infrastrukturpolitik einzuschwenken. - Vielen Dank.

(Beifall GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Minister Vogelsänger spricht für die Landesregierung.

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte einmal auf Unterschiedlichkeiten und Gemeinsamkeiten sowie auf die Haushaltsberatungen beim Bund eingehen. Ich habe nicht gegen die Kürzung bei der Gemeinschaftsaufgabe - bei Frau Aigner - von 700 auf 600 Millionen Euro protestiert, weil auch beim Bund ein Konsolidierungsbedarf besteht. Das macht keine Freude, und man muss es nicht begrüßen. Ich habe nicht dagegen protestiert; aber die Halbierung der Städtebauförderung hat eine ganz andere Dimension. Der Bundesminister Herr Dr. Ramsauer hat gezeigt, wo er seine Prioritäten setzt, jedenfalls nicht bei der Städtebauförderung.

Zurückgeholt haben es Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Ich war selbst Mitglied des Deutschen Bundestags und weiß, dass Mehrheiten entscheiden. Abgeordnete von CDU/CSU und FDP haben dies als Erste zu verantworten, die anderen haben mitgestimmt; das ist völlig klar. Man hat eine Mehrheit in den Regierungsfractionen gefunden und dafür gesorgt, dass diese Halbierung nicht stattfindet, allerdings nur für 2011; 2012 haben wir gleiche Diskussionen zu erwarten.

Ich sage noch etwas zur Verlässlichkeit von Politik und schaue zur Fraktionsvorsitzenden der CDU. Sie haben heute kritisiert, dass wir nicht verlässlich sind. Aber Herr Dr. Ramsauer hat nach meiner Kenntnis heute den Planfeststellungsbeschluss für die Schleuse Kleinmachnow aufgehoben. Das ist keine verlässliche Politik.

(Vereinzelte Beifall SPD)

Man kann zu dieser Schleuse ja oder nein sagen. Ich halte es für ein fatales Signal, wenn Planfeststellungsbeschlüsse aufgehoben werden, auch für andere Verkehrsprojekte. Wir sollten uns gemeinsam überlegen, was das auch für Infrastrukturprojekte des Landes Brandenburg bedeutet.

Ich komme auf Herrn Jungclaus zurück. Die 7,5 Millionen Euro für ein Landesprogramm sind jetzt nicht im Haushalt. Wir werden die Bundesmittel vollständig kofinanzieren. Herr Genilke, wir hatten uns schon über eine mündliche Anfrage darüber ausgetauscht. Die Bundesmittel bedeuten immer eine Abschätzung. Was sichergestellt ist - da sind wir bei Verlässlichkeit gegenüber den Kommunen -, ist die Verwaltungsvereinbarung 2010, die dann 2011 wirkt. Sie ist vollständig kofinanziert, und die Förderbescheide sind ausgereicht. Ich meine, das ist Planungssicherheit für die Kommunen, und die Kommunen brauchen auch diese Planungssicherheit.

Wir haben nun, weil die Programme unterschiedlich gekürzt wurden, eine ca. 15%ige Kürzung der Bundesmittel für die Städtebauförderung. Das sind 11 % beim städtebaulichen Denkmalschutz, 13 % beim Stadtumbau Ost, und 70 % beim Programm „Soziale Stadt“. Das heißt, man will ein Programm totmachen. Das halte ich für unverantwortlich.

(Beifall der Abgeordneten Alter [SPD])

Ich möchte darauf hinweisen, dass noch ein Vermittlungsverfahren bezüglich dieser Angelegenheit läuft. Es geht darum, dass wir die Deckungsfähigkeit wieder herstellen. Ich bin nicht so naiv anzunehmen, dass wir mehr Geld bekommen, denn der Bundeshaushalt und der Landeshaushalt sind beschlossen. Aber

wir sollten die Möglichkeit haben, wenn wir die Schwerpunkte setzen, entsprechende Programme der sozialen Stadt zumindest teilweise auszustatten. Aber selbst das hat man uns verwehrt. Das neue Programm „Kleine Städte“ werden wir nutzen, um gerade auch im ländlichen Raum Schwerpunkte zu setzen.

Ich möchte etwas zur Haushaltsberatung sagen. Wir haben im ELER-Bereich immerhin 306 Millionen Euro zur Verfügung. Ich musste dort Schwerpunkte setzen: Schwerpunkt ist die Wertschöpfung, Schwerpunkt ist die Landwirtschaft. Dabei geht es um einige zehntausend Arbeitsplätze. Zu dem Vorwurf, dass junge Familien jetzt den ländlichen Raum verlassen, sage ich: Die Menschen und die jungen Familien bleiben dort, wo Arbeit ist. Wer keine Arbeit hat, bringt auch nicht den Eigenanteil für die Sanierung eines Hauses im ländlichen Raum entsprechend auf.

Ich möchte für Montag eine größere Pressekonferenz ankündigen. Wir haben einen Fördermittelwettbewerb für einen modellhaften Mietwohnungsneubau im Rahmen der Wohnraumförderung ausgerufen. Das hängt auch mit dem Stadtumbau zusammen. Bei den vielen Besuchen in den brandenburgischen Städten habe ich von den Bürgermeistern die Aussage gehört: Durch den Stadtumbau gibt es in der Innenstadt mitunter nicht genügend Wohnraum, weil insbesondere ältere Menschen in die Innenstadt zurückziehen, vor allem wegen Versorgungsmöglichkeiten und anderen Dingen. - Deshalb haben wir das Modellvorhaben Mietwohnungsneubau ins Leben gerufen, damit wir städtebauliche Lücken schließen können. Das dient auch dazu, dass wir die Kürzung bei der Städtebauförderung über das entsprechende Programm etwas abfedern können, wobei dies Mittel aus dem Entflechtungsgesetz sind, die bis 2013 zur Verfügung stehen.

Deshalb ist der brandenburgische Landtag, Herr Beyer, immer gut beraten, sich auf Gemeinsamkeiten zu verständigen, und das tut auch nicht weh. Ich habe jetzt über Unterschiede gesprochen. Wir haben auch Gemeinsamkeiten bei der Altschuldenhilfe. Es gibt Landesinteressen und Bundesinteressen, es gibt aber auch gemeinsame Interessen für die Stadtentwicklung, für die Entwicklung im Land Brandenburg, für die Entwicklung im ländlichen Raum. Das sollten wir gemeinsam machen. Ich bitte um Zustimmung zur Beschlussempfehlung. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung über den Antrag in der Drucksache 5/2393, „Erfolgsmittel Städtebauförderung absichern“. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Beschlussempfehlung ohne Enthaltungen mehrheitlich gefolgt worden.

Wir kommen zum Entschließungsantrag in Drucksache 5/2544 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, „Erfolgsmittel Städtebauförderung absichern“. Wer diesem Entschließungsantrag folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Ohne Enthaltungen mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 7 und rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Schutz der menschlichen Gesundheit: Umfassendes Nachtflugverbot am BBI von 22 Uhr bis 6 Uhr sichern

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
des Abgeordneten Goetz (FDP)
des Abgeordneten Schulze (SPD)

Drucksache 5/2394
(Neudruck)

Wir beginnen mit dem Beitrag des Abgeordneten Jungclaus; er spricht für die antragstellende Fraktion.

Jungclaus (GRÜNE/B90):*

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! In all dem bürokratischen Irrsinn und dem Chaos um die Festlegung der Flugrouten und angesichts der verzweifelte Versuche unzähliger Städte und Gemeinden, ihre Einwohner vor Lärm zu schützen, wollen wir heute mit unserem Antrag für ein Nachtflugverbot ein klares und eindeutiges Signal für den Schutz der Gesundheit aller Bürgerinnen und Bürger setzen, unabhängig davon, in welcher Gemeinde sie leben.

(Beifall GRÜNE/B90 sowie einzeln FDP)

Denn alle Anwohnerinnen und Anwohner sind gleichermaßen lärmempfindlich, schätzen ein ruhiges Wohnumfeld wie auch ihre Naherholungsgebiete, möchten den Wertverlust ihrer Grundstücke nicht hinnehmen und brauchen gleich viel Schlaf. Ein Nachtflugverbot ist daher von großer Bedeutung für den Gesundheitsschutz, und zwar unabhängig davon, wo und wie die Flugzeuge letztendlich tatsächlich fliegen.

Bisher wollten die Landesregierungen in Berlin und Brandenburg für den BBI eine umfangreiche Nachtflugerlaubnis. Klar, hier geht es um knallharte wirtschaftliche Interessen auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger. Aus Gründen des Lärmschutzes kann ein Großflughafen im dichtbesiedelten Gebiet aber nicht ohne Rücksicht auf die Gesundheit der Anwohnerinnen und Anwohner betrieben werden. Das hat auch das Bundesverwaltungsgericht bestätigt und ein eingeschränktes Nachtflugverbot durchgesetzt. Die darin enthaltene Regelung von 103 Flügen bedeutet aber nichts anderes, als dass immer noch alle anderthalb Minuten ein Flugzeug über die Schlafzimmer der Region rauscht. Ich frage mich daher: Was sind das für Einschränkungen?

Erst dieses Jahr hat das Umweltbundesamt in der Studie „Risikofaktor nächtlicher Fluglärm“ das erhöhte Gesundheitsrisiko für betroffene Personen wieder belegt. Für Herz- und Kreislauferkrankungen ist nachgewiesen: Im Vergleich zu Personen, die keinem Fluglärm ausgesetzt sind, steigt das Krankheitsrisiko betroffener Personen mit zunehmender Lärmbelastung. Personen, die verstärkt vom Nachtfluglärm betroffen sind, weisen häufig höhere Blutdruckwerte auf als Menschen in ruhigen Wohngebieten. Auch bei psychischen Erkrankungen findet sich ein relevanter Bezug. Bei Frauen sind die Erkrankungsrisiken für Depressionen signifikant erhöht, und besonders Kinder leiden unter der Beeinträchtigung der Nachtruhe.

Ein weitgehendes Nachtflugverbot dient daher dem Schutz der menschlichen Gesundheit und ist somit im Interesse aller potenziell vom Fluglärm betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Deshalb kann und muss ein solches Verbot schnellstmöglich beschlossen werden.

(Beifall GRÜNE/B90 sowie vereinzelt FDP)

Das sehen ja nicht nur wir so. Ob nun der Fraktionsvorsitzende der Linken im Bund, Gregor Gysi, unsere Umweltministerin Anita Tack, die Vorsitzende des Umweltausschusses Kornelia Wehlan, der Vorsitzende der SPD Potsdam-Mittelmark Sören Kosanke - man könnte die Liste noch eine Weile fortführen -: Abgeordnete aus allen Parteien sprechen sich außerhalb des Parlaments für ein Nachtflugverbot aus, jedenfalls so lange, wie es keine Konsequenzen nach sich zieht. Wird es konkreter - wie im vorliegenden Antrag - werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um sich vor einer klaren Entscheidung zu drücken - und nichts anderes ist Ihr Antrag auf Überweisung.

(Jürgens [DIE LINKE]: Mal wollen Sie überweisen, mal wollen Sie nicht!)

Die sonst stattfindende namentliche Abstimmung hätte wohl den einen oder anderen in Erklärungsnot gebracht.

(Frau Wöllert [DIE LINKE]: So sehen wir das auch!)

Ich versichere Ihnen aber: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Hinter dem Konflikt „Schutz der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger gegen ökonomische Interessen“ steht für uns die grundsätzliche Frage, wie nachhaltige Mobilität gestaltet werden kann. In der Vergangenheit wurde beim BBI eindeutig zu wenig nachgefragt, welche Nachtflüge wir tatsächlich brauchen, und vor allem, welchen Preis wir dafür zu zahlen bereit sind. Unsere Position ist dazu eindeutig: Gesundheit muss an erster Stelle - auch vor wirtschaftlichen Interessen - stehen.

Zu der Frage nach einer nachhaltigen Mobilität gehört aber nicht nur die Belastung der menschlichen Gesundheit, sondern auch die Beeinträchtigung von Umwelt und Natur. Inlandflüge sind immer öfter billiger als das wesentlich ökologischere Fortbewegungsmittel Bahn. Der Flug Berlin-Düsseldorf und zurück beispielsweise kostet 90 Euro weniger als das vergleichbar gebuchte Bahnticket. Es ist völliger Irrsinn, das die Umwelt stark belastende Verkehrsmittel Flugzeug derart staatlich zu subventionieren.

(Beifall GRÜNE/B90 und vereinzelt DIE LINKE)

Auch von Ihrer Seite bis hin zum Ministerpräsidenten wird ja in letzter Zeit immer gern betont, dass Lärmschutz vor Wirtschaftlichkeit geht. Aber wie sieht es in der Realität aus? Gemeinsam mit Ihrem rot-roten Pendant in Berlin setzt sich Ihre Koalition im Bundesrat quasi als Büttel der wirtschaftlichen Interessen des BBI dafür ein, die Luftverkehrssteuer zu verhindern. Das ist genau die Lobby-Politik, die Sie sonst immer gern anderen vorwerfen.

Der BBI ist als Flughafen für Billig-Airlines angelegt. Ich muss hier ganz klar sagen: Hier liegt ein grundsätzlicher strategischer Fehler in der Verkehrspolitik des Landes vor. Was wir

brauchen, ist eine nachhaltige Verkehrspolitik und sind keine diskriminierenden Subventionen für den Luftverkehr.

(Beifall GRÜNE/B90)

Aber dieses Thema werden wir sicherlich noch in einer gesonderten Debatte intensiv behandeln. Heute geht es zunächst um ein Nachtflugverbot, das die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger in angemessener Weise schützt. Wir wissen, mit einem solchen Antrag machen wir uns nicht unbedingt beliebt, doch wir sind keine Wohlfühlopposition, und deshalb bleiben wir bei dem Prinzip „Gesundheit muss vor Wirtschaftsinteressen gehen“. Auch der Ministerpräsident sollte endlich aufhören, der Wohlfühlministerpräsident zu sein.

Auch wenn es mich enttäuscht, dass wir heute keine namentliche Entscheidung treffen, begrüße ich es, dass das Nachtflugverbot im Ausschuss weiter in der Diskussion bleibt.

Ich möchte mich noch einmal ausdrücklich bei den Abgeordneten der anderen Fraktionen bedanken, die unseren Antrag unabhängig von Partei- oder Fraktionszwängen unterstützt haben, und ihnen den Respekt aussprechen. Ich denke, das ist ein gutes Signal für die Demokratie. - Vielen Dank.

(Beifall GRÜNE/B90 und vereinzelt FDP)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Gregor-Ness spricht für die SPD-Fraktion.

Frau Gregor-Ness (SPD):*

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! In dem Antrag steht als Erstes: Der Landtag stellt fest:

„Lärm stellt eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die menschliche Gesundheit dar. Vor allem nächtlicher Fluglärm führt dazu, dass betroffene Anwohnerinnen und Anwohner von Flughäfen einem signifikant höheren Gesundheitsrisiko ausgesetzt sind.“

Wer in diesem Hause würde diesem Gutachten widersprechen wollen? Doch daraus die Forderung nach einem strikten Nachtflugverbot von 22.00 bis 6.00 Uhr abzuleiten - aus Sicht der Betroffenen durchaus nachvollziehbar -, kann sich Politik nicht so undifferenziert und pauschal anschließen. Das ist nicht verantwortlich.

(Vereinzelt Beifall FDP)

Die derzeit sehr emotional geführte und vor allen Dingen natürlich zu den Flugrouten und auch zum Fluglärm notwendige Debatte zeigt, dass wir mit unseren üblichen Planungs- und Verwaltungsmechanismen an Grenzen stoßen. Die Bürgerinnen und Bürger vermissen - und das zu einem großen Teil zu Recht - logische, nachvollziehbare und transparent gestaltete Entscheidungsprozesse.

Zu unserem Planergänzungsbeschluss möchte ich folgende Fakten aufführen. Erstens: Selbstverständlich wollen wir einen internationalen und wettbewerbsfähigen Flughafen. Wenn es

allerdings um die Sicherheit und um Lärmschutz geht, dann steht für die SPD-Fraktion fest: Für uns steht die Sicherheit an erster Stelle, an zweiter Stelle steht der Lärmschutz - und erst dann kommt die Wirtschaftlichkeit.

(Beifall SPD und GRÜNE/B90)

Zweitens: Mit dem Planergänzungsbeschluss vom 20. Oktober liegen weitgehende Regelungen vor, die vor allen Dingen dem Schutz der Anwohner vor nächtlichem Fluglärm dienen. Es besteht ein absolutes Flugverbot von 0.00 bis 5.00 Uhr. Im Unterschied zu anderen Flughäfen, zum Beispiel München, wurde eine Kontingentierung und eine Skalierung eingeführt. Dadurch gibt es einen Nachtflugbereich, und es werden Anreize geschaffen, Flugbewegungen innerhalb dieser Zeit möglichst zu vermeiden. Zwischen 23.30 Uhr und 24.00 Uhr sowie von 5.00 Uhr bis 5.30 Uhr gibt es keine planmäßigen Flüge. Es können also nur Verspätungen, Überführungen oder Ähnliches am Flughafen eintreffen.

(Zuruf von der Fraktion GRÜNE/B90: Also alle andert-halb Minuten!)

Als dritte Dimension erfolgte eine Begrenzung der Zahl der Flüge zwischen 23.00 Uhr und 6.00 Uhr. Durch einen Flugbewegungskorridor und ein Kontingent ergibt sich damit eine Nachtverkehrszahl. Generell darf außerdem zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr nur mit lärmarmen Flugzeugen geflogen werden. Es ist also ein sehr ausgewogenes und abgewogenes Verfahren gewählt worden. Wir erwarten zudem eine Entscheidung des Gerichts zu diesem Planergänzungsbeschluss, und ich glaube, diesen sollten wir auch erst einmal abwarten.

Wir haben über den Planergänzungsbeschluss zum anderen die Lärmschutzzonen ausgedehnt. Es sind nunmehr für 26 000 Haushalte - und ich gebe zu, es sind ziemlich viele Haushalte - Lärmschutzmaßnahmen angeordnet, die mit einem Gesamtvolumen von ca. 140 Millionen Euro finanziert werden.

Der Nachtfluganteil am zukünftigen BBI liegt weit unter dem Durchschnitt vergleichbarer Flughäfen, bleibt aber - das muss man zugeben - von saisonalen Schwankungen natürlich nicht verschont. Es ist völlig klar: Bei gleichzeitigem Urlaubsbeginn in Berlin und Brandenburg wird es zu entsprechenden Flugbewegungen kommen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN will nun die direkte Abstimmung über den Antrag, denn es geht Ihnen nicht um eine sachliche Diskussion und um eine Erörterung,

(Zuruf von der Fraktion GRÜNE/B90: Doch!)

sondern es geht vor allen Dingen um politischen Vorteil - ich glaube, nicht zuletzt für Frau Künast in Berlin.

(Zuruf von der SPD: Genau! - Beifall SPD)

Nach drei Parlamentstagen und der Forderung von Herrn Jungclaus nach nachhaltiger Mobilität kann ich allerdings nur eines feststellen: Die Grünen wollen überhaupt nicht Verkehr gestalten, sondern wollen ihn nur beklagen. Wir haben in den drei Tagen gelernt: Die Züge sind zu voll. Es werden noch viel zu viele Straßen gebaut. Radwege sind immer noch problematisch in

Bezug auf ihre Umweltverträglichkeit. Wasserstraßen, Flughäfen und natürlich Bahnhöfe dürfen nicht auf die Zukunft ausgerichtet und neu gebaut werden.

(Zuruf des Abgeordneten Jungclaus [GRÜNE/B90])

Vor diesem Hintergrund beantragen wir dennoch - zwecks Diskussion - die Überweisung des Antrags sowohl in den Ausschuss für Infrastruktur und Landwirtschaft, in den Umwelt, Gesundheits- und Verbraucherschutzausschuss als auch in den Wirtschaftsausschuss. Die Diskussion wird schwierig und anstrengend. Ich bin dennoch darauf gespannt und bitte um Überweisung des Antrags. - Danke.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Genilke spricht für die CDU-Fraktion.

Genilke (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Schutz der Bürger vor übermäßigem Verkehrslärm steht in einem Spannungsverhältnis zu dem Ziel, eine leistungsfähige und den Mobilitätsbedürfnissen des 21. Jahrhunderts entsprechende Verkehrsinfrastruktur vorzuhalten. Dieses Spannungsverhältnis finden wir in verschiedenen Verkehrsträgern wieder: A 10 Michendorf - das hatten wir erst vor kurzem. Denken wir auch an den Schienenverkehr gerade im Bereich Bestensee und Zeuthen, aber denken wir auch an die eben vom Minister angesprochene Schleuse in Kleinmachnow. So ist durchaus nachvollziehbar, dass wir beim Luftverkehr vor der Herausforderung stehen, die berechtigten Interessen der Anwohner mit den Interessen der Verkehrsnutzer und der Luftverkehrswirtschaft zu vereinbaren.

Bei einem Flughafen von der Größe des BBI konzentrieren sich natürlich die Betroffenheiten, sodass hier eine Abwägung ganz besonders schwerfällt. Am deutlichsten wird dies bei der Frage nach zukünftigen Nachtflugregelungen. In seinem Urteil vom 16. März 2006 zum Planfeststellungsbeschluss hat das Bundesverwaltungsgericht festgelegt, dass die Durchführung des Flugbetriebes in den Nachtrandstunden von 22.00 bis 24.00 Uhr sowie von 5.00 bis 6.00 Uhr einer besonderen Begründung bedarf. Starts und Landungen dürfen nicht ohne erkennbare Notwendigkeit in diesen Zeitraum gelegt werden.

In dem daraufhin am 20. Oktober 2009 festgestellten Planergänzungsbeschluss wird für das Jahr 2023 ein begründeter Bedarf von 77 Flugbewegungen und in Spitzenzeiten die Zahl von maximal 103 Flugbewegungen in Nachtrandzeiten festgelegt. Die Zeitscheibe bis 5.30 Uhr und 23.30 Uhr bis 24.00 Uhr wird stärker gewichtet, um einen Anreiz zu setzen, diesen Zeitraum weitgehend flugfrei zu halten. Gegen diesen Beschluss wurde nun erneut geklagt, sodass die Nachtflugproblematik derzeit - Frau Gregor-Ness hat es schon angesprochen - vom Bundesverwaltungsgericht behandelt wird. - Das Urteil erwarten wir bekanntlich im Frühjahr, und dann werden wir sehen.

Angesichts der derzeit lebhaft geführten Diskussion um die Flugrouten ist die Problematik der Nachtflugregelung wieder in den öffentlichen Fokus gerückt, natürlich nicht ganz zufäl-

lig, sondern der Ministerpräsident hat in seiner Panik leichthin versprochen, dass der Lärmschutz vor Wirtschaftlichkeit geht. Das funktioniert sogar ein Stück weit - wenn wir nämlich über die Flugrouten diskutieren. Da habe ich überhaupt gar kein Problem. Aber wenn wir komplett infrage stellen, was diesen Flughafen angeht, wären wir ja irre, wenn wir einfach sagten: Der Lärmschutz steht über allem, und die Wirtschaftlichkeit fahren wir in den Keller. - Wir sind Gesellschafter dieser Flughafengesellschaft. Das heißt, wir sind verantwortlich auch für die Nachschusspflicht. Wir müssten sonst jetzt schon Rücklagen bilden - da wird sich unser Finanzminister ganz besonders freuen -, nämlich für den entgangenen Gewinn der Flughafengesellschaft, und das ist in dem Antrag, den uns die Grünen vorlegen, überhaupt noch noch berücksichtigt.

(Minister Dr. Markov: Das stimmt nicht! Das muss nicht der Gesellschafter bezahlen!)

- Die sind notfalls nachschusspflichtig, wenn er in die Miesen gerät. Wir können uns gern an anderer Stelle einmal darüber unterhalten.

Das heißt, die Problemstellungen, die eigentlich von den Flugrouten abgeleitet worden sind, haben wir mit dieser Aussage nun automatisch auch noch einmal für die Randzeiten bekommen. Dabei möchte ich die Grünen durchaus erinnern: Ganz „fluguntauglich“ sind sie ja nicht. 2003 - Sie können sich sicherlich erinnern -: Herr Trittin, Frau Künast - jeder in einem anderen Flugzeug nach Südamerika, mit der Challenger-Bundeswehrmaschine wurde hinterhergefliegen - alles nicht wirklich gewollt, aber immerhin so passiert. Das heißt, auch Sie kommen nicht ganz ohne Flughafen aus.

Gestern ließ sich der Berliner Senat in den Nachrichten feiern: 20 Millionen Übernachtungen in Berlin. Ich kann Ihnen sagen: Die sind nicht alle mit dem Fahrrad gekommen. Die sind auch nicht mit einem Fesselballon gekommen.

(Beifall CDU)

Die werden auch in Zukunft nicht mit Paddelbooten durch Berlin fahren.

Wir haben hier wirtschaftliche Interessen nicht nur für den Flughafen und die Flughafengesellschaft zu beachten. Wir haben mittlerweile ein Spektrum erreicht, das weit darüber hinausgeht. Unser Augenmerk gilt nicht nur den Industriegebieten vor Ort.

Ich glaube, die Linken haben ihre Rede bereits ins Internet stellen lassen. Vielleicht war das auch eine Pressemitteilung. Ich habe das zumindest kurz gelesen. Ich meine die Rede von Frau Wehlan. Sie sagen, Sie hätten das alles anders gemacht. Sie seien aber immer dagegen gewesen. Sie hätten gar nicht gewusst, dass der Flughafen dort steht, wo er jetzt steht. Das war eine Entscheidung, die jedoch auf einer anderen Entscheidung fußte. Dieser Flughafen wurde noch zu Honeckers Zeiten dort gebaut. Sonst wäre wohl niemand ernsthaft auf die Idee gekommen, ihn überhaupt an diese Stelle zu setzen.

(Minister Dr. Markov: Jetzt ist Honecker schuld! - Widerspruch bei der SPD)

- Ich mache Ihnen doch überhaupt keinen Vorwurf. Es funktioniert aber nicht, sich hier komplett aus der Angelegenheit herauszuhalten.

(Weitere Zurufe von der SPD)

Bezüglich der nun geforderten Ausweitung des Nachtflugverbots warne ich vor Entscheidungen aus dem Bauch heraus. Es handelt sich hier um ein sehr komplexes Abwägungsverfahren. Dieses komplexe Abwägungsverfahren werden wir im Ausschuss behandeln. So ist wohl Ihr Antrag, Frau Gregor-Ness, gemeint. Der diesbezüglichen Überweisung werden wir uns nicht entgegenstellen. Das ist ohnehin bei uns ein Thema. Ich denke, das ist der richtige Weg, dort noch einmal über diese Dinge zu sprechen. Bei einer namentlichen Abstimmung haben wir keinen Grund, uns zurückzuziehen. Wir stehen zu dieser Verantwortung. Wir stehen für diesen BBI. Wir stehen für den wirtschaftlichen Aufschwung der Region Berlin-Brandenburg. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Wehlan spricht für die Fraktion DIE LINKE.

Frau Wehlan (DIE LINKE):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sie sagen, die Rede steht schon im Internet. Dann sage ich: Gut, die Pressesprecherin „funktioniert“.

Ich möchte in Erinnerung rufen, was Herr Genilke zum Schluss vermittelt hat. Jede Wirkung hat eine Ursache. Wir müssten uns heute nicht über das Nachtflugverbot unterhalten, wenn es nicht 1996 die politische Entscheidung gegeben hätte, den BBI am Standort Schönefeld zu bauen.

(Beifall DIE LINKE, SPD sowie GRÜNE/B90)

Mit Schönefeld wurde der denkbar ungünstigste Standort insbesondere für die Schutzgüter Lärmschutz und Gesundheit politisch durchgesetzt. Frau Kircheis, seien Sie doch nicht so aufgeregt. Die Berliner SPD war für Sperenberg. Anders war das bei den Berliner Grünen. Die waren für Schönefeld.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Es ist aber richtig, sie waren nicht für einen Großflughafen. Ich habe mir noch einmal die Antragsdebatte herausgesucht - das war eine Zeit, in der die Grünen in Berlin Regierungsverantwortung hatten -, das ist die Drucksache 13/715.

(Minister Dr. Markov: So sind sie, die Kumpels dahinten!)

Ich zitiere:

„Das Abgeordnetenhaus begrüßt die einvernehmliche Entscheidung der Bundesregierung und der beiden Landesregierungen von Berlin und Brandenburg, vom Bau eines Großflughafens in Sperenberg Abstand zu nehmen und stattdessen in Schönefeld die Flughafenkonzeption eines Single-Airports zu realisieren.“

Sie haben damals auf die Aussagen von Herrn Wissmann und von Herrn Stolpe vertraut, es werde sich nicht um einen Großflughafen handeln. Die damalige PDS - Linke heute - hat damals schon zu all den politisch geführten Debatten gesagt, dass es sich um einen Großflughafen handelt. Insofern waren die Entscheidungen, die wir in Berlin und in Brandenburg getroffen haben, immer gegen Schönefeld ausgerichtet. Deshalb verstehe ich die von Ihnen vermittelte Selbstgerechtigkeit bei diesem Thema nicht. Auch die Grünen haben längst ihre Unschuld verloren.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Trotz unserer Standortablehnung steht meine Partei in politischer Verantwortung zum BBI. Was vor unserer Regierungsbeteiligung beschlossen, entschieden und verhandelt worden ist, können wir nicht einfach „wegbeschließen“. Beschlüsse und Gerichtsentscheidungen zum BBI sind in Kraft.

Hier und heute geht es aber um ein Nachtflugverbot am BBI. Persönlich habe ich keinen Hehl daraus gemacht, dass ich ein solches Nachtflugverbot im Interesse der Gesundheit der Menschen für geboten halte. Sie verlangen in Ihrem Antrag kategorisch, dass die Landesregierung ein generelles Nachtflugverbot gewährleisten muss. Kann sie das heute, Herr Jungclaus? Geht das so ad hoc? Hat sie es politisch nicht mit mindestens einem Gesellschafter zu tun, nämlich dem Bund, der ausweislich des Koalitionsvertrages von Schwarz-Gelb Nachtflüge grundsätzlich erleichtern, nicht aber erschweren will?

Grundsätzlich könnte man das Nachtflugverbot vollumfänglich im Luftverkehrsgesetz auf Bundesebene regeln. Das aber, Herr Jungclaus - das gehört auch zur Wahrheit -, ist ebenfalls unter grüner Regierungsbeteiligung mit Frau Künast nicht geschehen.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Aber fragen wir weiter: Können wir die ökonomischen Bedingungen einfach ignorieren? Dass die Wirtschaftlichkeit in der Abwägung nicht an erster Stelle steht, eint uns - zumindest was meine Fraktion betrifft.

Allerdings frage ich weiter: Kann das auch heißen, dass ich das gar nicht zur Kenntnis nehme? Wie aber verhält es sich dann mit den Verlusten? Wie hoch sind diese? Wollen Sie wirklich nicht wissen, wofür die Gesellschafter dann einstehen müssen? Wie verhält es sich mit Ihrem in der Haushaltsdiskussion postulierten Anspruch der haushaltsmäßigen Klarheit und Wahrheit, Herr Vogel? Schüler-BAföG und der ÖBS dürften als Deckungsquelle für die Dinge, über die wir uns jetzt unterhalten, nicht ausreichen.

(Beifall SPD)

Ich möchte, in politischer Verantwortung stehend, wenigstens wissen, was uns diesbezüglich erwarten kann. Wir haben Sie gebeten, den Antrag in die Fachausschüsse zu überweisen und diese Abwägung vorzunehmen. Es sollte auch zu einer Anhörung kommen. Der BBI soll ja nicht übermorgen eröffnet werden, sondern Mitte 2012. Das geht auch aus Ihrem Antrag hervor. Wir sind also nicht unter Zeitdruck.

Herr Vogel und Herr Jungclaus, Sie haben es zurückgewiesen, diese Debatte im Ausschuss zu führen. Sie wollten die Ad-hoc-

Abstimmung. Insofern kann es sich bei Ihnen wirklich nur um einen kurzfristigen Vorführeffekt handeln. Dafür lasse ich mich persönlich nicht vereinnahmen.

(Beifall DIE LINKE und SPD - Minister Dr. Markov: Die haben sich selber vorgeführt!)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Beyer spricht für die FDP-Fraktion.

Beyer (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kein Thema hat die letzten Wochen so geprägt wie das Thema Flugrouten und Lärmbelastung des BBI. Als jemand, der den ersten Teil seines Lebens überwiegend in der Nähe eines anderen großen Flughafens, des Flughafens Rhein-Main, verbracht hat, prophezeie ich Ihnen, dass es auch in den nächsten Wochen und Monaten ein beherrschendes Thema sein wird. Ich sage Ihnen auch voraus: Das Thema wird uns noch lange, nachdem der Flughafen BBI eröffnet sein wird, beherrschen.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass auch bei uns in Berlin-Brandenburg, wenn der BBI eröffnet sein wird, die nächste Debatte kommen wird, die für alle diese Flughäfen typisch ist, nämlich dass man sich über Ausweichflughäfen unterhalten wird, die wiederum die Suche nach Standorten nach sich ziehen. Alles das ist mir - zumindest aus meiner Kindheit und Jugend - überaus vertraut.

Ich gestehe ehrlich: Ich war mir bis heute früh nicht sicher, was ich heute hier sagen soll. Es ist kein einfaches Thema. Keine Frage. Mir ist erst heute früh beim ersten Tagesordnungspunkt, der Vereidigung eines Verfassungsrichters, die entscheidende Idee gekommen.

Ich denke, wenn man als Abgeordneter eines Landtages, ganz egal welches Landtages, nicht mehr weiter weiß und sich unsicher ist, gibt es ein ganz einfaches Mittel. Es ist dieses kleine Büchlein hier.

(Der Abgeordnete zeigt den Mitgliedern des Landtages ein Buch.)

Das ist die Verfassung des Landes Brandenburg. Darin gibt es den Artikel 55. Absatz 1 lautet:

„Der Landtag ist die gewählte Vertretung d e s Volkes.“

In einem weiteren Artikel heißt es ebenfalls im Absatz 1 - noch interessanter -:

„Die Abgeordneten sind die Vertreter d e s Volkes.“

Ich glaube, es ist in der Tat eine wichtige Richtschnur, weil es nämlich die Frage stellt: Was sind eigentlich die Interessen Brandenburgs, und zwar Brandenburgs und Berlins insgesamt, die wir hier zu bedenken haben? Ich glaube, es sind zwei Dinge, die maßgeblich sind.

Das Erste ist ganz klar: Die Länder Berlin und Brandenburg brauchen einen planmäßig und rentabel an den Start gehenden Flughafen. „Planmäßig“ bedeutet, wir hätten ihn schon vor

15 Jahren gebraucht. Aber das ist eine ganz andere Geschichte. Darauf will ich heute nicht eingehen.

Das Zweite ist genauso selbstverständlich; ich sehe es im Rang als völlig gleichwertig an. Das ist das Interesse, dass die Belastungen, die sich für die Betroffenen ergeben, auf ein akzeptables Maß reduziert werden müssen. Das ist völlig selbstverständlich. Dazu gehört ein Interessenausgleich. Das ist immer so. Das ist übrigens auch in vielen nachfolgenden Gesetzen unterhalb der Verfassung geregelt.

Zu einem ehrlichen Interessenausgleich gehören - das sage ich Ihnen als jemand, der sich viele Jahre lang mit dem Naturschutz beschäftigt hat; das ist auch so ein schönes Thema - immer Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit auf beiden Seiten.

Dabei steht die Frage im Raum: Was dient eigentlich nicht den Interessen des Landes Brandenburg? - Es dient mit Sicherheit nicht den Interessen des Landes Brandenburg, einen Antrag zur Lärmkartierung zu stellen, den wir, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, mit unterstützt haben, und dann dem Ergebnis vorgreifen zu wollen. Es dient mit Sicherheit auch nicht den Interessen des Landes Brandenburg, wenn wir als Legislative ausstehenden Entscheidungen der Judikative vorgreifen.

(Beifall FDP, CDU sowie GRÜNE/B90)

An einem Tag, an dem wir einen Verfassungsrichter vereidigt haben, sage ich Ihnen auch ganz deutlich: Das ist auch nicht anständig. Es dient übrigens auch nicht den Interessen des Landes Brandenburg, mit öffentlich unverantwortlichem und oftmals populistischem Theater Wirtschaftlichkeit, Sicherheit und Lärmschutz gegeneinander auszuspielen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die Abwägung der unterschiedlichen Interessen, die ich genannt habe, haben wir ein Instrument. Dieses Instrument heißt Lärmschutzkommission. Diese Kommission muss nun arbeiten.

Herr Minister, ich sage es Ihnen hier ganz deutlich und offen: Solange wir den Eindruck haben - wir haben momentan den Eindruck -, dass Sie diesen Prozess ehrlich und offen begleiten, von mir aus moderieren, haben Sie dafür unsere Unterstützung.

(Beifall FDP sowie vereinzelt CDU und GRÜNE/B90)

Denn das ist das Gremium, mit dem wir nunmehr zu Interessenausgleichen kommen müssen.

Zum Abschluss, meine Damen und Herren, noch eine Bemerkung. Ich habe gestern gesagt, dass wir einen Antrag hätten, der viel geeigneter gewesen wäre, der letzte vor Weihnachten zu sein. Ich bin mir nicht ganz sicher. Eigentlich ist das Thema, über das wir uns hier unterhalten, auch ein geeignetes Thema kurz vor Weihnachten. Es ist deshalb kurz vor Weihnachten geeignet, weil es ein Thema tiefer Ernsthaftigkeit sein sollte.

Ich würde mir sehr wünschen, dass wir mit dieser Ernsthaftigkeit in den Ausschuss gehen. Es kann gar keine andere Lösung geben, als diesen hier zur Debatte stehenden Antrag mit großer Mehrheit der Fraktionen in den Ausschuss zu überweisen und dort in aller Ernsthaftigkeit darüber zu reden. Wenn der eine oder andere die Weihnachtszeit nutzt, um das vorzubereiten, wäre das sehr schön.

In diesem Sinne, liebe Kolleginnen und Kollegen, wünsche ich allen schöne und frohe Weihnachten. - Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Beyer. - Das Wort erhält nunmehr die Landesregierung. Herr Minister Vogelsänger, Sie haben das Wort.

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich habe meine erste Rede hier im Brandenburger Landtag zu einer Aktuellen Stunde gehalten. Es ging dabei um den Standort des künftigen Großflughafens. Ich habe mich damals für Sperenberg ausgesprochen. Was nützt mir das jetzt? Ich habe mich gleichzeitig dafür ausgesprochen - ich spreche mich auch weiterhin dafür aus -, dass unsere Hauptstadtregion einen leistungsfähigen internationalen Flughafen braucht. Das ist eine große Chance für Berlin und Brandenburg. Diese Chance müssen wir ergreifen.

(Beifall SPD und CDU)

Deshalb bringt es gar nichts, jetzt irgendeine Vergangenheitsbewältigung zu machen. Herr Genilke, ich kann schon gratulieren: Sogar bis zu Honecker geht es jetzt. - Jeder Flughafen hat eine entsprechende Geschichte.

(Zuruf des Abgeordneten Holzschuher [SPD])

Wir müssen dafür sorgen, dass die Konflikte, die im Zusammenhang mit dem Bau eines solchen Flughafens vorhanden sind, möglichst ein Stück weit entschärft werden. Sie werden nicht vollständig entschärft werden können. Ein Flughafen wird immer mit Lärm verbunden sein.

Ich habe gestern - Frau Melior war dabei - mit einer Bürgerinitiative „Fluglärmfreie Havelseen“ gesprochen. Ich habe der Bürgerinitiative gesagt, dass es das nicht geben wird, weder bei Havelseen noch bei Gemeinden.

Ich habe bei einer Fahrt von einem Termin - es war relativ spät - die Flugzeuge gezählt. Es war ganz klarer Himmel. Ich habe sechs Flugzeuge über Berlin und Brandenburg gezählt, die gleichzeitig Tegel oder Schönefeld anfliegen. Wir haben jetzt schon Flugbewegungen. Wir werden sie weiterhin haben. Wir werden es nicht erreichen, fluglärmfreie Gemeinden zu haben.

Die Gemeinden sind auch in einem Konflikt. Man will fluglärmfreie Gemeinden haben, aber möglichst einen Autobahnanschluss und eine direkte Bahnverbindung - siehe Michendorf - in Richtung BBI. Man will davon profitieren.

(Bischoff [SPD]: Aber nichts hören!)

Ich habe mit Erstaunen in der Lokalpresse gelesen, dass in der Gemeinde Gosen - Neu Zittau ein Investor einige 100 Wohnungen bauen will, und zwar unabhängig davon, welche Festlegungen getroffen werden. Gosen-Neu Zittau wird von Flugbewegungen vom Flughafen BBI betroffen sein. Trotzdem baut dort ein Investor einige 100 Wohnungen. Die Erwartung ist, dass die Region von dem Flughafen profitiert.

Es gibt Konflikte; das ist klar. Die müssen möglichst minimiert werden. Deshalb hat die Planfeststellungsbehörde am 20. Oktober 2009 den Planergänzungsbeschluss zum Lärmschutzkonzept BBI erlassen. Dabei spielt der Bereich Gesundheit eine besondere Rolle.

Mit dem Planergänzungsbeschluss wurden von der Landesregierung die in den Urteilen des Bundesverwaltungsgerichts enthaltenen Vorgaben umfassend und vollständig umgesetzt. Der Planergänzungsbeschluss berücksichtigt den aktuellen Erkenntnisstand der Lärmmedizin und der Lärmwirkungsforschung. Das war ein klarer Auftrag des Bundesverwaltungsgerichts.

Wir haben dies verantwortlich abgearbeitet und wahrgenommen, obwohl der eine oder andere sicherlich andere Erwartungen hat. Wir haben ein Nachtflugverbot von 00.00 bis 05.00 Uhr. Dazu kommen dann zahlreiche Detailvorschriften; Frau Gregor-Ness hat es dargestellt, Herr Genilke hat es dargestellt. Ich denke, die Ausschussberatung ist eine gute Gelegenheit, über diese Details zu debattieren.

Herr Abgeordneter Beyer hat etwas ganz Richtiges gesagt. Diese Diskussion wird nicht zu Ende sein. Die Festlegung der Flugrouten wird nicht endgültig sein. Sie werden sich verändern. Man hätte allerdings früher darauf hinweisen können, auch in Kenntnis der Verfahren zu den anderen Flughäfen, etwa des Verfahrens im Jahr 2008 zum Flughafen Leipzig.

Ich glaube, dass die Ausschussberatung eine gute Chance ist, die sachorientierte Diskussion weiterzuführen. Dazu kann ich aufrufen. Wir sind, gerade was den BBI, aber auch was die Menschen in der Region betrifft, die Chancen und die Belastung betrifft, in einer besonderen Verantwortung. Ich bin mir sicher, dass der brandenburgische Landtag dieser Verantwortung nachkommt. - Herzlichen Dank.

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Minister Vogelsänger. - Das Wort erhält noch einmal die einbringende Fraktion. Herr Abgeordneter Jungclauss, Sie haben das Wort.

Jungclauss (GRÜNE/B90):*

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde es ja interessant, wer jetzt als der Hauptverursacher und eigentlich Schuldige ausgemacht wurde: der Kollege Genosse Honecker. Ich hoffe nur, dass nachher bei der Namensgebung nicht noch einmal umgedacht wird.

(Beifall GRÜNE/B90)

Ich gehe auf das Argument ein, das Kollege Genilke vorgebracht hat ...

- Wo ist er?

(Genilke [CDU]: Hier!)

... dass man das Verbot der Nachtflüge erst dann verhängen kann, wenn die Flugrouten feststehen, und Sie uns vorwerfen, nicht abzuwarten, bis die Daten auf den Tisch kommen, die wir mit unserem Antrag eingefordert haben, den wir damals eingebracht haben. Das ist bei uns auch ein gewisser Lernprozess

gewesen. Wir sind damals davon ausgegangen, dass die Sache nicht so kompliziert ist. Wir sind auch davon ausgegangen, dass, wenn man fordert, dass die Daten auf den Tisch kommen, sie dann auch auf den Tisch kommen. Dass jetzt so ein Gewirbel und Theater ist und sich Affären und Skandale abzeichnen, dass vermutlich bis zum Tag der Eröffnung des Flughafens die Flugrouten nicht feststehen werden, konnten wir bei unserer damaligen Antragstellung nun wirklich nicht wissen. Gerade deshalb finden wir es wichtig, dass wir jetzt möglichst schnell eine Entscheidung treffen, nicht erst einen Tag, bevor der Flughafen eröffnet wird, sondern so schnell wie möglich, um dadurch alle Betroffenen zu entlasten.

Das Argument, wir würden den Flughafen an sich infrage stellen, kann ich nicht nachvollziehen. Wir stellen nicht den Flughafen infrage. Wir stellen sein Betriebskonzept infrage, und das zu Recht.

Dass wir das ausstehende Urteil des laufenden Prozesses abwarten sollen, kann ich verstehen. Da wird etwas hinausgeschoben. Das kommt Ihnen natürlich entgegen. Wir haben hier durchaus die Möglichkeit, entweder heute oder, wenn das Ganze in die Ausschüsse überwiesen wird, vor dem Urteil ein klares Zeichen zu setzen. Ich denke, man muss nicht das eine lassen, wenn man das andere tut. Wir können heute hier und nach den Ausschusssitzungen das Signal setzen und damit den Klägerinnen und Klägern die Klagegrundlage entziehen. Damit würde Rot-Rot vermeiden, sich vorführen und sich durch ein Gerichtsurteil zur Nachbesserung zwingen zu lassen.

Ich komme auf den Vorwurf zu sprechen, wir würden uns dagegenstellen, die Frage im Ausschuss zu behandeln. Wir stellen uns nicht dagegen. Wir werden heute der Ausschussüberweisung zustimmen. Wir freuen uns, dass das Ganze im Ausschuss diskutiert wird. Wir werden sicherlich eine Anhörung dazu beantragen. Das schließt aber nicht aus, dass man heute auf eine Abstimmung bestanden hätte und es besser fände, wenn der Landtag heute ein klares Signal nach draußen an die Bürgerinnen und Bürger gäbe, sich hier für den Lärmschutz einsetzen zu wollen. Nichtsdestotrotz werden wir der Überweisung zustimmen.

(Beifall GRÜNE/B90 - Zurufe)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Jungclauss. - Wir sind damit am Ende der Aussprache angelangt. Wir kommen zur Abstimmung. Die SPD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE und die FDP-Fraktion beantragen die Überweisung des Antrags in der Drucksache 5/2394, Neudruck, Schutz der menschlichen Gesundheit: Umfassendes Nachtflugverbot am BBI von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr sichern, an den Ausschuss für Infrastruktur und Landwirtschaft - federführend -, an den Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz sowie an den Ausschuss für Wirtschaft.

Wer diesem Überweisungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag einstimmig überwiesen worden. Ich schließe Tagesordnungspunkt 8.

Mir wird hier mitgeteilt, dass es eine persönliche Erklärung gibt. Der Abgeordnete Goetz von der FDP-Fraktion möchte sie uns mitteilen.

Goetz (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben vorhin viel darüber gehört, dass die Brandenburger Landesregierung eine hohe Verantwortung dafür hat, nämlich mit dem Geld der Brandenburger verantwortlich umzugehen. Das ist unzweifelhaft so. Die Brandenburger haben einen Anspruch darauf, dass die Regierung mit ihrem Geld sorgfältig umgeht.

Die Brandenburger haben aber auch einen Anspruch darauf, von der Landesregierung oder von Landesbehörden nicht getäuscht und ausgetrickst zu werden. Die Brandenburger haben einen Anspruch darauf, dass Planungsbehörden des Landes Brandenburg Betroffene von Amts wegen selbst ermitteln und diese Ermittelten von selbst in das Verfahren einbeziehen. Die Brandenburger haben einen Anspruch auf Wahrheit und Glaubwürdigkeit der Landesregierung.

Weil genau diese Ansprüche verletzt worden sind, haben Sie jetzt mit den Protesten zu tun, mit denen wir uns hier zu befassen haben. Wenn Vergleiche gezogen werden zu Stuttgart 21 oder zu anderem, was wir gelegentlich hören:

(Frau Gregor-Ness [SPD]: Das hat niemand gemacht!)

Der wesentliche Unterschied zwischen Schönefeld und Stuttgart 21 ist eben nicht der Baufortschritt. Der wesentliche Unterschied ist der Gehalt der Wahrheit, der in diesen Verfahren irgendwo hinterher einbezogen wird. Wenn gesagt wird, dass Menschen ihren Wohnsitz genommen haben, sich erkundigt haben, ob man dort, wohin sie ziehen, in Ruhe leben kann ...

Vizepräsidentin Große:

Herr Abgeordneter Goetz, Sie dürfen nicht zur Sache sprechen, sondern Sie können sich in einer persönlichen Erklärung ...

Goetz (FDP):

- Ich erkläre mein Verhalten, Frau Präsidentin.

Vizepräsidentin Große:

Ich bitte darum, dass Sie sich daran halten. Es geht nicht mehr um die inhaltliche Debatte.

(Unruhe)

Goetz (FDP):

Ich versuche, mein Verhalten zu erklären, und das geht nicht ganz ohne Inhalt dazu. Insofern setze ich die Debatte nicht fort, sondern sage, warum ich wie abgestimmt habe und warum ich mich dem Antrag auch angeschlossen habe, den die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, denen ich ausdrücklich für diesen Antrag danke, hier gestellt hat.

Die entscheidende Frage, die letztlich besteht, ist die, ob Geld oder Vertrauen wichtiger ist. Ich habe mich in einem Punkt entschieden, der es mir erlaubt, auch künftig noch meinen Nachbarn in die Augen zu sehen, wie sie das in gleicher Weise tun. - Danke.

Vizepräsidentin Große:

Herr Abgeordneter, Sie dürfen im Rahmen einer persönlichen Erklärung nur zu gegen Sie erhobenen Vorwürfen sprechen.

Sie haben sich in der Sache geäußert. Dazu sind persönliche Erklärungen nicht geeignet.

(Frau Hackenschmidt [SPD]: Frau Präsidentin, ich bin stolz auf Sie! - Zuruf: Sehr gut! - Beifall SPD und DIE LINKE - Der Abgeordnete Goetz wendet sich an das Präsidium. - Frau Kaiser [DIE LINKE]: Machen Sie in dem Gespräch keine juristische Haarspalterei! - Goetz [FDP] zum Präsidium: Ich kann mich erklären, warum ich so abgestimmt habe, wie ich abgestimmt habe!)

Ich eröffne den letzten vorweihnachtlichen **Tagesordnungspunkt 9** mit dem friedlichen Titel:

Demonstrationsrecht friedlich ausüben

Antrag
der Fraktion der CDU

Drucksache 5/2437
(Neudruck)

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Das passt!)

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag des Abgeordneten Petke.

Petke (CDU):*

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte am Anfang zunächst einmal die Gelegenheit nutzen, den Polizeibeamtinnen und den Polizeibeamten, die während des Castor-Transportes in Brandenburg und darüber hinaus eingesetzt waren, meinen Dank auszusprechen, dass dieser Transport im Wesentlichen friedlich erfolgt ist. Dass er ohne großartige Vorkommnisse polizeilicher Art abgegangen ist, ist, glaube ich, ein Verdienst nicht nur derjenigen, die Dienst getan haben, sondern es ist insbesondere ein Verdienst der handelnden Polizeibeamten, die sich sehr besonnen verhalten haben.

(Domres [DIE LINKE]: Und der Demonstranten!)

Wir haben den Castor-Transport in Brandenburg zum Anlass genommen, einen Antrag in den Landtag einzubringen, der sich mit den Folgen von Verstößen gegen das Demonstrationsrecht beschäftigt. Zum Castor-Transport haben sich viele geäußert, auch aus diesem Haus. Mich hat bei all den Äußerungen am meisten verwundert, dass der Landesverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausdrücklich dazu aufgerufen hat, gegen diesen Transport zu demonstrieren.

Ich räume ein - und das ist in der CDU nicht anders -, dass man zu der Frage, wie man mit der Kernkraft umgeht, verschiedener Meinung sein kann. Das ist ein Thema, das sensibel behandelt wird, das streitig behandelt wird, was auch emotionalisiert. Wenn man aber über lange Jahre einen Bundesumweltminister gestellt hat - und dieser Bundesumweltminister hat nun gerade den in Rede stehenden Transport, der 30 Kilometer auch durch Brandenburg führte, er hätte auch weiter durch Brandenburg führen können, wenn eine andere Strecke genommen worden wäre -, und dieser Transport praktisch Anlass ist, dagegen zu demonstrieren, obwohl Herr Trittin diesen Transport bestellt hat, angeordnet hat in der Zeit, als Rot-Grün im Bund Verantwortung getragen haben und die Weichen für diesen Transport

rechtlich und tatsächlich gestellt worden sind, dann wundert mich das.

Das wundert mich umso mehr, als damit auch klar ist, dass der Castor-Transport mitnichten etwas mit der Entscheidung der Bundesregierung, die Laufzeiten der Kernkraftwerke in Deutschland zu verlängern, zu tun hat. Ich freue mich und bin in Erwartung der Erklärung von Bündnis 90/Die Grünen, warum Sie dazu aufrufen, gegen einen eigenen Transport zu demonstrieren. An diesem hätte auch „bestellt durch Herrn Trittin“ stehen können.

Uns geht es im Kern darum, dass das Demonstrationsrecht ein friedliches Recht ist. Wir haben Bilder gesehen, nicht in Brandenburg, aber in Gorleben und auch beim jüngsten Transport, die zeigten, dass das Demonstrationsrecht missbraucht und die Polizei provoziert wurde. Es wurden bewusst Straftaten begangen und Dinge getan, die mit unserer Rechtsordnung und dem Demonstrationsrecht nicht vereinbar sind. Wir wollen, dass die Polizei hier rechtsstaatlich handelt, und dazu gehört, dass sie in solchen Fällen diejenigen, die diese Störungen herbeiführen, an den Kosten beteiligt.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Also den Bund!)

Nun haben wir ja die politischen Forderungen vernommen, dass die Betreiber von Atomanlagen für die Castor-Transporte aufkommen sollen - das mag so sein -, aber für Störungen, finden wir, soll derjenige aufkommen, der sie verursacht. Dazu gibt es klare rechtliche Grundlagen, die nach unserer Erfahrung in Brandenburg relativ wenig bis gar nicht angewandt werden, und deswegen lohnt es, eine Debatte im Landtag darüber zu führen, ob und inwieweit derjenige, der einen solchen Polizeieinsatz provoziert, indem er sich zum Beispiel auf ein Gleis setzt, festkettet, einbetoniert, weggetragen werden muss und Ähnliches, dann auch für die entstehenden Kosten zur Verantwortung zu ziehen ist.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Die Atomlobby provoziert den Polizeieinsatz!)

Es kann doch wohl nicht sein, dass diese Kosten auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. - Danke schön.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Petke. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Der Abgeordnete Ness hat das Wort.

Ness (SPD):*

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Petke, erst einmal darf ich eines feststellen: In den letzten Tagen hatten Sie ja leichte Schwierigkeiten mit Ihrer Stimme. Das Hohe Haus hat Ihnen gute Besserung gewünscht. Ich freue mich, feststellen zu können: Ihrer Stimme hat es geholfen. Aber inhaltlich habe ich keine Besserung festgestellt.

Es ist das alte Hobby, das Sie betreiben. Ich habe mich gestern schon gewundert, dass Sie nicht die marodierenden linksextremen Horden, die in Brandenburg durch Spremberg und Perle-

berg ziehen und Autos anzünden, beschreiben, um die Polizeireform ablehnen zu können. Aber heute sind Sie ja wieder bei sich und haben jetzt Gott sei Dank die Castor-Gegner, die bösen, bösen militanten Atomkraftgegner, gefunden, die man verschieben kann, um von der eigenen Politik abzulenken. Sie lenken von Ihrer eigenen Politik ab. Sie wollen ja, wenn ich den Antrag richtig verstanden habe, das Verursacherprinzip einführen. Darüber können wir gern diskutieren, ich bin sehr dafür. Dann sage ich Ihnen aber, wer der Verursacher der großen Proteste gegen Atomenergie in der Bundesrepublik Deutschland ist: Das ist die von CDU und FDP getragene Bundesregierung, die einen Atomkonsens, der während der rot-grünen Regierungszeit gefunden worden ist und einen gesellschaftlichen Großkonflikt in diesem Land befriedet hat, aufgekündigt hat.

Vizepräsidentin Große:

Lassen Sie eine Frage der Abgeordneten Blechinger zu?

Ness (SPD):

Nein, ich würde gern fortsetzen. - Wenn wir über das Verursacherprinzip reden - ich finde es auch skandalös, dass die Bundesländer die Kosten für eine bundespolitische Entscheidung tragen müssen -,

(Beifall SPD, DIE LINKE und GRÜNE/B90)

dann muss gesagt werden, dass es die Bundesregierung ist, die Zehntausende friedlich demonstrierende Menschen mobilisiert, weil sie den Atomkompromiss aufgekündigt hat und einen neuen gesellschaftlichen Großkonflikt herbeibeschwört. Sie versuchen, friedliche Demonstranten zu kriminalisieren. Das hat eine üble Tradition in der CDU. Wahrscheinlich haben Sie bei bestimmten Ereignissen gelernt, dass Sie mit so etwas Erfolg haben können.

(Beifall SPD, DIE LINKE und GRÜNE/B90)

In Stuttgart gibt es derzeit einen Untersuchungsausschuss, der untersucht, ob die dortigen Polizeieinsätze nicht eigentlich den Zweck hatten, gewalttätige Proteste zu provozieren, um das Projekt durchzusetzen.

Vizepräsidentin Große:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Frage des Abgeordneten Beyer zu?

Ness (SPD):

Nein. - Ich erzähle Ihnen eine kleine Geschichte. Nach Tschernobyl hat es in Westdeutschland 1986/87 eine große Demonstrationsbewegung gegen das Kernkraftwerk Brokdorf gegeben. Hunderttausende sind gegen dieses Kernkraftwerk auf die Straße gegangen. Am Rande gab es auch gewalttätige Auseinandersetzungen. Die Geschichte, die ich jetzt erzähle, sollten sich insbesondere die Grünen merken. Es kam am Rande zu gewalttätigen Auseinandersetzungen durch einige wenige mit der Polizei. Dabei ist ein Polizist in der Wilstermarsch in einen Graben gefallen und von einem Demonstranten übel zusammengeschlagen worden. Dann passierte Folgendes: Im gleichzeitig laufenden Landtagswahlkampf in Niedersachsen hängte die CDU zwei Plakate auf - es war eine Situation „Spitz auf Knopf“,

die CDU verlor ihre absolute Mehrheit, das war klar, es war ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb -: Auf einem Plakat war der vermummte Demonstrant zu sehen, der von hinten auf den armen Polizisten einschlug, und darunter stand: Ist das unser nächster grüner Umweltminister?

Vizepräsidentin Große:

Lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dombrowski zu?

Ness (SPD):

- Natürlich lasse ich auch keine Frage von Herrn Dombrowski zu.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Das wäre jetzt auch unhöflich!)

Auf dem anderen Plakat - es ist schon 25 Jahre her, aber es zeigt, dass sich die Tradition fortsetzt - war ein krähenhahn zu sehen, und darunter stand: „Niedersachsen, pass auf! Rot-Grün droht.“ - Wahrscheinlich werden wir in zukünftigen Wahlkämpfen „Rot-Rot droht!“ oder „Rot-Rot-Grün droht!“ lesen. Also überlegen Sie sich, was Sie sich für Freunde suchen. In dieser Auseinandersetzung wird klar, in welcher Tradition die Petkes und andere hier in diesem Hause stehen. Wir machen das jedenfalls nicht mit. Der Antrag der CDU ist einer, der ablenken soll. Genau deshalb lehnen wir ihn ab.

(Beifall SPD, DIE LINKE und GRÜNE/B90 - Frau Dr. Ludwig [CDU]: Sagenhaft, was Sie hier für eine große Lippe riskieren!)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Ness. - Wir fahren in der Aussprache mit dem Beitrag der FDP-Fraktion fort. Der Abgeordnete Goetz hat das Wort.

Goetz (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Gestern ist der Castor-Transport durch Brandenburg gerollt. Gegen diesen Transport wurde an verschiedenen Orten in Brandenburg friedlich demonstriert. Ich teile die Auffassung der Protestierenden nicht, aber ich werde mich immer dafür einsetzen, dass die Protestierenden bei solchen Gelegenheiten ihre Meinung friedlich äußern können.

(Beifall GRÜNE/B90)

Alles, was im vorliegenden Antrag gefordert wird, gibt es bereits. Wenn Sachbeschädigungen auftreten, gibt es zivilrechtliche Ansprüche gegen den Sachbeschädiger, den entstandenen Schaden zu ersetzen. Wenn Körperverletzungen vorliegen, gibt es eine strafrechtliche Handhabe, dagegen vorzugehen. All diese Möglichkeiten bestehen. Sie setzen im Zweifelsfall immer voraus, dass man des jeweiligen Täters habhaft wird, um ihn bestrafen zu können. Das soll dann auch so sein. Weiß man das nicht, entsteht der Eindruck, dass mit dem Antrag eine Art Einschüchterung bezüglich der Teilnahme an Demonstrationen verbunden werden soll. Das kann nicht unser Ansatz sein.

(Beifall der Abgeordneten Mächtig [DIE LINKE])

Wie weit soll es denn am Ende gehen? Es gibt Fußballspiele, die von Tausenden besucht werden, darunter auch von einigen gewaltbereiten Fans. Wenn man konsequent ist, müssten auch sie in gleicher Weise an den Kosten für den Polizeieinsatz beteiligt werden. Das geschieht in Teilen auch, kann aber nicht dazu führen, dass Tausende friedliche Fußballfans abgeschreckt werden.

Was passiert, wenn die Polizei zu einem Ehestreit gerufen wird? Soll die Polizei dann ermitteln, welcher Ehepartner den Streit angefangen hat, und ihn dann an den Kosten beteiligen? Auch das wird nicht funktionieren. Die Polizei hat die Aufgabe, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten, und alle Menschen in Deutschland haben die Verpflichtung, die Grundsätze der öffentlichen Ordnung und Sicherheit einzuhalten und sich friedlich zu verhalten. Alles, was die damit verbundenen Grundrechte - auch das Grundrecht auf Demonstrationstfreiheit - einzuschränken geeignet ist, kann von uns so nicht mitgetragen werden.

(Beifall GRÜNE/B90)

Es ist durchaus richtig, das Augenmerk darauf zu lenken, dass gewaltbereit demonstriert wird, dass auch immer wieder Gewalt gegenüber Polizeibeamten ausgeübt wird. Es ist richtig, den Schutz für unsere Polizeibeamten zu verstärken. Es ist richtig, dass wir als Landtagsabgeordnete in vollem Umfang an ihrer Seite stehen. Es ist falsch, Versuche der Einschüchterung von Menschen, die einfach nur ihre Meinung sagen wollen, zu unternehmen. Mit uns geht das nicht.

(Beifall FDP, SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Goetz. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Abgeordnete Dr. Scharfenberg.

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Wandlungsfähigkeit von Herrn Petke ist, denke ich, uns allen bekannt. Gestern haben wir ihn als glühenden Verfechter von Volksinitiativen erlebt. Das war unglaublich. Da waren Sie Wolf im Schafspelz, Herr Petke. Heute sind Sie glaubwürdig. Heute haben Sie versucht, Demonstranten zu kriminalisieren. Das ist Ihre Grundlinie. So habe ich Sie schon oft erlebt. Genau das werden wir nicht zulassen.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Ich muss Ihnen auch sagen, Herr Petke, Ihre seherischen Fähigkeiten, die Sie hier immer demonstrieren, sind wenig ausgeprägt; denn Sie mussten diesen Antrag noch einmal abändern. Der Transport ist schon erfolgt. Das haben Sie nicht gewusst, das haben Sie nicht gesehen.

Das, was hier an Demonstrationen erfolgt ist, war friedlich. Wir ermuntern die Menschen in diesem Lande, mit Demonstrationen auf eine verfehlte Politik, auf eine verfehlte Energiepolitik aufmerksam zu machen.

(Beifall DIE LINKE, SPD und GRÜNE/B90)

Weil Ihnen immer daran gelegen ist, Herr Petke, die Polizei in diesem Zusammenhang zu unterstützen und zu schützen: Ich

meine, dass die Polizei in der Lage ist, die Situation einzuschätzen und entsprechend zu handeln. Die Möglichkeiten dafür sind gegeben. Sie werden sich, wenn wir die Kennzeichnungspflicht eingeführt haben, die Sie ja interessanterweise vorgeschlagen haben, auch so ausgestalten, dass Demonstranten sicher sein können, dass auch Polizisten sich an das geltende Recht halten, was wir grundsätzlich natürlich auch immer unterstellen. Insofern, denke ich, sind wir hier auf einem guten Weg. Ihr Antrag geht in eine völlig falsche Richtung, und wir werden ihn deshalb ablehnen. - Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, SPD und GRÜNE/B90)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Scharfenberg. - Das Wort erhält die Abgeordnete von Halem von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frau von Halem (GRÜNE/B90):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Petke! Ich gehöre ja noch zu der glücklich Generation, in einer Zeit aufgewachsen zu sein, als die Welt noch in Ordnung war und die Feindbilder klar. Damals wusste man noch, was konservativ war: die CDU. Sie war damals noch dafür, Frauen hinter den Herd zu stellen, redete davon, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei und Homosexualität geheilt werden müsse.

(Heiterkeit bei der SPD)

Jetzt ist das ja alles anders. Selbst die CDU befürwortet Elternzeit für Väter, beruft Integrationsgipfel ein und akzeptiert eingetragene Partnerschaften. Die Welt ist komplizierter, und auch die CDU hat sich gewandelt. Aber so in der Vorweihnachtszeit überkommt einen ja manchmal die Melancholie und die Sehnsucht nach althergebrachten Ritualen. Da freut man sich über solch einen Antrag. Ja! Das ist genau so, wie es früher immer war.

(Heiterkeit und Beifall bei GRÜNE/B90, SPD und DIE LINKE)

Man reibt sich dann allerdings ein bisschen die Augen, wenn von Straftaten bei Demonstrationen, insbesondere bei Castor-Transporten, die Rede ist und gleich im anschließenden Satz gefordert wird: Störer sollten die von ihnen verursachten Kosten selbst tragen. Straftaten werden in diesem Land geahndet. Aber Störer? Wer sind denn Störer? War da nicht ein Unterschied zwischen Straftaten begehen und stören?

(Zuruf von der CDU: Polizeirecht!)

In dem Antrag wird alles in einen Topf geworfen. Aber manche Leute sehen ja auch Journalisten als Störer an.

(Oh! bei der Fraktion DIE LINKE - Zurufe von der CDU: Wer denn?)

Aber warum reden Sie von Demonstrationen anlässlich von Castor-Transporten? Gut, dem wäre schnell der Wind aus den

Segeln genommen, wenn die Laufzeiten der Atomkraftwerke nicht verlängert worden wären.

(Oh! bei der CDU)

Da komme ich zu Ihnen, Herr Petke. Ich hätte Sie gar nicht für so unintelligent gehalten und Ihnen zugetraut, dass Sie gemerkt haben, dass wir damals, als wir unter Jürgen Trittin den Atomkonsens ausgehandelt haben, nicht zu Demonstrationen bei Castor-Transporten aufgerufen haben. Das haben wir erst in dem Moment wieder getan, als klar war, dass der Atomkonsens in Frage gestellt wird.

(Frau Lehmann [SPD]: Richtig!)

Ich dachte, das hätten Sie gemerkt. Selbstverständlich, Sie wissen ja, worum es da geht. Es geht um die Atomkraft grundsätzlich sehr viel eher als um die Castor-Transporte.

(Petke [CDU]: Den Kopf muss die Polizei hinhalten!)

Es geht ja um Demonstrationen. Was machen wir bei Fußballspielen? Das hat Herr Goetz auch schon erwähnt. Was machen wir bei Großveranstaltungen? Was machen wir beim Brandenburg-Tag? Auch da sind viele Menschen und viel Polizei. Wer stört da eigentlich wen, und wer hat die Definitionshegemonie? Soll die Regelung nur für Polizeieinsätze bei politischen Demonstrationen gelten?

(Nein! bei der CDU)

Zahlen bei den Fußballpolizeieinsätzen dann die Fußballvereine oder die Fangruppen per Vorkasse beim Einlass mit Kautions-, mit Jahresstörberechtigungskarten?

War da nicht genau vor einem Monat ein Antrag der CDU, der forderte, der Schutz der Bevölkerung dürfe nicht von der finanziellen Leistungsfähigkeit Einzelner abhängig sein und deshalb müsse die Inanspruchnahme der Polizei durch die Bürger auch in Zukunft kostenlos sein? Gilt das nur für den Schutz der Bürger, die sich nicht bei Demonstrationen aufhalten? Bei genauerem Hinsehen ist das doch ein bisschen krude.

Für uns ist das Demonstrationsrecht ein hohes Gut, und für uns kommt es nicht infrage, die gewaltfreie Teilnahme an Demonstrationen, auch wenn sie stören sollte, am Ende durch finanzielle Hürden infrage zu stellen, egal, wie das umgesetzt würde.

Aber Weihnachten macht ja auch versöhnlich. Nicht alle Fragen müssen lösbar sein. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und auch allen Polizistinnen und Polizisten in diesem Land frohe Weihnachten, gute Erholung und ein spannendes neues Jahr. Hoffentlich bleiben Sie ungestört!

(Heiterkeit und Beifall bei GRÜNE/B90, SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete von Halem. - Die Aussprache wird mit dem Beitrag der Landesregierung fortgesetzt. Herr Minister Woidke, bitte.

Minister des Innern Dr. Woidke:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema ist vielleicht nicht ganz so weihnachtlich, wie es ein Tagesordnungspunkt als letzter vor der Weihnachtspause sein sollte. Das Thema hat einen sehr ernsten Hintergrund. Der Castor-Transport vom französischen La Hague in das niedersächsische Gorleben war genau wie der gestrige durch unser Land mit einem massiven Aufgebot an Polizisten verbunden.

Ich möchte von dieser Stelle aus all den Polizisten, die im Einsatz waren, auch denen, die sich in Bereitschaft gehalten haben, hier noch einmal ganz herzlich für ihren Einsatz danken. Aber ich möchte auch den Demonstranten danken, die sich in diesem Falle, zumindest was Brandenburg betrifft, sehr besonnen verhalten haben, die dezentral ihre Veranstaltungen durchgeführt haben, die allesamt - darüber bin ich als Innenminister sehr froh - friedlich verlaufen sind. Auch Dank also an die Demonstranten.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein solch massives Aufgebot an Polizei kostet, das ist unbestritten. Gerade in Zeiten angespannter Landeshaushalte stellt sich die Frage: Wer soll und wer muss das bezahlen? Den Antrag der CDU-Fraktion habe ich allerdings doch mit etwas Staunen zur Kenntnis genommen, Staunen vor allen Dingen über die Ignoranz gegenüber dem Thema Castor insgesamt. Ich kann Herrn Ness nur folgen, der gesagt hat: Das ist ein Ablenkungsmanöver, noch dazu ein relativ plumpes. Denn, Herr Petke, die rollenden Castoren sind in der Bevölkerung, das sollten Sie zur Kenntnis nehmen, nicht nur bei den Demonstranten ein Symbol für die verfehlte Atompolitik der Bundesregierung. So bedauerlich es ist: Solange diese verfehlte Atompolitik der Bundesregierung fortgesetzt wird, werden sie dieses Symbol auch bleiben.

(Beifall SPD, DIE LINKE und GRÜNE/B90)

Ihre Parteikollegen im Bund haben sich verabschiedet vom politischen und gesamtgesellschaftlichen Konsens, der da lautete: Atomausstieg. Sie haben diesen Konsens aufgekündigt. Ich gebe Ihnen Recht, die Polizisten müssen sich jetzt bemühen und werden mit diesen Fragen konfrontiert. Ich kann Ihnen auch hier aus der Brandenburger Polizei heraus sagen, dass die Polizisten hier natürlich Ordnung und Sicherheit, auch die Rechte der Betroffenen wahren, aber in diesem Fall mit Sicherheit nicht mit großer Überzeugung für die Energiepolitik der Bundesregierung tun.

(Petke [CDU]: Woher wollen Sie denn das wissen, Herr Minister?)

Jetzt also will die CDU-Fraktion losgelöst von der Frage, ob nicht etwa die Betreiber der Kernkraftwerke an den entstandenen Kosten solcher Einsätze zu beteiligen wären, Herr Petke, dass gewalttätige Demonstranten zur Kasse gebeten werden.

Die Versammlungsfreiheit - das ist offensichtlich das Problem, das Sie haben - als kollektive Meinungsfreiheit ist das vornehmste Grundrecht unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Sie konstituiert unsere pluralistische Demokratie. Sie, Herr Petke, verkennen offensichtlich - vielleicht sogar absichtlich -

die Bedeutung und Tragweite der Versammlungsfreiheit. Das Polizeigesetz und das Verwaltungsvollstreckungsgesetz in Verbindung mit der Abgabenordnung geben es nicht her, die gewalttätigen Demonstranten an den Kosten der Polizeieinsätze zu beteiligen. Auch an dieser Stelle irren Sie! Eine Gebührenerhebung nach dem Gebührengesetz ist schon deshalb völlig abwegig, weil der Bürger dafür eine Leistung der Verwaltung erhalten müsste. Ich glaube nicht, dass hier davon die Rede sein kann.

Für eine Kostenerstattung müsste im Polizeigesetz also eine Regelung über Vollstreckungskosten geschaffen werden. Wollte man das, so müsste man aufpassen, dass solch eine landesrechtliche Kostenregelung nicht mit den Normen des Straf- und Ordnungswidrigkeitenrechts kollidiert. Von jemandem Gebühren zu erheben, der in einer strafrechtlichen Ermittlung oder in einem Verfahren wegen einer Ordnungswidrigkeit steckt, ist mindestens fragwürdig. Schließlich gibt es in diesem Land den Grundsatz des verfassungsrechtlichen Verbots der Doppelbestrafung. Die Strafverfolgungspflicht der Polizei sorgt dafür, dass sich gewalttätige Demonstranten sehr schnell in einem Ermittlungsverfahren wiederfinden - inklusive entsprechender Verurteilungen, wenn ihnen die Gewalttätigkeit nachgewiesen wird. Zusätzlich Gebühren zu erheben könnte - das ist offensichtlich die Absicht der CDU - als Verwaltungsstrafrecht missverstanden werden. Dieses Verwaltungsstrafrecht lehnen wir aus guten Gründen ab.

(Beifall der Abgeordneten Holzschuher und Bischoff [SPD])

Eine Kostenerhebung im Versammlungsgeschehen ist unangemessen. Der Antrag ist nicht mehr als ein politisches Ablenkungsmanöver. Wenn Sie wollen, dass sich die Situation an den Castoren beruhigt und wir weniger Polizisten in Einsätze schicken müssen, Herr Petke, dann sorgen Sie endlich dafür, dass die Bundesregierung eine vernünftige Energiepolitik betreibt. - Danke sehr.

(Beifall SPD, DIE LINKE und GRÜNE/B90)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Minister Woidke. - Der Abgeordnete Petke von der CDU-Fraktion erhält nun noch einmal das Wort.

Petke (CDU):*

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Minister, zunächst einmal danke ich Ihnen dafür, dass Sie - anders als die Vertreter der Koalitionsfraktionen - den Polizeibeamten gedankt haben. Das ist bei uns sehr wohl als ein Zeichen registriert worden.

(Beifall CDU)

Ich darf Ihnen weiterhin sagen, dass Ihre rechtlichen Ausführungen doch sehr abgelesen wirkten und auch nicht überzeugend daherkamen. Um das den Kollegen einmal zu veranschaulichen: Wenn Sie Ihr Auto im Parkverbot abstellen, wird es abgeschleppt; Sie werden an den Kosten beteiligt und bestraft. Wenn sich jemand auf ein Gleis setzt und von der Bundes- oder Landespolizei weggetragen werden muss, dann kann er für diese Maßnahme natürlich ganz genauso an den Kosten

des Polizeieinsatzes beteiligt werden, und das wird er auch in der Bundesrepublik. Das ist geltende Rechtslage, und nicht mehr wollen wir.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Wogegen demonstriert man eigentlich, wenn man sein Auto im Parkverbot abstellt? - Heiterkeit bei der Fraktion DIE LINKE und der SPD)

Der Punkt ist: Bei der Koalition stelle ich fest, dass es ein gutes und ein böses Demonstrationsrecht gibt. Demonstriert man gegen die Bundesregierung, dann ist das aus Ihrer Sicht offensichtlich ein gutes; demonstriert man gegen andere, dann ist das vielleicht kein gutes.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Was demonstrieren Sie eigentlich gerade? - Weitere Zurufe von der Fraktion DIE LINKE und der SPD)

Das kann nicht sein! Das Recht darf nie und nimmer von der Politik abhängig sein!

(Beifall CDU)

Für Demonstrationen gelten die gleichen Regeln. Ich darf einmal feststellen, Herr Minister, dass das Versammlungsrecht nicht das Recht beinhaltet, Straftaten zu begehen.

(Beifall CDU)

Herr Kollege Ness, ich kann mich erinnern, dass sowohl CDU/CSU als auch - glaube ich, die Freien Demokraten - in den Wahlkampf des Jahres 2009 mit der klaren Aussage gezogen sind, dass sie die Laufzeiten der Kernkraftwerke verlängern werden - aus guten Gründen. Ich kann mich erinnern ...

(Zuruf des Abgeordneten Ness [SPD] sowie der Abgeordneten Kaiser [DIE LINKE])

- Kollege Ness, seien Sie doch etwas souveräner! Sie haben schon keine Frage zugelassen, da können Sie doch jetzt wenigstens zuhören! Ich kann mich erinnern, dass Ihre Partei - die SPD - in Brandenburg von zehn auf fünf Bundestagsabgeordnete regelrecht abgestürzt ist. Die SPD ist im letzten Bundestagswahlkampf in diesem Land - in unserem Land Brandenburg - von zehn auf fünf MdB abgestürzt!

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE und der SPD)

Wir haben jetzt fünf und hatten vorher schon sechs, Herr Kollege Bischoff.

(Bischoff [SPD]: Ihr hattet niemals sechs!)

- Über Ihr Erinnerungsvermögen sagte ich bereits gestern etwas.

(Bischoff [SPD]: Wahnsinn, Wahnsinn!)

Meine Damen und Herren, obwohl wir gesagt haben, wir würden die Laufzeiten verlängern, haben wir bei der Bundestagswahl in Brandenburg zugelegt, und Sie sind abgestürzt. So ist es nun einmal.

(Beifall CDU - Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Jetzt kommen wir einmal zu den „Zehntausenden“ in Brandenburg, die demonstriert haben: Gestern bin ich gefragt worden, ob es denn an der Kälte und an der Nachtzeit lag. Das mag so sein. Die Grünen haben mehrfach aufgerufen, der Innenminister hat mittelbar aufgerufen, indem er sagte, er könne jeden Demonstranten gut verstehen. Wissen Sie, wie viele es waren? Zweihundert. Die haben sich nicht einmal in die Prignitz getraut - nicht einmal dahin, wo der Transport läuft.

(Zurufe sowie Unmut bei der Fraktion DIE LINKE und der SPD)

Wo sind die Zehntausenden in Brandenburg, die die Energiepolitik der Bundesregierung ablehnen? Sie sind einfach nicht da. Fassen wir es zusammen: In Brandenburg ist das gar kein Thema, da kriegen die Genossen und die Linken die Hintern nicht hoch. Das ist kein Thema!

(Beifall CDU sowie Unmut bei der Fraktion DIE LINKE und der SPD - Jürgens [DIE LINKE]: Ihr Antrag ist völlig überflüssig! - Görke [DIE LINKE]: Ihr reitet ein totes Pferd!)

- Nein, unser Antrag ist eben nicht überflüssig, weil im nächsten Jahr die Wahrscheinlichkeit gegeben ist, dass wieder ein Transport erfolgt. Niemand von uns kann sagen, dass nicht bei anderen Demonstrationen Straftaten begangen werden. Dass die Linke ein Problem damit hat, hätte ich nicht erwartet.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Stimmt doch gar nicht!)

Dass es aber aus der SPD heißt, das Versammlungsrecht beinhalte möglicherweise das Recht, Straftaten zu begehen, und man könne Menschen, wenn sie stören, nicht verantwortlich machen, das wundert mich sehr.

Vizepräsidentin Große:

Herr Abgeordneter Petke, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Petke (CDU):

Natürlich lasse ich eine Zwischenfrage zu.

Ludwig (DIE LINKE):

Herr Petke, weil Sie mit Wahlprogrammen und Bundestagsmandaten interessante Vergleiche anstellen, folgende Frage: Wie bewerten Sie denn die Tatsache, dass die brandenburgische Linke sich im Bundestagswahlkampf ganz klar gegen Atomenergie ausgesprochen und jetzt sechs Bundestagsmandate hat und Sie fünf?

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE)

Petke (CDU):

Kollege Ludwig, natürlich sind mir die Wahlergebnisse bekannt.

(Aha! von der Fraktion DIE LINKE)

Im Gegensatz zum Kollegen Ness, der regelmäßig die angebliche Stärke der SPD in diesem Landtag betont, tun Sie das

nicht. Für mich gab es keinen Grund - Kollege Scharfenberg ist nicht darauf eingegangen -, dies anzusprechen. Aber: Brandenburg mag das eine sein. Schauen Sie doch einmal die Parteien im Deutschen Bundestag an, die im Wahlkampf angekündigt haben, sie würden die Laufzeiten verlängern. Die haben eine dicke Mehrheit im Bundestag, und mit dieser dicken Mehrheit haben sie die Laufzeitverlängerung beschlossen. So ist es nun einmal.

(Zurufe von der SPD und der Fraktion DIE LINKE - Beifall CDU)

Insofern hätte ich mir von den Kollegen der Grünen etwas anderes gewünscht. Hier geht es nicht um Kochkurse,

(Heiterkeit bei der CDU)

hier geht es nicht um das Verhältnis zwischen Frau und Mann - das müssen Sie mit Ihrem Partner selbst regeln -, sondern um eine Frage, bei der Sie hergehen und nach politischer Opportunität Demonstranten auffordern, und darum, dass diese Demonstrationen enorme Kosten für den Steuerzahler nach sich ziehen. Das finde ich nicht akzeptabel, und ich hätte erwartet, dass die Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hier ein paar mehr Ausführungen darüber machen, dass Herr Trittin - Frau Bulmahn übrigens auch - diesen Transport bestellt haben und jetzt eine Demonstration gegen ihn einfordern. Nach meinem Verständnis von verlässlicher und glaubwürdiger Politik geht das jedenfalls nicht!

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Das ist nicht das Einzige!)

Meine Damen und Herren, zum Abschluss - das fällt mir jetzt rhetorisch nicht leicht - bedanke ich mich für das vergangene Jahr, freue mich auf das neue Jahr und wünsche uns allen eine schöne Advents- und Weihnachtszeit und einen guten Rutsch! - Danke schön.

(Beifall CDU - Jürgens [DIE LINKE]: Heiser war besser!)

Vizepräsidentin Große:

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion in Drucksache 5/2437, Neudruck, „Demonstrationsrecht friedlich ausüben“. Wer dem Antrag Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Mit einer deutlichen Mehrheit wurde der Antrag abgelehnt.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, bleiben Sie über Weihnachten friedlich, gewaltfrei und fröhlich! Wir sehen uns im neuen Jahr wieder. Eine schöne Zeit!

Ende der Sitzung 15.10 Uhr

Anlagen**Gefasste Beschlüsse****Zum TOP 5:****Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht zum 31. Dezember 2009**

in Verbindung damit:

Stellungnahme der Landesregierung zum Tätigkeitsbericht für die Jahre 2008 und 2009 der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht

und

15. Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der für den Datenschutz im nicht-öffentlichen Bereich zuständigen Aufsichtsbehörde an den Landtag des Landes Brandenburg

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 27. Sitzung am 17. Dezember 2010 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag nimmt den Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht vom 31. Dezember 2009, Drucksache 5/714, die Stellungnahme der Landesregierung zum Tätigkeitsbericht für die Jahre 2008 und 2009 der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht, Drucksache 5/1804, sowie den Fünfzehnten Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der für den Datenschutz im nicht-öffentlichen Bereich zuständigen Aufsichtsbehörde an den Landtag des Landes Brandenburg, Drucksache 5/1803, zur Kenntnis.

Darüber hinaus fordert der Landtag die Landesregierung auf,

- darauf hinzuwirken, dass die Verwaltungen bei Einsichtnahmen in Akten auf Verlangen Kopien zur Verfügung stellen. Der Landtag strebt an, einen Rechtsanspruch der Bürgerinnen und Bürger im Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz zu verankern, und bittet die Landesregierung, eine entsprechende Formulierung im Zuge der Novellierung des Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetzes vorzuschlagen;
- die Datenschutzverordnung zum Schulwesen abschließend zu überarbeiten und mit den Neuregelungen des Schulgesetzes in Übereinstimmung zu bringen und in Kraft zu setzen;
- die ihr mögliche Unterstützung der Kommunen bei der wichtigen Aufgabe des kommunalen Datenschutzes durch Beratung der kommunalen Studieninstitute durch die Landesakademie für öffentliche Verwaltung bei deren Ausgestaltung von Schulungsangeboten oder dem zentralen IT-Dienstleister des Landes Brandenburg im Bereich Datenschutzrecht und IT-Sicherheit fortzuführen;

- bei der Konsolidierung der IT-Infrastruktur bei dem zentralen IT-Dienstleister die jeweiligen Anforderungen an den Datenschutz und die Betriebssicherheit zu gewährleisten.“

Zum TOP 7:**Erfolgsmodell Städtebauförderung absichern!**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 27. Sitzung am 17. Dezember 2010 folgenden Beschluss gefasst:

„Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. im Rahmen des im März 2011 anstehenden Vorschlags des Ministers für Infrastruktur und Landwirtschaft für die Beseitigung des Leerstands im ländlichen Raum (Drucksache 5/627) auch über erste Ergebnisse des Bundesprogramms ‚Kleine Städte und Gemeinden‘ zu berichten;
2. sich gegenüber der Bundesregierung
 - a) für eine Rücknahme der Kürzungspläne der Städtebauförderung in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes einzusetzen,
 - b) für eine deutliche Aufstockung des Förderprogramms ‚Soziale Stadt‘, für den Verzicht auf die Vorgabe des investiven Mitteleinsatzes und auf die Einschränkung der gegenseitigen Deckungsfähigkeit der Städtebauförderprogramme zulasten dieses Programms einzusetzen;
 - c) dafür einzusetzen, dass das stark nachgefragte CO₂-Gebäudesanierungsprogramm im Einklang mit der Energiestrategie der Bundesregierung auf jährlich mindestens 2 Milliarden Euro aufgestockt wird.“

Schriftliche Antworten der Landesregierung auf mündliche Anfragen in der Fragestunde am 17. Dezember 2010**Frage 427****Fraktion DIE LINKE****Abgeordneter Marco Büchel****- Berlin-Brandenburgische Buchwochen -**

Der Landesverband Berlin-Brandenburg des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels hat seit 1991 jährlich die „Berlin-Brandenburgischen Buchwochen“ veranstaltet. Unter der Beteiligung von Buchhandlungen, Verlagen und Bibliotheken vor Ort wurde ein vielfältiges Programm rund um das Buch organisiert. Die Buchwochen wurden von den jeweiligen Ministerien in Berlin und Brandenburg gefördert.

2010 wurde diese Veranstaltungsreihe neu konzipiert, und unter dem Titel „Stadt, Land Buch 2010“ fand vom 21.11. bis zum 28.11. in Buchhandlungen, Bibliotheken, Theatern und anderen Veranstaltungsorten für lesehungrige und interessierte Besucher ein Lesemarathon statt. Das MWFK hat diese Veranstaltung 2010 nicht gefördert.

Ich frage die Landesregierung: Ist die ausgebliebene Förderung für 2010 ein Indiz dafür, dass sie sich generell aus der Förderung dieser Veranstaltungsreihe zurückzieht?

Antwort der Landesregierung**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur
Dr. Münch**

Namens der Landesregierung beantworte ich die mündliche Anfrage wie folgt:

Ich freue mich, dass die 19. Berlin-Brandenburgische Buchwoche - auch ohne direkte finanzielle Unterstützung des Landes - ein Erfolg wurde. Ich möchte an dieser Stelle den Teilnehmern der Berlin-Brandenburgischen Buchwoche danken - dem Veranstalter - Börsenverein des Deutschen Buchhandels -, den Inhaberinnen und Inhabern der vielen kleinen Buchhandlungen, die sich beteiligt haben. Nicht zuletzt danke ich den Autoren und den Verlagen.

Bücher, Literatur und speziell Literaturvermittlung werden vom MWFK im Rahmen unserer Möglichkeiten mit teils nennenswerten Summen gefördert. Beispiele: Brandenburgisches LITERATURBÜRO (150 000 Euro jährlich), Literaturkollodium mit Geschäftsstelle und Projekten (35 000 Euro), Friedrich-Bödecker-Kreis und damit Leseförderung für Kinder und Jugendliche (25 000 EURO). Wir kennen die PISA-Ergebnisse und andere Untersuchungen zum Thema Lesekompetenz und wissen, dass viel zu tun ist.

Wir werden auch im nächsten Jahr prüfen, welche Möglichkeiten zur Förderung der Berlin-Brandenburgischen Buchwoche bestehen. Von einem „generellen Rückzug“ aus der Förderung kann keine Rede sein.

Es kommt aber auch hier auf ein koordiniertes Vorgehen an. Der Schwerpunkt der Berlin-Brandenburgischen Buchwoche liegt auf der Absatzförderung im Buchhandel. Dafür bestehen unter Umständen Förderschienen außerhalb der Kulturförderung im engeren Sinne. So geschieht es zum Beispiel in Berlin. Das werden wir auch prüfen.

Frage 428**Fraktion DIE LINKE****Abgeordneter Thomas Domres****- Antrag auf Aufnahme der Belange des globalen Klimaschutzes in die Strategische Umweltprüfung -**

Nach Meinung der Umweltschutzorganisation Greenpeace soll es bei den Genehmigungsverfahren für neue Braunkohlentagebaue in Brandenburg zu schweren Versäumnissen gekommen sein. Aufgrund eines Rechtsfehlers sei Klimaschutz in der Strategischen Umweltprüfung (SUP) für neue Tagebaue nicht berücksichtigt worden. Deswegen stellte die Umweltschutzorganisation bei der zuständigen Gemeinsamen Landesplanung Berlin-Brandenburg den Antrag, im Planverfahren für den neuen Tagebau Welzow-Süd II die Auswirkungen der Braunkohlenutzung auf das Klima in die SUP mit einzubeziehen.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die Feststellungen von Greenpeace, Klimaschutz sei in der SUP für neue Tagebaue nicht berücksichtigt, und den damit verbundenen Antrag auf Berücksichtigung des Klimaschutzes in der Strategischen Umweltprüfung?

Antwort der Landesregierung**Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger**

Das anwaltliche Schreiben von Greenpeace vom 01.12.2010 bezieht sich auf die raumordnerische Braunkohlenplanung. In dem Braunkohlenplanverfahren ist eine Umweltprüfung nach den Bestimmungen des Raumordnungsgesetzes und des Regionalplanungsgesetzes durchzuführen.

Auch wenn aus der raumordnerischen Sicherung der Lagerstätte noch kein unmittelbarer Einfluss auf das Klima ausgeht, besteht Einigkeit, dass im Rahmen der raumordnerischen Planung zur Sicherung von Abbauflächen für den Braunkohlentagebau (Braunkohlenplan) die etwaigen unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen dieser Raumordnungsplanung auf das Klima im Rahmen des rechtlich Gebotenen Beachtung finden.

In welcher Form und in welchem Umfang das Thema Klimaschutz Gegenstand der raumordnerischen Ebene der Braunkohlenplanung sein kann, ist noch nicht abschließend geklärt. Greenpeace hat dazu Stellung genommen und Hinweise gegeben, die gegenwärtig geprüft werden. Das Ergebnis wird vor Einleitung des Beteiligungsverfahrens vorliegen.

Frage 429**Fraktion DIE LINKE****Abgeordnete Kornelia Wehlan****- Festlegung von Windeignungsgebieten in der Regionalplanung -**

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat am 14.09.2010 den sachlichen Teilplan Windkraft des Regionalplans Havelland-Fläming aufgrund von Abwägungsfehlern für unwirksam erklärt.

Ich frage die Landesregierung: Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Festlegung von Windeignungsgebieten im Rahmen der Regionalplanung?

Antwort der Landesregierung**Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger**

Mit Urteil vom 14.09.2010 wurde der sachliche Teilplan „Windenergienutzung“ der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming für unwirksam erklärt. Erstmals hat sich das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg ausführlich inhaltlich mit einem solchen Plan befasst und das Urteil nicht mit formellen Mängeln begründet.

Das Gericht hielt fest, dass die Ausarbeitung eines Planungskonzepts abschnittsweise zu erfolgen hat. Dabei muss die Ausweisung der Eignungsgebiete durch Anwendung eines Rasters unter Heranziehung „harter“ und „weicher“ Kriterien erfolgen. Im Ergebnis muss der Windenergienutzung substanziell Raum gegeben werden. Darüber hinaus muss das Verfahren nachvollziehbar dokumentiert werden.

Diese Anforderungen gilt es zukünftig bei der Regionalplanung besser zu beachten. Das Urteil einschließlich der Urteilsbegründung steht allen Regionalen Planungsgemeinschaften zur Verfügung. Erste Auswertungen sind erfolgt.

Das Urteil setzt hohe Maßstäbe für die Steuerung der Windenergienutzung auf regionaler Ebene, weil es sich um eine im Außenbereich privilegierte Nutzung handelt. Alle fünf Planungsregionen in Brandenburg prüfen, inwieweit ihre Regionalpläne bzw. -entwürfe den Anforderungen der Rechtsprechung genügen.

Die Gemeinsame Landesplanungsabteilung wird die Regionalen Planungsgemeinschaften dabei unterstützen. In einer Region wird das Urteil im Rahmen des anstehenden Genehmigungsverfahrens für den kürzlich als Satzung beschlossenen Teilregionalplan relevant (Prignitz-Oberhavel am 24.11.2010).

Frage 430

Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Bettina Fortunato

- Wasser durch Umgehungsstraße -

Seit der Fertigstellung der Umgehungsstraße bei Müncheberg haben die Bürger auf der gegenüberliegenden Straße des Ortsteils Phillipinenhof; die höher liegt als die B 1, Wasser in den Kellern. Das ist offensichtlich das Regenwasser der Umgehungsstraße.

Ich frage die Landesregierung: Wie kann man dort Abhilfe schaffen und den Bürgern wieder zu trockenen Kellern und Häusern verhelfen?

Antwort der Landesregierung

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger

Um den Bürgern zu trockenen Kellern zu verhelfen, ist es vorerst wichtig, die Ursache für die Vernässung der Keller der Anwohner des OT Phillipinenhof zu finden. Für den Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg (LS) ist bisher nicht erkennbar, dass die tieferliegende B 1, OU Müncheberg, Ursache für eine Vernässung der Keller der Anwohner des OT Phillipinenhof ist. Auch liegen dem LS bisher keine Informationen zu überfluteten Kellern vor.

Vor Beginn des Baus der Umgehungsstraßen wurden im Rahmen der Planung hydrologische Untersuchungen vorgenommen und ein Entwässerungskonzept für das Straßenbauwerk gemäß dem technischen Regelwerk wurde erstellt.

Dass die B 1, Ortsumgehung Müncheberg, in ursächlichem Zusammenhang mit dem eingetretenen Schaden steht, wäre seitens der Anwohner durch ein Gutachten nachzuweisen.

Frage 431

Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Torsten Krause

- IC-Reduzierung Berlin-Stralsund -

Mit dem kommenden Fahrplanwechsel am 12. Dezember entfallen drei der insgesamt fünf Intercity-Verbindungen auf der Strecke Berlin-Stralsund. Durch die anstehende Reduzierung des Fernverkehrtaktes verliert die quer durch die Uckermark führende Eisenbahnlinie erheblich an Attraktivität, da ab Angermünde zeitweise nur noch im Zwei-Stunden-Rhythmus Züge in den Ostseeraum fahren. Dies führte bereits zu erheblichen Protesten in der Region.

Die Stadt Prenzlau und der Landkreis Uckermark werden voraussichtlich das Land Brandenburg auffordern, einen Pendelzug zwischen Angermünde und Prenzlau jeweils in den Morgen- und den Abendstunden bereitzustellen. Dadurch könnten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Richtung Prenzlau in Angermünde in den Schwedter Regionalexpress umsteigen.

Deshalb frage ich die Landesregierung: Sieht sie eine Möglichkeit, eine Alternative für die Pendler zu schaffen?

Antwort der Landesregierung

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger

Der Fernverkehr der DB AG ist auf Vorgabe des Bundes eigenwirtschaftlich, das heißt gewinnorientiert. Die zum Fahrplanwechsel vorgenommenen Einschränkungen auf der IC-Linie 51 sollen nach dem Konzept der DB Fernverkehr AG Kosten senken und die Ertragslage auf der Linie verbessern.

Zum Bedauern des Landes entfallen dadurch nicht nur attraktive Fernverkehrsverbindungen für die Region, sondern es entsteht auch eine Angebotslücke im Nahverkehr. Die IC-Linie 51 ist abschnittsweise in den Nahverkehr integriert. Bisher konnte das Land durch Zuschüsse die Anerkennung der VBB-Nahverkehrstarife in diesen Fernzügen der DB AG erreichen.

Durch ergänzende Bestellungen im Regionalverkehr hat das Land jedoch sichergestellt, dass ab Fahrplanwechsel zwischen Angermünde und Prenzlau und zwischen Eberswalde und Berlin insgesamt sechs zusätzliche Regionalexpresszüge eingesetzt werden, die bisher vom Fernverkehr wahrgenommene Leistungen ersetzen. Von und nach Prenzlau sind damit bereits zwei Angebotslücken geschlossen. Südlich von Angermünde wird das Angebot zur Bereitstellung zusätzlicher Kapazitäten zeitweise zu einem angenäherten Halbstundentakt verdichtet. Anstelle der Intercity-Züge können in diesem Abschnitt die kurz davor oder danach fahrenden Regionalzüge der Linie RE3 genutzt werden.

Zum 10. Januar wird das Ersatzangebot zwischen Eberswalde bzw. Angermünde und Prenzlau am Nachmittag von Montag bis Freitag um vier weitere Züge erhöht. Dies wurde nun mit der ODEG vereinbart, die moderne, klimatisierte Triebwagen einsetzen wird. In Angermünde bestehen Anschlüsse zur Linie RE3 Schwedt-Berlin und in Eberswalde darüber hinaus auch zur Linie OE60.

Wochentags wird damit wieder die gleiche Anzahl von Verbindungen in die Kreisstadt der Uckermark angeboten wie vor dem Fahrplanwechsel. Die zweistündlichen RE3-Züge, die Fernzüge und die zusätzlichen Züge ergänzen sich damit weiterhin zu einem weitgehend stündlichen Angebot.

An den Sommerwochenenden wird das Angebot von Regional- und Fernverkehrszügen künftig besser aufeinander abgestimmt. Durch die Überlagerung der Linie RE3, der IC-Züge, des Usedom-Express und des Ostsee-Express ergeben sich in der Regel stündliche Verbindungen von Berlin an die Ostsee und zurück.

Frage 432**Fraktion DIE LINKE****Abgeordnete Kornelia Wehlan****- S-Bahn-Anbindung zum BBI -**

Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Oberhavel setzen sich für direkte und schnelle Bahnanbindungen zum Flughafen Berlin Brandenburg International ein, weil es insbesondere auf den Linien S 8 und S 1, einschließlich Anschlussverbindungen, zu Dauerproblemen gekommen war.

Um die Schließung des Flughafens Tegel zu kompensieren, haben schnelle, möglichst umsteigefreie Bahnanbindungen an den neuen Flughafen Berlin Brandenburg International eine hohe Priorität für den Landkreis Oberhavel.

Ich frage die Landesregierung: Was kann sie weiter unternehmen, um den Zugang über die radialen Bahnanbindungen aus dem Landkreis Oberhavel zum Flughafen BBI möglichst direkt mit maximal einmaligem Umsteigen sowie mit geringen Reisezeiten zu gestalten?

Antwort der Landesregierung**Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger**

Die Region Oberhavel hat mit der RE-Linie 5 und den vorhandenen S-Bahn-Anschlüssen der Linien S 1 und S 8 bereits eine sehr attraktive Schienenanbindung nach Berlin.

Die Verbindung zum Flughafen Berlin Brandenburg International (BBI) wird mit einmaligem Umstieg von der S 1 zu den Flughafenzügen am Potsdamer Platz sichergestellt. Dies entspricht dem regulären Angebot aus vielen anderen Regionen Brandenburgs zum Flughafen BBI und der heutigen ÖPNV-Anbindung der Flughäfen Tegel und Schönefeld, die ebenfalls mit einmaligem Umstieg erreicht werden können.

An der Verbesserung und Stärkung des Schienenpersonennahverkehrs wird kontinuierlich gearbeitet. Das Bedienkonzept des SPNV für den neuen Flughafen berücksichtigt die prognostizierte Nachfragewirkung des BBI. Die Erkenntnisse über die Entwicklung der Verkehrsströme werden selbstverständlich bei der Fortschreibung der Nahverkehrsplanung zugrunde gelegt. Auch die Region Oberhavel wird im Rahmen der Landesplanung angemessen berücksichtigt.

Frage 433**Fraktion DIE LINKE****Abgeordneter Torsten Krause****- Bundesstraße 96: Veränderung der Prioritäten -**

Im Landkreis Oberhavel wird derzeit darüber diskutiert, die bisher verabredete Vereinbarung zum Ausbau der Bundesstraße 96 sukzessive von Süd nach Nord zugunsten der Ortsumfahrung Fürstenberg/Havel aufzugeben. Demnach soll nach Fertigstellung des Ausbaus bis Löwenberg die Ortsumfahrung Fürstenberg/Havel Priorität vor dem weiteren Ausbau des Teilstückes zwischen Löwenberg über Gransee bis nach Fürstenberg/Havel bekommen.

Deshalb frage ich die Landesregierung: Wird sie eine mögliche Veränderung der Prioritätensetzung beim Ausbau der Bundesstraße 96 unterstützen?

Antwort der Landesregierung**Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger**

Wie in der Antwort auf die Kleine Anfrage 871 der Abgeordneten Henry Wichmann und Frank Bommert, Fraktion der CDU, Landtagsdrucksache 5/2138 dargelegt, haben sich zu den Prioritäten zum Ausbau der Bundesstraße 96 die Beteiligten in der Region - Landrat, Bürgermeister, ansässige Unternehmerverbände - verständigt. Das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft hat in Abstimmung mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern den Vorschlägen aus der Region zugestimmt, da es wirtschaftlich und für die Region verkehrlich sinnvoll ist, wenn die Maßnahmen entlang der nördlichen B 96 von Süden - im Anschluss an die bereits fertiggestellte Ortsumgehung Oranienburg - nach Norden hin realisiert werden.

Die einzelnen Ortsumgehungen werden dabei aus einem anderen Haushaltstitel (Neubau) des Bundes finanziert als der Ausbau der freien Strecken zwischen den Ortsumgehungen (Um- und Ausbau). Bei den Ortsumgehungen wurde die Priorität bei den Planungen so eingetaktet, dass nach der Ortsumgehung Teschendorf/Löwenberg die Ortsumgehung Fürstenberg geplant bzw. realisiert werden soll, was den angeblich im Landkreis Oberhavel diskutierten Prioritäten bereits entspricht. Die Planung der freien Strecken zwischen den Ortsumgehungen soll abschnittsweise von Süden nach Norden erfolgen.

Frage 434**Fraktion DIE LINKE****Abgeordnete Birgit Wöllert****- Arriva-Betriebsrat -**

Der Presse war zu entnehmen, dass nach Ablauf der Bewerberfrist für die Bieter beim Verkauf von Teilen der Arriva Deutschland GmbH Mitgliedern des Betriebsrates des Konzerns ausdrücklich verwehrt wurde, Informationen über die Bieter, insbesondere zu Problemen der Belegschaft, zu erlangen.

Der Betriebsrat und die Belegschaft der Neiße-Verkehr GmbH befürchten, dass eine falsche Entscheidung des Aufsichtsrates der DB AG zu wesentlichen Veränderungen in der Struktur der Neiße-Verkehr GmbH führen können.

Deshalb frage ich die Landesregierung: Welche Möglichkeiten der Einflussnahme im Sinne der Belegschaft und des Landkreises Spree-Neiße sieht sie?

Antwort der Landesregierung**Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger**

Die EU-Kartellbehörde hat am 11. August 2010 die Übernahme des britischen Bahnunternehmens Arriva durch die DB AG mit der Auflage genehmigt, das Bus- und Bahngeschäft in Deutschland als „Gesamtpaket“ bis Mitte Dezember 2010 weiterzuveräußern. Davon sind Beteiligungen an ca. 50 regionalen Bus- und Bahnunternehmen betroffen, unter anderem die Neiße-Verkehr GmbH.

Im Rahmen eines transparenten und diskriminierungsfreien Verkaufsprozesses stand die DB in den letzten Monaten mit Verkaufsinteressenten in engen Gesprächen. Der Verkaufsprozess wurde durch die Europäische Kommission überwacht.

Nach Presseinformationen stimmte der Aufsichtsrat der DB AG am 08.12.2010 dem Abschluss eines Kaufvertrages für die Arriva Deutschland-Gruppe mit einem Konsortium aus der italienischen Bahn Ferrovie dello Stato und dem Finanzinvestor Cube infrastructure zu. Zuvor hatte sich der Konzernbetriebsrat der Bahn-Tochter Arriva Deutschland gegen diesen Verkauf gewandt und sich die Unterstützung der im Aufsichtsrat der DB AG vertretenen Arbeitnehmervertreter gesichert, weil durch die Einbeziehung des Finanzinvestors Cube infrastructure überzogene Renditeerwartungen zu befürchten seien.

Aufgabenträger für den übrigen öffentlichen Personennahverkehr sind die Landkreise und kreisfreien Städte. Ziel des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen als Aufgabe der Daseinsvorsorge. Er soll der Verbesserung der Mobilität der Bevölkerung, der Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen, dem Umweltschutz und der Verkehrssicherheit dienen.

Die Neiße-Verkehr GmbH (NV) ist ein Verkehrsunternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), welches im Wesentlichen die Regionalbuslinien im Landkreis Spree-Neiße und einige wenige Linien in den Cottbusser Vororten bereitstellt. Aufgabenträger und Besteller der ÖPNV-Leistungen ist mithin der LK Spree-Neiße bzw. die Stadt Cottbus.

Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die unternehmerischen Entscheidungen durch die befugten Gremien in privatrechtlich organisierten Verkehrsgesellschaften werden nicht gesehen. Grundsätzlich ist auch davon auszugehen, dass ein Eigentümerwechsel keine Auswirkungen auf geschlossene Verträge hat.

Anwesenheitsliste vormittags:

Frau Alter (SPD)
Herr Baaske (SPD)
Herr Baer (SPD)
Herr Bischoff (SPD)
Frau Blechinger (CDU)
Frau Böhnisch (DIE LINKE)
Herr Bommert (CDU)
Herr Bretz (CDU)
Herr Büchel (DIE LINKE)
Herr Büttner (FDP)
Herr Christoffers (DIE LINKE)
Herr Dellmann (SPD)
Herr Dombrowski (CDU)
Herr Domres (DIE LINKE)
Herr Eichelbaum (CDU)
Frau Fortunato (DIE LINKE)
Herr Genilke (CDU)
Herr Görke (DIE LINKE)
Herr Goetz (FDP)
Frau Gregor-Ness (SPD)
Herr Groß (DIE LINKE)
Frau Große (DIE LINKE)
Herr Günther (SPD)
Frau von Halem (GRÜNE/B90)
Frau Heinrich (CDU)
Herr Henschke (DIE LINKE)
Frau Prof. Dr. Heppener (SPD)
Herr Dr. Hoffmann (fraktionslos)

Herr Hoffmann (CDU)
Herr Holzschuher (SPD)
Herr Jürgens (DIE LINKE)
Herr Jungclaus (GRÜNE/B90)
Frau Kircheis (SPD)
Herr Krause (DIE LINKE)
Herr Kuhnert (SPD)
Herr Lakenmacher (CDU)
Frau Lehmann (SPD)
Frau Lieske (SPD)
Herr Lipsdorf (FDP)
Frau Dr. Ludwig (CDU)
Herr Ludwig (DIE LINKE)
Frau Mächtig (DIE LINKE)
Frau Meier (DIE LINKE)
Frau Melior (SPD)
Frau Dr. Münch (SPD)
Frau Muhß (SPD)
Herr Ness (SPD)
Frau Richstein (CDU)
Herr Richter (SPD)
Herr Rupprecht (SPD)
Herr Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)
Frau Schier (CDU)
Herr Schippel (SPD)
Frau Schulz-Höpfner (CDU)
Herr Senftleben (CDU)
Frau Stark (SPD)
Frau Stobrawa (DIE LINKE)
Frau Tack (DIE LINKE)
Herr Tomczak (FDP)
Herr Vogel (GRÜNE/B90)
Frau Wehlan (DIE LINKE)
Herr Wichmann (CDU)
Frau Wöllert (DIE LINKE)
Herr Dr. Woidke (SPD)
Herr Ziel (SPD)

Anwesenheitsliste nachmittags:

Frau Alter (SPD)
Herr Baer (SPD)
Herr Dr. Bernig (DIE LINKE)
Herr Beyer (FDP)
Herr Bischoff (SPD)
Frau Böhnisch (DIE LINKE)
Herr Bommert (CDU)
Herr Bretz (CDU)
Herr Büchel (DIE LINKE)
Herr Büttner (FDP)
Herr Christoffers (DIE LINKE)
Herr Dellmann (SPD)
Herr Domres (DIE LINKE)
Herr Eichelbaum (CDU)
Herr Folgart (SPD)
Herr Goetz (FDP)
Frau Große (DIE LINKE)
Herr Günther (SPD)
Frau Hackenschmidt (SPD)
Frau von Halem (GRÜNE/B90)
Herr Henschke (DIE LINKE)
Frau Prof. Dr. Heppener (SPD)
Herr Jürgens (DIE LINKE)
Frau Kaiser (DIE LINKE)

Herr Krause (DIE LINKE)
Herr Kuhnert (SPD)
Herr Lakenmacher (CDU)
Frau Lehmann (SPD)
Frau Lieske (SPD)
Herr Lipsdorf (FDP)
Frau Mächtig (DIE LINKE)
Frau Meier (DIE LINKE)
Frau Melior (SPD)
Frau Muhß (SPD)
Herr Ness (SPD)
Frau Richstein (CDU)
Herr Rupprecht (SPD)

Frau Schier (CDU)
Herr Prof. Dr. Schierack (CDU)
Frau Schulz-Höpfner (CDU)
Frau Steinmetzer-Mann (DIE LINKE)
Frau Stobrawa (DIE LINKE)
Frau Tack (DIE LINKE)
Herr Tomczak (FDP)
Frau Vogdt (FDP)
Herr Vogel (GRÜNE/B90)
Frau Wehlan (DIE LINKE)
Herr Wichmann (CDU)
Frau Wöllert (DIE LINKE)
Herr Ziel (SPD)

